

FORVM

KULTURELLE FREIHEIT

/ POLITISCHE GLEICHHEIT

/ SOLIDARISCHE ARBEIT

XLI. JAHR

WIEN, DEN 17. DEZEMBER 1994

NUMMER 487-492

Republik Österreich	Mitteilung gemäß § 37 Mediengesetz	1
Günther Anders	Die Wahrheit wird transportiert	1
G.O.	Er hat sich schon wieder blamiert	1
FORVM	Kanzlei Dr. Noll	2
Liberales Forum	Dr. Noll, wir bedauern!	2
Elisabeth Kmölniger	Danach wurde es still um mich	3
Uwe Baur vs. G.O. vs. U.B. vs.	Gemeinwissen vs. Geheimwissen	4
Andreas Dusl	Es war mein Fehler	4

Wolfgang Gombocz Leben nach der **Bombe** 6

Hans Sallmutter	Träumen nach vorn!	11
Poldi Kircherl im (D)ORF	Kalte Privatisierung praecox	15
Amelie Lanier	3. Welt, z. B. Chile	18
Plantu	Mach's wie ich!	19
Josef Zaussinger	Grenzüberschreitung	24
Camillo Cattani	Porca puttana!	26
Derselbe	Ultima ora	29
Wendelin Schmidt-Dengler	Bröseln im Bett. Günther Anders' »Mariechen«	30
Robert Schlesinger	Vom Herrschaftsnutzen langer Wörter	35
Bernd Marin	Liebe Elfriede Hammerl!	37
Thomas Rothschild	»Kursbuch« 116	38
Derselbe	Der süddeutsche »Joseph-Roth-Preis«	40
Sven Papcke	Wer ist zuständig für den Zeitgeist?	41
Oliver Marchart	Heimat der Hirten und Herden	47
Haimo L. Handl	Versalzen	51
Thomas Mieszgang	Der seltsame Geruch der Synkope	57
Franz Koglmann	Hören, Schauen, Lesen	59
Peter Csulak	Canetti, Bier- & Peymann	60

TWO HAPPY YEARS / DAS SCHWARZ-BRAUNE NETZWERK / IMPRESSVM 2

TV-REALITY / FERNE HEIMATEN / ALL RIGHT / GENETISCHE PRINTS / JAZZ ODER LEBEN

C.H. BECK C.H. BECK
C.H. BECK C.H. BECK

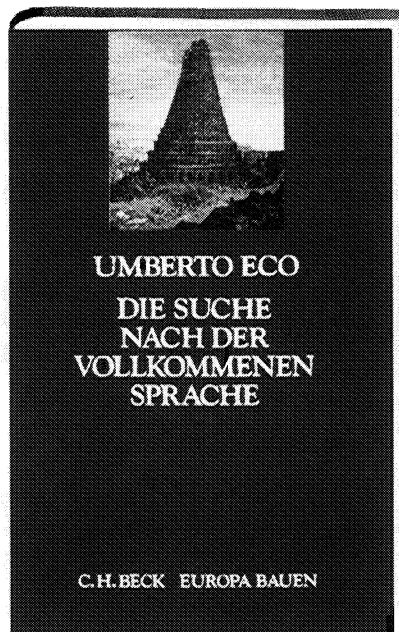


341 Seiten. Leinen öS 375,-

»Der Mensch des
Mittelalters ist unser
Vorläufer – und
gleichzeitig ein anderer,
kein Fremder, aber eben
ein anderer, und muß
daher in seiner unwieder-
holbaren Individualität
begriffen werden.«

(A. Gurjewitsch)

»Gurjewitschs großer
Essay ist ein Meisterwerk.«
Horst Bredekamp, FAZ



388 Seiten, 22 Abbildungen.
Leinen öS 375,-

—»Eco schöpft hier aus
einer grandiosen und
—dennoch nie aufdring-
lich wirkenden Kenntnis
der Sprachgeschichte ...

Es ist dies eine der
spannendsten Ent-
deckungsreisen durch
die Kultur- und Sprach-
geschichte Europas.«
Roman Bucheli, NZZ



376 Seiten. Leinen öS 375,-

Hagen Schulze schildert
in diesem sehr anschau-
lich geschriebenen Band
ein Jahrtausend europäi-
scher Staatengeschichte
vom Hochmittelalter bis
zur Gegenwart.

»Schulze versteht es,
diese großen Entwick-
lungslinien in gebotener
Vereinfachung, leicht
lesbar und wirklich auf-
klärend darzustellen.«

Ernst Schulin, FAZ

C.H. Beck

Mitteilung gemäß § 37 MedienG

Das Oberlandesgericht hat die Rechtsansicht des Landesgerichtes, wonach die unter II. inkriminierten Ausdrücke keine Beschimpfungen wären, korrigiert und zugleich die integrierte Veröffentlichung beider aufgetragenen Mitteilungsteile angeregt. Mittlerweile, am 1. Dezember 1994, hat der Privatankläger in erster Instanz vollständig obsiegt. Wir gratulieren. *Red.*

I. In der Ausgabe Nr. 485/486 vom 7. Juni 1994 der periodischen Druckschrift »Forum« wurde auf den Seiten 32 – 33 unter der Überschrift »Jagdszenen an der UNI Wien« ein Artikel veröffentlicht, in dem Dipl. Ing. Mag. Dr. Patera vorgeworfen wird, er schikaniere als Vorgesetzter seine Mitarbeiter.

Dipl. Ing. Mag. Dr. Mario Patera erblickt in diesem Artikel einen gegen ihn gerichteten Vorwurf unehrenhaften bzw. gegen die guten Sitten verstoßenden Verhaltens.

Auf Antrag des Dipl. Ing. Mag. Dr. Mario Patera wurde beim Landesgericht für Strafsachen Wien ein Strafverfahren gegen

Dr. Robert Schediwy wegen übler Nachrede eingeleitet.

II. (...) wird Dipl. Ing. Mag. Dr. Mario Patera als catilinarischer Charakter bezeichnet und die Überlegung angestellt, er könnte, nebenberuflich als Therapeut tätig, vielleicht selbst therapeutischer Hilfe, jedenfalls aber einer starken »führenden« Hand bedürftig sein.

Darin erblickt Dipl. Ing. Dr. Mario Patera eine Beleidigung im Sinne des § 115 StGB.

Auf seinen Antrag wurde beim Landesgericht für Strafsachen Wien ein Verfahren gegen Dr. Robert Schediwy als Verfasser des Artikels eingeleitet.

Günther Anders

Die Wahrheit wird transportiert

Molussische Apokryphe über das Blamieren
Vor 1938, für den Druck überarbeitet 1973
Nicht aufgenommen in die Buch-Ausgabe:
Die Molussische Katakomben, München 1992

(Ans Ende.)

»Der Dritte«, so erzählte Olomonokoro, »der die Ewigkeit der Ideen leugnete und die Ideen zu Interesseworten der Machtgruppen erniedrigte, und der behauptete, die Wahrheiten wechselten und bewegten sich und müssten umgewälzt werden mit der Umwälzung der Macht – dieser Dritte soll sehr triumphierend gewesen sein, als der hier eingeliefert wurde. »Wir werden Dir schon zeigen«, hatten ihm die Häscher zugerufen, als sie zu ihm kamen, »wer recht hat«. »Seht Ihr denn nicht«, so hatte er erwidert, als zwei ihn eilig bei den Beinen nahmen, »daß auch Ihr« – und zwei andere hatten ihn schon unter den Achseln gefaßt – »trotz Eurer Überzeugung« – und sie trugen ihn schon im Laufschrift, und der Sprechende wurde transportiert, und die Stimme wurde transportiert und die Wahrheit ebenfalls – »mir recht gebt« und sie waren schon aus dem Hause und trugen ihn zum Gaudium des Volkes durch die Straße.

»Halt Deinen Mund«, erwiderte einer der Schergen, als sie sich etwas verschaukel-

ten. »Ein Teil Deines Satzes hängt in Deinem Zimmer, einer fiel auf die Fliesen des Korridors, und der dritte steht drei Häuser hinter uns.«

»Das tut nichts«, sagte der Dritte, »die Wahrheit steht fest. Was hat sie mit der Bewegung zu tun?«

»So sicher«, bemerkte Olomonokoro, »war die Überzeugungstreue des Dritten. Und so blamierten sich die Schergen, die mit Macht die Machttheorie widerlegen wollten.«

»Vor wem blamierten sie sich denn?« fragte Yegussa.

»Vor niemandem bestimmten«, behauptete Olo. »Er blamierte sie schlechthin.«

»Das gibt es nicht«, meinte Yegussa kopfschüttelnd. »Blamiert war allein der Dritte. Für seine These ist er hierher gekommen, nicht für die Sache. Er glaubte, daß seine Idee stärker sei als die Macht, denn er versuchte zu überzeugen. So hat er, als er sich opferte, alles verraten. Solche machen die Umwälzung nicht.«

»Du wirst mich lehren«, schloß darauf Olo gekränkt die Unterhaltung.

Gerhard Oberschlick

Er hat sich schon wieder blamiert

Oder auch nicht, denn wieder einmal hat's niemand bemerkt.

Weil ich doch jetzt so aufpassen muß, daß mich die Justiz nicht wieder drankriegt, werde ich alle immanenten Tatsachenaussagen immer gleich festhalten, um sie anschließend zu belegen. Aber zuerst will ich die Identität des Gemeinten zweifelsfrei machen, schon um jede womöglich ehrenrührige Verwechslung auszuschließen. Die Rede ist also von *demjenigen*,

- dessen Partei P. M. Lingens attestiert hat, ihr könnte »das Etikett »demokratische Partei« nicht vorenthalten werden«¹ (Ob der seine Partei vielleicht *deshalb* auflösen und in eine reine Bewegung umwandeln wollte, bevor er draufkam, daß ihn dies die Parteienförderung kosten würde, und vielleicht deshalb wieder von der gänzlichen Auflösung abkam?);

- der »dasjenige Denken repräsentiert, das wir bekämpfen«, wie Hubertus Czernin anlässlich seiner Bestellung zum Herausgeber des »profil« der »Presse« gesagt hat;

- dem der selbe Hubertus Czernin im Gespräch mit Alois Mock den kühnen Werbeslogan schenkte: »Rechts von der ÖVP steht Haider, sicher noch ein Demokrat, das heißt die Positionierung der ÖVP ist falsch.«² (H. ließ den Slogan bislang ungenutzt, aber Mock hat folgerichtig bis zuletzt versucht, diejenige blau-schwarze Koalition zu zimmern, die sich die steirische ÖVP schon lang' wünscht);

- von dem der Tiroler Landeshauptmann Wendelin Weingartner in der Wahlnacht des 9. Oktober, ohne erkennbares Bedauern, sagte, das Problem mit ihm sei, daß er im Ausland anders, nämlich als Rechtsradikaler betrachtet werde; was Kreiskys leider-nein-Nachfolger Hannes Androsch bedauernd zugespitzt hat: die Politiker hätten H. solange braun angepatzt, daß es jetzt im Ausland ein Problem mit ihm sei. Die hübscheste Variante dieses Topos lieferte der »Spiegel«, als das *deutsche* Magazin einen kreideweichen H. fragte:

¹ Standard, 7.10.1994; das war also, übrigens, bevor Lingens, seine berühmte Vorurteilsfreiheit entscheidend, den amerikanischen IQ-Rassismus in Wien salonfähig zu machen suchte; hierzu dürfte ihn angeregt haben, daß der »Standard« wie das ORF-Morgenjournal kurz davor das Buch von Luca und Francesco Cavalli-Sforza, Verschieden und doch gleich, München 1994, im Sinne des Untertitels begrüßt hatten: »Ein Genetiker entzieht dem Rassismus die Grundlage«. Das wird ihn gemagerlt haben, eine Diskussionsgrundlage braucht doch, schon zur Wahrung der Vorurteilsfreiheit, ein jeder Mensch!

² Profil 23, 6.6.1994, Seite 23

»Ausländische Medien werten Ihren Erfolg als Vormarsch von Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit – könnte das Österreich international isolieren, wie einst unter Waldheim?« – Haider: Nein. Ich glaube, daß es an den öffentlichen Vertretern Österreichs liegt, klarzustellen, daß die FPÖ eine lupenrein demokratische Partei ist, die nur ausspricht, was viele Leute bewegt.« (Spiegel 42, 17.10.94, Seite 198)

Einige der öffentlichen Vertreter Österreichs, wir haben's gesehen, sind schon längst unterwegs, Haiders diesbezüglichen Auftrag auszuführen. Wenn ihnen und ihm sein Vorhaben gelingt, wird irgendein(e) unselige(r) HistorikerIn irgendwann wieder einen Satz schreiben, wie Marlis Steinert (Hitler, München 1994, 258) den:

»Würde dieser Mann der so heftig herbeigesehnte Retter Deutschlands oder dessen »Dämon der Zerstörung« sein? Am 30. Januar 1933 vermochte das noch niemand zu sagen.«

So hätten Karl Kraus, Kurt Tucholsky, Günther Anders vergeblich gelebt und Tausende wären vergeblich gestorben.

Von jenem Haider rede ich also, ohne ihn hier zu Hitlers Epigonen dämonisieren oder diesen zum Vorläufer jenes entdämonisieren zu wollen, so wenig wie Armin Thurnher mit seinem (außer bei mir, ich bringe, gehorsam, kein Bild) erfolglos verhängten Abbildungsverbot – die bunten Blätter und der ganze Boulevard brauchen jenen nahezu mehr als er sie.

Jetzt muß ich aber langsam an die Justiz denken und nachweisen, daß der H., dessen Identität, hoffe ich, jetzt schon hinreichend bestimmt bezeichnet ist, sich in der Vergangenheit schon mindestens zweimal zweifellos blamiert hat. Was wähle ich aus?

Eine ältere und eine jüngere Blamage

»Vertrottelt«, so das Oberlandesgericht Wien, hätte ich einen Satz nennen dürfen, den H. 1991 am Ulrichsberg von sich gab,

als er vor alten Kämpfen der Wehrmacht und SS deren Heldentaten würdigte: »Geistige Freiheit ist in einer Demokratie etwas Selbstverständliches, aber sie findet dort ihre Grenzen, wo Menschen jene geistige Freiheit in Anspruch nehmen, die sie nicht bekommen hätten, hätten nicht andere für sie den Kopf hingehalten, daß sie heute in Demokratie und Freiheit leben können«;

woraus sich ergibt, daß er – der selbst keineswegs in Wehrmacht oder SS den Kopf für irgendwas hingehalten hat – sich selbst aus dem Reich der »geistigen Freiheit« ausgegrenzt hat. Ob er da auch das Tatbild des Verbotsgesetzes erfüllt hat, weil er Kriegsziele Hitlers oder dessen Raubkrieg als solchen oder Kriegshandlungen von Wehrmacht und SS oder wenigstens diese Organisationen als solche verherrlicht hat, ist nicht ausjudiziert, weil er meine mehrfach publizierten diesbezüglichen Ansichten nie geklagt hat. Diese Blamage ist übrigens öffentlich untergegangen, weil schon die erste nur mittelbar, durchs »profil« in die Literatur Eingang fand (Gundolf Tributsch, Schlagwort Haider, Wien 1994, S. 239, weist die Stelle aus der Ulrichsberg-Rede vom 7.10.1990 mit dem Datum des »profil« vom 3.6.1991 aus, das aus dem FORVM vom 19.3.1991 zitiert hatte – daß der Skandal bis dahin bereits fünf Monate unpubliziert herumlag, bleibt eine Blamage der gesamten Branche.)

Weitere Blamagen

Ach, wie er dem »Tatblatt« am »Runden Tisch« gegenüber Madeleine Petrovic nachsagte, es hätte dazu aufgefordert, ihm Briefbomben zu schicken, durft' ich mich im »profil« aufregen (danke, Hubertus), mußte es auch, weil ich kein FORVM vor der Wahl mehr derzahlen konnte. Die einstweilige Verfügung des Handelsgerichtes Wien vom 15.11., die Haider diese rufmörderi-

sche Behauptung untersagt, blieb schon wieder bis Redaktionsschluß unpubliziert.

Wir sehen, der Mann neigt zur Serienblamage, wo man nicht nachkommt (auch jetzt bleibt manches zurück); eine Tageszeitung bräuchte man; und wer eine hat, kommt dem nicht nach. Sagte ich schon was von Branchenblamage? Dem Lingsens, als er die oben erwähnte Etikettierung der FPÖ als »demokratisch« verbrach und vor seiner Selbstentsicherung, schrieb ich ein Fax, das natürlich ohne Antwort blieb. Darin hatte ich ihm folgenden Gesprächsausschnitt aus dem »Runden Tisch« mit der wackeren Heide Schmidt (die allein seinen Rassismus auch so nannte) mitgeteilt:

Schmidt: Es geht also um die Abschaffung der repräsentativen Demokratie.

Haider: Sie ist überholt, habe ich gesagt, diese Form. Sie gehört weiterentwickelt.

Sch: Eben ja, und daher gehört sie abgeschafft.

H: Können sie nur in den Kategorien Schaffen oder Abschaffen denken.

Sch: Wenn sie überholt ist, heißt das, daß wir sie nicht mehr brauchen, oder was heißt »weiterentwickeln«.

H: Wenn ein Zustand überholt ist, dann muß ich ihn verändern, das heißt weiterentwickeln.

Sch: Jeder weiß offenbar, was mit repräsentativer Demokratie gemeint ist, nur Sie nicht.

H: Ich möchte noch etwas sagen.

[Beide reden durcheinander, was mit ein wenig Mühe aber doch gut entwirrbar ist:]

Sch: Die repräsentative Demokratie hat die direkte Demokratie immer als Unterstützung.

H: Repräsentativ ist auch eine Diktatur, weil auch der Führer sagt, er ist Repräsentant des Volkes.

Der Führer wäre also Repräsentant des Volkes, weil er es sagt. Das ist die Logik des Führers, der Diktatur, und, in jeder funktionierenden Öffentlichkeit, eine weitere Blamage (vgl. Günther Anders, vorige Seite, ohne den Aspekt des Transports).

FORVM

Kanzleieröffnung Dr. Alfred J. Noll

Der Mitbegründer, Mitherausgeber und Blattmacher des »Journal für Rechtspolitik« seit 1993, der uns in mehreren Fällen rechtsfreundlich vertreten hat, FORVM-Autor seit März 1987 (u.a. *Dr. Schwingen macht mobil, In die Schlangengrube*, zuletzt erschienen fünf Teile einer sechsteiligen Serie über *Gleichheitsrecht und Höchstgericht*), Autor und Herausgeber mehrerer Bücher und Gesetzesausgaben, hat sich nun gemeinschaftlich mit Dr. Siegfried Kommar und Dr. Alois Obereder als Rechtsanwalt etabliert.

Die Kanzlei befindet sich in:

Alserstraße 21

1080 Wien

Telephon: 40 60 551

Telefax: 406 9601

Wir gratulieren! Red.

Liberales Forum / Liberale Jugend

Dr. Noll, wir bedauern!

Wir haben in einem Folder der »Jungen Liberalen« folgendes Zitat:

»Der Abschied von schlichter Gleichheit als Maß der Gerechtigkeit beruht auf der Anerkennung der Verschiedenheit der Menschen, denen nicht Gerechtigkeit widerfährt, wenn sie gleich behandelt werden, sondern erst, wenn sie in Ansehung ihrer Verschiedenheit gleichbehandelt werden.«

irrtümlich Herrn Dr. Alfred J. Noll zugeschrieben und daher dieser Textstelle seinen Namen beigelegt. Wir bedauern, daß dadurch der unrichtige Eindruck entstehen konnte, Herr Dr. Alfred J. Noll hätte seine Zustimmung gegeben, mit seinem Namen für das Liberale Forum zu werben.

Michaela Hack, Johanna Würth
Hanno Pöschl

FORVM

Internationale Zeitschrift für kulturelle Freiheit, politische Gleichheit und solidarische Arbeit

Begründet 1954 von Friedrich Hansen-Loeve, Felix Hubalek, Alexander Lernet-Holenia und Friedrich Torberg 1966-86 fortgeführt von Günther Nennung Herausgeber und Medieninhaber/Verleger:

Gerhard Oberschlick

Phax & Phone 523 83 68

Verlag: 93 27 33 · Vertrieb: 523 05 94

Je lieferbares Heft öS 30/DM 5/sFr 4,50

Abonnement 6 Hefte à 64 Seiten

öS 180/DM 30/sFr 27, nicht rückzahlbar, auch nicht im Falle der Einstellung.

• Bestellung bitte durch Einzahlung •

Österreich: P.S.K. 7514.001

Ausland: Postbank München

Konto Nr. 1208 52-801 · BLZ 700 100 80

Hersteller: Typographische Anstalt

1190 Muthgasse 56

Redaktion und Verlag:

A-1070 Wien, Museumstraße 5



Gemeinwissen vs. Geheimwissen

Ein Handbuch über die »Österreichische Literatur im Nationalsozialismus« ist im Entstehen, auf der Basis von Archivmaterial, das die Forschungsgruppe des Grazer Germanisten Uwe Baur bisher nicht frei zugänglich machen will oder darf. Derfens des? oder derfens des nicht derfen? Eine Frage der Informationsfreiheit.

Graz, 24. Mai 1994

Sehr geehrter Herr Oberschlick!

Ihre redaktionelle Bemerkung in Heft 481-484, S.32 betreffend das von mir geleitete Forschungsprojekt verlangt nach einer Korrektur. Ich bitte Sie, die folgende Antwort in Ihrem nächsten Heft zu veröffentlichen.

Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um Erich Heintel und den von Schwierigkeiten gepflasterten Weg zu Quellen der NS-Vergangenheit der Österreicher schreiben Sie: »Die Republik läßt nur handverlesen in die Archive, auch ins BDC schauen, wie z.B. die Grazer um den Germanisten Uwe Baur, in dessen Projekt seit Jahren alle Information begraben liegt.«

Die Hindernisse vor gewissen Archiven (z.B. dem Steiermärkischen Landesarchiv) sind in der Tat unüberwindbar, nicht aber zu unserer Dokumentationsstelle:

1. Die von uns seit 1986 angelegte Dokumentensammlung zu dem Gegenstand »Österreichische Literatur im Nationalsozialismus« ist derzeit keine öffentlich zugängliche Servicestelle, sondern dient der Niederschrift eines vom Fonds zur Förderung wissenschaftlicher Forschung finanzierten Handbuchs. Die Mitarbeiter sind nicht dazu verpflichtet, Auskünfte zu erteilen. Dennoch haben wir in eingeschränktem Maße Wissenschaftlern die

Möglichkeit gegeben, in unseren Räumen zu recherchieren.

2. Ihre Aussage kann nur auf Ihrer Informiertheit durch jene »Forschungsgruppe« beruhen, die in Ihrer Zeitschrift den Fall Fussenegger betrieben hat. Denn ihr haben wir tatsächlich keinen Zugang ermöglicht, da ich mich gegenüber dem BM-fAA verpflichtet habe, die Einsicht in unsere Dokumentation von der wissenschaftlichen Qualifikation der Bearbeiter und der dementsprechenden Auswertung der Daten abhängig zu machen. (Selbst jene Mitglieder unseres Projekts, die ihr Studium nicht abgeschlossen hatten, erhielten z.B. zum BDC keinen Zugang.)

Mit freundlichen Grüßen, Ihr *Uwe Baur*

Wien, 30. Mai 1994

Sehr geehrter Herr Professor Baur, das nächste Heft des FORVM wurde in der Druckerei am selben Tag imprimiert, mit dem Sie Ihren Brief datierten. Ich werde jedoch in der nächsten Ausgabe gern veröffentlichen, was Sie da eine »Korrektur« nennen, wiewohl ich nicht verstanden habe, worin diese nun bestehen soll – zumal Sie meinen knappen Satz richtig zitieren, um meinen Vorwurf sodann in drei weiteren Absätzen hübsch differenziert *nicht* zu »korrigieren«, sondern vielmehr zu bestätigen, zu präzisieren und zu ergänzen:

- daß Republik wie Bundesländer den Zugang zu ihren – also unseren! – Archiven höchst restriktiv handhaben;

- daß Sie seit Jahren (seit 1986, teilen Sie mit) Wissen zum Thema »österreichische Literatur im NS« ansammeln, die Sie jedoch der Öffentlichkeit all die Jahre vorenthalten; daß Sie die Förderbänder und Lagerhalden des Goldbergwerks Ihres vorläufigen Geheimwissens von ebenderselben Öffentlichkeit sich bezahlen lassen, ist eine nette Pointe, die Sie da ergänzend beisteuern.

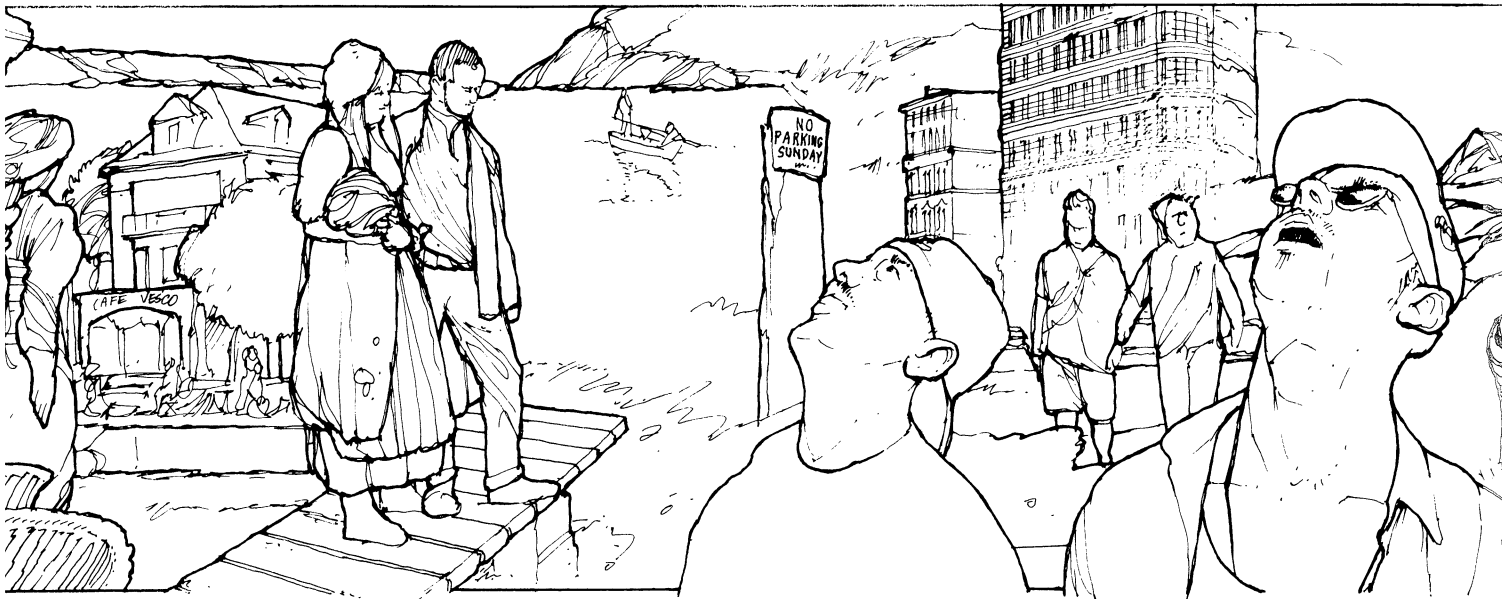
Treuherzig, ganz verlässlicher Kaufmann, möchten Sie sich zur Rechtfertigung Ihres Tuns auf einen Vertrag mit dem Außenministerium hinausreden. Sie hatten jedoch vor dessen Abschluß,

- als Sie promoviert wurden, »spondeo« gesagt, womit Sie sich der Wissenschaft und ihrer Autonomie, also nichts als der Wahrheit verpflichtet hatten, und nicht deren Verbergung;

- und als Sie, Herr Professor, Ihren Diensteid schworen, da leisteten Sie ihn auf die Verfassung.

Wie verträgt Ihr faktisches Tun mit Ihren Schwüren sich, wie mit dem Artikel 10 der Europäischen Konvention der Menschenrechte – in unserem Lande bekanntlich unmittelbar anwendbares, jede(n) Beamtin/(en) bindendes Verfassungsrecht –, der »die Freiheit der Meinung und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten oder Ideen ohne Eingriffe öffentlicher Behörden einschließt«?

Statt die Verfassung und den Beruf der Wissenschaft einzuhalten, verpflichten Sie sich gegenüber dem Außenministerium; mißachten den legitimen Wissensdurst der Öffentlichkeit, verraten die Autonomie der Wissenschaft, machen sich zum Agenten außerwissenschaftlicher Beamten und zum Handlanger, nein: Mittäter eines jahrelang fortgesetzten Verfassungsbruchs, merken es nicht einmal und halten sich noch zugute, wenn Sie, wie die Beamten auch, nur handverlesen in Ihr Archiv las-



sen – wen? Leute mit »wissenschaftlicher Qualifikation«, Ihrer Art, versteht sich, staatlich geeicht auf die Bereitschaft, gleichfalls auf eine Verpflichtung zur Wissensverhehlung sich einzulassen? Und StudentInnen werden von relevantem Wissen generell ferngehalten.

Warum stellen Sie nicht wenigstens, gegen Kostenersatz, Ihren Katalog in Form von Disketten allgemein zur Verfügung? Sie werden doch alles katalogisieren oder katalogisieren lassen, was Sie gesammelt haben oder sammeln lassen. Ich gebe sogar den Nachlaß von Günther Anders ins elektronische Netz des Wiener Philosophischen Institutes, nach und nach, und meine Arbeit wird bislang von keinem öffentlichen Händchen bezahlt, freilich auch nicht geknebelt.

So werde ich also, was Sie eine »Korrektur« nennen, schon deshalb gern publizieren, weil darin eklatant ein Mangel an Unrechtsbewußtsein in der Vereinigung akademischen Hochmuts mit subalternem Beamtentum sich offenbart, mit welcher Paarung die österreichischen Wissenschaftler schon immer autoritären Regimes zugestrebte und das landesspezifische Defizit an Aufgeklärtheit, ja Aufklärungswilligkeit mit verschuldet haben.

Beklagen Sie sich nur dann nicht, wenn Ihr »Handbuch«, gefördert von einem Fonds zur Förderung wissenschaftlicher Zurückhaltung, endlich erscheint und gemessen werden wird an den von Ihnen verschuldeten Informationsmängeln öffentlicher Diskussionen, an denen Sie lieber unbeteiligt blieben.

Mit dieser herzlichen Bitte hält sich empfohlen, Ihr *Gerhard Oberschlick*

Graz, 31. Mai 1994

Sehr geehrter Herr Oberschlick, der Umfang und das moralische Pathos Ihres Briefes ehren mich, ich möchte dennoch knapp antworten, verzichte aber, auf alle Unterstellungen einzugehen.

1. Ich teile – wie gesagt – prinzipiell Ih-

re Kritik am restriktiven Zugang zu Archivalien der Zeitgeschichte, würde aber vorschlagen, differenzierter bei Anschuldigungen vorzugehen.

2. Ihr Vorwurf, daß ich gar die Verfassung und meine »Schwüre« breche, ist mir nach wie vor nicht einsichtig. Ich sammle kein Geheimwissen, sondern werde möglichst verantwortungsvoll die Ergebnisse der Forschung publizieren. Aber ich wüßte nicht, welcher »Schwur« mich dazu verpflichtet, die von meinen Mitarbeitern gesammelten Forschungsunterlagen vor Abschluß der Arbeiten preiszugeben und in jeden öffentlichen Streit einzugreifen.

3. Ich freue mich über Ihre Androhung, unser Handbuch zu rezensieren und gehe dabei wohl nicht fehl in der Annahme, daß Sie bereits jetzt das (Vor-)urteil gesprochen haben.

Mit freundlichen Grüßen, *Uwe Baur*

Wien, 3. Juni 1994

Sehr geehrter Herr Professor Baur, es spricht für Sie, daß Sie sich auf die Diskussion einlassen, da mag ich gar nicht mehr im Detail schelten.

Deshalb und dennoch stimme ich Ihrem Vorschlag (1), »differenzierter bei Anschuldigungen vorzugehen«, gerne zu und wünsche ihn mir nur ein wenig differenzierter, damit er einer bloß pauschalen Anschuldigung nicht mehr völlig gleichkommt.

Daß Ihnen (2) mein Vorwurf der Mitwirkung am Verfassungsbruch etc. nicht einsichtig wurde, kann wohl nur an der Schwäche meines Mitteilungsvermögens liegen; also nochmals langsam, zum Mitschreiben:

2.1 Wenn der Zugang zu Informationen vom BMfAA an die Voraussetzung einer Qualifikation des Empfängers geknüpft wird, widerstreitet dies dem Kriterium des Art 10 EMRK, der »die Freiheit der Meinung und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten oder Ideen ohne Eingriffe öffentlicher Behör-

den einschließt«; indem Sie sich auf eine solche Verpflichtung gegenüber dem BMfAA einlassen, leisten Sie dem BMfAA Beihilfe zu seinem verfassungsrechtlich verbotenen Eingriff in die vom Art 10 EMRK garantierten Rechte.

2.2 Insofern Sie selbst ein öffentliches Amt bekleiden und sogar Ihren Studenten – diesen gegenüber bindet Sie eine Lehrverpflichtung, die Sie verletzen, indem Sie ihnen nach Ihrer eigenen Angabe relevante Informationen vorenthalten und außerwissenschaftlichen Dritten, der Behörde, Einfluß auf den Inhalt Ihrer Lehre einräumen – den Zugang zum Archiv verwehren, verletzen Sie neben Ihrer Aufgabe als lehrender Wissenschaftler den Art 10 auch selbst als öffentliche Behörde bzw. deren unterwürfig verlängerter Arm.

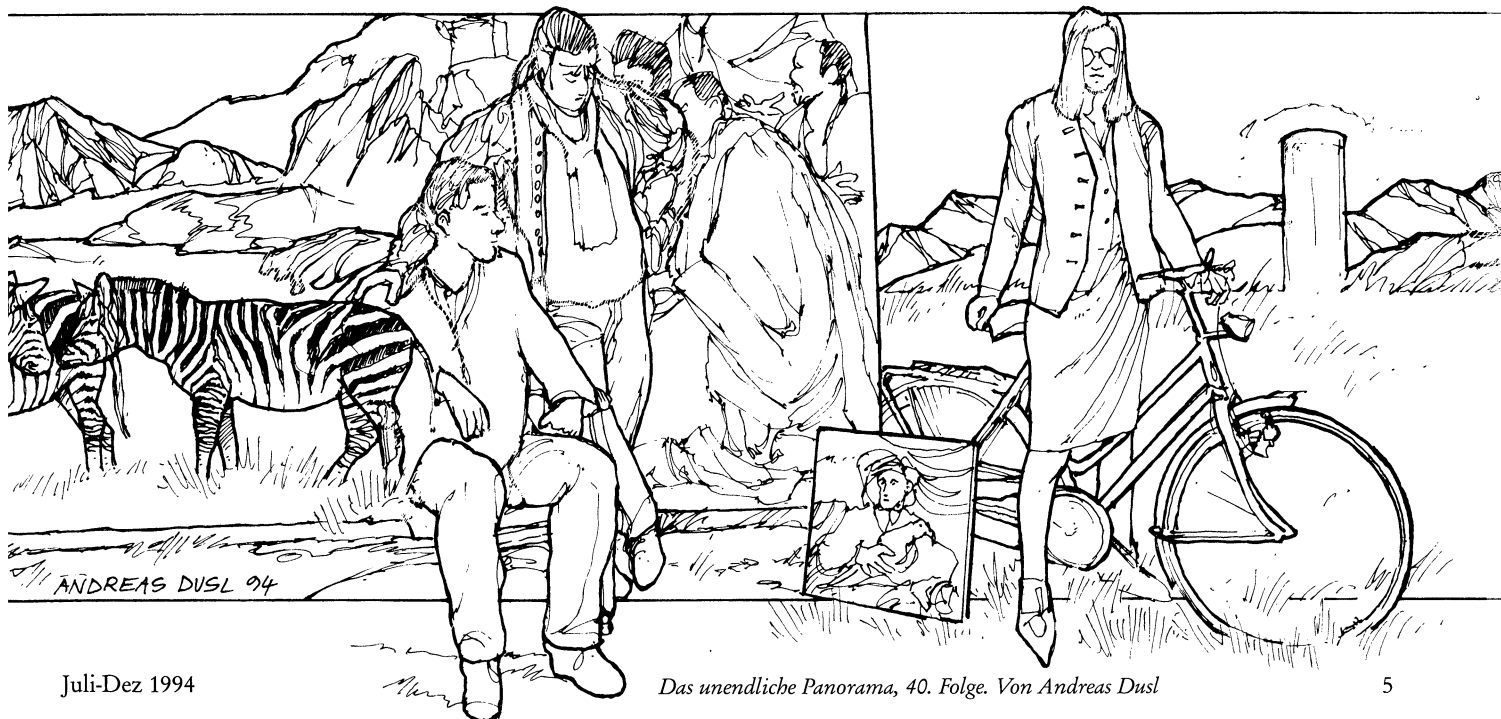
2.3 Wenn Sie eine Pflicht, Ihre Informationen der allgemeinen Öffentlichkeit, wo es aus dieser wer wissen möchte, zur Verfügung zu stellen, verneinen, so deklarieren Sie sich selbst als Besitzer eines – bis zum »Abschluß der Arbeiten« – vorläufigen Geheimwissens. Warum verallgemeinern, pauschalisieren, entdifferenzieren Sie in Ihrer Antwort meinen – zumindest in diesem Punkt sorgfältig – differenzierten Vorwurf?

3. Ihr Handbuch (a) zu rezensieren (was ich nicht versprochen habe) ist eins; ein anderes (b) die Beurteilung Ihres Verhaltens bzw. Stillhaltens in öffentlichen Diskussionen, zu denen Sie hätten beitragen können, bevor die betroffenen Literaten dann verlässlich tot sind. Zu b habe ich – ich bin geständig – ein Vorurteil gefaßt, das wohl nur aus dem Grunde des Mangels Ihres Handbuchs an relevantem Informationsgehalt würde revidiert werden müssen. Man wird sehen.

Schöne Grüße, Ihr

Gerhard Oberschlick

P.S: Worin, bitte, bestand nun in Ihrem ersten Brief die »Korrektur«? Ziehen Sie diese Unterstellung zurück? □



Das Leben nach der Bombe¹

W. G., Philosophie-Dozent in Graz, war Adressat einer Briefbombe der ersten Welle: als Exponent der slowenischen Minderheit in der Steiermark, ganz wie, bei der zweiten Bomben-Serie, der Verleger Lojze Wieser in Kärnten.
Die – partes pro toto – Solidarität mit ihnen bleibt hilflos, ich weiß, aber herzlich, das sollen sie wissen.

1. Der 5. Dezember 1993

war ein Sonntag, der Vorabend des Festes des Hl. Nikolaus von Myra, an welchem in der katholischen Steiermark nach Einbruch der Dunkelheit Kinder und junge unverheiratete Mädchen bzw. Frauen in angemessener Weise beschenkt oder manchmal auch vom »Krampus«, dem für Kinder und auch »Jungfrauen« zuständigen Teufel mit seiner wilden, kettenbehangenen Meute, geholt werden. In Dedenitz, Sieldorf, Zelting, Altnedörfel, Laafeld und Goritz bei Radkersburg (und auch anderswo) zogen junge Burschen von Haus zu Haus, um diesen alten Brauch auszuführen. Noch hatte man in der Bevölkerung nicht oder kaum bemerkt, daß seit den Mittagsstunden dort unten im sog. Radkersburger Zipfel sowieso schon »der Teufel los war«: Hubschrauber waren gelandet, viele Autos fremder Nummern aus Slowenien, Wien und Graz verparkten die

raren Abstellplätze einer kleinen Stadt. Was war geschehen? Eine vierte der schließlich zehn Briefbomben war entdeckt und am frühen Nachmittag ohne Schaden entschärft worden.

Begonnen hatte die Briefbombenserie bereits am Freitag (3.12.), und zwar in Wien und Hartberg, wobei zwei der drei Bomben explodierten und drei Menschen zum Teil schwer verletzten. Am »Nikolauswochenende« selbst, am Samstag und am nachmittäglichen Sonntag herrschte Spannung, Nachrichtenchaos und die sonst übliche, österreichische Wochenendunruhe. Der Sonntag versprach jedoch Abwechslung: Um circa 20:05 Uhr wurde der von einer Auslandsreise heimkehrende Wiener Bürgermeister, Professor Helmut Zilk, beim Öffnen seiner Post von der *fünften Briefbombe* (in der Reihenfolge ihrer Entdeckung) sehr schwer verletzt. Die zu diesem Zeitpunkt im steirisch-slowenischen Grenzort Bad Radkersburg/

Gornja Radgona befindliche Einheit der EBT (Einsatzgruppe des Innenministeriums zur Bekämpfung des Terrorismus) wurde umgehend nach Wien zurückbeordert. Der Grund der Anwesenheit der EBT im Bezirk Radkersburg waren die Entschärfung der *vierten Bombe* und erste Erhebungen gewesen. Um etwa 10:15 Uhr hatte nämlich Frau Mag. H.A., die amtierende damalige Obfrau des »Artikel-VII-Kulturvereines für Steiermark«, an diesem Sonntag ein etwas auffälliges Poststück als vermutliche Briefbombe identifiziert. Der neben der persönlichen Namens- und Vereinsnennung lediglich mit »8490 Radkersburg« adressierte Brief, der zweite seiner Art mit einem Empfänger in der Steiermark, war ihr am 3.12.1993 unter ihrer Wohnadresse in Radkersburg-Umgebung zugestellt worden. Der Briefträger entschied sich dazu trotz der Nennung des Namens »Dr. Gombocz« [sic], des Verfassers dieser Darstellung, als Obmann, was ich damals nicht war und auch jetzt nicht bin. (Die Wohnadresse meiner Eltern ist dem Zusteller ebenfalls bekannt, er hat aber anders entschieden und damit ein damals schon am Freitag durchaus mögliches Unglück verhindert.) Die Namensverschiedenheit und auch die Unvollständigkeit der Adresse führten dazu, daß Frau H.A., ihre Mutter, ihr Ehemann und ich (samt meiner Familie) unverletzt blieben, weil sie den ihr übergebenen Brief weder öffnete, noch mir oder meinen Eltern in ihrer Nachbarschaft weiterleitete, sondern ihn zwei Nächte einfach liegen ließ. Zu einer Lebensretterin kann man auch zufällig und unabsichtlich werden! Nach den schon am Freitag bekanntgewordenen Bombenexplosionen und -verletzungen von Frau Silvana Meixner und ihrer Mitarbeiterin (ORF Wien) und Herrn Pfarrer August Janisch (Hartberg) sowie aufgrund meiner (der Obfrau seit etwa 1989 und insbesondere dann ab Juli 1992 mehrfach vortragenden) begründeten Befürchtungen eines bevorstehenden Attentates auf irgendwelche Mitglieder des Vereinsvorstandes erkannte die »Lebensretterin« am Sonntagvormittag plötzlich die Gefahr und informierte mich telefonisch über die möglicherweise heiße Post an den Verein bzw. an mich in ihrem Haus. Die dann von mir sofort eingeschaltete Sicherheitsdirektion für Steiermark konnte in Zusammenarbeit mit dem Gendarmerieposten Bad Radkersburg die Sendung innerhalb von etwa vier Stunden als Briefbombe ausmachen und unfallfrei entschärfen, welcher Umstand mir auch um etwa 15 Uhr mitgeteilt wurde: »Ja, es ist die vierte Bombe, Herr Doktor!«

Resümierend läßt sich *erstens* festhalten, daß der eine Nachmittag des EBT-Einsatzes in Radkersburg und Umgebung für eine Aufklärung – ganz zu schweigen von einer vollständigen Aufklärung – dieses durch die Klugheit einer Frau gescheiterten Anschlages gegen Mitglieder der zweisprachigen Bevölkerung in der Steiermark natürlich nicht ausreichte – und zweitens,

Two Happy Years

Die Jahre 1993 und 1994 haben indes für die Slowenen in der Steiermark einige kleine Erfolge gezeitigt:

1. Vom 25. bis zum 27. Mai 1993 fand die erste wissenschaftliche Tagung über die steirischen Slowenen an der Universität Maribor statt. Mitveranstalter waren die Slowenische Akademie der Wissenschaften (Laibach), das Österreichische Ost- und Südosteuropainstitut in Wien und das Laibacher Volksgruppeninstitut. Die Kongreßakten mit einem umfangreichen Dokumentationsteil wurden 1994 publiziert und u.a. vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung in Wien subventioniert.

2. Vom 7. bis zum 8. Juni 1994 fand eine zweite wissenschaftliche Tagung über die steirischen Slowenen an der Universität Graz statt. Als Mitveranstalter traten der Rector Magnificus der Universität, Univ.-Prof. Dr. Helmut Konrad, die Österreichische Liga für Menschenrechte, vertreten durch Architekt Klaus Gartler, und der Artikel-VII-Kulturverein für Steiermark auf. Ein Sammelband mit Beiträgen von diesem internationalen Symposium (mit Teilnehmern aus Deutschland, Norwegen, Kanada, den USA, Slowenien und Österreich) ist in Vorbereitung.

3. Der Grazer Verein »Alpen-Adria-Alternativ« hat eine sorgfältig dokumentierte Ausstellung zur Geschichte der Slowenen in der Steiermark zusammengetragen, welche im Mai/Juni 1994 in Graz und im Juli/August 1994 in Soboth gezeigt wurde. Weitere in- und ausländische Präsentationen sind in Vorbereitung.

4. Anfang Dezember 1993 erreichte die slowenischsprechende Bevölkerung in der Steiermark ihre bisher hervorstechendste »öffentliche« Anerkennung durch die Einbeziehung zweier Vorstandsmitglieder eines ihrer Vereine und eines weiteren fördernden Vereinsmitgliedes (= Abg. Terezija Stoisits) in die Serie der zehn Briefbombenattentate. Die Abgeordnete, der Verfasser dieses Beitrages als eine Adressat und die Empfängerin als am Zustellungsort wohnende Obfrau des Vereines blieben zum Glück unverletzt.

¹ Gewidmet meiner Lebensretterin H.A., dem Radkersburger Briefträger H. W. und allen wahren Freunden von Bombenopfern und anderen Minderheiten.

2. Ein Jahrzehnt der Drohungen

Verschiedene Vorstandsmitglieder, aber auch einige außerhalb des Vereines stehende bekannte Angehörige der zweisprachigen Bevölkerung in den Bezirken Deutschlandsberg, Leibnitz, Radkersburg, Feldbach, Graz und Graz-Umgebung wurden seit Beginn der achtziger Jahre mit »Ohrwatschen«, Berufsverlust, Landesverweis, Kastration, Anschlägen und dem Tod bedroht, meistens telefonisch und anonym, vereinzelt auch schriftlich oder gar von Angesicht zu Angesicht. (Ich selber habe einige Drohanrufe dieser Zeit zur Anzeige »gegen Unbekannt« gebracht und war Ende der achtziger Jahre einmal auch Opfer eines harmlosen tätlichen Angriffes.) Im Verein, aber auch im Freundeskreis herrschte die Ansicht vor, man müsse mit derartigen Bedrohungen einer zwar radikalen, aber eigentlich untätig-unwirksamen und daher ungefährlichen Kleingruppe leben, sei doch der Schutz einer durchaus demokratisch eingestellten Öffentlichkeit gewährleistet. Ich teilte diese Meinung, bis es mir und einigen meiner Freunde gestattet wurde, in die staatspolizeilichen Vereinsakten wie auch in Akten ad personam Einsicht zu nehmen. Da fiel es uns wie Schuppen von den Augen. Und es fehlen einem die Worte, die inneren Vorgänge angesichts derartiger Dokumente zu beschreiben: Die »kleine untätige Gruppe« hatte es geschafft, Hofräte, einige hohe Landespolitiker und schließlich die Staatspolizei selbst als Verbündete für ihre rechtsextreme, teilweise gesetzwidrige (!) Politik zu gewinnen. Diesen 15. Juli 1992 in der Wiener Herrngasse werde ich nicht so leicht vergessen. Ich hatte die Gelegenheit, Teile meines staatspolizeilichen Aktes persönlich zu studieren, wie ich es seit März 1990 aufgrund einer entsprechenden Zusage des damaligen Innenministers begehrt hatte. Vorher schon konnte ich Berichte und Teile von STAPO-Akt-Kopien anderer betroffener Mitglieder österreichischer Volksgruppen studieren. Am 15.7.1992 konnte ich selbst einen kleinen Teil meines eigenen »Konvoluts« durchsehen. Die in sehr anstrengenden zwei Stunden gewonnenen Erkenntnisse von Zusammenhängen einer tatsächlich existierenden und groß angelegten, auch auf meine Person gerichteten »Zangenbewegung«, in welche vor allem ein Bezirkshauptmann und verschiedene nach wie vor im Amt befindliche große und kleine Politiker hauptsächlich der ÖVP, aber auch der SPÖ involviert waren, mündeten in der empirischen Begründung einer ernsthaften

Bedrohung der organisierten zweisprachigen Bevölkerung. Diese Bedrohung wurde als eine im Prinzip auch das Leben und die Angehörigen betreffende persönliche »Katastrophe« erlebt. Heute, fast ein Jahr nach der Bombe, erweist die »Katastrophe« sich als eine Mischung aus durchaus ernstzunehmender und leider bis zum Dezember 1993 auch von mir selbst und vielen anderen massiv unterschätzter Lebensbedrohung und aus teilweise dilettantischem Anschwärzen, teilweise operettenhafter Phantasterei und doch gefährlicher Denunziation unverbesserlicher Ewiggestriger und Altgläubiger (unter diesen eben auch »wirkliche« Hofräte; vgl. dazu die Bedeutung des Wortes »sivec« im Radkersburger Dialekt, da der Absender der Briefbombe Nr.4 sich immerhin Franz Sivetz nennt!), aber auch neuhinzugekommener jüngerer »Rechtsextremisten«. Die der Bedrohung ausgesetzten Personen umfassen indes eine numerisch signifikante Anzahl allein schon aus der Volksgruppe der steirischen Slowenen. *Eine persönliche Katastrophe* war es auch, da mich diese ernüchternde Wissenserweiterung mehrere Wochen wertvollster Arbeitszeit gerade während der großen Sommerferien kostete: Ich versuchte, einige der im Akt genannten Denunzianten und Informanten persönlich zu kontaktieren bzw. zu interviewen. In der Liste der im Akt angeführten, prominenten Informanten und Denunzianten erscheinen u.a. das »Büro« des steirischen Landeshauptmannes, zwei Hofräte in seiner unmittelbaren Umgebung, selbst ein Bezirkshauptmann und einige Universitätskollegen mit Rang und Namen. Der größere Teil von Informanten und Denunzianten bleibt allerdings anonym. Auffällig ist dabei, daß insbesondere die Interventionen aus der Umgebung des damals amtierenden Landtagspräsidenten und des damaligen Radkersburger Bezirkshauptmannes stets anonymisiert bzw. verschleiert sind. Weder die Informanten der Genannten noch die Einschreiter bei der Sicherheitsdirektion bzw. bei der Staatspolizei werden (mit ganz wenigen Ausnahmen) namentlich angeführt. Auch die konspirative bzw. durchlässige Stelle in der Universitätsbürokratie ist aus den eingesehenen Akten nicht eruierbar. Allein der Umstand, daß die Staatspolizei entweder ungehindert und jederzeit in universitäre Personalakten Einsicht nehmen kann oder entsprechende gesprächige Informanten im Rektorat oder Dekanat der Universität sitzen, ist ein ernüchternder Skandal. Auch die Tatsache, seit Jänner 1990 [sic!] in einem Spezialakt des Innenministeriums als Mitglied einer »proserbischen Einsatzgruppe in Graz« für den Fall des Zerfalls Jugoslawiens geführt zu werden, ist trotz der freundlichen Mitteilung der Beamtin, welche mein Aktenstudium beobachtete, die dahinterstehende Denunziation sei als unglaublich eingestuft worden, nicht gerade ein Beruhigungsmittel: Man bedenke, daß zum Zeitpunkt der STAPO-Akt-Lektüre im Juli 1992 die Desintegration Jugosla-

wiens bereits weit fortgeschritten, um nicht zu sagen, abgeschlossen war. Man bedenke weiters ernstlich die geradezu exponentiell anwachsenden »serbischen« und »proserbischen« Kriegshandlungen (einschließlich Verbrechen gegen die Menschlichkeit) wenige Kilometer südlich von Radkersburg/Radgona seit dem slowenisch-jugoslawischen Juni-Juli-Krieg 91 und seit der endgültigen Unabhängigkeitserklärung Sloweniens am 8. Oktober 1991, insbesondere während der kriegesischen Aggressionen in Kroatien und Bosnien 1992 und zu Anfang 1993. Man möge zur Kenntnis nehmen, daß dieser »proserbische« Eintrag in meinem STAPO-Akt, obschon ich ihn nicht promulgierte, sondern geradezu ängstlich verbarg, der Steirischen »Kronen Zeitung«² im Dezember 1993 nicht nur bekannt ist, sondern auch in Form einer »positiven« Aus- bzw. Umdeutung »von besonderer Seite [eines Hofrates; Ergänzung d. Verf.]« dem Nachweis dient, daß ein »winziger slowenischer Kulturverein« (Zitat) und seine Funktionäre wohl zu Recht in die Liste der Bombenadressaten aufgenommen wurden, weil sie angeblich serbischen Deserteuren aus der Armee (JNA) Restjugoslawiens halfen.

3. Das Bedrohungsszenario

wird real erlebt; es hat seit der Bombe eher noch zugenommen, subjektiv und auch objektiv. Der neue Obmann des »Artikel-VII-Kulturvereines für Steiermark« erhielt bereits einen Monat nach seiner Wahl im März 1994 eine schriftliche Todesdrohung, aufgegeben im Postamt Weitersfeld bei Mureck (Bezirk Radkersburg). Der Verfasser dieser Zeilen wurde zuletzt am 15. August 1994 um etwa 8:20 Uhr in der Früh telefonisch und mit eindeutigen, männlichem Kärntner Zungenschlag – vermutlich von einem Mitglied einer schlagenden Studentenverbindung³ – über ein nahe bevorstehendes, gefährliches und daher angsterzeugendes (»Du hast Angst, was!«) Ereignis in Kenntnis gesetzt. Obschon dieses Telefongespräch mit der »Stimme« eines verrückt spielenden Anrufers durch seine Überlagerung eines zeitweise allein »sprechenden« Texttonbandes auch sehr verwirrt und dadurch »harmlos« wirkte, jedenfalls nicht leicht verständlich war, so war die Explosion einer vor einer Schule versteckten Bombe eine Woche später in Klagenfurt mehr als schockierend, da der Anrufer, der behauptete genau zu wissen, mit wem er worüber spreche, mehrfach wörtlich auf »Pennäler« und auf »Pennälersäbel« [sic] bezuggenommen hatte, was alles auch der Polizei sofort angezeigt wurde. Derlei Kundgaben sind aber nur die Spitze eines Eisberges. Verschiedene Vorfälle in den Wochen nach dem Briefbombenattentat, also vom Dezember 1993 bis etwa in den März 1994, haben unsere wachsende Bereitschaft, hier im Amt befindliche Politiker (und Staatsdiener) als involviert zu vermuten, zumindest in einigen Fällen in eine entsprechende

² »Gedanken über die Briefbomben (von besonderer Seite)«, in: Neue Kronen Zeitung, Ausgabe Graz, 7.12.1993, S. 4

³ Dieser Umstand könnte natürlich auch absichtlich »gespielt« worden sein, um mir den Eindruck eines Studenten zu vermitteln. Die Stimme stufe ich aber auf 20 bis 30 Jahre ein und sie war original kärntnerisch.

Gewißheit verwandelt. Es gibt Hinweise auf wenigstens zwei Arten derartiger Involvement bzw. Nähe:

(a) Einmal scheint es nicht unwahrscheinlich zu sein, daß gewisse Politiker geistige und auch finanzielle Väter von gegen Verein und ausgewählte Mitglieder der zweisprachigen steirischen Ethnien (ähnliches gilt auch für die Roma und Sinti) gerichteten Großaktionen sind; jedenfalls geht aus STAPO-Akten wie auch aus anderen Beweismaterialien und einer einzelnen Zeugenaussage hervor, daß höchste Landespolitiker sich verschiedenster Methoden und Mittel bedienen, insbesondere aber auch der Staatspolizei bzw. der Sicherheitsdirektion selbst, um auf den Verein als solchen, aber auch auf ausgesuchte (oft »schwache«) Individuen Druck auszuüben. Die übergeordnete/angeordnete Absicht war wohl, diese alle – Verein, starke und schwache Individuen – schließlich mundtot zu machen und den Verein selbst möglichst zur Aufgabe zu bewegen.

(b) Zum andern weisen verschiedene Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Fahndung in der Steiermark und in Kärnten am Nachmittag und Abend des 5.12.1993 und unmittelbar danach darauf hin, daß es hochkalibrige Interventionen bei den Sicherheitskräften auf Landesebene gegeben hat, bis hin zur Behinderung einzelner Aktionen zugunsten der Beschaffung von aufklärenden Materialien, wie z.B. Verhinderung von Haussuchungen bei »Prominenten« und weniger Prominenten. Diese Vermutungen werden bestärkt durch das Verhalten der offiziellen Landesvertreter gegenüber dem sofortigen Begehren des Vereinsausschusses nach Kontakt und Aussprache unmittelbar nach den Dezemberereignissen: Sowohl die ÖVP- als auch die SPÖ-Mitglieder der Landesregierung haben ein Zusammentreffen mit dem betroffenen Vereinsvorstand, aber auch mit den zwei Briefadressaten persönlich abgelehnt – im Dezember 1993 und abermals im Jänner/Februar 1994.⁴

4. Fakten der Diskriminierung

Unbestritten⁵ ist, daß ÖVP-Landesrat a.D. Helmut Heidiger in der »Frankfurter All-

gemeine[n] Zeitung«, 11. Juli 1991, Seite 9, seine sonst schon sprichwörtliche Existenzbestreitung der steirischen Slowenen an prominentester Stelle publizieren konnte [Zitat]: »In der Steiermark gibt es überhaupt keine slowenische Minderheit!« – ÖVP-Landesrat a. D. und ÖVP-Landtagspräsident a. D. Franz Wegart, zum Zeitpunkt des Interviews noch aktiver Erster Präsident des Landtages, leugnete die Existenz einer zweisprachigen Artikel-VII-Bevölkerung in der Steiermark regelmäßig mit der wiederkehrenden Formel vom »Irrtum des Staatsvertrages« ab. Franz Wegart, im zweisprachigen Haus seiner Großmutter in Altneudorf bei Radkersburg aufgewachsen, wiederholte in der Minderheitensendung des ORF im Juni/Juli 1992 (mehrfach gesendet), was bereits in der »Kleine[n] Zeitung«, Ausgabe Graz, am 8. Mai 1976, Seite 11, zu lesen stand: »Die Aufnahme der Steiermark in den Staatsvertrag beruht auf einem Irrtum! Es gibt keine steirischen Slowenen.« Eine daraufhin erbetene Vorsprache von Vereinsvertretern beim ersten Mann des Landes wurde vereitelt; eine Aussprache mit dem SPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Peter Schachner fand dagegen bereits am 2. Mai 1991 statt. Dabei äußerte sich DDr. Schachner in der Grazer Burg zum anwesenden fünfköpfigen Vorstand des »Artikel-VII-Kulturvereines für Steiermark« – unter den Anwesenden drei in der Steiermark geborene Slowenen österreichischer Staatsbürgerschaft – wörtlich: »Ich halte mich hier an die Auskunft des steirischen Verfassungsdienstes ... es gibt keine steirischen Slowenen!« Diese kompromißlose und konsequente Existenzleugnung, hier bei Schachner in das Angesicht von Betroffenen selbst, geht bei allen drei Genannten mit der Bereitschaft⁶ einher, den Ehrenschutz für Veranstaltungen der im Grenzland der Steiermark sehr rührigen SS-Kameradschaft IV zu übernehmen. Nun ist eine Existenzbestreitung bzw. eine Nichtexistenzbehauptung keine Todesdrohung, jene ist aber mit dieser vereinbar.

Einem der oben gerade erst genannten Politiker bzw. seinem »Büro« wurde bereits zu Jahresanfang 1993 ein Offizialdelikt gegen namentlich bekannte steirische

Slowenen bisher unwidersprochen und auch ungeklagt in einer auch in Österreich verbreiteten internationalen Zeitschrift angelastet.⁷ Dieser Umstand könnte aber wegen der Veröffentlichung in englischer Sprache der Aufmerksamkeit der Betroffenen entgangen sein. Der Staatsanwalt sollte sich in einem multilingualen Land wie Österreich indes auch für nichtdeutsche Hinweise auf Offizialdelikte interessieren, noch dazu, wo es in diesem Fall der EBT gelungen ist, den von der Quelle anonym zitierten Zeugen zu identifizieren und auszutreiben. Eine so grobe, direkte Vorgangsweise mittels Bestechung mit Beträgen in Höhe von 50.000 bis 100.000 Schilling ist jedoch selten nachweisbar, bzw. bisher selten bekanntgeworden. Gewöhnlicherweise wird innerhalb des braunen Netzwerkes sehr viel sparsamer, subtiler und heimlicher agitiert.

5. Ein schwarz-braunes Netzwerk

Das verdienstvolle Buch von Wolfgang Purtscheller⁸ über das *braune Netzwerk* in Deutsch-Österreich und Umgebung hat leider einen weißen Flecken, die braune Steiermark. Dieser Umstand hat mich schon bei der Lektüre noch vor der Bombe beunruhigt und – eigentlich auch verängstigt. Zwar sind mein Grazer »Studienkollege«, das damalige RFS-Mitglied und der spätere Totschläger Günther Kümel – er schlug 1965 bei einer Demonstration in Wien Ernst Kirchweger nieder, der seinen Verletzungen erlag – und z.B. der Küssel-Intimus Franz Radl junior aus Fürstenfeld angeführt, aber im allgemeinen kommt die braune Szene der Steiermark im Buch nicht vor. Dafür die maßgeblichen Gründe anzugeben, wäre Purtschellers Aufgabe schon aus dem Grunde, daß diese »lokale Gruppierung« variativ sichtbar und zum Teil sehr selbstbewußt existiert und agitiert. Einige Hinweise auf mögliche Gründe seien hier notiert: Purtscheller verwendet einen wichtigen Teil seiner Darstellungen und Analysen für die Verbindungen einzelner Rechtsradikaler zur FPÖ, vor allem im Raum Wien und Niederösterreich. (ÖVP und SPÖ erscheinen bei Purtscheller übergebührlich »sauber und rein«.) In der Steiermark führen derlei Nachforschungen in der Mehrheit der fündigen Fälle nämlich zur ÖVP, nur gelegentlich auch in die FPÖ und in zwei von uns verfolgten Kasus sogar in die SPÖ. Ja, man kann geradezu die Hypothese vertreten, daß die rechte Ecke sich eine Nische in der steirischen ÖVP erobert, ganz eigentlich bereits ersessen hat. Die »nationale Idee« ist in der ÖVP der schwarz-grünen Mark mit ihrem braunen Herzen geradezu traditionell beheimatet, wie schon die frühen Aktionen von Josef Krainer senior belegen, immer wieder sogenannte »national-liberale« oder freiheitliche Kandidaten über ÖVP-Nationalrats- und Landtagslisten in die Parlamente zu bringen. Nun liegt es mir fern, die »Erfindung« Krainers, Professor Felix Ermacora, zu diesem Kreis

⁴ Einzige Ausnahmen: SPÖ-Bürgermeister Alfred Stingl von Graz empfing Anfang Februar gemeinsam mit ÖVP-Kulturstadtrat Helmut Stöbl eine dreiköpfige Vereinsdelegation zur Aussprache.

⁵ Vgl. zum ganzen jetzt Boris Jesih (Hg): Slowenen im Bundesland Steiermark. Slovenci v avstrijski zvezni deželi Stajerski, Ljubljana: Slovenska akademija znanosti in umetnosti 1994, insbes. S. 127-130 & 300. Dr. Helmut Heidinger muß seinen Brief während des »slowenisch-jugoslawischen« Juni-Krieges verfaßt haben, da er gerade am 11.7.1991, vier Tage nach dem Waffenstillstand von Brioni, zu einem sehr passenden Zeitpunkt veröffentlicht wurde.

⁶ Ein solcher Anlaß ist schön dargestellt in: Courage, Graz 1992, Nr.5 (15. Mai 1992), S. 12. Den unglaublichen Freiheitsraum dieser alten »Rechten« und auch neuer Nationaler und

Nazis erlebt der Eingeweihte mit offenen Augen regelmäßig, und sei es nur, daß Anfang August/Ende Juli 1994 in der steirischen ORF-Wunschsendung Franz Wegart zum Geburtstag gratuliert wird, wobei ihm von »Fremdenlegionären« [sic] das Fremdenlegionärslied gewidmet wird, mit der feinen Aufforderung, nicht aufzugeben, sondern weiterzumachen.

⁷ Und zwar in der in Ljubljana erscheinenden Zeitschrift Razprave in Gradivo 26-27 (1992, erschienen 1993), S. 221 f. Entsprechende Sonderdrucke wurden allen Betroffenen, der Präsidentschaftskanzlei in der Wiener Hofburg und der EBT im April/Mai 1993 zugeleitet. – Vgl. auch die Bezugnahme darauf in: News, Wien, 2/1994, S. 30.

⁸ Wolfgang Purtscheller: Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk, Wien (Picus Verlag) 1993.

zu zählen, aber Ermacora publiziert derzeit immerhin in Andreas Mölzers »Jahrbuch für politische Erneuerung« und hält am 2. 10. 1994 die Festansprache am Kärntner Ulrichsberg bei der Gedenkfeier der Ulrichsberggemeinschaft, nachdem er Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre öfter in nationalen als in internationalen Publikationen die Existenz der steirischen Slowenen in Zweifel gezogen hatte. »Daheim« hat man dies Ermacora gedankt, man hat ihn immer wieder aufs neue kandidiert. – Was ich sagen will, ist das folgende:

Das braune Netzwerk in der Steiermark hat bedeutsame Gönner und Förderer eben auch in der ÖVP, und hier bis hinauf in die Parteispitzen und bis hin zu »international bekannten Kapazitäten«. Insbesondere in den zweisprachigen Gegenden – und hier beschränken wir unsere Verallgemeinerungen auf jene Gebiete im Osten der Steiermark, die wir gut kennen – sind es ÖVP-Schulldirektoren, ÖVP-Bürgermeister und -Mandatare, die die KHD-Ideologie transportieren. Was der »Kärntner Heimatdienst« (=KHD) für Kärnten »leistet«, leistet sich in der Steiermark die Partei des Vizekanzlers und Politikers einer (r)echten Mitte, Erhard Busek. Am 4.1.1994 konnte ich (in Begleitung meiner Frau und in Anwesenheit eines Ministerialrates) in einer fünfundzwanzigminütigen Aussprache meinem »obersten Arbeitgeber«, Herrn Minister Busek, über meinen »Nach-Bomben-Zustand« persönlich berichten. Die Aussprache verlief freundlich, aber – sieht man von großzügigen und dankenswerten Vergünstigungen ad personam ab – weitgehend ergebnislos. Eine Liste von ÖVP-Politikern (mit Namen und Adresse) mit »brauner« oder anderer »antislowenischer« Schlagseite habe ich ihm überreicht; die Bitte um entsprechende Schritte wurde in einzelnen Fällen mit Beweismaterialien untermauert. Das Ergebnis ist sehr beeindruckend: Einer aus der ganzen Liste ging altersbedingt mit 75 Jahren in Pension; alle anderen sind – braun und schwarz zugleich – im Amt oder kandidieren derzeit zum Beispiel für den Nationalrat. Die Macht dieses sonst schweigenden Kartells bekommt die neue Vereinsführung ebenso zu spüren, wenn weiterhin alle Kontaktgespräche und Subventionsansuchen auf Landes- und Bundesebene abgelehnt werden, wie die »ehemaligen« Funktionäre stets mit ihrer Vergangenheit konfrontiert werden, wenn es beruflich oder sonst auf höherer Ebene zu derartigen »braunen« Berührungen kommt, die sich nicht immer vermeiden lassen.

⁹ Zwei Beispiele: Das Grenzland ruft. Mitteilungsblatt des Vereines Grenzlandbund, Klagenfurt, Nr. 2, Februar 1989, 1-2: Steierer seid wachsam! [von Stourac]. – Europa der Völker mit Südtirol. Zeitschrift für Volkstumsfragen Europas, Graz, 29. Jg., Folge 1, Februar 1989, 2-3: Die Bedrohung aus dem Südosten [von Destaller]. – Seit damals kehren derlei Schmierreien jährlich wieder.

Zu diesem schwarz-braunen Netzwerk gebe ich zwei Beispiele, vermeide aber eine Analyse des braunen akademischen Freundeskreises des Honsik-Intimus Günther Kümel an der Universität Graz, der wenigstens einen pragmatisierten Universitätslehrer in Kümels Studienfach einschließt. Ich beziehe mich auf zwei ÖVP-Hofräte, welche nach wie vor in Amt und Würden walten, die zufällig am gleichen katholischen Privatgymnasium in Graz maturiert haben, wie ich selbst, und die mich »traditionell-liebevoll« gelegentlich als »unverbesserlichen Altkommunisten« oder als »serbische[s] ...« bezeichnen: Hofrat A. ist Bezirkshauptmann irgendwo in der Steiermark und gibt auf telefonische Anfrage unsererseits ohne weiteres zu, mich und auch andere »Slowenenfunktionäre« seit 1986 oder 1987 regelmäßig der Staatspolizei angezeigt zu haben, weil unsere »Umtriebe« im Grenzland (wörtlich) »auf allgemeine Ablehnung der gesamten Bevölkerung stießen«. Seine Informanten und andere Denunzianten gibt er nicht preis, läßt aber erkennen, daß darunter sowohl ehemalige SSler ebenso sind, wie daß manche von ihnen zu (Zitat) »Destaller oder Stourac durchaus dazupassen«. Ersterer ist der inzwischen verstorbene und in Graz ansässig gewesene und abgeurteilte (von Purtscheller ganz und gar übersehene) Südtirolaktivist, zweiterer ist der wiederholt wegen Wiederbetätigung verurteilte, jetzt von Klagenfurt aus wirkende »Kärnten- und Vaterlandsverteidiger«, der ebenfalls keine Zeile Purtschellers erhielt. Beide haben im zweisprachigen Gebiet Kärntens, aber besonders eben auch der Steiermark Broschüren⁹ und Postwurfsendungen vertrieben, in welchen Vereinsfunktionäre und deren Angehörige verunglimpft bzw. bedroht wurden, und das zum Teil mit Unterstützung von ÖVP-Bürgermeistern. Von Hofrat A., dessen Bekanntheit und Freundschaft Franz Stourac sich rühmt, stammt auch der Hinweis an die »Kronen Zeitung«, daß der Verein zu Recht mit einer Briefbombe bedacht wurde, da er sich gegen die Serben für Deserteure aus der Armee Restjugoslawiens (JNA) einsetzt. Hofrat B. dient in Graz in der Burg und als gut bezahlter, weitgehend arbeitsfreier Nebenerwerbs-Vizebürgermeister in einer Umgebungsgemeinde für das bescheidene Zubrot des vierfachen monatlichen Entgeltes einer mir bekanntgewordenen Pension einer Bäuerin in seiner Nachbarschaft; er hat ein langjähriges dienstliches und persönliches Nahverhältnis zum ehemaligen Landtagspräsidenten hinter sich. Seit vielen Jahren ist seine mächtige Hand gegen Verein, einzelne Mitglieder und auch gegen meine Familie und Freunde zu spüren. Der Absolventenverein unserer gemeinsamen Schule wird regelmäßig durch ihn über die sogenannten »Umtriebe« des Artikel-VII-Kulturvereines bzw. dieser »paar slawischen [sic] Idioten« informiert, wobei – post festum – eine gute Kenntnis der STAPO-Akten seitens B.s auffällt. Wörtliches Zitat im Jänner oder Februar nach

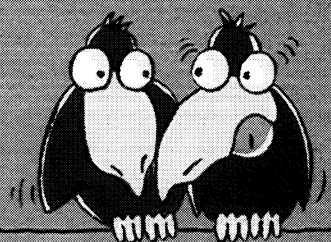
der Bombe: »Das war abzusehen. Die sind selber schuld! Das nächste Mal wird es sie erwischen!«

6. Ein letzter Hinweis bewegt sich abschließend im Bereich bekannter brauner Recken, allesamt auch schon amtsbekannt und z.B. Purtschellers Buchregister ziehend: Bereits um den 15. Dezember 1993 lobt sich H.J. in K., die »Briefbombenschreiber zu kennen«. Dies wird auch zur Anzeige gebracht und unter anderem durch einen in der Szene bekannten Wehrdienstverweigerer von rechts (»Ich verlange, auf die deutsche Fahne vereidigt zu werden!«) mehrfach bestätigt. Wer nun annimmt, daß die EBT hier irgendetwas Ziel führendes herausholen konnte, irrt nicht nur, nein, er ist mehr als verwundert über die Fortsetzung des Berichtes durch den wehrdienstverweigernden Zeugen bald nach Weihnachten, daß H.J. schon zwei Tage vor dem Approach durch EBT-Leute über die Anzeige, ja sogar die Namen der Anzeigenden informiert worden ist – »wie immer in solchen Fällen« (Zitat). Ein äußerlich durchaus gewogen wirkender Stapozist, von uns darauf aufmerksam gemacht, soll geantwortet haben: »Auch diese anderen müssen leben dürfen!« [sic] – Wer »Nation Europa 1/1991« gesehen hat, bemerkt mit Staunen, daß auch ein gewisser Günther Nennung so zu denken scheint, und wer »junge Freiheit« im Herbst 1992 zu Gesicht bekam, konnte sich Bischofs Kurt Krenns klerofaschistisches Gegenstück durchlesen. Soweit nur einige Ausschnitte aus der österreichischen »rechtsfreundlichen« Blütenlese. Die Bedrohung aus diesem braunen Netz um H.J. und Gesinnungsgenossen sollte deswegen nicht unterschätzt werden, weil diese Gruppe über beträchtliche finanzielle Mittel zu verfügen scheint, ein Umstand, der den sonst stets um Geld jammernden rechtsextremen Postillenschreibern einen gewissen Freiheits- und Bewegungsraum verschafft. Schließlich wurde bald nach Weihnachten 1993 stolz verkündet, daß man die »100.000 oder auch 200.000 De-Mark, die die Bomberln wohl gekostet haben mögen, auch hätte aufrbringen können«. Nun wird vielerlei Selbstlob und Wichtigtuerei gerade auch im Kreis um H.J. aus K. ohne Zweifel die Quelle solcher Ergüsse sein, man möge aber wiederum zur Kenntnis nehmen, daß ein Großteil der anonymen Anrufer, welche uns direkt oder indirekt bekannt wurden, männliche Sprecher Kärntner Zunge waren. (Frauen scheinen hier in dieser Ecke schriftliche Drohungen zu bevorzugen.)

Niemand ist noch durch Prahlei und Selbstlob Dritter zu Schaden gekommen, hört man immer wieder von den vernehmenden EBT-Beamten.

Wohin aber (bewußte oder unbewußte) Angst der Bedrohten und Betroffenen führen kann, zeigt ein medizinisch in Abklärung befindlicher Fall von Hypothyreose hier vor Ort – mit durchaus komplexen physischen Krankheitserscheinungen eines direkt Betroffenen. □

Das Bank Austria Kontoфон. Die schnellste Verbindung zu Ihrem Konto.



Wenn Sie ein Konto bei der Bank Austria haben, ist für Sie jetzt jedes Telefon ein Kontoфон. Damit können Sie so einfach und bequem wie noch nie alle Ihre Rechnungen bezahlen, Kontobewegungen überprüfen und Ihren Kontostand ab-

fragen – Anruf genügt. Per Kontoфон erledigen Sie diese Bankgeschäfte, wann Sie wollen: Von Montag bis Freitag von 7 bis 22 Uhr und sogar am Samstag von 8 bis 18 Uhr. Das Bank Austria Kontoфон. Und vieles wird möglich. Weitere Informatio-

nen in jeder Bank Austria oder direkt zum Ortstarif: 0660/8420.

Bank Austria
Die beste Verbindung.

Hans Sallmutter
Träumen nach vorn!

Die nachstehende Rede* wurde in den österreichischen Medien nicht oder lustvoll verdreht reportiert, z.B. als hätte H. S. seinen »ersten Schritt zu wertschöpfungsbezogenen Abgaben« im Ausmaß von 1,2 Milliarden Schilling zwecks Budget-Sanierung vorgeschlagen – eine Entlastung von nur einem Prozent für den Finanzminister. Es war aber ein Vorschlag mit Zweckbindung zur Förderung der aktiven Arbeitsmarktpolitik, heuer mit 2,4 Milliarden dotiert: eine Erhöhung für den Sozialminister um 50 Prozent. Da hatten die Medien nicht gut genug oder nur zu gut hingehört, jedenfalls haben sie eifrig es nirgendwo richtig berichtet. Demgemäß hat Vranitzky die »Verbreiterung der Bemessungsgrundlage« Sallmutter (vgl. nächste Seite, mittlere Spalte, oben) irrtümlich *ohne* dessen Pointe: die Zweckwidmung, in seine Regierungserklärung aufgenommen. G.O.

Das eigentliche Motto dieses Gewerkschaftstages müßte heißen:

Veränderung

Die Ereignisse der letzten Wochen, die Reaktionen aus Politik und Bevölkerung zeigen ganz deutlich, daß alle politischen Organisationen – auch die Gewerkschaften – sich nicht schnell genug auf die Bedürfnisse von heute eingestellt haben. Niemals zuvor wurde dies so deutlich wie zu den Nationalratswahlen und in der Zeit danach. Deshalb kann es sich keine politische Organisation, auch nicht die Interessenvertretung der Angestellten, leisten, zur Tagesordnung überzugehen. Wir werden daraus ganz klare Schlußfolgerungen ziehen. Der Neuorientierungsprozeß der GPA an den Bedürfnissen der Angestellten wird beschleunigt vorangetrieben. Wir fordern alle Gewerkschafter, Funktionäre, Betriebsräte auf, eine klare Sprache zu sprechen. Wir fordern auf zu einem partnerschaftlichen Umgang, zu einer höheren Kommunikationsbereitschaft mit Mitgliedern und Medien sowie zu mehr Transparenz.

Zum Thema Transparenz möchte ich gleich mit Beispiel vorangehen:

Meine Funktionen sind künftig die des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Privatangestellten – ich verdiene nach 25 Dienstjahren inklusive aller Zulagen und einer Überstundenpauschale 55.381 brutto, 14mal pro Jahr, dazu kommt eine Funktionsgebühr als Obmann der PVAng von 44.444, 12mal im Jahr. An anderen Funktionen habe ich noch das Mandat eines Kammerrates der AK-Wien. Schweren Herzens habe bzw. werde ich die Geschäftsführung der Wohnbauvereinigung zurücklegen, die eine ehrenamtliche war und aus der ich keinerlei finanzielle Einnahmen hatte. Doppelfunktionen wie auch in meinem Fall sind nur dann zu akzeptieren, wenn sie im Sinne der Arbeitnehmer der verbesserten Interessenvertretung dienen.

Zur Transparenz gehört auch, daß wir vieles, das inzwischen selbstverständlich geworden ist, immer wieder – vor allem auch den jungen Menschen – verständlich

und nachvollziehbar darstellen. Das für Europa beispielhafte System der Sozialpartnerschaft, das den Arbeitnehmer-Vertretungen (ÖGB und Arbeiterkammer) die einzigartige Gelegenheit bietet, in unserem Land in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht mitzubestimmen.

Heute, mit dem Tag meines Funktionsantritts, möchte ich klar die Prioritäten nennen, so wie ich sie sehe und wie wir sie gemeinsam bearbeiten sollten. Ich möchte klar deklarieren, für welche Werte ich stehe:

1. Arbeitsplätze

Es geht nicht an, daß Unternehmen aus kurzfristigem Profitinteresse Menschen auf die Straße setzen und das Problem und die Kosten dafür der Allgemeinheit überwälzen. Alle gemeinsam sind wir gefordert, Rezepte gegen die – nach wie vor – zu hohe Arbeitslosigkeit zu finden. Eine Vielzahl von Maßnahmen sind zu ergreifen:

- Eine Umorientierung in der Wirtschaftspolitik, die durch öffentliche Nachfragesteuerung neue Arbeitsplätze schafft.
- Arbeit teilen und Rahmenbedingungen für selbstgewählte Teilzeitarbeit. Beim Thema Arbeitszeitverkürzung muß über verschiedenste Modelle nachgedacht werden.
- Bildungsfreistellung ist ein Zeichen der Zeit, um den Beschäftigten die Chance zu geben, den neuen Anforderungen im Zuge der technologischen Entwicklung, aber auch den Herausforderungen durch den EU-Beitritt, gerecht zu werden.
- Durch die Kollektivvertrags- und Steuerpolitik sollen vor allem den Kleinverdienern ein höheres Einkommen und durch die Konjunkturbelebungsmaßnahmen Arbeitsplätze gesichert werden.

Wir sind bereit und flexibel, über Veränderungen im Einkommenssystem zu diskutieren. Das beweist unsere Kollektivvertrags-Politik seit Jahrzehnten. Was wir aber auf keinen Fall akzeptieren werden, ist, daß bei den schlecht entlohnenden Angestellten und Arbeitern noch weiter gespart wird. Unser Weg ist ein anderer: Insbesondere die unteren Gehaltsstufen gilt es auch in Zukunft stärker anzuheben. Auch im

Sinne einer gesamtwirtschaftlichen Konjunktorentwicklung und Verantwortung.

Unsere Sektion Industrie leistet bei der Findung neuer Entgeltsysteme seit Jahren Pionierarbeit. Nun sind die Arbeitgeber gefordert, ihre Fortschrittlichkeit und Flexibilität unter Beweis zu stellen! Neben Fortschrittlichkeit und Flexibilität ist heute ein großes Maß an Verantwortungsbewußtsein gefragt, das wir den Unternehmern abverlangen müssen.

Lore Hostasch war und ist die Propagandistin der »Solidarabgabe«. Nach diesem Modell sollten auch andere Gruppen (z.B. Beamte) zur Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik beitragen. Diesen Weg müssen wir fortsetzen und die Idee umsetzen. Österreich hat im internationalen Vergleich relativ hohe Sozialversicherungs-Beiträge. Klein- und Mittelverdiener werden durch Beitragserhöhungen besonders getroffen, da die Beiträge nur bis zur SV-Höchstbeitragsgrundlage zu zahlen sind. Ich werde mich nicht zuletzt aus dieser Erkenntnis für eine Integration des Arbeitnehmerbeitrags zur Arbeitslosenversicherung in den Steuertarif einsetzen. Damit wäre Lore Hostasch's Solidarabgabe verwirklicht und auch die anderen Gruppen, die ja von Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik profitieren, würden über die Steuer einen Beitrag leisten.

Mein Vorschlag sieht auch eine Entkopplung der Finanzierung aktiver und passiver Arbeitsmarktpolitik vor und bezieht alle Bevölkerungsgruppen in die Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik ein. Diese Maßnahmen sollen bei der nächsten Steuerreform umgesetzt werden, denn die laufend stattfindende Verschiebung der Steuerlast zu den unselbständig Erwerbstätigen macht eine Lohnsteuerentlastung von ca. 20 Milliarden Schilling in ein bis zwei Jahren unumgänglich. Die Integration des Arbeitslosenbeitrages wäre dadurch für alle Beschäftigungsgruppen akzeptabel, und dennoch – jeder hätte mehr im Lohnsackerl.

Der Finanzminister hat angesichts der tristen Budgetsituation auch unpopuläre Maßnahmen angekündigt: Ich hätte bereits eine konkrete Idee für eine solche Maßnahme, die nur eine Minderheit trifft, aber sehr viel bringen würde:

Es gibt Schätzungen, daß dem österreichischen Staat jährlich ca. 40 Milliarden Schilling durch Steuerhinterziehung der Unternehmer entgehen. Angestellte und Arbeiter dagegen haben keine Gestaltungsmöglichkeiten. Wie wär's mit einem – den Autofahrern bekannten – Planquadrat auch in der Steuerfahndung? Mit einer bundesländerweiten Branchenkontrolle? Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine strafbare Handlung. Wir fordern die gleiche strenge Handhabung wie bei allen anderen Straftaten auch. Nicht nur die »Kleinen«, sondern auch die »Großen« sollten verhalten werden, sich korrekt gegenüber dem Staat zu benehmen.

Die Forderung nach »Umverteilung«,

* Am 13. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA), als deren neugewählter Vorsitzender, 10.11.1994 in Wien. Wir gratulieren!

die nach Meinung vieler überholt ist, wird heute mit dem Stempel »Klassenkampf« versehen und die Diskussion für beendet erklärt. Umverteilung findet jedoch laufend statt, und zwar von unten nach oben! So stiegen insbesondere die Einkünfte aus Vermögensbesitz in den letzten Jahren enorm an (+ 70% von 1983 bis 1990), während die Löhne und Gehälter in diesem Zeitraum um nur ca. 20% stiegen. 1% der Vermögenden gehören 25% des Reichtums des Landes, 1% der Grundbesitzer ein Drittel aller Flächen, 1% der Unternehmer besitzt 60% des Betriebsvermögens. Der enorme Anstieg vor allem der Finanzvermögen ist ein Ausdruck für eine Entwicklung des gegenwärtigen Kapitalismus, für den Ökonomen den Begriff »Casino-Kapitalismus« geprägt haben. Die höchsten Gewinne werden in spekulativen Finanztransaktionen erzielt, und nicht in produktiven Anlagen, die Arbeitsplätze sichern. Uns muß es vor allem darum gehen, daß der produktive und arbeitsplatzsichernde Sektor der Wirtschaft wieder mehr an Bedeutung gewinnt. Nicht weitere Deregulierung ist dafür das nötige Rezept, sondern regulierende Eingriffe in das Wirtschaftsleben, um Wohlstand und Sicherheit für alle zu sichern. Nichts gegen Glücksspiele, sie sollten aber in den Casinos und Spielhallen bleiben und haben im Wirtschaftsleben nichts zu suchen. Hier geht es um Sicherheit, um Arbeitsplätze, um menschliche Bedürfnisse – auf den Nervenkitzel des Glücksspiels können die tausenden unselbständig Beschäftigten, deren Arbeitsplatz-Sicherheit bedroht ist, gerne verzichten.

Vor ca. 3 Wochen, so war Zeitungen zu entnehmen, verlegte einer der reichsten Männer Deutschlands, Herr Flick, seinen Wohnsitz. Grund dafür ist die große Steuerlast, die der Milliardär dem deutschen Fiskus zahlen muß. Da übersiedelte er in eine Steueroase. Wer jetzt an eine exotische Insel denkt, der irrt. Flick übersiedelte nach Österreich. Österreich ist spätestens seit der letzten Steuerreform eine Steueroase – freilich nicht für die Arbeitnehmer. Für Milliardäre jedoch schon.

- Die Abschaffung der Gewerbe- und Vermögenssteuer,
- die jahrzehntelang nicht angehobenen Einheitswerte für Grundbesitz,
- die im Vergleich zu Deutschland niedrige Kapitalertragssteuer mit 22% (in Deutschland 30%),
- mit 34% im OECD-Durchschnitt einer der niedrigsten Körperschaftsteuersätze – dies alles macht uns zum Steuerparadies.

Der Weg in den Lohnsteuerstaat wird jedoch weiter fortgesetzt. Der in Österreich ohnehin schon hoch belastete Faktor Arbeit wurde noch stärker belastet.

Dabei hat die GPA eine mögliche Alternative ausgearbeitet. Unser Vorschlag war, eine Energiesteuer einzuführen und im Gegenzug den Wohnbauförderungsbeitrag abzuschaffen, also den Faktor Arbeit zu entlasten. Sogar einige Länder-Wirtschaftskammern können – so hört man – sich

mit unserem Steuermodell anfreunden. Und die Bevölkerung steht grundsätzlich positiv zu Energiesteuern. Die Bundesregierung aber überlegt noch – vielleicht nur noch kurze Zeit.

Gestern haben wir mit einem Leitantrag ein umfassendes Steuerpaket beschlossen. Die GPA steht nach wie vor zu Alfred Dallingers Vision einer Wertschöpfungsabgabe. Allerdings sind wir die einzigen. Um Bedenken gegenüber der Wertschöpfungsabgabe zu entkräften, möchte ich eine neue Vorgangsweise vorschlagen. Ich könnte mir eine Art Testphase vorstellen: Durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Kommunalsteuer und beim Arbeitgeber-Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds wäre der erste Schritt zu wertschöpfungsbezogenen Abgaben getan. Nach der Erprobung wären bestehende Unklarheiten und Ängste mutmaßlich ausgeräumt und man könnte dazu übergehen, auch die Arbeitgeber-Beiträge zur Sozialversicherung in eine Wertschöpfungsabgabe umzuwandeln.

Auch bei Lohn- und Einkommensteuern steht die GPA für Erneuerungen. Anstelle des Stufentarifs schlagen wir einen Formeltarif vor, der keine Sprünge aufweist und linear und progressiv verläuft und damit viel gerechter wäre als die bisherige Regelung. Eines muß klar sein: das soll ein Umverteilungstarif sein, bei dem die unteren Einkommensgruppen stärker profitieren.

2. Soziale Sicherheit

Die Sozialversicherung ist das Grundgerüst und Herzstück der sozialen Sicherheit in Österreich. Hier sind wir – wie bisher – für sinnvolle Reformen im Sinne von Verbesserungen der Effizienz in der Verwaltung, Abbau der Bürokratie, Verbesserung der Kommunikation mit den Versicherten und Leistungsempfängern.

Das System der Sozialversicherung steht für uns grundsätzlich außer Frage.

Unser System der sozialen Sicherheit ist nicht aus humanitären Gründen geschaffen worden, es war kein Almosen mildtätiger Unternehmer. Es wurde in harten Auseinandersetzungen von der Gewerkschaft erkämpft. Der Traum der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung von sozialer Gerechtigkeit, sozialem Frieden und Mitbestimmung am Arbeitsplatz schien Wirklichkeit zu werden. Zwar gibt es noch Risse im sozialen Netz, die zu flicken sind, aber Österreich wird um seine soziale Sicherheit alleits beneidet.

Doch der Traum scheint ausgeträumt. Es ist zu befürchten, daß unser System der sozialen Sicherheit bei den beiden Koalitionsparteien, die ein Kärntner Populist vor sich herreibt, nicht mehr jenen qualitativen Stellenwert hat wie in der Vergangenheit, und unter Umständen sogar angegriffen wird.

Eine Zusammenlegung der 28 Versicherungsanstalten wird gefordert. Einmal sollen es 14, einmal 4 bis 5 Großinstitute wer-

den – jedenfalls müssen es handlungsunfähige Monsterinstitute werden, die man dann aufgrund ihrer Schwerfälligkeit leicht abschaffen kann. Zuvor jedoch muß noch die Selbstverwaltung, d.h. die Mitbestimmung und Selbstbestimmung der Vertreter der Beitragszahler – seien es Dienstgeber- oder Dienstnehmer-Vertreter – beseitigt werden, sie ist nur ein Bremsklotz bei der Demontage. Obwohl fast schon jede Partei nach Privatisierung schreit, soll die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geschaffene und selbstverwaltete Organisation im ersten Schritt verstaatlicht werden, um sie dann im nächsten Schritt abzuschaffen und soziale Sicherheit wieder zu einem Privatproblem zu machen.

Wohin führt das? Jeder hat sicher das Bild im Kopf, wo in einer amerikanischen Kleinstadt der Großvater im Rollstuhl ausgesetzt wird, weil sich seine Familie die Pflegekosten nicht mehr leisten kann. Ich frage euch: Wollen wir das auch? War der Kampf unserer gewerkschaftlichen Vorfahren vergebens? Aber nicht mit uns! Wir werden nicht tatenlos einer drohenden Demontage zusehen! Notfalls werden bzw. müssen wir zu gewerkschaftlichen Kampfmitteln zurückgreifen. Und wenn dann – ich möchte es aus Respekt vor unseren Pensionisten vermeiden – die Pensionen einige Tage zu spät ausbezahlt und die Ambulatorien geschlossen sind und nur eine Notversorgung gegeben ist, dann bekommen die Leistungsberechtigten (ich betone das) – und es wären die falschen Leidtragenden – einen Vorgeschmack auf eine Zukunft ohne soziale Sicherheit, die wir nicht wollen!

Den Millionär Haider würde das nicht betreffen! Mit dem Bärenal im Hintergrund und als bequemes Schutznetz läßt es sich auch ohne gesetzliche Sozialversicherung gut leben.

Vor vier Jahren haben wir – wahrscheinlich viel zu sanft – gegen die seinerzeit verfügte Auflösung der finanziellen Rücklagen der Sozialversicherung – im speziellen der Pensionsversicherungs-Träger – protestiert. Wir haben uns jedoch nicht durchgesetzt. Ich bin in meinem Bericht vor zwei Tagen genau darauf eingegangen. Der Sozialversicherung wurden zur Budgetkonsolidierung 5 Milliarden Schilling genommen. Die Versicherten klatschten, ohne jedoch zu bedenken, daß sie die Kosten der Zinsen für nunmehr notwendige Kredite, die zur rechtzeitigen Auszahlung der Pensionen aufgenommen werden, über Steuern zu tragen haben.

Hier wäre Internationalisierung angesagt: In unseren Nachbarländern werden die Sozialversicherungs-Institute verpflichtet bzw. haben die Möglichkeit, Rücklagen zu bilden, in der BRD für rund drei Monate, in der Schweiz sogar für ein Jahr. Wo bleibt hier die Europareife? Wir sind für Sozialabbau nicht zu haben, wir wollen Sozial-Plus! Wir wollen soziale Sicherheit für Beschäftigte und Pensionisten! Wir wehren uns dagegen, daß immer mehr Menschen zum Schaden der Arbeitslosig-

keit auch noch den Spott des »Sozial-schmarotzers« dazukriegen müssen. Daher treten wir für ein Arbeitslosengeld ein, das arbeitslose Menschen nicht zu Bittstellern der Sozialhilfe macht. In unseren Anträgen verlangen wir deswegen sowohl eine Verlängerung des Arbeitslosengeldbezuges als auch eine automatische Erhöhung. Besser noch ist aber jede Maßnahme, die Arbeitslosigkeit verkürzt oder verhindert. Wir fordern daher einen Ausbau der Arbeitsstiftungen. Und wir verlangen weitere Fortschritte beim Ausbau der sogenannten »experimentellen« Arbeitsmarktpolitik.

Schließlich: Wir als GPA treten nach wie vor für die weitere Verkürzung der Arbeitszeit ein. Im Gleichklang mit der Arbeitszeitverkürzung stehen wir auch für eine Bildungsfreistellung und für eine Erhöhung der Souveränität der Beschäftigten über Lage und Länge ihrer Arbeitszeit. Und wir werden uns mit aller Kraft wehren, wenn es neue Vorstöße gibt, ohne Rücksicht auf die Betroffenen Arbeitszeiten zu verlängern. Auch wenn Wiens (seit 7.11.94 ehemaliger) Bürgermeister noch so viele Sympathien genießt, sein Vorstoß in Sachen Ladenöffnungszeiten wird von uns so nicht akzeptiert. Ich hoffe, daß ich Eure Zustimmung und Solidarität für die Handelsangestellten in Wien erhalten werde.

Ich habe vorhin gesagt: Wir wollen keinen Sozialabbau, wir wollen Sozial-Plus! Das gilt auch für unsere Pensionsversicherung.

Wir wissen, was dieser Wirtschaft zumutbar ist und was nicht. Gerade deswegen und weil wir wissen, was alten, arbeitslosen und kranken Menschen keinesfalls zumutbar ist – nämlich Existenzangst – verlangen wir einen weiteren dynamischen Ausbau unseres Sozialstaates. Und wir verlangen, daß die Menschen bis zu ihrem normalen Pensionsalter arbeiten können. Das ist *keine* Aufforderung zur gesetzlichen Anhebung des Pensionsalters. Aber es ist eine deutliche Kampfansage an die hohe Altersarbeitslosigkeit. Es geht nicht an, daß 45-jährige, 50-jährige bereits zum »alten Eisen« gehören! Und es ist eine Kampfansage an Arbeitsbedingungen, die krank und invalide machen. Es gibt Branchen und Berufszweige – auch bei Angestellten – wo jeder Zweite wegen Krankheit bzw. Berufsunfähigkeit vorzeitig in Pension gehen muß. Wir wissen überdies aus den Statistiken, daß Invaliditätspensionisten um 5 bis 10 Jahre früher sterben als »gesunde« Alterspensionisten. Wir werden daher noch deutlicher als bisher berufsunfähig machende Faktoren ausschalten und gesunde Lebens- und Arbeitsverhältnisse einfordern müssen – von der österreichischen Gesundheitspolitik, von den Arbeitsinspektoraten, aber auch konkret in jedem Betrieb, an jedem Arbeitsplatz. Im Ergebnis wird das bewirken, daß das errechnete, sogenannte durchschnittliche Pensionsantrittsalter ansteigen und zu den öffentlich diskutierten finanziellen Entlastungen für die gesetzliche Pensionsversi-

cherung führen wird. Unser »Sozial-Plus« kann nur eingefordert werden, wenn wir bereits vorbeugend tätig sind: Wir müssen arbeitenden Menschen ihre Arbeitsplätze erhalten, gesunde Menschen gesund erhalten und älteren Menschen ihren sicheren Lebensabend erhalten!

Hier sind wir als Gewerkschaftsbewegung gefordert, das erwarten unsere Mitglieder von uns. In diesem Sinne sind wir, der ÖGB mit seinen 14 Einzelgewerkschaften, die wichtigste Interessenvertretung der Arbeitnehmer Österreichs. Helfen wir zusammen, damit es so bleibt! Setzen wir uns gemeinsam ein für das Vertrauen der Menschen in unserem Land! Soziale Sicherheit und die Frage nach der gerechten Verteilung des Reichtums bleiben zentrale Aufgabenfelder für uns.

3. Arbeits- und Lebensqualität

Wir sind jedoch heute mit Problemlagen konfrontiert, die über soziale Anliegen und Einkommensfragen hinausgehen, die aber sehr wohl gewerkschaftliche Themen sind. Man kann diese Fragen auch als »qualitative« bezeichnen. Wie ist meine Arbeit organisiert? Wie sieht es mit dem Arbeitsdruck aus? Welche Möglichkeiten der individuellen Arbeitszeitgestaltung habe ich? Wie sieht es mit der betrieblichen Mitbestimmung aus? Mit der Ökologie im Betrieb?

Das sind Fragen, die uns in immer größerem Ausmaß als Gewerkschaft herausfordern. Durch eine Vielzahl von Maßnahmen haben wir bereits auf diese Entwicklungen reagiert – zweifellos müssen aber noch viele konkrete Schritte folgen.

Als exemplarisches Beispiel möchte ich den GPA-Maßnahmenkatalog »zur Verhinderung von belastendem Arbeitsdruck« erwähnen.

Viel ist heute vom »Individualismus« die Rede. Wie so viele Entwicklungen, so muß man auch diese Tendenz in ihren Widersprüchen betrachten. Auf der einen Seite gibt es den Trend zum selbstbewußten, selbstbestimmten Menschen, der kritisch eingestellt ist gegenüber Autoritäten, gegenüber traditionellen Organisationen und Hierarchien. Wünsche nach mehr Mitbestimmung und konkreter Mitgestaltung werden geäußert. Auf der anderen Seite gibt es – ich glaube, jeder von uns spürt es – den Trend zur Egozentrik, zur Beziehungsunfähigkeit, zur Verantwortungslosigkeit und Entsolidarisierung. Ich glaube, das sind Seiten der Individualisierung, die uns mit Sorge erfüllen müssen. Ich bin aber auch von einem überzeugt: Individualität und eine gemeinsame Formulierung von Interessen müssen kein unüberwindbarer Widerspruch sein. Selbstbewußtsein soll die Grundlage sein für eine neue Qualität der kollektiven Arbeit, für welche die GPA eintreten will. Dem arbeitenden Menschen Selbstbewußtsein zu geben, ihn mit Bewußtsein zu erfüllen über die Stellung in der Gesellschaft, das war immer das Ziel der Gewerkschaften. Es ist heute

gültiger denn je. Das hat aber nichts zu tun mit einer neuen Verantwortungslosigkeit, die allzu oft mit Individualismus verwechselt wird. – Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl war das extremste und augenscheinlichste Ereignis, das uns gezeigt hat, daß sich die Folgen der wissenschaftlich-technischen Fortschritte auch gegen den Menschen wenden. Eine Vielzahl von Beispielen könnte man noch nennen.

Es kann aber nicht darum gehen, Fortschritt generell in Frage zu stellen, sondern ihn vielmehr unter neuen Gesichtspunkten zu sehen. Eine Wachstumsphilosophie, die wirtschaftliches Wachstum primär als ein Mehr an Waren und Produkten verstand, ohne zu fragen, ob und wie diese auch menschlichen Bedürfnissen entsprechen, ist durch einen qualitativen Wachstumsbegriff zu ersetzen. Fortschritt muß primär als ein Mehr an Lebensqualität betrachtet werden. Neu ist vor allem auch, daß wir bei allem, was wir heute an gesellschaftlichen Aktivitäten entwickeln, verpflichtet sind, auch an die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu denken. Wir befinden uns tatsächlich an einem historischen Punkt, wo diese Lebensgrundlagen ernsthaft bedroht sind. Fortschrittskritisches und ökologisches Denken ist immer mit sehr viel Wissen um die Zusammenhänge verbunden. Für sehr viele unserer Mitglieder, vor allem für hochqualifizierte Angestellte, werden diese Fragen immer wichtiger und sie erwarten sich von uns Antworten und konkrete Hilfestellungen. Sehr viel muß passieren, um unser Bewußtsein zu bilden und in konkrete Arbeitsschritte umzuwandeln.

Eine ökologische Erneuerung der Gesellschaft wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie die sozialen Rechte der Arbeitnehmer und vor allem auch der Werktätigen in den Entwicklungsländern berücksichtigt. Das einzufordern, bleibt eine zentrale Aufgabe.

Dies gilt auch für die Sicherung des Industriestandorts Österreich. Dieser wird vor allem als ein Standort mit hohem Technologieanteil und qualifizierten Arbeitsanforderungen Zukunft haben. Das darf nicht zur unüberlegten Aufgabe bestehender Strukturen, und dazu gehört die verstaatlichte Industrie in Österreich, führen. Standortpolitik verstehen wir als Sicherung von Produktionsstätten mit hohen ökologischen und sozialen Standards. Einer Standortpolitik über Sozialdumping und Steuergeschenken für die Unternehmer können wir wenig abgewinnen.

4. Politik

»Es beginnt wieder, da und dort. Der zeitgenössische Faschismus trägt zwar kein Hitler-Bärtchen. Aber man gibt sich frech und mutig, man »traut sich was«, man ist kritisch gegen die »alten Parteien«, man bekämpft die »Sozialschmarotzer«, man ist zeitgemäß und Zeitgeist-gemäß. Es beginnt als gefährliche Immunschwäche und kann

als faschistischer Terror enden.«

Diese Worte stammen nicht aus einer politischen Analyse der letzten Wochen, diese Worte stammen aus einer Rede, die Kollege Alfred Dallinger 1988 anlässlich einer Gedenkveranstaltung zum Anschluß Österreichs an Hitler-Deutschland hielt. Selbst der weitsichtige Dallinger hätte es wahrscheinlich nicht für möglich gehalten, wie schnell der faschistische Terror in Österreich blutige Realität werden kann. Die hinterhältigen Briefbomben-Attentate gegen Menschen mit humanistischer und demokratischer Gesinnung verfolgen ein klares, eindeutiges Ziel. Die demokratische Öffentlichkeit sollte eingeschüchtern werden, Angst und Schrecken verbreitet werden.

Als Gewerkschaft mit einer langen antifaschistischen Tradition haben wir einen Auftrag!

Sorgen wir gerade jetzt und heute dafür, daß dem Ungeist des Faschismus und Rassismus mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird. Lassen wir uns nicht einschüchtern, im Gegenteil, versuchen wir, eine neue Begeisterung für Toleranz, Humanität und Demokratie zu entwickeln. Ich bin ein Anhänger der differenzierten Betrachtung, ich bin dagegen, die Freiheitliche Partei in einen Topf mit neonazistischen Terroristen zu schmeißen. Jedoch: Herr Haider kann noch so oft seine Abgrenzung zum Rechtsextremismus beteuern, aber er ist mitverantwortlich: für die Vergiftung des Klimas in diesem Land, für die ausländerfeindliche und menschenverachtende Stimmung, für die Geringschätzung demokratischer Institutionen, für Haß und Intoleranz gegenüber Minderheiten. Mit seinem Populismus bereitet er den Boden, auf dem die Saat des Faschismus dann gedeihen kann. Er selbst nimmt sich Vorbilder, etwa bei der Bewegung, die in Italien ein Silvio Berlusconi, in enger Partnerschaft mit den neofaschistischen Kräften, anführt.

Blicken wir in unser Nachbarland! Was wurde aus der groß angekündigten demokratischen Erneuerung in Italien? Massiver Sozialabbau, eine versuchte Gleichschaltung des öffentlichen Lebens durch die Beherrschung der Medien, Machtmißbrauch und Willkür gegen politische Gegner prägen das Bild. Scheuen wir uns nicht, den Kolleginnen und Kollegen im Betrieb klar zu machen, welche Gefahr von dieser Art Rechtspopulismus ausgeht. Ich denke, Gewerkschaften haben bei der Abwehr dieser Gefahr eine Schlüsselfunktion. Ich denke, nicht zufällig startet Haider seine aggressivsten Angriffe gegen Arbeiterkammer, gegen die Sozialversicherung und Gewerkschafter. Die Gründe für die Zunahme des Rechtspopulismus sind vielfältig. Falsch wäre es, allzu mechanistisch Wirtschaftskrise und soziale Deklassierung als Erklärungsmuster heranzuziehen. Aber eines ist gewiß: Ein wesentlicher Nährboden, auf dem der Rechtspopulismus gedeihen kann, ist die Arbeitslosigkeit – europaweit beträgt sie heute durchschnittlich 10 %.

Auch Österreich blieb nicht verschont. Längst hat sich unser Land von der Vollbeschäftigungspolitik der 70er und 80er Jahre verabschiedet. Neokonservative Kräfte verkaufen nun wirtschaftspolitische Rezepte gegen die hohe Arbeitslosigkeit. Die Arbeitskräfte seien zu teuer, heißt es. Europa solle das US-amerikanisierte Beschäftigungsmodell nachahmen. In den USA wurde durch eine Senkung der Löhne, vor allem im Dienstleistungsbereich, tatsächlich die Arbeitslosigkeit eingedämmt und die Beschäftigungsquote stieg. Viele Amerikaner haben oft sogar mehrere Jobs, können aber davon nicht leben und sind von Armut bedroht. Streben wir so einen Weg wirklich an? Wollen wir eine Dienstbotengesellschaft, wo sich ein Arbeitsplatzbesitzer, der einen gut entlohten und sicheren Arbeitsplatz hat, sich Dienstboten halten kann, die ihm seinen Haushalt organisieren und seine Freizeit verschönern? Für uns kann es keine beschäftigungspolitische Strategie sein, daß etwa arbeitslose Jugendliche im Burgenland Golfbälle einsammeln. Wir wollen qualifizierte Jobs und ausreichendes Einkommen – und zwar für alle!

Die Unternehmer werden ebenfalls nicht müde, über die zu hohen Lohnkosten zu klagen. Bei den Kollektivvertrags-Verhandlungen werden uns ihre Abbauprogramme präsentiert, Maderthner & Co's Forderungen werden immer dreister.

5. Zurück in die Zukunft

Unter diesem Titel haben wir in der letzten Ausgabe der »Kompetenz« ausführlich über die Rückbesinnung auf unsere Qualitäten, auf unsere Struktur mit den Betriebsräten sowie auf die Bedürfnisse unserer Mitglieder – insbesondere von Frauen und Jugend, die eines besonderen Schutzes sowie einer besonderen Förderung bedürfen – hingewiesen.

Die wichtigste Säule in unserer gewerkschaftlichen Organisation ist der Betriebsrat! Die Stärke unserer Gewerkschaft, ihr Durchsetzungsvermögen und ihr politischer Einfluß steht und fällt mit der Bereitschaft und Fähigkeit der Angestelltenbetriebsräte, wie sie »vor Ort« in den Betrieben und Abteilungen als Gewerkschafter erlebt werden und umgekehrt, wie sie sich auch in die Gewerkschaft einbringen und die Anliegen der Beschäftigten vertreten.

Die Qualifikation unserer Betriebsräte, ihr Fachwissen, aber auch ihre Argumentationsfähigkeit und Durchsetzungskraft ist uns daher ein ständiges Anliegen. Genauso liegt uns aber am Herzen, sie von unseren bei Gewerkschaftstagen und Sitzungen beschlossenen gewerkschaftlichen Zielsetzungen zu überzeugen, sie ständig für unsere Ideen, Anliegen und Vorhaben zu gewinnen. Vergessen wir dabei aber nicht, daß eine erhebliche Zahl von Angestelltenbetriebsräten nicht unserer Gewerkschaft

angehört.

Es muß daher unsere Aufgabe sein, auch diese Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, daß es sich lohnt, in der GPA organisiert zu sein. Und: *warum* es sich für sie als Betriebsräte lohnt, in der GPA organisiert zu sein.

Ich habe gerade von der Bedeutung des Betriebsrates gesprochen. Aber das ist kein abstrakter Fremdkörper! Die meisten von Ihnen, die hier anwesend sind, sind Betriebsrätinnen oder Betriebsräte. Unsere Funktionärinnen und Funktionäre in allen Gliederungen sind Betriebsräte oder waren es lange Zeit.

Wenn wir von »dem Betriebsrat« sprechen, dann reden wir auch von uns selbst. Aber bemühen wir uns auch ausreichend, das unseren Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Büros ausreichend zu vermitteln?

Die GPA – das ist letztendlich nicht mehr und nicht weniger als die Summe jener Menschen, die in den Betrieben und darüberhinaus für die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen aktiv sind.

In der letzten Zeit wurden wir immer wieder gefragt: Was tut denn die Gewerkschaft eigentlich für ihre Mitglieder? »Die Gewerkschaft«, das ist nichts abgehobenes, ist kein Dienstleistungsunternehmen für irgendwen. Die Gewerkschaft ist dann stark und einflußreich, kann dann etwas für ihre Mitglieder erreichen, wenn es ihr gelingt, ihren Betriebsräten und Mitgliedern zu vermitteln: Ihr selbst seid die Gewerkschaft!

Die Aufgabe der Hauptamtlichen, d.h. primär der Gewerkschaftssekretäre – und wir müssen sie verdammt ernst nehmen – ist, unsere Betriebsräte, unsere Kolleginnen und Kollegen in ihrer Arbeit zu unterstützen, ihnen Rückendeckung zu geben, sie mit Information und Wissen auszustatten. Aber die eigentliche Gewerkschaftsarbeit, die tagtägliche Interessenvertretung in den Betrieben können und wollen wir niemandem abnehmen. Übrigens, es verlangt auch niemand von uns.

Unsere Ortsgruppen sind eine gute, eine wichtige Einrichtung mit einer langen Tradition. Aber wir brauchen ergänzende Angebote, etwa themenzentrierte Arbeitskreise, damit sich engagierte Mitglieder, die spezielle Fragen bearbeiten oder diskutieren wollen, verstärkt in unser Gewerkschaftsleben einbringen können. Wir sollten über neue Angebote nachdenken, um auch für jene Kollegen und insbesondere Betriebsräte attraktiv zu werden, die heute noch nicht Mitglied in der GPA sind.

Dies gilt ganz besonders auch für die Jugend, die einen bedeutenden Stellenwert für die Zukunft der GPA hat. Es ist unbedingt nötig, diese Gruppe vermehrt anzusprechen und zur Mitarbeit zu gewinnen. Jugendliche reagieren heute besonders sensibel auf Tendenzen des Mißbrauches und Privilegienwirtschaft. Immer mehr wenden sich von den etablierten Parteien oder generell von der Politik ab.

Kolleginnen und Kollegen!

Wir hinken heute in unserer altersmäßigen Mitgliederstruktur ca. 30 Jahre hinter der Beschäftigungsstruktur hinterher. Wenn wir dieser Entwicklung nicht rasch Einhalt gebieten, dann könnten wir tatsächlich zu einer Fußnote in der Geschichte werden. Ich bin aber nicht bereit, ein solches Szenario ohne Gegensteuerung hinzunehmen.

Ein weiteres, ganz zentrales Hoffnungsfeld sind für uns die weiblichen Angestellten. Es gibt mehr angestellte Frauen als Männer, jedoch nur 40% davon sind bei uns als Mitglieder organisiert. Es gibt sehr viele engagierte Frauen, die als Betriebsrätinnen engagiert sind. Weibliche Betriebsrats-Vorsitzende gibt es allerdings viel zu wenige. Und noch viel weniger Funktionärinnen. Dies ist für die GPA ein zukünftiges Hoffnungsfeld. Da müssen jedoch auch Schritte gesetzt werden, um die GPA für Frauen attraktiv zu machen.

6. Nächste Schritte

Wie wir in den vergangenen Monaten unser Erscheinungsbild verändert und mit der »Kompetenz« ein neues attraktives Mitgliedermagazin geschaffen haben, werden wir in den kommenden Monaten daran gehen, neue Mitglieder für unsere Gewerkschaft zu gewinnen. Deshalb haben wir auch eine große Werbeaktion für 1995 geplant. Die Zeiten, die vor uns liegen, sind nicht leicht. Jeder einzelne von uns ist gefordert, zur aktiven Mitarbeit, zur aktiven Mitgliederwerbung. Als Vorsitzender der größten Einzelgewerkschaft bin ich nur so stark, wie ich von Euch und allen Mitgliedern unterstützt werde.

Für eines werde ich sicher stehen: Für ein hohes Maß an Unabhängigkeit und Konfliktfähigkeit und für Visionen, um nicht zum Erfüllungsgehilfen für unternehmerische und staatliche Ziele zu werden. Denn: Wer das »Träumen nach vorne« verlernt, wird auf Dauer schwer für die tägliche Auseinandersetzung zu motivieren sein.

Der ÖGB hat in seinem Memorandum an die Bundesregierung keine Veränderung bei der Besteuerung des 13./14. Monatsgehalts gefordert. Auch die GPA bekennt sich dazu. Vor allem wissen wir, welchen hohen Stellenwert im Bewußtsein der Angestellten und Arbeiter die Steuerbegünstigung der Sonderzahlungen hat.

Die GPA stand und steht aber auch für Umverteilung. Wir alle wissen sehr genau, daß die steuerliche Verteilungswirkung des 13. und 14. Gehalts die Besser- und Spitzenverdiener stärker begünstigt. Wir sollten daher auch für zumindest eine Diskussion neuer Steuermodelle beim 13. und 14. Gehalt zur Verfügung stehen, wenn damit steuerlich eine zusätzliche Entlastung bzw. ein realer Einkommensvorteil für die meisten Angestellten und Arbeiter erreicht werden kann und eine Lösung gefunden würde, die von den Betroffenen bei der monatlichen Gehaltsauszahlung nachvollziehbar sein müßte und damit akzeptiert

Poldi Kircherl im (D-) ORF

Kalte Privatisierung praecox

Die SPÖ auf dem Weg zur STÖ. Der Beginn des Telekратismus auch in Österreich. Die nächste Regierung heißt Höchtel/Haider. Warum der Rundfunk Goldes wert ist und warum die Zeitungen beider Konzerne den neuen GI des ORF so überschwänglich begrüßten.

Daß auch der ORF sich der »Neuen Zeit« – jener der Telekraturen – nicht entziehen könne, war bekannt. Es wurde 1983/84 schlagartig klar, als die EBU (Eurovision) auf Vorschlag des ORF und unter dessen Federführung einen ausgedienten Postsatelliten (OTS) zu Versuchszwecken nutzte und gemeinsam mit 16 TV-Anstalten in ganz Europa durch 7 Wochen ein europäisches Probeprogramm startete. Dieses Satellitenprogramm – das erste Europas – hätte zu einem Normalprogramm werden sollen. Es wurde dies nicht. Es entstand das Satellitenprogramm »3SAT«, aber von einer wirklichen (öffentlich-rechtlichen) europäischen Nutzung war keine Spur. Die Gründe waren schon damals klar und einsichtig: Der euro-amerikanische Fernsehmarkt war ein zu vielversprechendes Geschäft, als daß die öffentlich-rechtlichen Anstalten – von RAI, ARD, ORTF etc. bis ORF – einen Vorsprung gewinnen durften, den aufzuholen den gerade im Entstehen begriffenen Medienmogulen schwer gefallen wäre.

Also – durchaus in vorauseilender Ahnung – ein topp für diesen Evolutionsprung, zu dem das öffentlich-rechtliche Fernsehen angesetzt hatte. Spätestens damals war deutlich, wie der Fernseh-Hase zu laufen hatte.

Die Fernsehfirma Kirch kaufte um 4,5 Milliarden Dollar (!) 1986 die TV-Verwertungsrechte an 90 Prozent der US-amerikanischen Spielfilme. Berlusconi ging (erfolgreich) daran, die nach einem neuen Gesetz aufgebauten fast 400 (!) privaten Programme in Italien »aufzukaufen«. Ähnliches geschah in England, Frankreich. Daß solche »Geschäfte« nicht aus dem privaten Börsel gezahlt werden konnten, sondern nur mit großem backing durch Politik und Banken, ist klar. Klar war also auch, wo die Interessen lagen: beim »Kapital«.

Daß etwa Leo Kirch, der vor 20 Jahren mit Filmrechten im Tascherl noch die TV-Anstalten abklapperte, so sparsam war, daß er sich – ganz abseits von politischen Einflüssen – binnen weniger Jahre neben den Filmrechten um ein paar Milliarden auch noch diverse TV-Sender plus Verlage kaufen konnte, ist eines der wundersamen Dinge, die auch im Zusammenhang mit der ORF-Reform 1994 zu beachten sind.

Der ORF war, bis in die unglückliche Ära des Volksschauspielers Teddy Podgorski, eine kleine, aber führende Fernseh-

stalt in der Medienwelt. Durch die politischen Geschäfte bei der Bestellung von Podgorski, den der glücklose Altkanzler Fred Sinowatz ausgewählt hatte (»weil er so an guaten Schmah hat«), mit der Wiederbestellung des Alt-Tigers Gerd Bacher war das Schicksal des ORF besiegelt.

Die kleine TV-Anstalt, aus deren Personalstand 70% (!) aller Direktoren der deutschen Privat-Anstalten (von Helmuth Thoma bis Georg Kofler – von anderen »deutschen« Stars, die hier ihre Karrieren begannen wie Elstner & Co, ganz zu schweigen – schlagender Beweis für die »Unfähigkeit« der ORF-Crew) kommen, war der kommerziellen Nutzung freigegeben.

Eine unbewiesene Hypothese mit erklärender Kraft

Den wirklichen Startschuß hiezu gab der Bundeskanzler Vranz, als er, um eine Abstimmungsniederlage bei der EU-Wahl zu verhindern, mit den Medien (zumal mit dem Riesenformat »Kronen Zeitung«) seinen Deal machte.

Hans Dichand sagte im Herbst 1993 volle Unterstützung der EU-Vorstellungen des Kanzlers Vranz zu, im Gegengeschäft bekam er (wie andere auch) die Garantie, künftig auch via Fernsehen seine Milliarden mehren zu können.

Ein neuer Generalintendant wurde unter problematischen Umständen aus der Tasche gezogen: Gerhard Zeiler. Bisher: Sekretär von Fred Sinowatz, unter Teddy Podgorski Aufsichtsorgan im ORF, dann Leiter des Programmkinos RTL 2. Seine Wahl wurde, mit Unterstützung fast aller Printmedien, gegen den Willen eines Großteils der ORF-Mitarbeiter, mit den Stimmen der »unpolitischen« Kuratoren durchgeboxt. »Profil« konnte titeln: »Bubi birnt die Bonzen«.

Schon in einem – von den Mitarbeitern des ORF gegen den Willen der Geschäftsführung durchgesetzten – öffentlichen »hearing« Anfang 1994 war klar, wohin die Wege des ORF zu gehen hätten:

Damals – wie auch nun – wurde von Zeiler und Co ein »radikales« Sparprogramm ausgerufen. (Natürlich kann kein vernünftiger ORF-Mitarbeiter einen Einwand gegen vernünftiges Sparen haben.) Vor allem im Programmbereich, also Unterhaltung im weitesten wie engsten Sinn, wurden durch entsprechende personelle

Umbesetzungen die Weichen neu gestellt:

Die zwei neuen Programmintendanten (Zechner und Andorfer) zeichnen sich vor allem durch zwei Eigenschaften aus: sie können sich *keiner* erfolgreichen Programmarbeit rühmen und beide kommen aus dem privaten TV-Bereich des Leo Kirch. Ihre ersten Erklärungen – via GI Zeiler – sprechen auch eine deutliche Sprache: die Produktionen werden »ausgelagert«, um bei der Fachsprache zu bleiben.

So bringt Zechner etwa zu Silvester eine völlig »neue« Programmidee: »Playback-Show«. D.h. Prominente singen Playback zu prominenten Stimmen. Etwa unser aller Helmut Zilk mit seiner Dagmar den Prof. Higgins (+ Elsa) nach dem Musikband des erfolgreichen Films. So weit so gut. Die gesamte Technik, alle Rechte, die Regie werden via Zechner von Linda de Mol aus Holland geliefert. Die ORF-Regie, Technik, Redaktion hat die Show (a) nur anzusehen, (b) notfalls zu betreuen, (c) die Schaffung einer Herde neuer »weißer Elefanten« ist garantiert.

Aber das sind *peanuts* – das wirkliche Geschäft läuft anders:

Schon jetzt hat der neue GI Zeiler, der ja das Abschlanken als eine der nötigen Kuren für den angeblich so aufgeblähten ORF ankündigte, eines getan: die Führungsmannschaft verdoppelt. Es gibt nicht nur *einen* Generalsekretär, sondern *zwei*, es gibt nicht *zwei* Programmintendanten, sondern *vier* usw. Die Personalpyramide des ORF wurde auf den Kopf gestellt. Es sind nun sehr viele Häuptlinge am Werk und recht wenige kleine Indianer.

Ein Exempel, das sich am Beispiel »Chefredaktion« am einfachsten verdeutlichen läßt: Nach dem neuen Konzept gibt zwar einen Chefredakteur, der in Wirklichkeit auch Intendant ist, daneben aber ein gutes Dutzend »Leitender« Redakteure, die in Wirklichkeit auch Chefredakteure sind – ob dies nun »a gesunde Lösung« Zeilers ist, sollte die (baldige) Zukunft zeigen.

Was dies wiederum heißen soll, macht den ganzen Ökonomismus der Telekraten klar: Nach allgemeiner Ansicht hätte der ORF eine Reform allein deshalb nötig, weil er, vor allem in Anbetracht der »mörderischen privaten Konkurrenz« (GI Zeiler), »zu *wenig*« produziere. Deshalb müsse auch ein großer Teil der gewinnträchtigen Spielproduktionen »ausgelagert« werden, in effektivere, kommerziellere Hände übertragen. Die kommende Silvestershow ist nur ein kleiner Vorgeschmack.

Oder der ORF hätte zwar »viel«, aber »schlecht« produziert, schlechte Programme erstellt. Dazu: Der ORF ist von *allen* TV-Anstalten der *Welt* eine der effektivsten, »besten«, erfolgreichsten. Sowohl was die Einschaltquoten betrifft, die Bewertung seiner Programme, seine Programmverkäufe wie seine Werbeeinnahmen. Diese Feststellung ist mit allen Zahlen, Daten, Fakten belegbar.

Was meint also der gekrönte neue GI Zeiler mit »zuviel«? Die Denkrichtung ist

so eindeutig wie die Zielrichtung seiner Erklärung: Das »zuviel« bezieht sich auf Programme, die den kommerziellen Nötigkeiten Zeilers nicht entsprechen, wohl aber dem öffentlich-rechtlichen Auftrag des ORF. Dem Rundfunkgesetz.

Die Aufgabe des ORF ist es (ex lege), das Publikum zu informieren (objektiv), zu bilden, Kultur zu bieten und zu unterhalten. Nun sind manche Informationssendungen (objektive) natürlich nicht vergleichbar mit den »hire and fire«-Programmen der Privaten – vom »Heißen Stuhl« bis zu so sagenhaften Sendungen, bei denen schon der Titel alles sagt: »Ran«. Dazu ist festzuhalten, daß diese Sendungen – im Gegensatz zu dem erwürgten »Club 2« – kaum eine »Lebensdauer« von mehr als 2 Jahren haben. Dann sind sie nämlich ausgebrannt, neues Bildfutter muß her, wie's der Markt verlangt. Festzuhalten ist ferner, daß diese Sendungen alle (!!) – relativ und absolut – niedrigere Erfolgsquoten haben, als alle vergleichbaren Sendungen des ORF.

Daß Kulturprogramme selten im Fachjargon sogenannte »Straßenfeger« sind, versteht sich von selbst. Daß »Bildung und Wissenschaft« im ORF zwar hohe Einschaltquoten haben, aber von sich aus keine »Erfolgsprogramme« sind, ist ebenso klar. Aber nun den Betrieb ORF krankzubeten, statt über Programme nur über Reichweiten, statt über Qualität (auch seichte Unterhaltung kann »Qualität« haben) über Einschaltquoten zu reden; statt eine, um im Jargon zu bleiben, »cooperative identity« zu schaffen, mit Sanktionen zu drohen, statt mit wohlbedachten Programmen neues Publikum zu gewinnen, den ORF gleich in die blökende Schafherde beliebiger Serienproduzenten einzureihen – ist gewißlich ein Zeichen von Führungskraft.

Unser aller Kanzler hat einmal gemeint: »Wer Visionen hat, braucht einen Arzt.« Inzwischen hat er diesen tiefen Denksatz ausdrücklich widerrufen. Er täte gut daran, ihn seinem GI als Bedenkmal zu servieren. Rundfunk – egal ob Radio oder Fernsehen – ist zu allererst Handwerk, aber dann kommt ziemlich bald das Phänomen Kreativität, und diese läßt sich – noch dazu im Voraus – mit keinem Manometer messen, noch weniger läßt sie sich verordnen, noch weniger läßt sie sich auf dem Verwaltungsweg dekretieren.

Wenn die Gefahren für den ORF tatsächlich so groß sind, wäre es Aufgabe des Geschäftsführers, Mut und Vernunft zu wünschen und nicht populistischen Rückfall in buntes Allerlei. Kein ORF-Mitarbeiter will dies, wie es ohne Frage auch das Publikum nicht wollen kann – letztendlich. Die dies wünschen, sind die Abkassierer. Die Bonzen hinter den (elektronischen, versteht sich) Rechenschiebern. Eine Rundfunkanstalt, zumal eine öffentlichen Rechts, braucht Selbstbewußtsein – nicht Furcht. Vor dem schwarzen Mann? Im Wunderland? Oder wo? Nur Selbstbewußtsein ermöglicht Denken. Kreativität.

Selbst der simpelste Fußballtrainer weiß bereits, daß er seine Mannschaft schwerlich mit Sätzen aufbauen kann, die etwa lauten: »Der Gegner ist so stark. Wir werden verlieren. Wir verlieren, wir verl...«

Ganz Hollywood weiß, daß Stars nicht so leicht vom Himmel fallen, der ORF soll aber nach einem verordneten »Starprinzip« erfolgreich funktionieren? Woher kommen die Stars? Wenn bisher alles so schlecht, so schwach war? Woher nimmt Zeiler seine Stars? Aus der »Krone«? Aus dem Taschel? Wenn er dieses »Prinzip« durchzieht, steht ihm der weltweite Medienhimmel schon allein deshalb offen. Wenn's aber nicht so gelingt, wo bleibt dann die Reform?

Im Dickicht von Details soll hier niemand vergeblich nach dem Eis im Dschungel suchen. Die Hintergründe der Äußerungen Zeilers, die selbstverständlich akkordierte sind, werden klar, macht man sich seine »Aufgabenstellung« bewußt, deren objektiven Gehalt er vor den Mitarbeitern auch keineswegs bestreitet, deren wirkliche Zielsetzung wiederum von ihm nicht erklärt werden kann, sondern sich von selbst erklärt.

A conto der, ach so mörderischen, Konkurrenz – Berlusconi hat es immerhin zum Ministerpräsidenten Italiens gebracht und saniert nun seine Schulden aus den TV-Geschäften über die Kassen der RAI, Leo Kirch ist intimster Berater und Medienguru der Regierung Kohl – soll Österreich, durchaus EU-konform, einen ähnlichen Weg gehen, wie die ARD nach den Wünschen des CSU-Steubers?

Die Printmedien werden sich künftig am Fernsehen beteiligen, was ja sehr gut ist. Konkurrenz ist immer gut. Sie werden es aber auf Kosten des ORF machen. D.h. die Einrichtungen dieser öffentlich-rechtlichen Anstalt werden zum erheblichen Teil dem Printmedienmarkt geschenkt. Wer aber ist nun dieser Markt? Er besteht aus diversen internationalen Multis. Die »Kronen Zeitung« ist durchaus nicht (nur) in den Händen von Dichand, auch der »Kurier« nicht, nicht das »Profil«, nicht der »Trend«. Sie sind zusammengeschlossen in einer Holding, in der wiederum die deutsche WAZ-Gruppe deutlich das Sagen hat. Und zwar mit fast 50 Prozent. Der »Standard« – unser Blatt für Leser – gehört zur deutschen Axel-Springer-Gruppe. Und wer ist der Entscheidungsträger bei Springer? Ein gewisser Leo Kirch. So einfach liegen die Fakten.

Zu glauben, daß Kirch nicht mit Bertelsmann und Bertelsmann nichts mit RTL zu tun hätte, wäre ebenso naiv, wie anzunehmen, daß der Medienmulti Berlusconi nichts mit Kirch zu tun hätte (beide sind zusammen an mindestens sieben europäischen TV- wie Radiostationen beteiligt). Daß wiederum die größten Händler nichts mit der Erzeugung, sprich Produktion von TV-Programmen – vom Videoclip bis zu den berühmten Serien – zu tun hätten, widerspräche dem Gesetz jeder Vernunft und des Marktes. Die internationalen Verflech-

tungen aufzuzeigen, müßte eine eigene Broschüre füllen.

Das bedeutet: In Europa, also der EU, hat sich im Laufe der letzten zehn Jahre der größte Medientrust gebildet, der je existierte. Sein Einfluß reicht von direkter Regierung bis zu (totaler) Manipulation der politischen Landschaft(en). Man muß kein Sozialist (auch ohne haut-gout), kein Demokrat sein, um zu verstehen, was dertart geballte, private Meinungsmacht bewirkt. Spätestens seit dem Disput Nixon – Kennedy wissen wir um die reale Wirkung des Mediums. Spätestens seit den »Runden Tischen«, dem Danaergeschenk des Ex-Intendanten und Parteifreundes Kunz, müßte auch Vranitzky es wissen. Sollte man meinen.

Daß »politische« Themen in so gearteten medialen Kapitalgebilden keine mehr sind oder den Charakter von »Adabei«-Glossen bekommen, ist logische Folge. Niemand fragt in dieser (natürlich geheimnisvollen, ergo bedrohlichen) Welt der Elektronik nach Fakten. Fiction heißt die Ideologie, die uns ja via USA & Co KG schon heute Tag für Tag als ewiger unträumbarer Traum serviert wird. Mickey-Ham mit Cola-Burger, high-tech faschiert.

Daß der ORF in diesem Medienspekta- kel eine nachgeordnete Rolle spielt, ist klar. Er ist vergleichbar in seiner Bedeutung mit der Ersten Republik, die sich ja nicht ganz so unfreiwillig in die Arme der Mächtigen werfen ließ. Daß aber auf den ORF im Rahmen aller EU-Wünsche nicht verzichtet werden kann, ergibt sich medienstrategisch:

Spätestens in zwei Jahren, wenn 1000 Jahre Österreich abgefeiert werden, wird wohl auch klar sein, daß Österreich das »Reich im Osten« war, das Sprungbrett in den großen Markt östlich der Simmeringer Heide. Spätestens dann auch wird das Rundfunkgesetz geändert sein und die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt – endlich, endlich! – privatisiert. An die Börse gebracht, mit einigen sehr kleinen Kleinaktionären und sehr wenigen sehr großen Großaktionären – und wer diese sein werden, läßt sich an zwei Fingern abzählen. Daß der Widerstand der Populisten Zeiler, Rudas und Co. kein allzu großer sein wird, dafür haben Hans Dichand mit Vranz, Bacher, Leo gesorgt. Schon jetzt, nein: schon am Beginn des Jahres 1994 und viel früher.

Es erinnert makaber an Ereignisse anderer Jahre, wenn nun der ORF reformiert, das heißt: ruiniert wird. Es muß festgehalten werden, daß zur Zeit das größte, wirkungsvollste, professionellste, finanzkräftigste Medienunternehmen des Staates Österreich von einigen Lohnschreibern seit Monaten durch den Dreck gezogen wird, die Mitarbeiter des ORF zu »Bonzen«, zu »Tagedieben«, ja fast zu Gaunern gemacht werden. »Bubi birnt die Bonzen« – ein Titel, der einem erst einmal einfallen muß, um all die Mißgunst, all das Interessengedränge zu erkennen, die hinter solchen Ausscheidungen stehen.

Wenn man schon so fernsichtig ist, daß

1996 Österreich tatsächlich noch EU-konform besteht, so ist der Gedanke nicht abwegig, daß mit gemockter Hilfe ein gewisser Jörg Haider auf das Treppchen zum Kanzlerstuhl steigt. Legitim natürlich, es gibt ja Vorbilder, aber doch.

Kein so abwegiger Gedanke, ein sehr konkreter, bitte sehr, denn: Bei allem Ge- gröle, bei allen Politrülpsern des guten Jörgl, ein Thema hat er auffallend ausge- spart, im Widersinn zu sonstiger Effektha- scherei: den ORF. Warum wohl? Wollte er keine »Bonzen birnen«? Wohl kaum. Viel- mehr ist anzunehmen, daß er bereits jetzt seine blauen Bataillone auch in Richtung ORF marschieren läßt.

In zwei Jahren wird klar werden, was der Kanzler Vranz seinem Land und mehr noch seiner Partei beschert hat, wofür er den Weg bereitete: keinen »Faschismus« al- ter Prägung, aber einem Populismus, der sehr knapp am Faschismus vorbeis- chrammt und dabei vielleicht die Chance ergreift, sich tatsächlich zu wandeln in Fa- schismus. Betrachtet man die Begehrlich- keiten nach einer Dritten Republik, die ja nicht allein Haider's Wunsch ist, sondern auch mancher Möchtls, Klestils und so, er- scheint das Zauberspiel des SP-Kanzlers mit seinem Land, dessen Kultur, dessen Kulturträger, dessen Zukunft in besonders fahlem Licht.

Eine Voraussage sei gewagt: Spätestens ab 1996 wird der gute Kanzler Vranz in seine Biographie schreiben können, auch Österreich, auch den ORF auf die Daten- High-Ways einer Telekratur geschickt zu haben, die nicht im Sinne des Parteipro- gramms Demokratie ermöglicht, sondern diese an den (die) Meistbietenden verkauft. Und die SPÖ wird sich nach einem neuen Namen umzusehen haben: STÖ. Sozial- telekratische Partei Österreichs – so es die- ses dann noch gibt. Als Staat gewiß, aber als versinkende Kultur im Sumpf der me- diokrinen Mediokraten, im Spiel ohne Gren- zen, in Shining. Das Play-Back der netten Kathi Zechner zu Silvester dieses Jahres ist nicht mehr als ein (zugekauft, ergo teures) Symbol all der anderen populistischen Fiktionen, die uns erwarten. Man stelle sich Dichand vor mit der Stimme von Frank Sinatra: »New York, New York«, Erhard Busek als Marlon Brando im »Letz- ten Tango«, Mock als Fred Astaire, Klestil als Mackie Messer und Vranitzky als Dani- el Düsentrieb. Des wird a Hetz.

Und durchaus »professionell« – ganz wie es sich gehört im Reich der Kirche, der Turners, der Berlusconis, Thomas, Murdochs usw. Die Welt als Anschein, die Fiction als Utopie. Vielleicht war Zeiler doch ein Glücksgriff. Denn weitergedacht, wären alle Probleme gelöst und die Welt säße glücklich und zufrieden vor den Bild- schirmen, auf ihren soaps, ihren operas, ih- rem reality-TV. Ja, selbst Kriege herkömm- licher Art wären nicht mehr zu fürchten, ist ohnehin alles nur Spiel – schon in der Golfkriegsberichterstattung bekam man einen Vorgeschmack, was TV-Kommerz- Profis zustande bringen: Werbespots von

Rüstungsfirmen (Panzer) als »Kampfbef- richt«, »Gasangriffe« (bei denen der Repor- ter hinter einer Gasmasken röchelt, wäh- rend um ihn die Glis in Boxershorts jog- gen), verendete Wasservögel, die via SAT flugs von Alaska in den Golf (als Abbild, versteht sich) transportiert worden sind.

Damit die Rüstungsindustrie nicht durch die Finger sehen muß, wird man al- lemal auch Waffen erzeugen, um sie zur Zerstörung zu nutzen. Aber Kriege? Igitt – das doch nicht! Sie können ja, zur allge- meinen Belustigung, via »Game Boy« oder »Nintendo« ganz in Farbe mit allen Rumms, Bumms und Trara abgespielt wer- den, als Fiction.

Dies ganz im Sinne der ersten Macht auf dieser Erde, der USA, jener Nation mit der Seele einer Kirche und einer nai- ven Gläubigkeit, die mehr ins Rückwärts als in eine Zukunft weist. Dort kann man, mittels Satellit, bereits Sterbende in das All, den Himmel »beamen« – zum »ewi- gen Leben« sozusagen. Der Woytila zu Rom wird sich neue Geistigkeit zu erden- ken haben, wenn praktisch jede Maria zum Himmel fahren kann.

Nur: Was passiert, wenn plötzlich der Strom ausfällt, eine Sicherung durch- brennt, die wirkliche Wirklichkeit auf- taucht, ganz unverhüllt und schamlos, wie es ja Wirklichkeiten so an sich haben?

Der Kanzler hätte sicher ein Mittelchen parat: Kein kleines Taferl mit den Gehäl- tern aller Bonzen würde er in die Kamera halten, sondern eines, auf dem steht: »Ent- schuldigen Sie, die Störung liegt nicht in unserem Bereich.« Lag sie ja nie, oder? Ob er jedoch noch das Taferl heben wird könn- en, ist eine andere Frage, denn das Patent darauf hat ja ein anderer: Jörg Haider.

Die Lust an der öffentlichen Hinrich- tung all jener, die von den Zusehern als täglicher Privatbesitz betrachtet werden müssen, in der neuen Volksstimme na- mens »Krone«, ist ja noch verständlich. Brot und Spiele oder gebt den Affen Zuk- ker – ein altbewährtes Rezept demokrati- sch-republikanischer Freud für die Leut. Die Regierungsklugheit jedoch erscheint von schrägen Schatten betroffen in schlechtem Glanz.

Ist ihm nicht aufgefallen, wo sein Koali- tionspartner hinmockt? Liest er nicht die Ausdünstungen eines »Top«-Prettere- bner, der den Zeiler in den Himmel lobt und al- les (alles!), was sonst in Sachen ORF sich tut (tat), niederreißt? Will Zeiler, eine neue Form des »Starprinzips«, Fernsehen mit sich ganz allein?

Es kann der Regierungspartei nicht ver- borgen bleiben, auf welche Schleichwe- gerln zur kalten Privatisierung präcox da der öffentlich-rechtliche Rundfunk gesetzt worden ist, und es wäre ihr dringend zu ra- ten, dem allgemeinen »Hojataho« ein Ende zu setzen.

Wenn sie aber alles, was da geschieht, zumal geschehen wird, kennt, weiß, er- kennt, billigt – sollte sie sich nicht wun- dern, bald nicht mehr Regierungspartei zu sein. □

Amelie Lanier

Die sogenannte 3. Welt heute

Gegenstand weder linker noch sonstiger Kritik
Chile z.B., im Jahre der Herren '94'

Über dem Getöse um die diversen »Sorgenkinder« der Neuen Weltordnung, die unbedingt mit Militäreinsatz betreut werden müssen, ist das, was in den alten Hinterhöfen des Imperialismus der *Normalfall* ist, ziemlich uninteressant geworden. Während früher Armut und Elend und die rauen Umgangsformen der Regierungen mit dem eigenen Volk, die in diversen Weltgegenden der südlichen Hemisphäre anzutreffen sind, des öfteren Anlaß zu Kritik waren, macht sich heute eine gewisse Abgeklärtheit gegenüber diesen Phänomenen breit: Bei diesen Staaten seien irgendwann die Weichen falsch gestellt worden, sie seien nicht unter-, sondern eigentlich überentwickelt worden. Auch eine interessante Entwicklung: Früher wurde behauptet, die Investitionen amerikanischer, europäischer und japanischer Firmen in den Ländern Afrikas und Lateinamerikas und die in Form von Entwicklungs- und Militärhilfe sowie Krediten dorthin gepumpten Gelder dienten dem hehren Ziel, diese Nationalökonomien auf den Stand der imperialistischen Nationen zu heben. Das war eine Lüge: Diese (Sub-) Kontinente sind nämlich genauso entwickelt, wie das internationale Kapital sie braucht: Als Lieferanten von Agrarprodukten, Rohstoffen und als Betreiber von Industrie, die zu umweltschädlich ist, um in den Heimatländern des Kapitals zugelassen zu werden. Heute wird mit der gleichen Unverfrorenheit behauptet, die solchermaßen hochgezogenen Wirtschaftszweige, die der Bevölkerung dieser Länder mehrheitlich nichts gebracht, von denen aber nicht einmal die dortigen Staaten viel gehabt haben außer einem Haufen Schulden, an denen sie fest weiter zahlen – diese Plantagen, Bergwerke und Straßen zum Abtransport der Produkte seien eine von den damit Beglückten schlecht genutzte Wohltat gewesen, mit der sie nicht nur nichts anzufangen verstanden hätten, sondern die sie nur zu ihrem Schaden verwendet hätten. Weil sie die großzügig zur Verfügung gestellten Mittel falsch eingesetzt hätten, seien sie heute überschuldet. Und zwar deshalb, weil die Politiker dort alle korrupt sind

und die armen Leute einfach zu viele Kinder machen. In ihren verzopften Sitten sind sie überhaupt unbelehrbar: Stammes rivalitäten, Machismo, religiöser Fanatismus usw. verbauen den Weg zu irgendwelchen Verbesserungen. Folgerung: Die *Empfänger* der Entwicklungs- und anderer »Hilfen« sind verantwortlich dafür, daß sie diese edlen Spenden verkehrt verwendet hätten. Die »Geber«, die mit diesen Krediten und Subventionen diese Ökonomien gerade für die Bedürfnisse der Industrieländer genauso zugerichtet haben, wie sie jetzt aussehen, sind in dieser Betrachtungsweise die Gefoppten, die von ihren Schützlingen übers Ohr gehauen worden sind.

Diese Diagnose, in der sämtliche ökonomischen und politischen Gegensätze in einem abschätzig-rassistischen Einheitsbrei getilgt sind, führt zu dem nicht minder zynischen Schluß, daß man denen da unten ohnehin nicht helfen kann – man hätte es ja probiert, aber mit negativen Resultaten –, daß sie letztlich an ihrem Elend selber schuld seien und die Aufgabe der verantwortlich denkenden Regierungen fortschrittlicher Staaten nur mehr darin bestehen kann, den Schaden, den die Bewohner Afrikas oder Lateinamerikas mit ihrer Existenz anrichten könnten, nach Möglichkeit zu begrenzen. Die 3. Welt – ein ökologisches Problem, ihre Einwohner – eine verantwortungslose Zeitbombe, die mit Brandrodung, Bevölkerungsexplosion und ähnlichen Dingen »unseren Fortschritt« gefährdet. In dieser Diagnose sind sich amerikanische Senatoren, europäische Regierungspolitiker und grün-alternative Oppositionelle inzwischen einig. Dementsprechend ist das Interesse an diesem Teil der Welt und den dort stattfindenden Ereignissen geartet: sie sind kein Thema mehr, es sei denn, es kracht gerade wieder einmal und einer der Staaten, die heute die Welt beherrschen, erklärt sich dafür zuständig.

Dieser Wechsel in der Betrachtungsweise der Öffentlichkeit ist den weltpolitischen Veränderungen der letzten Jahre geschuldet. Die Regierungen der Staaten der 3. Welt haben ja auch früher nicht viel zu melden gehabt, ihre ökonomische Zurücksetzung hatte stets den Bedürfnissen der Ökonomien der 1. Welt zu dienen. Gegen diesen Würgegriff der westlichen Geheimdienste, Militärs und Firmen gab es aber über 40 Jahre lang eine *Alternative*, mit

der sich manche Staaten auch eingelassen haben. Kuba und Vietnam sind mit mehr oder weniger großem Erfolg dem postkolonialen Status des souveränen Lieferantenstaates entkommen und diverse arabische und schwarzafrikanische Staaten schmückten sich ebenfalls mit dem Attribut »sozialistisch«. Wie weit diese Bezeichnung das trifft, was im Inneren dieser Staaten getrieben wurde, sei hier einmal dahingestellt. Tatsache war, daß sie sich mit dieser Bezeichnung *außenpolitisch* an die Sowjetunion angelehnt haben, als deren Verbündete betrachtet und *behandelt* wurden. Auch was die SU mit ihnen vorhatte und wie sie dieses Vorhaben betrieben hat, soll hier nicht behandelt werden. Festzuhalten ist: Die Staaten der 3. Welt waren all die Jahre seit dem Zweiten Weltkrieg das Schlachtfeld, auf dem Einflußsphären zwischen Ost und West, zwischen der SU und den NATO-Staaten abgesteckt und bestritten wurden. Das ist die Grundlage der »Stellvertreterkriege«, die in dieser langen Periode des *Welfriedens* in nicht gerade kleiner Zahl abgewickelt wurden. Mit diesem Treiben ist es jetzt vorbei.

Die Weltmacht Nr. 2 hat ihre Staatsraison aufgegeben und dementsprechend auch ihre Außenpolitik modifiziert. Den letzten Staaten, die ihrem wie immer gearteten Sozialismus noch nicht abgeschworen haben, soll nach dem Willen der verbliebenen Weltmacht baldmöglichst der Garaus gemacht werden. Der Rest ist eingeordnet und funktioniert mehr oder weniger im Sinne der tonangebenden Staaten. Eine Folge davon ist, daß gewisse Kredite und Hilfen dorthin spärlicher fließen. Der Grund dieser Hilfen war nämlich: Dieser oder jener Staat soll unsere Bastion in der Region sein, deswegen braucht er entsprechende Mittel, um mit seiner eigenen Bevölkerung fertig zu werden und gegebenenfalls einen mißliebigen Nachbarstaat zu destabilisieren. Mit der Einschränkung oder überhaupt Streichung der Militärhilfe ist manchen dieser Länder die *Grundlage ihrer Staatlichkeit* abhanden gekommen – sie zerfallen, spalten sich auf, verfallen in Bürgerkrieg. Einmal wird ein Trara drum gemacht, wie bei Somalia oder Ruanda. Ein andermal sind sie gerade für Kleinspaltmeldungen gut, wie Afghanistan oder Liberia. Im großen und ganzen stehen die imperialistischen Nationen diesem Ergebnis ihrer jahrzehntelangen Betreuung recht gelassen gegenüber – das bißchen Öl, Zinn oder Kaffee oder was auch immer, das sie von dort beziehen, scheint auch so an seinen Bestimmungsort zu gelangen, und mehr will man in den USA, Europa und Japan von den Staaten der südlichen Hemisphäre auch gar nicht. Wenn es doch einmal eine Aktion gibt, so ist diese der inzwischen entfachten Konkurrenz *zwischen* den Staaten der 1. Welt geschuldet und nicht der Sorge um die Geschehnisse in dem von UNO-Betreuung betroffenen Staat.

Im Jahre 1973 waren die Verhältnisse noch ganz anders.

¹ Alle nicht ausdrücklich nachgewiesenen Daten und Informationen in diesem Artikel stammen aus den chilenischen Tageszeitungen »El Mercurio«, »La Epoca« und aus dem chilenischen Fernsehen im Monat Juli 1994.

In Chile ist einmal das »Experiment des friedlichen Überganges zum Sozialismus« unternommen worden und dieses »Experiment« ist angeblich »gescheitert«. Damit hatte Chile als Modell- und Vorbildland einer europäischen Linken, die sich gern an auswärtigen Kämpfen begeisterte, weil sie daheim nicht groß Anlaß zur Kritik fand, ausgedient. Die Dritte-Welt-Fans wandten sich anderen Hoffnungsträgern zu. (Später ereilte auch Kuba, Nicaragua und andere Länder dieses Schicksal.) Inzwischen ist diese Mode, in den Armenhäusern des Imperialismus Belege für die Berechtigung von sozialkritischen Tönen zu suchen, überhaupt ausgestorben. Systemkritik ist sowieso »out«, also kann man sich folgerichtig auch Beispiele für ihre Berechtigung sparen.

Die gewaltsame Absetzung der Volksfrontregierung in Chile und die Verfolgung aller Personen, die als Sympathisanten ihrer Anliegen verdächtig waren, waren nicht nur eine Bereinigung der Zustände in Lande, sondern ein Signal für ganz Lateinamerika: Keine sozialistischen Experimente im Hinterhof der USA! Es darf kein zweites Kuba geben! Selbst Präsident-Sein, Gewählt-Worden-Sein schützt nicht vor einschlägiger Behandlung! Das war auch eine Auskunft über die Interpretation des Begriffes »Demokratie« in einem 3. Welt-Land: Eine Regierung ist genau dann legitim, wenn die USA sie als legitim betrachten, und die Rechtfertigung, das eigene Volk hätte ihr doch in demokratischen Wahlen die Ermächtigung verliehen, ist obsolet, wenn die Weltmacht Nr.1 dieser Sicht nicht zustimmt. Es war auch eine Auskunft über die Souveränität dieser Staaten: Die beziehen sie nämlich von außen, nicht aus ihrer eigenen Ökonomie, die ihnen gar nicht die Mittel für die Ausübung der Staatsmacht zur Verfügung stellt. Die Erträge dieser Ökonomie gehören nicht den dortigen Regierungen oder ihren einheimischen Geschäftsleuten, an deren Gewinn sich dann die Staatsgewalt nach ihrem Ermessen bedienen kann, sondern seit jeher schon den Käuferländern. Deren Interessen hat eine Regierung wie die Chiles willfährig zu sein, dann ist sie entweder demokratisch oder »auf dem Wege zur Demokratie«. Setzt sie diesen Interessen etwas entgegen, so muß die Demokratie vor ihrem Mißbrauch geschützt werden, am besten durch eine Militärregierung, die den »Übergang zu Demokratie« in die Wege leiten soll. Solches wurde auch in Chile inszeniert.

Dann wurde Chile ein Modell für die andere Seite: Die chilenischen Gorillas setzten auf den amerikanischen Wirtschaftsideologen Friedman, und dessen »Chicago Boys« durften in Chile nach besten Kräften ihre Doktrin praktizieren, daß die Aufgabe des Staates nur darin bestünde, Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten und das Wohlbefinden seiner Bür-

ger den selbsttätigen Kräften der freien Marktwirtschaft anzuvertrauen. Dieses »Experiment« ist, wie man hört, angeblich erfolgreicher gewesen als das vorige. Unterschlagen wird dabei, daß die Friedman-Schüler ihre Tätigkeit in Chile 1982 einstellen mußten, nachdem das Land am Rande des Staatsbankrottes stand. Die monetaristische Theorie des »knappen Geldes«, das die Währung hart machen soll, gerät in einem Land wie Chile in der Praxis schnell in Widerspruch mit den Forderungen ausländischer Gläubiger, die in Devisen befriedigt werden wollen. Um diese Devisen zu erwirtschaften, mußte Chile seine eigene Währung für Subventionen und Exportstützungen strapazieren, was zu einer ziemlichen Inflation und alles andere als harten Währung führte. Während die Pinochet-Regierung in den 70er Jahren mit der Liquidation sämtlicher sozialistischen Umtriebe beschäftigt war – Herstellung der »politischen Stabilität« heißt das –, standen die 80er Jahre im Zeichen der Bemühung um die Wiedererlangung der Zahlungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit Chiles. Dieser Punkt ist nach wie vor ein wichtiges Anliegen der chilenischen Wirtschaftspolitik: Die chilenischen Unternehmer werden über die nationalen Kreditzinsen dazu angehalten, bei ihrer Tätigkeit die Zahlungsfähigkeit des Staates nicht aufs Spiel zu setzen. Dieses Programm heißt »Ajuste«, Anpassung. Es wird also so getan, als seien die Kreditnöte Chiles nur eine vorübergehende Fehlentwicklung, die durch richtige Finanzpolitik wieder eingerechnet gehört.

Auf ökonomischem Gebiet hat Pinochets Regierung einiges geleistet, um Chile in erhöhtem Maße für den Export tauglich zu machen. Sie hat nämlich das Land einer genauen Betrachtung unterzogen, wo noch etwaige Devisen herauszuholen wären. Außer den traditionellen Rohstoffen wie Kupfer und anderen Bergbauprodukten, hat sie den Export von land- und forstwirtschaftlichen Produkten nach Kräften in die Wege geleitet. Das hatte eine gewisse Veränderung der agrarischen Strukturen in Chile zur Grundlage, die man auch als großflächige Vertreibung der Landbevölkerung bezeichnen kann. Die halbwegs

fruchtbaren Regionen im Süden Chiles sind eine mehr oder weniger große Obst- und Gemüseplantage, und die ehemaligen Bewohner dieser Zonen fristen ihr Dasein in den Elendsvierteln der Städte, sofern sie nicht als Arbeiter auf den Plantagen ihr zweifelhaftes Auskommen gefunden haben.

Das war keine besondere Gemeinheit dieser Regierung, die unbedingt Hungerleider schaffen wollte, sondern das angemessene Verfahren jedes Staates, der das Erzielen von Profit zum obersten Zweck auf seinem Territorium erklärt. Dort sind Leute, die einfach das auffuttern, was sie anbauen, ein Hindernis, und an ihre Stelle gehören Plantagen, die ihre Produkte für den Markt, also für den gewinnbringenden Verkauf erzeugen. In Südamerika und übrigens auch in Österreich existieren unproduktive Kleinbauern-Wirtschaften nur auf solchen Böden bzw. in solchen klimatischen Zonen, wo eine gewinnbringende Bestellung nicht möglich ist. Woanders stören sie und müssen daher »Landflucht« betreiben, die ja nicht eine Flucht vor dem Land ist, sondern vor der Bestimmung, der dieses Land zugeführt wird.

Die Bergbauprodukte machen immer noch ungefähr die Hälfte der Exporterlöse aus, Chile verfügt über die umfangreichsten Kupfervorkommen und ist seit 1982 der größte Kupferproduzent der Welt. Um den reibungslosen Abbau dieses Rohstoffs zu gewährleisten, wird ein Großteil der Bergwerke von einer chilenischen staatlichen Gesellschaft, der CODELCO, betrieben. Heuer hat erstmals der privat betriebene Abbau den staatlichen überflügelt. Privat und Staat ist in diesem Falle kein Gegensatz. Es wird nämlich dafür Sorge getragen, daß der Anteil am Gewinn, der dem chilenischen Staat bleibt, gut angelegt ist: Während das Nationalisierungsprogramm der Volksfrontregierung den für Eigentümer und Investoren untolerierbaren Mangel aufwies, daß ein Teil der Exporterlöse der chilenischen Bevölkerung zugute kommen sollte, ist heute sichergestellt, daß diejenigen aus der Kupferproduktion stammenden Devisen, die in Chile verbleiben, in die richtigen Hände gelangen:



»Wie im Gesetz 13.196 festgelegt, muß die CODELCO für das erste Trimester dieses Jahres die Summe von 93,4 Millionen \$ an die Streitkräfte abführen. Das entspricht 10% ihrer Verkaufseinnahmen.«²

Eine weitere Devisenquelle hat sich Chile durch Erzeugung und Export von Waffen erschlossen. Das hat den großen Freund des chilenischen Volkes, die USA, ein wenig geärgert, weil Chile erstens weniger von dem Amis kauft und ihnen zweitens damit in der dortigen Region Konkurrenz macht. Die Verstimmung hat sich allerdings in Grenzen gehalten. Schließlich ist klar, daß diese Waffen aus chilenischer Erzeugung in keine falschen Hände geraten und der Stabilisierung der Regierungen Südamerikas genauso dienen wie die amerikanischen.

Für den Staat Chile hat diese Politik scheinbar Erfolg gehabt: Es gilt als Musterland Lateinamerikas mit wachsender Industrieproduktion, vergleichsweise geringer Arbeitslosigkeit und großer politischer Stabilität – die »Rückkehr zur Demokratie« konnte gewagt werden und hat sich gut angelassen. Das chilenische Militär ist eines der bestausgerüsteten und schlagkräftigsten Lateinamerikas. Chilenische Aktien notieren an der New Yorker Börse, Chile strebt – nicht ohne Chancen – den Beitritt zur NAFTA an. Chile – ein lateinamerikanischer »Tiger«?

Das Verhältnis von Kapital und Arbeit

Lohnrückerei war von Anfang an ein erklärtes Ziel der Militärregierung – niedrige Löhne sind eine Grundvoraussetzung dafür, Investoren in ein Land wie Chile zu locken. Bis voriges Jahr wurden die Mindestlöhne von Unternehmervereinigung, Gewerkschaftsverband und Regierung gemeinsam festgelegt. Letztere wollte dabei unbedingt mitreden – sie traute offenbar den Unternehmern zu, sie würden sich von den Arbeitervertretern zu überhöhten Löhnen erpressen lassen, die dem Image Chiles schaden könnten. Inzwischen scheint dieser Vorbehalt aufgegeben worden zu sein.

Über die neueren Varianten der Niedrigentlohnung und den Umgang mit dem Arbeitsvolk in Chile gibt ein Interview mit Pedro Lizara, dem Chef der chilenischen Industriellenvereinigung SOFOFA, Auskunft. Wenn Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft für Unternehmer ein Entlassungsgrund ist, wie vom Gewerkschaftsverband CUT behauptet wird, so bezeichnet er dies zwar als »Mißstand« und »Ausnahme«, aber andererseits hat er volles Verständnis dafür: Arbeiterorganisationen seien, wenn überhaupt, nur dort notwendig, wo der Betrieb zu groß sei, als daß »der Unternehmer sich individuell mit sei-

nen Arbeitern verständigen kann«. Gewerkschaften behindern nur den Fortschritt, und der geht allein vom »Markt« aus:

»Es ist der Markt, der 1 Million 700.000 zusätzliche Arbeitsplätze in den letzten 10 Jahren geschaffen hat. Dadurch ist der Anteil der Arbeiter am Nationaleinkommen von 43% auf 49% gestiegen.«

Der Mindestlohn, den mehr als eine halbe Million verdient, beträgt 100.000 Pesos im Monat, das entspricht ca. 2.500 Schilling. In der Industrie betragen die Löhne im Schnitt um die Hälfte mehr, also 150.000 Pesos. Daß man davon in Chile nicht leben kann, gibt auch Lizara zu:

»Es wird ja auch immer gesagt, daß der Mindestlohn nicht zum Erhalt einer Familie vorgesehen ist, weil in Chile mehr als zwei Personen pro Familie arbeiten.«

Kinderarbeit ist also in Chile selbstverständlich und wird bei Lohnverhandlungen auch gleich miteinberechnet.

Ähnliche Bremsen des Fortschrittes wie die Gewerkschaften sind Arbeitsgesetze, ein abschreckendes Beispiel dessen die Europäische Union:

»Die strengen Arbeitsgesetze sind es, die die Arbeitslosigkeit erhöhen.«

Dem – übrigens christdemokratischen – Gewerkschaftsführer Manuel Bustos, der bei einer Demonstration im Juli Arbeitsschutzgesetze und Kollektivverträge gefordert hat, bedeutet er unverhohlen, er möge sich vorsehen:

»Bustos hat ehrenwerte Absichten, in diesem Falle jedoch ... macht er eine Front gegen die Unternehmer auf, die zu nichts Gutem führen wird. ... Es ist unakzeptabel, in einem Land wie diesem zu einem Marsch gegen die Unternehmer aufzurufen. ... Es ist eine Schande für das Land. ... Es wäre eine Monstrosität, die Löhne für ganz Chile kollektiv auszuhandeln.«

Eine untragbare Sache für den Herrn Unternehmer sind die vom Gewerkschaftsverband trotz alledem durchgesetzten Abfindungen. Sie liefern den Unternehmern den eigennützigsten Berechnungen seines Arbeitsviehs aus:

»Warum muß der Betrieb den Arbeiter abfinden? Er hat ihm doch nichts getan. Im Gegenteil, er hat ihn in Arbeit gesetzt. ... Heute, wo die Abfindung einen Monatslohn pro geleistetem Arbeitsjahr beträgt, macht ein Arbeiter nach 5 Jahren alles, um nur entlassen zu werden. ... Dann nimmt er im Betrieb gegenüber sofort wieder eine Arbeit an. Das erlebe ich als Unternehmer immer wieder. Die 500.000 Pesos (12.500 S) legen sie auf die hohe Kante, oder sie reparieren etwas in ihrem Haus oder machen weiß Gott was mit dem Geld.«³

Ein Arbeiter mit 5 Monats(mindest)löhnen in der Tasche – eine Gefahr für die freie Kalkulation der Unternehmer. Nur solche, denen bei Nichtannehmen einer Arbeit gleich der Hungertod droht, sind dem Vertreter des Kapitals recht.

Wer eine solche Sprache führt wie Pedro Lizara, ist sich seiner Sache sicher. Er weiß, daß die Regierung weiterhin dafür sorgen wird, die lohnabhängige Bevölke-

rung billig und willig zu erhalten. Es genügt, den der Regierungspartei angehörenden Gewerkschaftsführer – der übrigens auf besagter Demonstration von seinem Fußvolk wegen offensichtlicher Packelei mit der Regierung ausgepiffen wurde – klassenkämpferischer Umtriebe zu bezichtigen, um diesen nachdenklich werden zu lassen. Vor nicht allzu langer Zeit war das ein Todesurteil für den Betroffenen. Auch heute könnte ein solcher Verdacht zumindest seiner Gesundheit sehr abträglich sein.

Ein guter Teil der Chilenen lebt in Elendsvierteln ohne Kanalisation oder Fließwasser. Zugegeben, verglichen mit Brasilien oder Mexico City sehen die alle noch ganz gut aus. Das kann man als Anlaß zur Freude nehmen, wenn einem danach ist. Die lokalen Behörden tun sich schwer, für diese Bezirke ärztliche Versorgung zu organisieren, weil kein Mensch mit irgendeiner Art von Ausbildung sich in einem solchen Viertel niederlassen will. Der unaufhaltsame Fortschritt in Chile äußert sich darin, daß jetzt mehr Bewohner dieser »Poblaciones« ein Arbeitsverhältnis haben, ohne daß sich dadurch ihre Einkommenslage und damit der Zustand dieser Viertel wesentlich gebessert hätte. Der »Kampf gegen die Arbeitslosigkeit« ist eben etwas anderes als Wohlstand für alle. Mehr Arbeit heißt nicht: mehr Lohn. Eine Verwechslung, der in Chile selbst übrigens kaum jemand aufgesessen ist.

Wirtschaftspolitik. Markt für Konsumgüter und Objekt von Spekulation

Das Lohnniveau und die Außenhandelsverträge der chilenischen Regierung bestimmen das Konsumverhalten der Chilenen. Am Beispiel der Schuhe: Die chilenische Schuhindustrie ist laut Zeitungsmeldungen durch Importe – angeblich Billigimporte aus dem südostasiatischen Raum – mehr oder weniger ruiniert worden. »Billig« mögen diese Schuhe im Vergleich zu den heimischen gewesen sein, für den Konsumenten sind sie eine ziemliche Investition. Die Vermutung liegt nahe, daß die Genehmigung dieser Schuhimporte die Gegenleistung für die Importgenehmigung chilenischer Waren in die betreffenden Länder war. Ein Artikel, dessen Absatz gesichert ist – Schuhe braucht jeder –, wird also aus dem Ausland eingeführt, obwohl er vorher im Inland hergestellt worden war. Der Grund dafür ist nicht die vergleichsweise Billigkeit der importierten Waren, sondern der Umstand, daß sich hier Staaten, von denen Chile abhängig ist, einen Markt gesichert haben. Als Ergänzung zu dem Warenangebot gibt es an jeder zweiten Ecke einen Flickschuster, der davon kündigt, daß Schuhe für den Durchschnitts-Chilenen eine nicht alltägliche Erwerbung sind und daher möglichst lange am Leben erhalten werden wollen. So wird die unproduktivere Wirtschaftsform, die unter dem irreführenden Namen »Unterentwicklung« bekannt ist, nicht nur auf-

² La Epoca, 30.7.94

³ Alle Zitate aus: La Epoca, 17.7.94

⁴ Alle Zitate zum Pensionssystem Matt Mofett, Redakteur des Wall Street Journal, in: La Nación (Argentinische Tageszeitung), 22.8.94

rechterhalten, sondern in diesem Fall überhaupt erst geschaffen: Statt industrieller Fertigung Handarbeit, statt Produktion für den eigenen Markt Import aus den Mutterländern des Kapitals.

Will der Chilene sich bekleiden, so stehen ihm zunächst Geschäfte, deren Angebote an das österreichische Preisniveau heranreichen, zur Verfügung. Ist seine Zahlungsfähigkeit dafür zu gering bemessen, so kann er zwischen zwei Alternativen wählen. Sie lauten: »Europäische Kleidung« oder »Amerikanische Kleidung«, und in diesen Geschäften wird auf europäischen oder US-Flohmärkten zusammengekauft Zeug mehr oder weniger preisgünstig verschert. Ein ähnliches Bild wie beim Schuhwerk: Chile kann und darf keine Bekleidungsindustrie schaffen und aufrechterhalten, die der Zahlungsfähigkeit der dortigen Bevölkerung Rechnung trüge. Es muß Importe gestatten, die nicht eine nationale Industrie beflügeln, sondern sie unmöglich machen. Die Einfuhr ist entweder Ergebnis von Außenhandelsverträgen, oder eine schlichte Notwendigkeit, um auch den armen Schluckern im Land die Bekleidung zu ermöglichen. Und sogar hier sind die Staaten Europas und die USA erste Adresse und nicht die Länder in der näheren Umgebung Chiles, von denen einige durchaus preisgünstige Kleidungsstücke herstellen.

Die USA sind nicht nur der beste Freund, sondern auch der größte Handelspartner Chiles. Um einander noch näherzukommen, möchte Chile gerne der NAFTA beitreten. Auf das Angebot, der vom Präsidenten Argentiniens angeregten Freihandelszone MERCOSUR – zwischen Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay – beizutreten, reagiert Chile vergleichsweise kühl: Nach einigem Hin und Her ist der Präsident des Landes doch zu dem Treffen angereist, ganz verderben will man sich's nicht, sind doch auch Brasilien und Argentinien wichtige Handelspartner Chiles. Aber die Botschaft, daß dieses Land nicht auf dergleichen Partner angewiesen ist, war doch offensichtlich: Chile hält sich für etwas Besseres als andere lateinamerikanische Staaten. Zu Unrecht: Genauso wie beim Nachbarn nebenan werden die Geschäfte in Chile von Einheimischen und Ausländern gemacht, die ihre Gewinne vornehmlich im Ausland anlegen, für deren Kapital Chile eine Durchgangs-, aber keine Endstation darstellt. Der Staat schaut dabei durch die Finger, kann sich an seiner Ökonomie nicht bedienen, weil seine Kreditschöpfung, also sein Staatskredit, gar nicht seinem eigenen Ermeßen obliegt und seine Deviseneinnahmen schon von vornherein an die Gläubiger – ausländische Banken und internationale Kreditinstitutionen – verpfändet sind. Chile hat keine Währung, die außerhalb der eigenen Landesgrenzen nachgefragt wird, kann sich also nicht frei verschulden wie die BRD oder die USA, die damit rechnen können, daß ihre Geldscheine auf der ganzen Welt Käufer finden.

Nicht nur dem Umfang nach, auch der Einsetzbarkeit nach ist der chilenische Staatskredit sehr eingeschränkt: Außer für Polizistengehälter, Präsidentenpensionen und ähnliches, was sich innerhalb der Landesgrenzen abspielt, läßt sich der Peso kaum brauchen. Dafür ist er allerdings sehr wichtig, und deshalb wachen IWF und Weltbank auch darüber, daß dieses Geld in seiner Nützlichkeit für die Aufrechterhaltung des Standortes und Marktes Chile erhalten bleibt. Von denen, die darauf angewiesen sind, soll er angenommen werden, für die Unternehmer soll er halbwegs stabil sein, damit sie kalkulieren können. »Russische« Zustände, eine sogenannte »galoppierende Inflation«, schrecken Investoren ab, und wenn die Arbeiter noch so billig sind. Während es für den Staat unentbehrliche Ausgaben gibt, sind seine Einnahmen keineswegs gesichert: Auch seine Steuerhoheit gerät sofort in Widerspruch mit der Absicht, Kapital mit günstigen Bedingungen ins Land zu locken, ebenso mit der Notwendigkeit, den Export der eigenen Produkte zu fördern, notfalls auch mit Subventionen. Damit sind alle Gründe gegeben, warum eine Währung wie diejenige Chile stets einen starken Hang dazu hat, inflationär zu sein, und gleichzeitig gerade dieser Hang mit allen Mitteln bekämpft werden muß.

Chile exportiert Rohstoffe und Agrarprodukte und importiert hauptsächlich Konsumgüter, hat also seinen inneren Markt anderen zur Verfügung gestellt, während sein Exportanteil an der Weltwirtschaft aus Artikeln besteht, deren Preise nicht nach der Kalkulation Kosten – Überschuss erstellt werden. Kupfer und Mangan, Edelhölzer und Kiwis sind Objekte der Spekulation, hier setzen die Abnehmer den Preis fest und die Produzenten können weder die gezahlten Arbeitslöhne, noch die gemachten Investitionen, noch den marktüblichen Gewinn geltend machen. Dieses Dilemma kratzt natürlich die internationalen Konzerne wenig: Sie trennen Kosten und Gewinn fein säuberlich voneinander, bestreiten erstere in »weichen« Währungen und streifen letzteren in Devisen ein. Der Staat, auf dessen Territorium sich eine solche Rohstoffquelle befindet, hat dann dafür Sorge zu tragen, daß die Kosten des Abbaus sich mit den Profiten der Konzerne vertragen: Entweder er verbilligt seine Arbeiter oder er verbilligt seine Währung. Obwohl der Mensch, vor allem derjenige, der das Pech hat, in südamerikanischen Bergwerken zu arbeiten, viel aushält, hat ersteres seine physischen Grenzen. So sind diese Staaten bei aller Erbarmungslosigkeit gegenüber ihren Arbeitern genötigt, ihre Währung periodisch abzuwerten. An dieser Tatsache hat Chile bei und gerade wegen aller gezeigten Bereitschaft, den Interessen des internationalen Kapitals kein Hindernis in den Weg zu legen, nichts ändern können.

Für diejenigen Industriebetriebe, die nicht zu den obigen gehören, stellt Chile ein Durchgangsstadium in der Verwertung

des Kapitals dar. Die vollständige Liberalisierung des Devisenverkehrs sorgt dafür, daß diverse internationale Unternehmen die billigen chilenischen Löhne und die kaum vorhandenen Umweltschutzgesetze ausnützen können, um ihre Waren entweder gleich im zahlungskräftigen Ausland abzusetzen oder auch in Chile gemachte Gewinne in Devisen umzutauschen. Solche Unternehmen verarmen die Staatskasse, berauben sie ihrer Devisenreserven und tragen das ihrige dazu bei, daß Santiago die zweithöchste Luftverschmutzung Lateinamerikas aufweist – nach Mexico City.

Bleibt noch die Sphäre der *Finanzspekulation*. Chile genießt als Freund der USA und wegen seiner politischen Stabilität großes Vertrauen des IWF und der Weltbank und infolgedessen auch der privaten Banken. Zudem hat die chilenische Regierung – noch ein Überbleibsel des Wirkens der »Chicago Boys« – nach US-Vorbild aus Armut Zahlungsfähigkeit gemacht: Sie hat die Pensionsvorsorge privatisiert, und die so entstandenen privaten Pensionsfonds spekulieren munter mit diesem Geld. Jeder arbeitende Chilene muß einem dieser Fonds, den er sich aussuchen darf, 10% seines Lohnes überlassen. Die Erfolgsmeldungen lassen nicht auf sich warten:

»Heute, nachdem dieses Programm bereits seit 10 Jahren läuft, verfügt das System (der Fonds) über 19.220 Millionen \$, eine Summe, die die Sparrate Chiles in die Nähe derer der asiatischen Nationen rückt.«

Diese Form der Pensionsvorsorge nennt einer der chilenischen Zuständigen »den Arbeitern das Vorsorgesystem zurückgeben.« Nordamerikanische Analysten sehen das etwas nüchterner:

»Die autoritäre Macht der Ex-Militärregierung spielte eine entscheidende Rolle bei der Akkumulation des enormen Haushaltsüberschusses, der für den Start dieses Planes notwendig war, ebenso dafür, die Arbeiter zu der Teilnahme daran zu verpflichten.«

Die Gewalt und der Staatskredit Chiles sind also auch hier Pate gestanden, um dem internationalen Finanzkapital auf diesem »emerging market« eine Spielwiese zu verschaffen. Sogar die CA spekuliert dort. Dieser Boom hält natürlich nur so lange an, wie die Wall Street und verwandte Körperschaften Chile *vertrauen*, und das tun sie nur so lange, wie *sie* dort Gewinne machen. Soviel nur gegen die Vorstellung, diese Spekulation würde sich irgendwie *für* Chile zu Buche schlagen.

Außenpolitik und Grenzfragen

Mit seinen Nachbarn unterhält Chile ein gespanntes bis schlechtes Verhältnis. Mit Bolivien gibt es seit einem von letztem verlorenen Krieg im vorigen Jahrhundert keine diplomatischen Beziehungen. Den erst vor einigen Jahren geschlossenen Vertrag mit Peru zur Anerkennung der gemeinsamen Grenze hat Chile, was seine dabei übernommenen Verpflichtungen betrifft, nie in Kraft gesetzt. Mit Argentinien wurde gerade ein solcher Vertrag unter-

BUNDESVORANSCHLAG 1994

WIRTSCHAFTSBERICHT 1994



Diese Berichte erscheinen jährlich und sind auf schriftliche Anfrage
kostenlos im Bundesministerium für Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit,
Himmelpfortgasse 8, 1015 Wien, erhältlich

EIN SERVICE DES
BUNDESMINISTERIUMS FÜR FINANZEN

zeichnet, was von einem Großteil des chilenischen Militärs scharf angegriffen worden ist. Vor allem die Anerkennung von Territorialansprüchen Argentiniers in einer Zone, die bezeichnenderweise »Wüstensee« heißt und wo sich nicht einmal Fuchs und Hase Gute Nacht sagen, hat den Unmut der Patrioten hervorgerufen. Chile beansprucht den gleichen Zipfel der Antarktis wie Argentinien und unterhält zur Untermauerung dieses Anspruches dort eine Base.

In solchen Gebärden ist sowohl der Machtanspruch als auch die Zweitrangigkeit eines Staates wie Chile zu erkennen. Imperiale Gelüste hätte es wohl, wie seine Nachbarn auch, und auch Landstriche, mit denen es eingestandenermaßen nichts anzufangen wüßte, wären ihm recht, um sein bloßes Territorium auf Kosten der Nachbarn auszudehnen. Aber solches ist andererseits nicht gestattet. Die bestimmenden Mächte der Welt verbieten »eigenmächtige« Grenzkorrekturen bei ihren Geschöpfen – wenn schon, dann nehmen sie solche selbst vor. Das ist dann auch gleich der Ausweis ihrer Rechtmäßigkeit. Lange bevor Saddam Hussein für seinen Fehltritt eins auf den Deckel gekriegt hat, ist der Nachbar Chiles im Falkland-Krieg an diese unumstößliche Wahrheit erinnert worden. Deswegen gibt aber so ein Staat sein Anliegen nicht einfach auf. Er hebt es auf, pflegt es hin und wieder mit diplomatischen Affronts und demonstrativen Manövern – und wartet, ob nicht doch einmal ein geeigneter Augenblick kommt, in dem ihm ein Einmarsch, eine Annexion vielleicht gestattet wird. Immerhin gibt es Vorbilder: Ein Staat wie Israel hat damit schließlich auch Erfolg gehabt.

Die politische Moral

Die heutige demokratische Regierung arbeitet sich an einer Art Vergangenheitsbewältigung ab, ist dabei aber gleichzeitig von dem Bewußtsein erfüllt, daß diese nicht zu weit gehen darf. Die ehemaligen Folterknechte und Mörder zur Rechenschaft zu ziehen, womöglich sogar ihre Auftraggeber, ist nicht gestattet. Die Betroffenen sollen sich damit zufriedengeben, daß sie wenigstens darüber reden dürfen.

Die Angehörigen vieler »Verschwundenen« – ermordeten Verhafteten, deren Leichen nie aufgefunden wurden – bestürmen die Gerichte, um wenigstens die sterblichen Überreste der Opfer ausgehändigt zu bekommen. Bei manchen ist der Ort, wo sie eingegraben wurden, sogar bekannt, aber die Armee beruft sich darauf, daß es sich dabei um militärisches Sperrgebiet handelt, zu dem Zivilen unter keinerlei Umständen Zugang gewährt werden kann.

Gleichzeitig wurde einer der wichtigsten Männer der Putschisten-Junta von 1973 und der erste von ihnen, der ins Gras gebissen hat, Carvajal, mit allem Pomp zu Grabe getragen. Pinochet hat Anfang Juli

dieses Jahres dem amerikanischen Sender CNN ein Interview gegeben, in dem er gefragt wurde, was er dazu sage, daß in seiner Regierungszeit 2.000 politische Häftlinge verschwunden seien. Der Oberbefehlshaber des Heeres hat geantwortet, bei einer Bevölkerung von 12 Millionen sei das doch nicht viel. Auf die Frage, ob er seine Position nicht als eine Gefährdung der Demokratie in Chile ansehe, hat Pinochet ehrlich erstaunt gemeint, nein, keineswegs, warum sollte er das sein?

Der Mann hat natürlich völlig recht. Er ist es schließlich, der die Demokratie in Chile erst ermöglicht hat, indem er mit seinesgleichen vorher dafür gesorgt hat, daß die solchermaßen gewährten politischen Freiheiten nicht mißbraucht werden können. Heute garantiert er durch seine Stellung dafür, daß gewisse unumstößliche Grundlagen der politischen Betätigung nicht in Vergessenheit geraten: Die Interessen des ausländischen Kapitals haben jedem chilenischen Politiker heilig zu sein.

Die Rute steht nicht nur für die paar übriggebliebenen Kommunisten und Sozialdemokraten im Fenster, sondern auch für die regierenden Christdemokraten. Schließlich sind die Nationalisierungs- und andere Gesetze Allendes seinerzeit mit Unterstützung eines Teils der DC beschlossen worden.

Die zivilen Politiker Chiles geben auch bei jeder Gelegenheit zu Protokoll, daß sie keineswegs den Irrungen der Volksfrontregierung erliegen. Der Senatspräsident Gabriel Valdés, der nicht versäumt zu betonen, daß er selbst unter der Militärregierung verfolgt worden war und sogar zweimal im Häftling gesessen ist, hat für die Allende-Regierung kein freundliches Wort übrig:

»Die extreme Linke hat ungeheures Unheil über Lateinamerika gebracht. Sie ist für die Diktaturen Uruguays, Argentiniens und Chiles verantwortlich. Wenn Allende auch ein wirklicher Demokrat war, so ließ er sich doch von den extremistischen Castro-Anhängern zu schweren Irrtümern in der Führung des Landes verleiten. Diese wollten alles umstürzen. Bis zu dem Moment, in dem die Militärs »Schluß« sagten. Und damals stand das ganze Land hinter ihnen. Die Resultate sind bekannt. Wir wollen heute eine Rückkehr zur Demokratie ohne Rache und ohne Gewalt.«⁵

Ein netter Kunstgriff, die Opfer der Repression zu den eigentlichen Tätern zu erklären, auf die das Militär nur quasi als Sachzwang reagiert hätte. Damit sind die Toten noch einmal ins Unrecht gesetzt, die Militärs erhalten eine Generalabsolution: Sie waren eigentlich die echten Vertreter des Volkes, während die anderen sich diese Rolle nur angemäßt hätten. Daß dort, wo gehobelt wird, auch Späne fliegen, versteht Señor Valdés selbstverständlich, wobei er vermutlich unter den »Spänen« die Tatsache versteht, daß sogar ein aufrechter Demokrat wie er verfolgt worden ist.

Wo Betroffene des Staatsterrors zu Wort

⁵ La Epoca, 2.8.94

kommen, wird ihnen sofort bedeutet, daß dies eigentlich ein unverdienter Gnadenakt ist. Ein ehemaliges Mitglied des MIR (Bewegung der revolutionären Linken) muß sich im Fernsehen mehr oder weniger als Dinosaurier, der ins heutige Chile gar nicht mehr hineinpaßt, behandeln lassen: »Zahlt es sich überhaupt aus, zu überleben?« Selbst wenn der Bischof von Santiago an das Militär appelliert, doch die eine oder andere Leiche endlich herauszugeben, so tut er es in der Überzeugung, daß tote Kommunisten gute Kommunisten sind, denen man ein christliches Begräbnis nicht verweigern sollte. Die Opfer von Pinochet & Co. können nur mit Mitleid rechnen, solange sie sich als betroffene Privatpersonen vorführen lassen, die ihre politischen Ambitionen längst aufgegeben haben. Als arme Verirrte, die für ihren jugendlichen Überschwang teuer bezahlt haben.

Der chilenische Geheimdienst DINA hat Akte gesetzt, die klar die Souveränität anderer Staaten verletzen und die bei Ländern, die den USA nicht genehm sind, sofort das Verdikt des Staatsterrorismus nach sich ziehen hätten. Chile durfte und darf sich das erlauben. Ein Beispiel: Die Männer, die den spanischen Diplomaten Carmelo Soria in den 70er Jahren in Santiago ermordet haben, sind namentlich bekannt, aber Chile denkt nicht daran, sie zur Verantwortung zu ziehen. Die Behörden berufen sich auf die Verfassung, derzufolge der Kronzeuge, der von den USA geschützte Ex-DINA-Killer Michael Townsley, wegen der Immunität, die er in den USA genießt, *nicht glaubwürdig* sei. Auch die Intervention des spanischen Außenministers hat an dieser Haltung nichts geändert.

Das wäre ja noch schöner, wenn die Leute, die seinerzeit das Vaterland vor der roten Gefahr geschützt haben, jetzt dafür bestraft würden. Im Gegenteil, sie können gar nicht genug für ihren selbstlosen Einsatz geehrt werden. Pinochet, dieser Henker von Gnaden des CIA, wird noch als Retter des Vaterlandes in die Geschichtsschreibung eingehen, der in schwerer Zeit nicht davor zurückgeschreckt war, das Richtige zu tun. Er steht als schönes Beispiel für die Tatsache, daß Demokratie am besten dort gedeiht, wo vorher ein ordentlicher Faschismus mit unzuverlässigen Elementen aufgeräumt hat.

Und in diesem – von Herrn Valdés exemplarisch vorgeführten – versöhnenden Sinne des »Lassen wir die Vergangenheit ruhen« plätschert die Innenpolitik Chiles friedlich dahin und befaßt sich mit Fragen der folgenden Art:

Soll die Abtreibung streng oder noch strenger bestraft werden? Darf der mit der Repression der vergangenen Jahrzehnte befaßte Polizeichef ins Ausland reisen, oder schadet das dem Ruf Chiles? Einführung der Scheidung oder Beibehaltung des bisherigen Systems der Annullierung der Ehe? Was hat die Ethik-Kommission in diesem Monat herausgebracht? Usw. □

Grenzüberschreitung

Der »genetische Fingerabdruck« spielte im Fall Unterweger eine entscheidende Rolle für die Urteilsfindung. Als gelernter Mathematiker und Experte für medikamentöse Dosis-Wirkungs-Beziehungen untersucht J.Z. die Eignung der jungen Methode zur Wahrheitsfindung.

Der genetische Fingerabdruck ist in der Geschichte der Kriminalistik eine noch junge Methode. Dabei werden biologische Spuren, also Zellmaterial enthaltende Teilchen in fester oder flüssiger Form, mit der Information der Erbmasse des möglichen Verursachers verglichen. Im Zuge eines derartigen DNA-Gutachtens werden verschiedene genetische Merkmale zweier unterschiedlicher Proben untersucht. Zu jedem Merkmal gibt es unterschiedlich viele Ausprägungen. Bei identem Genmaterial stimmen alle Merkmale in ihren Ausprägungen überein. Die Anzahl der in die Untersuchung einbezogenen Merkmale ist im Vergleich zur gesamten genetischen Information aus technischen Gründen noch verschwindend klein. Daher wird mit Hilfe statistischer Methoden versucht, der Aussage, daß zwei Vergleichsproben absolut übereinstimmen, möglichst nahe zu kommen. Diese interdisziplinäre Aufgabe wird dabei von manchen Medizinerinnen im Alleingang bewältigt.

Eine international besetzte Kommission erarbeitete verschiedene im »International Journal of Legal Medicine« veröffentlichte Empfehlungen mit dem Ziel einer einheitlichen Nomenklatur und eines einheitlichen Qualitätsstandards bei der Erstellung von DNA-Gutachten.

Das Gutachten im Fall Unterweger

Bei der Lektüre des von Prof. Dirnhofer in der Causa Unterweger erstellten Gutachtens zum Vergleich von Kopfharen erstaunen zumindest zwei Fakten: Im Report der DNA-Commission (Int J Leg Med (1992) 105, S. 63–64) wird festgestellt, daß die Geschlechtsunterscheidung nicht allein auf die Abwesenheit einer »Bande« zurückgeführt werden kann. Genau diese Eigenschaft benützt aber Prof. Dirnhofer für seine Entscheidung, daß das hellblonde Kopfhhaar weiblich sei. Darüber hinaus gibt er als Häufigkeit des Merkmales »weiblich« 50% an. Demographische Daten weichen davon jedoch ab.

Weiters vergleicht Prof. Dirnhofer die genetische Struktur des aufgefundenen Kopfhhaars mit denen der Eltern der Ermordeten und kommt zu dem Schluß, daß sich keinerlei Ausschlußkonstellation für die Elternschaft ergibt. Da nun aber Vergleichsmaterial des Opfers vorliegt, stellt sich die Frage nach der Bedeutung dieser

Untersuchung. Welche Konsequenz hätte ein Ausschluß der Elternschaft nach sich gezogen? Bestanden Zweifel an der Richtigkeit des Vergleichsmaterials?

Bevor nun auf die Bedeutung der Statistik im Rahmen eines DNA-Gutachtens eingegangen wird, ein Abriß der

Causa Unterweger

1. Ende der 80er Jahre wird in einer osteuropäischen Hauptstadt eine Gelegenheitsprostituierte ermordet.

2. Von Ermittlungsbehörden wird die Spur eines Reisenden um die ganze Welt rekonstruiert. In einem vielleicht hundert Kilometer breiten Band beiderseits der Reiseroute werden ungeklärte Frauenmorde gesucht und gefunden. Die Tat- und die Reisezeiten werden verglichen und bei möglicher Nähe auf den rechten Stoß geordnet. Der linke Stapel wandert ins Archiv. Auf einer Weltkarte werden die Tatorte durch Fähnchen mit Angabe der Tatzeit markiert. Die Reiseroute wird durch einen Wollfaden nachgezogen. Das resultierende Bild ist für Außenstehende bestechend klar. Das Sortierkriterium wird zur unsichtbaren Klammer der aufgelisteten Verbrechen und zum stärksten Indiz.

3. Ein Reisender benützt seinen BMW für eine Reise in eine osteuropäische Hauptstadt. Der Schäferhund sitzt am Beifahrersitz und haart. Viele Mitfahrer wechseln sich auf dem Platz neben dem Fahrer ab. Der Fahrer neigt zu übertriebener Reinlichkeit und liebt weiße Anzüge. Der Wagen wird verkauft, vom Nachbesitzer etwa ein Jahr benützt und dann an einen Schrotthändler verkauft.

4. Zwei Jahre nach dem Mord in Prag wird der Beifahrersitz bei ebendiesem Schrotthändler gefunden. Der Rest des Fahrzeugs ist bereits verwertet. Die Arbeiter des Schrotthändlers, die das Auto zerlegt hatten, sind kaum zu finden. Sieben Haare werden auf diesem Sitz sichergestellt und weiteren Untersuchungen unterzogen.

5. Der Gutachter untersucht zwölf genetische Merkmale und findet stets Übereinstimmung in den Ausprägungen zwischen dem am Autositz gefundenen Haar und den Haaren des Mordopfers. In der weiteren Ausführung des Gutachtens soll diese vorgefundene Übereinstimmung in einer solchen Weise bewertet werden,

daß sich eine für eine Gerichtsverhandlung geeignete Aussage ergibt.

DNA-Eigenheiten

Die DNA-Commission empfiehlt jedem Labor die Erstellung einer lokalen Kontrollgruppe, da die genetische Struktur von der Entwicklung der örtlichen Population abhängig ist. Für den Allelort DQa liegen die Unterlagen von 22 Erhebungen in verschiedenen europäischen Ländern vor. Sechs verschiedene Ausprägungen der Allele werden aufgelistet. Die Häufigkeit des Allels 1.3 schwankt zwischen 2.3% (Sardinien) und 12.7% (Spanien), dieses Allel ist also in Spanien etwa sechsmal so häufig zu finden wie in Sardinien. Im Gutachten Prof. Dirnhofer wird nun ein Haar einer Frau aus Prag mit einem auf einem Beifahrersitz in Österreich gefundenem Haar verglichen und Übereinstimmung in zwölf Merkmalen festgestellt. Die Häufigkeit der Übereinstimmung wird aufgrund der Standardgruppe – zusammengesetzt aus hundert Schweizern und Schweizerinnen – von Prof. Dirnhofer zahlenmäßig angegeben. Da bei diesem Untersuchungsauftrag weder der Fundort der genetischen Spur noch die Herkunft des Vergleichsmaterials in der unmittelbaren Umgebung des untersuchenden Labors liegt, sollte ein verantwortungsvoller Gutachter seine Vergleichsgruppe im Sinne der Absicht der DNA-Commission so auswählen, daß der Genpool von Tatort und Fundort unter Einschuß von Migranten berücksichtigt wird.

Da jede Vergleichsgruppe lediglich einen Teil der Gesamtbevölkerung darstellen kann, unterliegt die Auswahl gewissen Zufallskriterien. Das bedeutet, daß daraus gewonnene Erkenntnisse nicht im Maßstab 1:1 auf die Gesamtbevölkerung übertragen werden können. Die Feststellung, ein gewisser Genotyp erscheint mit einer Häufigkeit von X in einer hundert Personen umfassenden und sorgfältig zusammengestellten, also repräsentativen Kontrollgruppe, berechtigt lediglich zu der Aussage, daß mit einer Sicherheit von Y% festgestellt werden kann, daß in der Gesamtbevölkerung die Häufigkeit des Auftretens dieses Genotyps $X\% \pm d\%$ beträgt. Die Schwankungsbreite $\pm d\%$ wird umso kleiner, je geringer die Sicherheit der Aussage wird oder je größer die Stichprobe gewählt wird. Bei einer in der Kontrollgruppe festgestellten Häufigkeit von 35 kann mit 99,9% Sicherheit gefolgert werden, daß in der Gesamtbevölkerung die Häufigkeit zwischen 20% und 50% liegt. Für einen Angeklagten kann es jedoch wesentlich sein, ob jeder zweite oder nur jeder fünfte eine bestimmte genetische Struktur besitzt. Soll also eine Aussage über den Grad der Übereinstimmung zweier DNASTränge getroffen werden, ist neben Kenntnis der geeigneten Vergleichsgruppe auch die Angabe der Sicherheit der Aussage erforderlich, was jedoch häufig nicht vom medizinischen Gutachter, son-

dern erst von einem hinzugezogenen statistischen Betreuer beurteilt werden kann.

Sicherheit im statistischen Sinn

Die Chance, zwei Sechser hintereinander zu würfeln, steht 1:35, die Sicherheit, daß dieses Ereignis nicht eintritt, beträgt 97.22%. Die schwächste Signifikanz für die Gültigkeit von statistisch gesicherten Aussagen beträgt 95%. Aussagen auf diesem Signifikanzniveau sind also etwas schwächer als die Behauptung »Es werden bei insgesamt zwei Würfeln keine zwei Sechser hintereinander gewürfelt«. Beim Mensch-ärgere-dich-nicht gelingt dies den Mitspielern jedoch regelmäßig. Vielleicht deshalb werden in der Statistik, in Abhängigkeit von der zu lösenden Aufgabe, verschiedene Signifikanzniveaus verwendet. Wesentlich für die Entscheidung der zu wählenden Sicherheit ist die auf eine Aussage folgende Konsequenz. Hemmungslos werden die meisten von uns ihre Spielfigur zwölf Felder vor dem Mitspieler auf dem Spielbrett placieren und fallweise mit der Runde von Neuem beginnen.

In »Grundlagen der Statistik« (Claus/Ebner, Verlag Harri Deutsch, Thun und Frankfurt/M., 1985) wird folgendes empfohlen: Ist es folgeschwer, eine bestimmte Nullhypothese fälschlicherweise abzulehnen, werden wir dieses Risiko möglichst klein halten, also ein hohes Signifikanzniveau wählen. Ist es dagegen folgeschwer, eine Nullhypothese fälschlich abzulehnen, empfiehlt es sich, mit geringerer Verlässlichkeit zu prüfen.

So wie blauäugige Personen wesentlich häufiger blond sind als dunkeläugige, ist es auch denkbar, daß verschiedene genetische Merkmale in einer bestimmten Paarung häufiger auftreten. Bei der Auswertung der DNA-Analyse wird jedoch davon ausgegangen, daß alle Merkmale voneinander vollkommen unabhängig sind. Die Angabe einer Wahrscheinlichkeit für das Auftreten einer bestimmten Merkmalskombination kann somit deutlich vom wahren Wert abweichen. Zur Illustration dieses möglichen Fehlers betrachte man eine Münze mit Kopf auf der Vorderseite und Adler auf der Rückseite. Wirft man diese Münze, so ist die Wahrscheinlichkeit, Kopf an der Oberseite zu sehen, gleich 1/2. Ebenso die Wahrscheinlichkeit, an der Unterseite Adler vorzufinden. Setzt man die Unabhängigkeit von Ober- und Unterseite voraus, so ergibt sich die Wahrscheinlichkeit dafür, nach dem Wurf vor sich eine Münze mit der Oberseite Kopf und der Unterseite Adler zu finden, mit $1/2 \cdot 1/2 = 1/4$, was um die Hälfte von der Wahrheit abweicht.

Die DNA-Commission empfiehlt die Testung der Daten aus der Kontrollgruppe in Hinblick auf die Gültigkeit des Hardy-Weinberg-Gleichgewichtes. Hierbei wird bei bekannter Allelhäufigkeit die Verteilung der Genotyphäufigkeit geprüft. Unter der Voraussetzung einer »idealen Population« ergibt sich die Verteilung der Ge-

notypen eindeutig aus jener der Allele. Kann bei der Kontrollgruppe das Hardy-Weinberg-Gleichgewicht nicht nachgewiesen werden, scheint die Annahme der Unabhängigkeit zumindest problematisch. Bei der praktischen Durchführung des statistischen Tests (Chi-Quadrat-Test) scheint bei manchen Wissenschaftlern eine Unsicherheit in der Auswertung zu bestehen, da z. B. in den von Edward T. Blake, D. Crim, Forensic Science Associates veröffentlichten Verteilungen der Allele auf der DQa-Position die Abhängigkeit der erwarteten Genotyphäufigkeiten voneinander nicht berücksichtigt und deshalb ein zu hoher Freiheitsgrad im Test zugelassen wird. Eine eingehende Untersuchung der Abhängig- bzw. Unabhängigkeit der genetischen Merkmale erscheint für die seriöse Erstellung von DNA-Gutachten dringend erforderlich.

Zur Beweiskraft von DNA-Gutachten Ein fiktiver Fall

Vergewaltigung. In einer Millionenstadt überfällt der Täter eine Frau in der Dunkelheit und zwingt sie zum Geschlechtsverkehr. Viele Männer werden überprüft. Vor Gericht findet sich ein Verdächtiger. Als einziges gegen ihn sprechendes Faktum liegt ein Gutachten vor, das die Übereinstimmung seines Erbguts mit dem beim Opfer aufgefundenen Sperma bei allen untersuchten Merkmalen darlegt. Weiteres sei nicht bekannt.

Der Angeklagte kann nun einer von $N=500000$ Männern aus dieser Millionenstadt sein, für den aber zufällig die Übereinstimmung besteht. Oder aber er ist der Täter und die Übereinstimmung seiner DNA mit der biologischen Spur keineswegs zufällig.

Für die Beurteilung der Schuld des Angeklagten sind nun die Wahrscheinlichkeiten für diese beiden Möglichkeiten einander gegenüberzustellen.

Markl empfiehlt hiezu in »Der Trugschluß der Staatsanwälte« (Quelle fehlt) folgenden Vorgang:

Der vor Gericht stehende Angeklagte kann folgende Vorgeschichten haben: Er ist schuldig und wurde mit einer Wahrscheinlichkeit von $1/500000$ zufällig aus der Population ausgewählt. Die Auffindungswahrscheinlichkeit a der biologischen Spur sei 1.

Die Wahrscheinlichkeit, daß ein unschuldiger Mann ausgewählt wird, beträgt $499999/500000$, davon unabhängig sei die Übereinstimmungswahrscheinlichkeit $ü$ aus dem DNA-Gutachten mit $1:1000000$ festgestellt. Die Gegenüberstellung der Wahrscheinlichkeiten der Schuldvariante ($=1/500000 \cdot 1$) und der Unschuldvariante ($499999/500000 \cdot 1/1000000$) liefert die Wahrscheinlichkeit für die Schuld des Angeklagten mit 2:1.

Allgemein ergibt sich für das Verhältnis Schuld : Unschuld folgender Ausdruck: $(1/N \cdot a) : (N-1/N \cdot 1/\bar{U}) = a : \bar{u} \cdot (N-1)$.

Daraus ergibt sich also folgendes Phäno-

men: Je zufälliger ein Beweis gefunden werden kann – also je kleiner die Auffindungswahrscheinlichkeit a ist –, umso größer ist die Unschuldsumutung. Dies führt jede Ermittlungsarbeit ad absurdum, da der nur zufällig untersuchte Gegenstand an Bedeutung verliert.

Vielleicht hilft Agatha Christie mit einem Blausäuremord weiter. Am Herd steht ein Topf, dessen Boden mit Wachs bedeckt ist. Dies wird zu einem wesentlichen Beweismittel für den Tathergang. Unter einer Wachs-schicht war Blausäure gespeichert, die erst nach einer Erwärmung der darüber befindlichen Wachs-schicht entweichen konnte und damit die beim Herd arbeitende Person ins Jenseits beförderte. Das Beweismittel wird nur durch Zufall als solches geortet und liefert eventuell durch Fingerabdrücke Hinweise auf den Täter. Der Unterschied zu einem anderen Topf mit einem Fingerabdruck besteht im unmittelbaren Zusammenhang zwischen Topf und Tathergang. Das Verbrechen wäre in der beschriebenen Form nicht ohne diesen Topf denkbar. Eine in der Küche gefundene biologische Spur, wie z.B. ein Haar hätte keinen direkten Zusammenhang mit der Tat. Die Empfehlung Markls ist also insofern zu korrigieren, als die Wahrscheinlichkeit der Spürhinterlassung unter Berücksichtigung des Tatherganges und nicht die Wahrscheinlichkeit der Spurauffindung zu berücksichtigen ist.

Kurz zurück zum Anlaßfall: Die Wahrscheinlichkeit, auf einem ausgebauten Autositz, auf dem vielleicht im Laufe der Zeit tausend Haare hafteten, die dann bei einigen Autoreinigungen zum Teil wieder entfernt wurden, genau das eine gesuchte Haar zu finden, ist ziemlich gering. Die Bedeutung dieser Spur läßt sich nur unter Annahme verschiedener möglicher Tathergänge beurteilen.

Noch ein Dilemma

Die Gerichtsbarkeit verfolgt bei der Verhängung von Strafen zwei Ziele. Zum einen soll dem Sühneprinzip genügt werden, zum anderen soll die Gesellschaft vor weiteren Taten geschützt werden.

Daraus entsteht folgendes Dilemma: Der Schutz der Persönlichkeitsrechte eines Angeklagten erfordert ein hohes Signifikanzniveau. Die Wahrheitsfindung sollte möglichst zweifelsfrei erfolgen. Dem Schutz der Gesellschaft könnte bereits die Möglichkeit der Täterschaft – also ein mit geringer Sicherheit behaftetes, vorliegendes Faktum – genügen, um eine Verurteilung zu begehren.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma der Wahl der Sicherheit bringt die Abschätzung des Risikos für die Mitglieder der Gesellschaft. Der Angeklagte ist ja als Teil der Gesellschaft zu betrachten. Der Einzelne kann Opfer eines Gewaltverbrechens, bei dem der Täter beinahe spurlos verschwindet, werden oder aber er kann Opfer einer Justizmaschinerie werden, indem

eine biologische Spur auf die Möglichkeit seiner Täterschaft hinweist. Stellt man nun diese beiden Übel einander gegenüber, sollte eine Risikominimierung für die gesamte Gesellschaft und damit für jeden einzelnen das Entscheidungskriterium darstellen.

In einer Gesellschaft mit Todesstrafe wird es der betroffenen Person im Allgemeinen gleichgültig sein, ob sie von einem Mörder oder von einem Scharfrichter getötet wird, denn es ist gleich schlimm, Opfer eines Verbrechens oder Opfer der Justiz zu werden. Eine »harmonische Rechtssicherheit« wird das Gesamtrisiko aus beiden Schicksalsvarianten möglichst niedrig halten. (Eine geringere Strafe für das gleiche Delikt könnte eine Verurteilung mit geringerer Absicherung zur Folge haben, da die »Kosten« für den einzelnen geringer sind als der Tod.)

In einer abgeschlossenen Bevölkerung mit N Personen wird ein Mordfall, bei dem – abgesehen von n verschiedenen biologischen Spuren – kein Hinweis auf den Täter vorliegt, untersucht. Die Ermittlungsbehörden tapen im Dunkeln. N1 Personen werden während der Untersuchung ausgewählt und einem Vergleich mit den verschiedenen biologischen Spuren unterzogen. Die Übereinstimmungswahrscheinlichkeit der DNA-Analysen betrage jeweils $\bar{u}$. Die Wahrscheinlichkeit, sich unter den der Ermittlung unterzogenen Personen zu befinden, beträgt $N1/N$. Die Chance der Übereinstimmung mit irgendeiner der n unterschiedlichen Spuren ergibt sich mit $\bar{u} \cdot n$. Die Chance, vor Gericht als Angeklagter zu erscheinen müssen, beträgt also $\bar{u} \cdot n \cdot N1/N$. Daraus ergibt sich also, daß je mehr Spuren untersucht und je mehr Personen überprüft werden, die Wahrscheinlichkeit für jeden einzelnen steigt, derjenige zu sein, der auf der Anklagebank Platz nimmt. Das bedeutet nun aber, daß die Ermittlungsarbeit in ihrer Gesamtheit ein wesentliches Faktum darstellt, um eine Abschätzung dafür geben zu können, ob der Angeklagte als Opfer des Zufalls oder als Täter in seine Position geraten ist. Weiters ergibt sich aus intensiveren Untersuchungen auch eine größere Anzahl von Angeklagten. Es gibt ja n Personen, die in das Suchraster passen – nämlich die tatsächlichen Verursacher der Spuren und dazu noch jene, bei denen sich die Übereinstimmung zufällig ergibt. Damit wird nun die vollständige Ermittlung zu einer im Vergleich zur Gesamtbevölkerung geringen Anzahl von Verdächtigen führen. Die Ermittlung des Täters erfordert dann zusätzliche Fakten und damit zusätzlichen Aufwand. Zur Vereinfachung und Abkürzung des Verfahrens kann eine alphabetische Liste mit allen a priori Verdächtigen angelegt werden. Die Untersuchung der möglichen Täter erfolgt der Reihe nach und wird abgebrochen, sobald der erste in das Suchschema paßt. Aufgrund der ursprünglichen Reihung werden dann Personen, die im vorderen Teil der Liste zu finden sind, etwas häufiger bestraft.

Camillo Cattani

Porca puttana!

Berlusconis Niedergang begann am
Fußballplatz und auf den Wassern

»Machen wir ein wenig Geschichtsunterricht:

1922 wollte Mussolini keine totalitäre Macht installieren. (...) »Ein Italien, in dem nur eine Meinung dominiert, ist kein Italien mehr, in dem man leben kann«, sagte er noch '24. Gewiß, 1925 wird er das genaue Gegenteil tun, aber unter dem extremen Druck seiner Gegner.«

Ernst Nolte*

Jetzt läuft uns das Faß aber bald über! So hat sich natürlich niemand im Volk das »neue italienische Wunder« vorgestellt, das es gewählt hat! »Porca puttana! da hat Brasilien, das unterentwickelte Land, ihn uns allen in den Arsch gesteckt, kannst' mal sehen!« – so eine treffende Metapher eines italienischen Punks, die wir am Tag nach der Niederlage Italiens im Fußball-WM-Endspiel im Bus, selbst noch ziemlich angeschlagen und ehrlich trauernd, mithören mußten –, dann soll wegen ein paar krüppeligen alten Bäumen, hinter denen sich eine Handvoll als Umweltschützer getarnte Fortschrittsbremsen verbargen, in Monza beinahe kein Rennen mehr gefahren werden, wo Ferrari dort doch siegen könnte, dann wagen es die Deutschen (CDU) auch noch, den demütigenden Vorschlag zu machen, nach der völlig unverdienten Abwertung der Lira uns in Europa in die zweite Liga abzuschieben, so daß es gerade noch fehlte, daß den Serben zu»liebe« der Papst auch noch auf seine von uns allen herbeigesehnte Abenteuerreise nach Sarajewo verzichten muß! Und das ist noch nicht mal alles, was wir Italiener über uns ergehen lassen mußten in diesem teuflisch drückend heißen Sommer, in dem uns auch noch die halbe Halbinsel durch Brandstifter abgefackelt worden ist.

Soll das nun etwa durch die Bank auch noch alles unsere eigene Schuld sein!?

Guten Tag !

Sie kennen mich wahrscheinlich bereits, mein Name ist Cattani, ich arbeite als Informationskritiker und Auslandskonsensorganisator in Norditalien.

Da ich von seiten des FORVM (Internationale Zeitschrift für kulturelle Freiheit, politische Gleichheit und solidarische Arbeit – dort wenigstens scheint man uns Italiener wenigstens noch zu schätzen und ist gewillt, mit uns zu kollaborieren) eindringlich darum gebeten worden bin, auch für die vorliegende Ausgabe einen Bericht

zur Lage in Italien zum Ende der wohlverdienden Ferienzeit abzugeben, damit die bisher geknüpften Kontakte nicht wieder abreißen, und ich es selbstverständlich als meine vaterländische Pflicht ansehe, den antinationalen Hetzkampagnen der Auslandspresse weiterhin den italo-europäischen Standpunkt unserer nunmehr schon nicht mehr ganz in den Kinderschuhen steckenden Zeitschrift und – so wage ich zu meinen – denjenigen der Führungsetage der gesamten Firma Italien entgegenzuhalten, will ich dieser Aufgabe selbstverständlich keineswegs feige ausweichen.

Allerdings muß es diesmal in etwas kürzerer Form als gewohnt erfolgen. Sie, liebe Europäisten, werden verstehen, daß wir hier jetzt zunächst einmal an die Verteidigung unseres eigenen nationalen Interesses zu denken, d.h. in Italien selbst für Sicherheit und Ordnung zu sorgen und daher Europa, um eine Metapher des bekannten Lega-Leaders Umberto Bossi zu benützen, ein wenig »in Klammern zu setzen« gezwungen sind. Zudem muß ich dem *Capo* unserer Zeitschrift inzwischen, was wegen der notwendigen Einschaltung eines von mir persönlich bezahlten beeidigten Übersetzers ungeheuer zeit- und geldraubend ist, jeden einzelnen ins Ausland zu versendenden Text zur Freigabe vorlegen – verständlich: dem italienischen Journalismus ist jedenfalls solange nicht ohne weiteres mehr über den Weg zu trauen, wie sogar im staatlichen Fernsehen noch gefährliche »Umstürzler« sitzen, wie gar der ehemalige Leader der Drogen-Liberalisierungspartei *Partito radicale* Marco Pannella, heute Leader der *Lista Pannella-Riformatori* und in den regierenden Pool der Freiheiten integriert, ohne Namen nennen zu wollen, empört im Fininvest-Privatfernsehen festzustellen endlich den Mut gehabt hat, und solange zuviele Dinge noch nach außen durchsickern, die eigentlich auch schon im Innern in den Bereich der »journalistischen Schweigepflicht« fallen, wie der *Capo* unseres Blatts es ausdrückt. Überlassen

wir die Schmutzkampagnen also anderen, wie denen, die das Gesetzesdekret zur Entlastung des Strafvollzugs und seiner Anpassung an den liberalistischen europäischen Standard tendenziös ausgelegt und kurzerhand ein »Korruptenrettungsdekret« getauft haben und das ganze gleich in bare »Supermark« oder Dollars haben umsetzen können. Wir werden an dieser Stelle jedenfalls kein unnützes Wort darüber mehr verlieren. Das überlassen wir lieber anderen. Die »anderen«, das ist z.B. die bolschewistische Presse des alten Korruptenregimes, solange es die noch gibt; oder die Engländer von der »Financial Times« – oder/und die »jüdische Finanzlobby« – einen in jene Richtung weisenden innovativen Titel habe ich im August irgendwo im Vorbeigehen bereits aufflackern sehen, nur habe ich heute weniger denn je Zeit für Quellenprüfung und kann nur aus historischem Gedächtnis sagen, daß die These zumindest aus Regierungsnähe stammt – es ist ja auch nicht so wichtig, wer es gesagt hat, Hauptsache, es wurde schon einmal gesagt und kaum einer hat sich groß aufgeregt.

Unter die Kategorie der »anderen« fällt auch ein gewisser Herr Mascia aus Ravenna. Der ist z.B. von mehreren Männern »sodomisiert« worden, wie wir Italiener das in Ermangelung eines anderen Begriffs umschreiben würden. Im Klartext: Ihm haben keine Brasilianer, sondern mehrere echte italienische Patrioten gemeinschaftlich (zwei haben ihn wohl festgehalten und der dritte hat es gemacht, wenn ich mich recht entsinne) auch mal etwas in sein Hinterchen gesteckt, keine Metapher allerdings, sondern einen festen länglichen Holz-, Hartgummi oder Metallkörper, man kann auch sagen einen Knüppel, ja sowas kommt vor, sogar im Prä-Postfaschismus konnte das schon vorkommen, auch bei einem zuhause, wenn man allein war und sich nichtsahnend vielleicht gerade vor den Fernseher gesetzt hatte oder seine Propagandapamphlete noch mal kurz am Schreibtisch überarbeiten wollte, um sie dann am nächsten Morgen auf der Straße unter nichtsahnende loyale Bürger zu verteilen, die mutig *Forza Italia* oder die *Nationale Allianz* wählen wollten und durch solche Pamphlete nur wieder hätten verwirrt werden können, womit doch nun gerade erst endlich einmal Schluß sein sollte. Daher haben sie ihn eben mal fühlen lassen, wie schmerzhaft es sein kann, wenn man das freie Spiel der Kräfte des Marktes zu behindern versucht, das doch als ein Grundrecht in einer modernen Demokratie verstanden werden muß – zunächst nur einmal zur Warnung. Mascia hat nämlich die Menschenrechtsverletzung begangen, in Verkennung der Gesetze des freien Marktes und des Liberalismus, eine Boykott-Kampagne gegen unseren heutigen Staatspräsidenten und sein großes Privatunternehmen zu organisieren zu versuchen. Privateigentum (auch an Medien) und seine freie Nutzung zur Mehrung von Wohlstand, Ansehen und Unterhaltung

Italiens ist ja ein Grundrecht in jeder modernen postkommunistischen westlichen Demokratie, gottseidank und im Gegensatz zum »Rumänien Ceausescu«, wo wir uns zum Glück nicht befinden, wie Berlusconi selbst jüngst in einer vom Fernsehen zur Essenszeit live übertragenen Aussprache im Parlament unter tosendem Applaus auch der Zuschauer daheim an den Fernsehgeräten festgestellt hat. Man trachtet danach, ihm sein Menschenrecht einfach außer Kraft zu setzen. Ja, Sie haben richtig gelesen, es gibt hier Leute, die ihm, als wären wir im Rumänien von Cio-SS-Q, all das nehmen wollen, was er sich unter großen persönlichen Opfern noch unter dem Joch des korrupten Katho-Sozialismus mit Hilfe Tausender von loyalen Mitarbeitern, »Yuppies« und Investitionen wie Bettino Craxi aufgebaut hat.

Amnesty International schweigt zu dieser himmelschreienden Menschenrechtsverletzung bis auf den heutigen Tag!

Warum?

Stattdessen wird den Freunden der *Fininvest* und von *Forza Italia* nun der Prozeß gemacht!

Verkehrte Welt!

Wieviele Wahlstimmen und Zuschauer mag das Wirken dieses Herrn Mascia die *Fininvest* und die heutige Regierung wohl damals, vor der Wahl, schon gekostet haben! Müßte Berlusconi nicht eigentlich für die nächsten Wahlen aufgrund dieser Wettbewerbsverzerrung als deren Opfer im voraus schon einen Stimmenbonus von, sagen wir mal: 30% erhalten?

Damit aber nicht genug, nein! Überhaupt ist es ja so, daß ihm von allen Seiten unverdienterweise Knüppel zwischen die Räder gesteckt werden. Das geht soweit, daß darüber, so traurig das ist, schon allerorten Witze erzählt werden!

Einen davon hat der *Capo* Berlusconi selbst im Fernsehen endlich einmal Gelegenheit gehabt zu erzählen, endlich einmal haben alle sechs privaten und öffentlichen Kanäle ihm wenigstens da einmal ein wenig Raum geschaffen, so daß es diesmal zur Abendessenszeit, wenn gewöhnlich in allen, auch in den kommunistischen Familien die Fernseher laufen, unumgänglich war, selbst für die Störrischsten, ihm einmal zuzuhören – denn es nützte ja kaum etwas, auf einen anderen Kanal umzuschalten, da hatte man den Berlusconi mit hoher Wahrscheinlichkeit ja schon wieder vor sich. Es sei denn, man hätte, völlig unitalienisch, den Apparat einfach abgeschaltet.

¹ Alles postkommunistische bis »moderate«, d.h. solche Oppositions- und damit Hetzblätter, die nicht dem italienischen Ministerratspräsidenten gehören, sondern z.B. Fiat-Agnelli oder dem etwas kleineren Medienriesen Rizzoli oder den Postkommunisten, die sich, feige, nicht zwischen Rechts und Links, Freund und Feind, entscheiden mögen und stattdessen unermüdlich »gegen« die demokratisch gewählte Regierung »rudern« (Berlusconi).

² U.a. RAI3, 12.8.94

³ ebenda

Die kleine Geschichte ist dermaßen zum Schmunzeln, daß wir sie auch unseren europäischen und anderweitigen Lesern keinesfalls vorenthalten sollten:

»Der Ministerpräsident geht zusammen mit dem Papst auf einer Mole entlang, der Papst stolpert und verliert das Gebetbuch, das ins Wasser fällt. Hurtig geht der Ministerratspräsident auf dem Wasser entlang, nimmt das Gebetbuch, kommt, wieder auf dem Wasser gehend, zurück und überreicht es dem Papst. Titel der »Repubblica«, der »Stampa«, des »Corriere della Sera« und der »Unità«¹, die einander normalerweise anrufen, um sich über die Titel zu einigen: »Der Ministerpräsident kann noch nicht mal schwimmen!«²

Wir in der Redaktion zumindest haben lange Tränen darüber gelacht. Unser *Capo* fand den Witz sogar so genial, daß er ihn uns an den darauffolgenden Tagen immer wieder mittels des Videogeräts, das wir inzwischen dank des Aufschwungs hatten anschaffen können, vorgespielt hat (wir haben nämlich seit kurzem eine regelrechte Anzeigenschwemme; vorerst handelt es sich zwar noch vornehmlich um Telefonsex-Anzeigen, nicht zuletzt dank derer der Absatz seinerseits aber seit kurzem stark im Anschwellen ist, was wiederum auf das Anzeigen-Aufkommen zurückschlägt).

Nun hat Berlusconi natürlich vollkommen recht, wenn er im Zusammenhang mit den ernstlicheren Dingen sagt,

»daß es sehr wenige Personen gibt, die wirkliche Kritik üben können. In allem, was ich dieser Tage lese und höre, gibt es keinen, der auch nur eine einzige unerlässliche oder wichtige Maßnahme angedeutet hätte, die die Regierung nicht ergriffen hätte. Sie kritisieren, sie reden, aber innen drin, da ist nichts.«³

Dem können wir nur zustimmen. Wir stimmen auch seiner Aussage zu, daß fortlaufend »schlechte Exegese« mit seinen Sprüchen betrieben wird. Und wir wollen das mit der Exegese hier nun endlich besser zu machen versuchen.

Was der Capo will

Der *Capo* möchte also (weil die Oppositions- und Vertrauenspresse seines Vertrauens unwürdig ist, denn sie ist noch nicht gewillt, wie alle anderen gleichgeschalteten Medien, Wundernachrichten, also in überholtem politichinesischem Jargon »Unwahrheiten«, dessen das Volk zu Recht müde ist, zu verbreiten wie die, daß der Ministerratspräsident auf dem Wasser spaziergegangen ist, um uns in unserem katholischen Glauben zu bestärken, wenn nicht einmal der Papst das mehr zustande bringt) gerne normalerweise selbst die paar übriggebliebenen »kritischen« Zeitungen (die kritisieren, reden, aber innen drin nichts haben, nicht einmal einen Glauben, das hören wir – gerade weil wir dank des neuen Videorecorders das Gleichnis viele Male gehört haben – deutlich aus seinem Lapsus »die einander normalerweise anrufen« heraus) anrufen, um ihnen die gleichgeschalteten Titel zu

diktieren, die sie dann veröffentlichen sollen:

»Berlusconi schreitet über das Wasser! Zuviel für den Papst, der plötzlich schielt und sich in Nevenheilanstalt einliefern läßt – Diagnose: unheilbar schizophran!«

Und, so vermuten wir, natürlich auch die entsprechenden Nachrichten:

»ROM. Eigener Bericht. Einige ausländische Kardinäle kritisieren immer noch scharf, aber ohne Grundlage, den letzten offiziellen Akt des Ex-Leaders des Vatikans: die Schenkung desselben an die *Fininvest*-Gruppe. Und schmolten: Gebt ihm wenigstens einen Posten als Regierungssprecher! Absurd: ein Verrückter als Regierungssprecher! Berlusconi aber geht bereits in seiner ersten Stellungnahme nach dem Coup des Jahrtausends in die Offensive:

»Der Ex-Papst ist unheilbar schizophran und hat seine Schuldigkeit getan, aber ich gelobe, der Ministerpräsident wird sich als sein würdiger Nachfolger erweisen. Binnen Jahresfrist wird der Ministerratspräsident und Neo-Messias nämlich selbst nach Sarajewo gehen, und zwar zu Fuß über die Adria.«

Die ehemalige »Opposition« ist ob des Wunders völlig verstummt. Auf jener Seite sieht man statt der ewigen Kritik jetzt endlich auch einmal Taten: Deren umstürzlerische Organisationen haben nach langem Lamentieren über die angebliche faschistische Gefahr prompt selbst ihre Auflösung beschlossen, und zu Hunderttausenden stehen sie nun, seit die sensationellen Aufnahmen vom Wunder gestern abend in Euro-ja *Mondovisione* ausgestrahlt wurden,

bei den *Forza Italia*-Clubs aller italienischen Städte und Dörfer Schlange, deren Mitgliedsausweise auf dem Schwarzmarkt inzwischen für bis zu drei Million Lire gehandelt werden. Supermark, Dollar und Yen befinden sich auf historischen Tiefständen. In Österreich, Polen, Rumänien, Liechtenstein, Albanien, Somalia und Äthiopien laufen die Aktivitäten zur Vorbereitung des Anschlusses auf Hochtouren. »Panzer« Kohl, in Panik, verspricht »unseren lieben italienischen Mitbürgern, soweit sie reguläre *Forza-Italia* bzw. *Allianza-National* bzw. *Lega-Nord*-Mitglieder sind«, Arierausweise und Gorillas zum Schutz gegen neo-nazistische Angriffe, diese lehnen jedoch nach Rücksprache mit Papst Silvius empört ab und fordern stattdessen, solidarisch mit dem Regierungschef, zunächst die bedingungslose Übergabe des katholischen Kroatiens und des Rheinlands an den rechtmäßigen Eigner Großitalien und behalten sich weitere Forderungen vor.

Republikspräsident Scalfaro beglückwünschte Silvius I. noch in der vergangenen Nacht persönlich, küßte ihm ergeben die Lackschuhe und versprach ihm seine volle Solidarität, wenn nur weiterhin »über allem Italien« stehen bleibe und er statt der *Madonna* nun Berlusconis Mutter anbeten dürfe, deren Heiligsprechung er vorschlug. Papst Silvius gab prompt sein O.K. Die Dinge stehen also nicht schlecht. Weitere Berichte auf den Seiten 2–25 sowie den ganzen heutigen Tag über auf allen Radio- und Fernsehkanälen im Rahmen der ganztägigen Silvius-Christ-Super-Show mit vielen Überraschungen, Pikanterien, hübschen Mädchen, Striptease, Kochrezepten, Quiz, *Standa-* und *Euromercato*-Einkaufstips, bisher unveröffentlichtem Filmmaterial über die Gaskammern der italienischen Partisanen im zweiten Weltkrieg (kommentiert von den angesehenen deutschen Historikern Prof. Ernst Nolte und Dr. Dr. h.c. A. Eichmann) und Anti-Schmerz-Reportagen über das etwas beruhigende Ansteigen von Angriffen auf das Ansehen Italiens in Form von Brandanschlägen auf Außergemeinschaftliche, Juden, Schwule und Kommunisten, deren alleinige Schuld es ist, daß unsere Renten fürs nächste Jahr wahrscheinlich zunächst nicht mehr gesichert sind.«

Wenn wir uns Kritik erlauben dürfen, das klänge doch unreal wie die Nachrichten über die Tausenden von biblischen Toten, die vor kurzem irgendwo in Afrika auf einem See geschwommen sein sollen.

Bei aller Hochachtung, vielleicht hat mein *capo redattore* recht, wenn er mit sorgenvoller Miene seinem Zweifel Ausdruck gibt, ob Berlusconi, so traurig das sein mag, seinen Krausewitz nicht aufmerksam genug studiert hat. Die Machtverhältnisse sind nun mal noch nicht ganz so, wie wir es gerne hätte. Der mit offener Gewalt verschärfte Klassenkampf von oben muß doch erst einmal noch richtig angeleiert werden. Man sollte doch erstmal abwarten, wieviele ehemalige Partisanen nach den

D E R

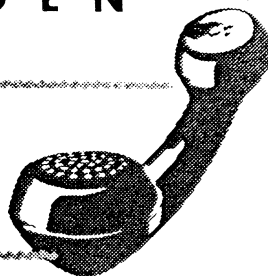
H E I S S E

D R A H T

B E I

S C H U L F R A G E N

**SCHUL
S·E·R·V·I·C·E**



Wenn Sie uns anrufen wollen:
(0 222) 531 20 – 2241, 2242, 2244, 2245
(0 660) 52 20 zum Ortstarif aus ganz Österreich

Wenn Sie uns besuchen wollen:
Wien 1, Freyung 1, 1. Stock
Mo – Do: 8 – 18, Fr: 8 – 13 Uhr

Wenn Sie uns schreiben wollen:
Postfach 65, 1014 Wien

Eine Initiative des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst

BMUK

drastischen Kürzungen der Renten z.T. unter das Existenzminimum bei steigenden Mieten ziemlich verärgert auf die Straße gehen werden und ob das Potential an Gewalt – die der Prä-Postfaschistenführer Fini dagegen aufzubieten hat und mit dem er schon gedroht hat, sollte es im Herbst aufgrund des Gegenruderns einiger weniger Umstürzler zu »Unruhen« kommen – ausreicht, um die RentnerInnen von der Straße wegzuprügeln, die sich mit Telefonsexreklame partout nicht zufrieden geben wollen und statt dessen oder darüber hinaus unliberalistischerweise auch noch essen wollen und ein Dach über dem Kopf.

Wenn das rosarote Wunder nämlich jetzt erstmal nicht kommt, sondern stattdessen ein blaues, und die Gewerkschaften wieder anfangen, gegenzurudern (und Bossi, der Schlingell, nach reiflichem Hin und Her doch wieder lieber in Supermark machen will und auch noch mit dem Pds kokettiert, schließlich hat die *Lega Nord*, wie er sagt, die »meisten Parlamente im Parlament« und damit einiges in die Waagschale zu werfen), so daß das Boot zu schaukeln anfangen, Silvius I. ins Wasser fallen und es sich zeigen könnte, daß er doch nicht schwimmen kann – ja, dann müßte eigentlich der Fini vom »faschistischen Schweinestall« (Bossi) ran an den Braten, der wartet, mit Krausewitz im Hinterkopf, schon weise darauf, daß die Zeit reif wird, Ordnung zu schaffen, vielleicht mit länglichen Metallgegenständen oder auch mit kleinen runden Kugeln. Es gibt ja schon mindestens einen Faschisten (in Sardinien), der wenigstens für Wald-Brandstifter schon mal die Todesstrafe gefordert hat. Dann würde es wohl ziemlich unruhig werden trotz Telefonsex und allem, was wir an Fortschritt hier in Italien auch endlich mal in vollen Zügen schon genießen dürfen; mein Sohn Piero z.B. für seinen Teil hat sich auch ziemlich gewundert, daß der Mister *Musco* (Sie erinnern sich an die letzte Folge, der aus dem *Euromercato*-Prospekt), den er jetzt endlich als verspätete Weihnachtsgabe (im August – »fast wie in Südafrika«, hat meine Mutter kommentiert) bekommen hat, zwar tatsächlich auf zwei Meter verlängert ist, aber dabei leider auch ganz spindeldürr wird, so daß er lange geheult hat.

»Wenn das nur mal kein schlechtes Omen ist!«, hat meine Mutter dazu gesagt, die allerdings abergläubisch ist; sie hat gedroht, wieder *Rifondazione comunista* (völlig gefährlicher Blödsinn!) zu wählen – ein Glück, daß es zur Zeit keine wichtigen Wahlen gibt! Sie sagt sogar, jetzt wo ihr die Rente von ca. 1.000.000 auf 750.000 Lire (umgerechnet ca. 735 Supermark, Wechselkurs Anfang September 1994) gekürzt werden soll, wie sie errechnet hat, und die Miete für »unsere« 2-Zimmer-Wohnung bald nach einem vor Gericht ausgehandelten Kompromiß von 250.000 auf 950.000 Lire steigen wird (dafür darf sie dann drinbleiben), solle ich entweder – mit oder ohne den Kleinen, das sei ihr egal! Unmenschlich! – auszie-

hen oder mir »eine anständige Arbeit suchen, mit der du möglichst auch mehr als die läppischen 150.000 im Monat ohne Rentenanspruch verdienst, auch damit du was zur Miete beisteuern kannst! Für die Obsternte in Anzola suchen sie noch Leute, Onkel Carlo könnte dir da einen Job beschaffen«.

Jetzt habe ich es fast geschafft, mir einen Namen zu machen, und nun soll ich mit meinen 40 Jahren wieder den Außergemeinschaftlichen machen, *porca miseria* – jetzt weiß ich endlich, was das deutsche Wort »Rabenmutter« bedeutet! Mei-

nen Sohn Piero vernachlässigt sie auch zunehmend.

Nun ruft sie mich, ich solle dem Kleinen auch mal den Hintern putzen und ihm endlich auch mal was zu essen machen, er habe »vor Hunger schon Magenkrämpfe«. – Ich muß schließen, weil ich ihm ein Spiegelei oder sowas kochen muß, meine Mutter scheint es ernst zu meinen.

Eins ist jedenfalls sicher: das ist hier (bei uns zuhause) beinahe schon wie im Rumänien Ciao-SS-Qu's, und man wird sich, wenn es so weiter geht, auf einiges gefaßt machen müssen.

Ultima ora, Milano, 28.11.94

Als wäre auch das noch seine Schuld gewesen und nicht wieder wie immer die des altkorrupten Regimes, daß nämlich die zuständigen Behörden die Faxmeldungen über die »Sintflut« irgendwie wohl für einen Spaß der *Lega Nord* gehalten und nicht unter der Bevölkerung weiterverbreitet haben, wo hätte man die ganzen Leute denn auch alle hinevakuieren sollen? und nun ca. 60 Menschen tot, viele plötzlich ohne Haus und Hof und die Gummistiefelpreise dank vermutlich von der jüdischen Finanzlobby dazu angestifteten, wahrscheinlich außergemeinschaftlichen GummistiefelhändlerInnen bis auf rund 150.000 Lire das Paar (ca. 145 Supermark) geschnellt und der Wechselkurs der Lira schon wieder gefallen ist, als wäre das alles auch noch seine Schuld gewesen, haben nach der Flutkatastrophe in der Po-Ebene bei den jüngsten Kommunalwahlen die Wähler, gleich wieder entmutigt, nur weil es ihnen nicht auf Anhieb gelungen ist, sich dem *Capo* gleich einfach aus dem vielen Wasser nichts zu machen und über es hinwegzugehen, in ihrer Verzweiflung wieder den fatalen Fehler begangen, vermehrt den »progressiven Pol« zu wählen (einziger Trost für den *Polo della Libertà: Alleanza Nazionale* hat zugelegt), um sich so an Berlusconi zu rächen, dem sie meinen, jetzt, nach nur acht Monaten Regierungszeit, obwohl die »progressiven« Gegenrunderer im Parlament ihn mit allen Mitteln daran gehindert haben, sein Haushaltsgesetz durchzuboxen, weshalb er sich natürlich gestört fühlt und ärgerlich ausruft: »Laßt uns doch regieren!«, bereits genügend Opfer gebracht zu haben. Dabei haben sie noch gar nicht damit angefangen.

Woher kommt es denn, daß unser Land so hoch verschuldet ist, als wäre es ein unterentwickeltes Land wie Brasilien? Doch daher, daß es Leute gibt, die sich so unseriös verhalten wie jene GummistiefelhändlerInnen, und zwar besonders in den Gewerkschaften, Leute, die die z.T. berechtigten Sorgen und Nöte der armen z.T. überfluteten Menschen, die wegen der mangelnden Werbung im Staatsfernsehen z.T. noch gar nicht wissen, wo man z.B. als arbeitslose Überschwemmungskatastrophenopfer ohne Arbeitslosengeld kostengünsti-

ge private Kranken- und Altersversicherungen abschließen kann, schamlos ausnützen, statt sie zum Ärmelhochkrempeln aufzurufen und dazu, die abgesoffenen Städte und Dörfer wieder vom Schlamm zu befreien sowie die weggeschwemmten Bibeln, Kühlschränke, Schweine, Kühe und Videorecorder wieder aus der Adria zu fischen, lieber zu einem grotesken, anachronistischen Streik aufhetzen und zu 1 bis 1,5 Millionen in Rom demonstrieren lassen, als hätte die Hauptstadt nicht schon genügend Verkehrs- und mentalitätsbedingte Arbeitsmotivationsprobleme und als könnten die Arbeitslosen nicht besser Firmen für die Entschlammung und den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ins Leben rufen. Vom Staat ist da doch nichts zu erwarten, das wissen die Leute doch. Von nichts kommt nichts!

Berlusconi hat den WählerInnen im Parlamentswahlkampf eine Million neuer Arbeitsplätze und Steuererleichterungen für FirmengründerInnen versprochen, nun wäre eine echte Chance da, aber nun fehlt es uns wieder an der Eigeninitiative freier unindoktrinierten Bürger, ganz so als lebten wir immer noch im hintersten Dorf von Aserbeidschan.

So kommen wir jedenfalls nie nach Europa!

Hand aufs Herz: Liegt die Schuld dafür nicht auch bei jedem einzelnen von uns? Trägt nicht jeder von uns irgendwie selbst mit die Verantwortung dafür, wie die Dinge nun einmal liegen?

Nicht zuletzt wir Journalisten sollten uns das fragen...

Doch ein gewisser Teil der Presse, der die journalistische Schweigepflicht nicht einhalten will, und auch einige Richter wollen das partout nicht einsehen:

Ausgerechnet während der UNO-Taugung zur organisierten Kriminalität soll unserem *Capo* nun angeblich auch noch ein Bescheid der unermüdlichen Mailänder Richterschaft darüber getroffen haben, daß nach seinem Bruder nun auch gegen ihn wegen Korruption ermittelt werde.

Ist das nun Zufall oder Berechnung? muß man sich da doch fragen. Wahr oder unwahr? Gerechtigkeit oder Verschwörung?
Camillo Cattani

Günther Anders' »Mariechen«

oder:

Wie man auf dem Kissen philosophiert

1.

Sich mit Günther Anders auseinanderzusetzen, ist so gefahrlos nicht, und das in einem ganz körperlichen Sinne, denn er sagt von sich: »Wenn Kunst-, Musik- oder Literaturwissenschaftler philosophische Floskeln in den Mund nehmen, ziehe ich den Revolver.«¹ Abgesehen einmal davon, daß diese Redewendung – und sollte sie noch so metaphorisch sein – gerade aus seinem Munde befremdet, markiert sie doch deutlich das Unbehagen der Disziplin gegenüber, der ich mich verpflichtet fühle. Ich will daher, um Untiefen zu meiden, mich der Philosophie enthalten und Anders auf dem Terrain begegnen, auf dem er sich auch umgesehen hat, und werde sehr wohl nicht umhinkönnen, die Floskeln des Literaturwissenschaftlers zu benützen. Auf denn!

»Während du die Kissen feststopfst – gibts die Welt: In alle Sphären ausgerollt, und in unendlich viele Dinge aufgespalten, die, von unsrem Dasein niemals Kenntnis nehmend, und einander unbekannt, ein jedes seine Frist zu absolvieren haben.«²

Mit diesen Worten setzt eine seltsame, ja befremdliche, erstaunliche, gewagte und in ihrer Form perfekte Dichtung ein, ein Werk, das in der deutschsprachigen Litera-

tur des 20. Jahrhunderts sicher als Unikat gelten darf, ein Werk, das, offenkundig nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, vielleicht gerade dadurch für diese reizvoll ist. Ungefragt beginnt da eine männliche Stimme zu dozieren, und sie besorgt dies nicht in der Prosa, die der Alltäglichkeit der Szene angemessen wäre, sondern in vierhebigen Trochäen und hält das einmal gewählte Maß gute fünfhundert Verse durch, ja mehr noch: auch die Anmerkungen zu diesem Gedicht sind in Trochäen gehalten; es scheint, als wäre der Autor der Befähigung zur Prosa verlustig gegangen, als stünde er unter Zwang, denn was er zu sagen hat, führt weit weg von dem Kissen, das sie, die Angeredete, feststopft. Und doch ist plötzlich die ganze Welt in dem kleinen Raum; die häusliche Szene wird zum Tribunal, vor dem sich offenkundig das Universum zu verantworten hat. Denn der Redende fährt, zur Illustration seiner These von der Simultaneität des Kissenstopfens und der in alle Sphären ausgerollten Welt, fort:

»So z.B., wenn ich »jetzt« sag, und um keinen Millimeter Zeit getrennt von diesem Wörtchen, ist das Meer. –

Fall nicht herunter!

Denn die Küste unsres Bettes ist sehr steil. Und unten stürmt es häuserhoch. Ja, rück noch näher.« (7)

Und wir ahnen schon: Nun geht es los mit einer Lehre; zwischen den Liebenden scheint sich nicht das zu ereignen, was im Bette zu tun beiden wohlstandig wäre, sondern eine Lektion wird vorbereitet, ein Gegenstand bestimmt, ja es ist fast, als wäre ein Sänger, ein Aoiide, am Werk, wenn er fortfährt:

»Denn in diesem Augenblicke, da du deine Kissen feststopfst, rudert kalt und schwarz und schäumend durch den Gischt der Beringstraße (ungerecht herausgegriffen aus der Fülle dieser Wesen)

unsre heut'ge Heroine,
die zwar eben noch wie alle
anonymen Kreaturen
durch die dunklen Vorstadtstraßen
unsrer Welt gelungert hatte –
aber nun ins Schlaglicht unsres
hellren Lebens hergerufen,
rasch den Weg zu unsren Herzen
finden wird als Busenfreundin.« (7 f.)

»Unsre heut'ge Heroine« – das verrät, daß diese Form der Unterhaltung offenkundig nicht etwas Einmaliges ist, sondern sich auch gut und gern allabendlich abspielen kann. Und die Heroine wird benannt, auf daß sie nicht »nackt an Namen« (8) sei: Sie heißt Mariechen, wie die Angeredete und schließlich auch das Buch, in dem diese beiden Wesen die Hauptakteure zu sein scheinen.

Und nun erfährt man auch, daß dieses Mariechen kein Mensch ist, schon gar nichts hat sie gemein mit der »Marzipanfigur« des anwesenden Mariechen, nein, sie ist auch jemand, der kein Bewußtsein hat von sich selbst:

»Ach, die Ärmste hat noch niemals von sich läuten hören. Niemals – so befürcht ich – wird Mariechen sehr viel mehr von sich erfahren ... bis sie eines kalten Abends ohne Messe, ohne Kaddisch auf den schwarzen Beringwellen treiben wird, ein toter Walfisch – während du, noch ganz wie heute deine Kissen feststopfst, oder warm und liebend und gemütlich (wie ein Löffel in den andren) in den Deinen eingelöffelt, wartest, daß die obligate Nachtgeschichte dir erzählt wird. –« (8)

Mariechen – das eine Mariechen ist ein Mensch, das andre ein Walfisch. Das Diminutiv, das mich zwingt, beide offenkundig weiblichen Wesen zu neutralisieren, ist verätherisch. Das eine Mariechen hat besagte »Marzipanfigur«, ist also zum Fressen süß, das andre ist ein Wal, ein Walfisch. Und auch hier ist die Technik, in der uns der Redende mit der Heroine dieser Gutenachtgeschichte vertraut macht, doch nicht minder erstaunlich: denn bis wir wissen, was das Wesen ist, von dem nun die Rede sein soll, braucht es geschlagene 32 Verse. Der Leser und auch das zuhörende Mariechen werden durch die Rhetorik des Dozierenden unsicher gemacht; ja das unbekannte Wesen, die »anonyme Kreatur« – sie »rudert« durch die Beringstraße, ja, ehe man erfährt, was sie wirklich ist, erhält sie sogar noch einen Namen, und dann ist schon von ihrem aller Voraussicht nach unrühmlichen Ende die Rede: Und da erst wird es offenbar, daß es sich um einen Walfisch handelt – ein toter Walfisch, heißt es. Das heißt nun, daß die für die Gutenachtgeschichte konstruierte Heldin von ihrem Ende her gedacht wird; ein Vorgriff, ein höchst bezeichnender Vorgriff jedoch.

¹ Günther Anders, Ketzereien, München (C.H. Beck) 1982, 139; DM 14,80/öS 116,–

² Günther Anders, Mariechen. Eine Gutenachtgeschichte für Liebende, Philosophen und Angehörige anderer Berufsgruppen. München (Beck) 1987 (als »Freundesgabe zum 85. Geburtstag des Autors«; offiziell »erste« Auflage 1993, »zweite« Auflage 1994) Seite 7. Die in Klammern gesetzten Ziffern im Text bezeichnen die – in allen Ausgaben identischen – Seiten.

³ Parmenides, Vom Wesen des Seienden. Die Fragmente, griechisch und deutsch. Hrsg., übersetzt und erläutert von Uvo Hölscher, Frankfurt/M (Suhrkamp) 1986, 23

⁴ Anders, Ketzereien, 147

Diese Periphrase des ersten Stückes möge entschuldigt werden: Sie soll hinweisen darauf, daß uns Anders mit dem ersten Stück dieses Textes in eine hochkomplizierte epische Situation versetzt: Wir erwarten eine Geschichte, und aus dem Talon der Natur wird »ungerecht herausgegriffen« ein Wesen, eine Walfischfrau, deren Lebensgeschichte und Lebenspraxis offenkundig der der hier tatsächlich anwesenden Frau konfrontiert werden soll. Klein ist diese Frau, während Mariechen, die Walfischfrau – und da wird die mit dem Diminutiv betriebene Ranküne offenbar – ja zu der Gattung gehört, der die größten je vorhandenen Tiere angehören. Und damit zeigt sich, daß die Wahl der Walfischfrau als Demonstrationsobjekt doch gar nicht so willkürlich war, daß diese gar nicht so ungerecht herausgegriffen worden war.

Das zweite Stück zeigt uns, fast in der Form eines Hymnus, wie trefflich ausgestattet denn dieses Mariechen ist; ironisch distanziert werden hier die Fähigkeiten des Tieres besungen, die es im Ozean überlebensfähig machen – trivial ausgedrückt: ein Wunder der Natur. Aber dieses Wunder hat einen Defekt, wie wir wissen. Walfische, das weiß jedes Kind, sind keine Fische, aber irgendwie haben sie den Aufstieg in die »höhere Kosmosklasse« (11) verpaßt: Sie fanden den Anschluß nicht »an die neue, / freundliche und gutegeizte / Weltenzeit der Trockentiere« (10). Wie dies geschehen – ein Übermittlungsfehler der Natur, böswilliges beamtenhaftes Vorgehen in der Natur, gekränkte Eitelkeit, in jedem Falle wird Mariechen, die Walfischfrau, zum Beweis gegen den Fortschritt, ja ihr Fall zum Gegenbeispiel für eine umfassende Teleologie; hier wäre keine Entwicklung festzustellen, die auf jenes Behagen hinführen könnte, in dem wir jetzund leben. Nicht einmal das Nüsseknacken ist dem Mariechen gewährt, wie dies unter den Säugetieren die Nagetiere machen: Prompt beginnt denn das menschliche Mariechen Nüssen zu knacken, sehr zum Mißbehagen des Erzählers, der sie vor die Alternative: entweder Gutenachtgeschichte oder Nüsseknacken stellt. Das Nüsseknacken geht nun metaphorisch weiter: denn der Redende serviert ein philosophisches Problem nach dem anderen, aber immer wird es in die Privatatmosphäre des Zimmers hereingeholt: Die Theodizee erscheint verkleinert, und bekommt da auf einmal ihre therapeutische Raison, indem Mariechen, die Menschenfrau, aufgefordert wird, sich all die Vorzüge zu versinnlichen, die es dem Mariechen, das eine Walfischfrau ist, voraus hat:

»sowas fördert die Verdauung
unsrer Herzen und das, manchmal
fast vergeßne, Wohlbehagen« (19).

Und von da weg spüren wir, wie Anders seinen dozierenden Liebhaber zwar

beide Erscheinungsformen des Mariechen »philosophiewürdig« sein läßt, wie sehr er aber zugleich jenes Behagen unterstreicht, das die menschliche Form des Daseins gewährt. Das Glück, ja sogar die Identität des einen erwächst aus der Reflexion über das Unglück des anderen:

»Und niemals spürst du
süßer, was du bist, als wenn du
traurig nachhängst ihrem Unglück.« (19)

Hierin steckt nicht nur eine unerhörte Provokation des Glücks- und Identitätsbegriffs: Einerseits ist es schön, auf der menschlichen Identität und Besonderheit zu beharren, andererseits offenbart sich dies auch als Ergebnis eines problematischen Überlegenheitsgefühls. Der Mensch ist besser als das Tier, in dessen Wesenheit der Lehrende uns immer mehr einzuführen geneigt ist. »Dasein [heißt der erste Paragraph der Weltverfassung] ist Versäumen« – solches wird auf einmal verkündet, und weil dies nicht geglaubt wird, sieht sich der Redende genötigt, sein Glück »trocken ontologisch« zu probieren (19). Zu zeigen ist, »daß noch niemals ein Salatkopf / (auch im Umriss) einen andren / je gesehn hat« (21), und so »schwimmt Mariechen als Monade / [...] fensterlos durchs Dunkel« (22) – eine Absage auch an Parmenides und sein »Lehrgedicht, in dem er jedem / Einzelding sein Sein bestreitet, / und das Prädikat ausschließlich / nur dem Sein im Ganzen zuspricht« (23). Und Anders verweist auch im Anhang genau auf die Stelle (Diels B 8, 22): »ὁδὲ διαίρετόν ἐστιν, ἐπεὶ πᾶν ἐστὶν ὁμοῖον« (»Auch geteilt ist es nicht, da es als ganzes gleichmäßig ist.«)³ Hier verrät Anders nun doch einiges mehr: »Die Hypothese« richtet sich gegen Parmenides, in dessen – auch nach dem Urteil des Redenden – »immer noch wie heut geschriebnen« Lehrgedicht eben jedem Einzelding sein Sein bestritten würde. Da wird doch mehr sichtbar als eine Polemik, die sich gegen Parmenides und auch gegen Heidegger richtete; hier wird auch sichtbar, worauf es hinausgeht. Parmenides wird indirekt Reverenz erwiesen: Zwar hat er »ungeheuerlich geirrt«, aber sein Gedicht ist als *Gedicht* nicht mit der falschen These und schon gar nicht mit der Entstehungszeit zu erledigen.

Hier möchte ich mich nicht auf das heikle Territorium der Ontologie einlassen; daher nur so viel: Wir sind hier bei einem Thema, das Anders offenkundig seit einem Seminar bei Heidegger nicht losgelassen hat und dem er sich literarisch, in der Form der Fabel und Humoreske genähert hat, und der Bamba, so heißt es in den »Ketzereien«, »wird also der massiv und rißlos den ganzen Weltraum ausfüllende eleatische Gott sein«. Sprache und Liebe sind es, die dem Leben der Menschen vor dem der Tiere den Vorzug gewähren. Kommunikationslosigkeit macht die monadische Existenz zur unmenschlichen Katastrophe, und Liebe ist etwas, wofür

Dankbarkeit angezeigt wäre, und sie bedeute »(um es keusch und mathematisch, / aber klar zu formulieren), / die Potenz zu potenzieren« (37). Und in einem scheint auch Heideggers Terminologie von der »Geworfenheit« über Bord in die Bergringstraße geworfen zu sein, wenn der Redende seinem Mariechen als Antwort auf diese Auffassung empfiehlt:

»Welch ein unverdienter Vorzug,
daß der Wurf so gut gezielt war,
und wir wurden, die wir wurden!« (36)

Wir halten mit der Entstehungszeit des »Mariechen« etwa in der Zeit, aus der auch die Tagebuchnotizen von »Lieben gestern« stammen, wo gerade mit dem amerikanischen und psychoanalytischen Umgang mit der Liebe ins Gericht gegangen wird. Ironie und Distanz fehlen dem armen Walfischmann, den Anders nun – und die Anspielung ist unüberhörbar – »Eduard nennen würdest, wenn er hieße« – ein »Kaltwasser-Donjuan« (32). Die Geschichte der Liebe in der See ist trostlos, und die Liebe der Menschen ist bei aller Kritik, die an ihnen zu finden wäre, doch weit erhaben darüber. Aber es werden auch Mariechen und mit ihr das »Tierische« in Schutz genommen. Verdienst der Menschen sei es, »die rohe / Libido in unsren Rhythmus / frei und schlau hineingenommen« (37) zu haben. Die Geschichte Mariechens dient mehr und mehr dazu, die Besonderheit der menschlichen »Kultur« zu behaupten; wie anders das Leben der Tiere ist, geht aus der nun konstruierten Biographie Eduards und Mariechens hervor, die auch noch Mutter wird, eben eine Walmutter. Sie hat keine Zukunft und keine Vergangenheit, sie hat eine, wenngleich in Worte schwer faßbare, animalische Angst, aber sie kennt auch nicht die Angst, die durch das Wissen um den Tod hervorgerufen werden könnte.

Das Marzipan-Mariechen zeigt sich, so geht es zumindest aus den Worten des Redenden hervor, zusehends erschüttert vom Schicksal der Walfischmutter: Es bockt und sitzt auf dem Bettvorleger. Kein Wunder, kein Schlaf, dafür einen Schnellsiedekurs in Philosophie. Aber der Redende hat gute und einschmeichelnde Worte parat. Er weiß um die Liebe, aber auch da, wo er deren Geheimnis aufzudecken meint, bleibt er Philosoph, ja er packt die Sache dialektisch an und läßt es sich angelegen sein, Rilke auszubooten:

»Und sich Liebe einzureden,
wenn das Liebesobjekt fort ist,
wie es beispielsweise Rilke
gerne tat, ist etwas wohlfeil. –
Sondern?

Aber Liebste, wahre
Liebe zeigt sich völlig anders.
Wie?

Natürlich dialektisch.
Wenn man nämlich wirklich liebt, dann
sehnt man sich, obwohl der andre
nebenan sitzt (ganz als wär er

schrecklich weit verweist), zu Tode – während man, auch wenn er fort ist, dennoch spürt, er ist zu Hause. Ja, das ist das einzig ernste und solide Barometer. Auch für dich.« (76)

Diese in der Dialektik gründende *Ars amandi* verspricht zwar philosophisch hohe Befriedigung, als praktische Anweisung scheint sie wenig brauchbar, und Mariechen grollt mit Grund ein wenig weiter: Erst da er ihre Füße, die offenkundig vom Aufenthalt außerhalb des Bettes kalt geworden sind, durch Reiben zu wärmen sich entschließt, wird Mariechen, die Menschenfrau, versöhnlich, und das Walfischweibchen kann entlassen werden, in die »Vorstadtstraßen unsres / Universums« (77). Im letzten Stück nun werden »eintausend- undzwölf Gründe für das Glück des kleinen Mariechens angegeben« (78); ein paar davon darf der Leser auch wissen, und zuletzt zerrinnt die ontologische Problematik in das Glück des Beisammenseins:

»Tausendzehntens, weil du alle ontologischen Probleme, die uns heute nacht umtanzten (zwar nicht lösen, aber immer) praktisch durch zusammenkuscheln stillen kannst in drei Minuten.« (80)

Was dann geschieht, bleibt dem Leser überlassen, der ein paar nur aus Punkten bestehende Zeilen zu deuten aufgefordert ist. Der Morgen graut, und die Gutenachtgeschichte ist beendet; wir wissen, daß die beiden ihre ontologischen Probleme durch Zusammenkuscheln gestillt haben.

3.

Gutenachtgeschichte? Überhaupt: Geschichte? Was haben wir gehört? Wenn schon Geschichte, dann Philosophiegeschichte. Und hat da einer erzählt? Wohl kaum. Da hat einer gelehrt, konstruiert. Wozu überhaupt dieses Mariechen, das ein Walfisch ist, dem wir uns da nähern sollen? An der philosophischen Substanz des Textes will ich – ich habe Angst, der Revolver könnte locker sitzen – nicht rühren. Aber die Sache hat ja auch eine literarische Schlagseite und die Art, in der sie etwas vermittelt, ist untrennbar mit dem verbunden, was sie vermittelt. Anders

selbst dazu viel später: »Die Sprache und die Sache sind eins. Die Unterscheidung ist höchstens in Variationen gültig, in denen vorgeführt wird, daß sich eine »res« = das Thema, in verschiedenen »modi dicendi« darbieten lassen kann. Aber auch das schreibe ich nur zögernd nieder, da jeder *modus dicendi* trotz der Konstanz des abgewandelten Themas eine andere »res« zu sein scheint.«⁵ Es gälte somit, den »modus dicendi« zu befragen; auf den kommt es ja auch an, und es ist evident, daß die Substanz des Textes sich nicht in der Paraphrase der »res« erschöpfen läßt, ja daß diese erst recht, bleibt man dort stehen, wo wir jetzt halten, mit uns auf der Strecke bleibt.

Denn dieser Text wäre, gemessen an Anders' andren gewaltigen Schriften, ja selbst an seinen Studien zur Literatur, z.B. von »Kafka pro und contra« leichtgewichtig. Erstzunehmende Philosophen wie Parmenides, Leibniz, Kant, Duns Scotus, Fichte und Heidegger müssen es sich gefallen lassen, vom Kissen aus in Form einer *Causerie* behandelt zu werden.

Oder, so können wir fragen, ist es nur unser Vorurteil, das uns diese Form des Philosophierens, während jemand das Kissen zurechtstopft, suspekt macht? Es gibt tatsächlich Bedenken, die sich gegen den Tonfall, in denen diese Rede gehalten ist, vorbringen lassen. Da spricht einer, und seine Regie will es, daß wir die, mit der er spricht, nur aus seinen Reaktionen wahrnehmen. Der hier spricht, ist nicht nur Sokrates, sondern auch sein eigener Platon und, wenn man will, Aristoteles dazu. Er ist aber unfähig zum Dialog, so wie der späte Platon ja auch zusehends die Dialogpartner zu Stichwortgebern machte. Aber hier gibt sich der Redende selbst dauernd das Stichwort: »Ja, ein Weib ist sie, wie du bist« (8), verkündet er gleich zu Beginn, und die Feststellungen ihres Einverständnisses werden nur mit einem herablassenden »Siehst du« quittiert. Es ist durchgehend ein Monolog, der Redende ist dialogunfähig. Jeder Einwand (und dies zieht sich ja auch durch Anders' theoretische Schriften) dient fürwahr nur dazu, die Überlegenheit des gerade Redenden zu demonstrieren. »Hast du's?« oder »Du verstehst?« fragt er mehrmals, so als ob er eine Nachhilfestunde gäbe (20, 30, 47). »Wußt' ich's doch« – mit solchen Worten antizipiert er ihre Einwürfe (34, 48, 73). Und dann wieder gibt er gute Noten: »Kommst du mit? Und auch mit allen / Konsequenzen? Ausgezeichnet.« (52) Ähnlich verhält sich ja auch der Tagebuchschreiber Günther Anders in »Lieben gestern«, worin auch alle ihre Lektion abbekommen; am Schluß ist alles klar, vor allem aber, daß die Probleme zwar nicht gelöst sind, die Betroffenen aber doch von ihnen erlöst werden können.

Die Art, in der der Redende mit seinem Mariechen umgeht, muß nicht nur auf feministische Gemüter empörend wirken, denn dieser »modus dicendi« entlarvt sich als geradezu törichte, schulmeisterliche Herablassung, und gerne wollen wir an-

nehmen, daß hier ein Ich sich höchst selbstironisch inszeniert: Daß das Kissen plötzlich zum Katheder in der Privatsphäre wird, sorgt für eine distanzierende Komik, die den Wust an präpotent einher-schreitenden Lehrsätzen denn auch zu problematisieren vermag. Schließlich wird die Reaktion dieser zierlichen Person Mariechen eingebracht, und da sie von dem Los des Walfischpaares erfährt, das in dumpfe Schwermut versinkt, beginnt sie zu weinen: »Greift ihr schlimmes / Häftlingslos dir so ans Herze? / Andre Gründe? Bist du einfach / übermüdet, weils schon drei ist, / und ich immer noch nicht Schluß mach?« (65) Ja, der Redende ist in einem *furor philosophicus* befangen, er kennt keine Pause, er setzt sein System, seine Vorstellungen durch. Er lehrt, und in der Darstellung der Lehre liegt nun auch die Problematisierung der Lehrbarkeit überhaupt.

Es wäre nun billig, wollte man diese Form der Lehre als die gültige Form auch der Vermittlung bezeichnen. Gerade aber der literarische Charakter des Textes erlaubt die Erzeugung einer subtilen Ironie, die in die Vertrautheit der somberen Atmosphäre plötzlich die kalten und komplexen Abstrakta eindringen läßt. Plötzlich geht es ontologisch und dialektisch zu; die Philosophie erscheint im Nachthemd, der Philosoph und seine Lehre muß sich auf dem Prüfstand der Intimität bewähren. Und es ist gerade diese Intimität, die den Problemen ihre Schärfe nimmt. Wenn die ontologischen Probleme praktisch durch Zusammenkuscheln zu stillen sind, dann erfahren die bewegendsten Fragen ihre jähe Reduktion, indem sie plötzlich körperlich werden.

Und doch werden die Fragen nicht ironisiert; der Eindruck, daß es dem Redenden unerhört ernst mit den Problemen ist, kann durch die vermittelnde Ironie und decouvrierende Herablassung nicht gemindert werden. Die Probleme haben nichts an Brisanz durch die Art, in der sie vermittelt werden, verloren. Im Gegenteil; gerade indem sie plötzlich in das vertraute Gespräch der beiden eindringen, ja indem sie es zum Monolog gefrieren lassen, wächst ihnen eine Gültigkeit zu, die sie im akademischen Diskurs eingebüßt zu haben scheinen.

4.

Und vom »modus dicendi« des akademischen Diskurses distanziert sich die Gutenachtgeschichte eindeutig durch ihre Form; genauer: vom akademischen Diskurs der Gegenwart, dessen Händen wir die Fragen anvertraut sehen, welche die beiden Liebenden beschäftigen. Wem fiel es schon bei, seine Lehren metrisch vorzubringen? Anders hat bewußt eine literarische Form gewählt, die in unseren Tagen obsolet wirkt: die des Lehrgedichts. »Lehrgedicht« meint mehr als bloße Didaxe in poetischer Form, denn belehrend kann Dichtung ja immer sein, ohne ein Lehrgedicht zu sein: Den deutlichen Unterschied

⁵ Anders, *Ketzereien*, 146

⁶ Günther Anders, »Geschichten vom Herrn Keuner«, in: G.A., *Mensch ohne Welt. Schriften zur Kunst und Literatur*, München (C.H. Beck) 1984, 160

⁷ Anders, *Ketzereien*, 146

⁸ Zit. nach: Bernhard Fabian, *Das Lehrgedicht als Problem der Poetik*, in: *Die nicht mehr schönen Künste. Grenzphänomene des Ästhetischen*. Hrsg. von H.R. Jauß, München (Fink) 1968, 67

⁹ Ebda., 68 f.

¹⁰ Odo Marquard, *Inkompetenzkompensationskompetenz? Über Kompetenz und Inkompetenz der Philosophie*, in: O.M., *Abschied vom Prinzipiellen*, Stuttgart (Reclam) 1981, 23

würde etwa Brecht markieren, dessen Gedichte einen lehrhaften Ton anschlagen, die aber sich schon meist in der Form radikal unterscheiden. Sein kantiger Knittelvers mag zwar genauso viel Hebungen haben wie der Trochäus bei Anders, aber bei fast derselben Verslänge entsteht ein höchst unterschiedlicher Eindruck.

Das Lehrgedicht hatte in der deutschen Literatur seine Blütezeit im 18. Jahrhundert, und da waren es vor allem die antiken Muster, auf die zurückgegriffen werden konnte: Und es sind auch die Themen, die im Lehrgedicht der Antike ihren festen Platz haben: Natur und aus der Anschauung der Natur abgeleitete Spekulation; nicht umsonst wird an zentraler Stelle des Textes der Hinweis auf das unverbraucht wirkende Lehrgedicht des Parmenides gegeben.

Die Anschauung der Natur wird an einem Modellfall exemplifiziert; es ist ein Gedicht, das aus der Konstruktion heraus lebt. Der realen Situation im Schlafgemach der Liebenden wird die Gesamtheit der Welt gegenübergestellt. Und dieser Walfisch, dessen Leben nun bei Identität der Namen dem Leben der Menschenfrau kontrastiert wird, ist eben auch eine Konstruktion, ein Denkspiel. Auch wenn der Redende von sich bekennt, daß er an der »Konstruktion« des Walfisches unbeteiligt war, fühle er sich auch unzuständig, die Frage nach dem Wozu zu beantworten, kurzum: Er wolle mit der Teleologie nichts zu tun haben. Es bedarf in dieser Dichtung der Konstruktion, und Günther Anders weiß um die didaktische Notwendigkeit solcher Konstruktionen in der Literatur. Dies geht sehr schön aus seiner Analyse der Keuner-Geschichten Brechts hervor, worin er Herrn Keuner als für Brecht notwendigen Strohmann entlarvt, als Konstrukt, da er des Experiments bedarf.⁶ Die Analyse der Keunergeschichten Brechts läßt sich umlegen auf Anders' Selbstverständnis als Schreibender. Es bedarf des Konstrukts Mariechen, die als das Natürlichste der Natur, als die Idealrepräsentantin der Natur zu fungieren hat.

Anders' erkenntniskritisches Verfahren ist durchgehend allegorisch, die Allegorien sind zu verstehen als das Instrument des Skeptikers. Und so erscheint Mariechen ja auch wie ein Hochseedampfer bestens ausgestattet, zugleich aber wird dieser Vergleich widerrufen, da die ausgezeichnete technische Herstellung eines Lebewesens noch lange nicht die Funktion erklärt, die es für den philosophisch Fragenden haben kann. Die Natur kann auch nicht durch das Experiment erfahren werden, sondern durch das Gedankenkonstrukt; Anders gegen die experimentelle Naturwissenschaft: »Die experimentelle Naturwissenschaft foltert die Natur so lange, bis sich diese aus Verzweiflung selbst bezichtigt. Von sich aus ›ist‹ Natur gar nicht so, wie sie sich unter der Folter benimmt.«⁷ Die Natur wird eben durch dieses Gedankenexperiment erforscht, und der Ort, an dem sich dieses Gedankenexperiment ereignen kann, ist

das Gedicht, im besonderen das Lehrgedicht. Und dies trennt Anders' Lehrgedicht von den meisten Lehrgedichten, die sich die Natur zum Gegenstand nehmen: Es ist spekulativ und geht nicht von der Anschauung aus; die Versinnlichung der Natur ist sekundär und gewinnt ihre Wirkung erst durch den Kontrast zur zusehends sich verstärkenden Idyllik der häuslichen Szene, die in der Kunst der souverän gehandhabten Aposiopese in eine handfeste Liebesszene übergeht, aber: figura praeteritionis das Decorum wahrend.

5.

Es geht nun darum, den literarischen Ort dieses Textes zu bestimmen. Es handelt sich, das steht außer Zweifel, um ein Lehrgedicht, das allmählich in eine Idylle überführt wird. Die Kleinheit, das Glück in der Beschränkung steht dem Elend entgegen, das die Entgrenzung durch die Natur für jene Wesen bedeuten würde, die sich ihrer Sprach- und Liebeskompetenz gleichermaßen bewußt sind. Ich will hier nicht die Problematik des Lehrgedichts ins Endlose ausbreiten, aber es sei doch die Bemerkung gestattet, daß Anders im 20. Jahrhundert in der deutschsprachigen Literatur so gut wie allein dasteht. Die Verwendung des Lehrgedichts ist ein gezielter Anachronismus, und dies ist auch eine jener Ketzereien, denen Anders huldigt. Das, was allgemein als obsolet gilt, was der kunstrichterliche Geschmack als *démodé* abtut, gewinnt in der Kostümierung, die er ihm verleiht, seine Gültigkeit. Eine Gattung, die sich im 18. Jahrhundert höchster Beliebtheit erfreute und die mit Hallers »Alpen« Maßstäbe zu setzen schien, ist zum Ende des Jahrhunderts bereits obsolet. Goethes Verdikt, daß zur lyrischen, dramatischen und epischen Dichtung die didaktische nicht hinzutreten solle, denn das Lehrgedicht »ist und bleibt«, schrieb er, »ein Mittelgeschöpf zwischen Poesie und Rhetorik, eine Ab- und Nebenart, die in einer wahren Ästhetik zwischen Dicht- und Redekunst vorge tragen werden sollte.«⁸ Daran ändert die Tatsache wenig, daß Goethe Lukrez bewunderte, daß Demokrit und Parmenides eben Lehrgedichte verfaßt hatten, daß selbst Aristoteles offenkundig die Didaktik nicht verurteilt hatte.⁹

Daß Anders diesen Text in der Schatulle höchster Privatheit birgt, scheint einerseits ein Anzeichen dafür, wie sehr er doch um die Obsoletheit der von ihm gewählten Gattung wußte, daß es ihn aber andererseits doch juckte, seine Aufklärungsarbeit just mit dem Medium zu versuchen, das die Aufklärung noch geduldet und sogar gepflegt hatte.

Vielleicht hilft uns ein anderer Zugang, ein Zugang von der Problemstellung her doch noch, die Besonderheit dieses Textes auch entsprechend zu würdigen. Da der Redende keine Antwort auf des Menschenmariechens Frage nach dem Wozu weiß und pointiert bekennt, daß »alles, was die

Philosophen / das von ihrem ›Ich‹ gesetzte / ›Nicht-Ich‹ nannten«, ihm ferne sei, wird Mariechen offenkundig unwillig und meint, daß ihm »die ungelöste Frage [...] im Hals »wie eine Gräte / steckenbleibe« (26). Und darauf kommt nun das Credo des Redenden, das, wie ich meine, ein philosophisches wie auch künstlerisches ist:

»[...] – Sehr gut möglich.
Schließlich darfst du nicht vergessen,
daß das Pflanzen, nicht das Lösen
von Problemen mein Beruf ist,
und sogar der Feuerschlucker
hängt an seinem Broterwerbe.
Ja, noch mehr: Im Grunde sind es
gerade diese ungelösten
Aporien, die mir lieb sind.
Wenn mich etwas wirklich schreckte,
wäre es, umgekehrt die Lösung.
Ich gestehe, gar nicht selten
(wenn ich mich moralisch völlig
gehen lasse) scheint mir jede,
selbst die zweifelloste Antwort
ein Gemeinplatz, wenn verglichen
mit der Schönheit der Probleme.« (26)

Das ist nun freilich auch wieder ein Gemeinplatz, aber ein sehr schön eingerichteter, und ein Gemeinplatz, auf dem sich anzusiedeln nur gestattet ist, wenn man moralische Probleme beiseite schiebt. Und das Lehrgedicht, das ins Idyllische hinüberspielt, das ist genau der Ort, an dem es möglich ist, die Moral einmal sausen zu lassen; gemeint ist damit vermutlich die Moral des strengen Denkens und eine Haltung, die vor Problemen nicht resigniert. Statt dessen versteigt sich der Redende zur Bewunderung der Probleme, ja zu Bewunderung ihrer Schönheit, dem gegenüber das Resultat mit einem »gorgonenhaften Blick den süßen / Appetit des Weiterfragens / ein für allemal« ertönen würde (27). Das Gedicht ist der Ort, an dem dies möglich ist; das Lehrgedicht erlaubt die Freiheit von dem Zwang zur Lösung und gibt die Möglichkeit, belehrend in einem zu sein. Die Verbindlichkeit, die durch die literarische Form erzeugt wird, kompensiert die mangelnde Verbindlichkeit der philosophischen Praxis. Odo Marquard hat die Philosophie dermaleinst nicht unwitzig »Inkompetenzkompensationskompetenz« genannt¹⁰; diese Kompetenz, philosophische Inkompetenz zu kompensieren, ist in die Poesie abgewandert. Sie ist das Loch, das der Zimmermann in der Monade des praktischen Philosophierens gelassen hat. Und gerade als Anders 1946 Mariechen zu Papier brachte, scheint ihm an einem anderen Fall das Problem von Philosophie und Literatur an einem prekären Grenzfall heftige Sorgen bereitet zu haben. Er besprach zu dieser Zeit Hermann Brochs »Der Tod des Vergil« und konstatierte, daß der Autor darin in der »Verzweiflung über den Unernst dichterischer Existenz« eben »diese Verzweiflung selbst zum Gedicht« gemacht habe: »Statt der Lösung der Schwierigkeit gibt er uns die Schwierigkeit in ly-

G wie Zukunft



Viele positive Begriffe beginnen mit dem Buchstaben G:

Geburt.
Gerechtigkeit.
Gesundheit.

Materialisten denken da anders:
Gehalt. Gewinn.

Wir sagen:
G wie Gewerkschaft.

Darin steckt ein Stück
guter Zukunft. Wir gestalten sie.

Gemeinsam. ÖGB

rischer Form.« Weiter weist Anders auf die Ähnlichkeit zur Heideggerschen Existenzphilosophie hin, der die traditionelle akademische Philosophie zu einer »akademischen Philosophie der Verzweiflung« gemacht habe und schließt:

»Beide – Heidegger und Broch – verlassen zwar, scheinbar radikal, ihr bloßes Fach: aber nicht, um auf den rechten Weg der Praxis zu finden, sondern um sich seitwärts ins Gebüsch der Metaphysik zu schlagen. Da warten sie nun und bestimmen den Tod als den Sinn des Lebens.«¹¹

Man könnte in »Mariechen« nun – und die genaue Chronologie der Broch-Rezension und der Entstehung der »Gutenachtsgeschichte« wäre noch zu bestimmen – einen Gegenwurf zu Brochs »Tod des Vergil« sehen, zumindest in einer Hinsicht: Versucht Broch nun die Literatur durch Literatur aufzuheben, so sucht Anders die Literatur durch Literatur zu bestätigen, und überdies sucht er der Philosophie durch – dem Inhalte nach – geradezu schulrechtliches Philosophieren gerecht zu werden.

Die Wahl des Lehrgedichts, der Verserzählung (welcher Dichter deutscher Zunge dachte 1946 ernsthaft daran, mit einer solchen auf dem Markte Fortune zu machen?) ist dabei ein gezielter Affront gegen jegliche Modernität und zugleich auch der Versuch, die Sprache der Philosophie in

das Joch der Literatur und damit aber, so paradox es klingt, eben nicht in den Dunstkreis der Lyrismen, sondern der klaren poetischen Aussage zu zwingen: Und wenn es einen Ort für die Schönheit der Probleme gibt, dann ist es das Gedicht. Das Lehrgedicht ist der Ort, an dem sich das Decorum wahren läßt. Hier verfällt der Redende nicht jenem bei Broch eingeklagten Zuviel, er schlägt sich nicht ins abseitige Gebüsch der Metaphysik, weil die gewählte Sprache des Gedichts nicht jenes Wortgewölle der Eigentlichkeit zuläßt. Gleichwohl ist sich Anders der Unzulänglichkeit der Sprache für das »Ontologisieren« bewußt, aber dieses Ontologisieren ist eben nicht die Sprache Heideggers:

»Wie unerträglich eng unser Ontologisieren in das Korsett der Sprache eingeschnürt ist! Wenn uns der frühe Heidegger sprachlich Exorbitantes zugemutet hat, so tat er das nicht völlig grundlos. Für ontologische Untersuchungen sind schließlich die plumpen Geräte unserer Alltagssprache nicht gemacht worden (oder nicht entstanden). Gleichen wir Ontologisierenden nicht Physikern, denen es nahegelegt wird oder die sich selbst zwingen, die Atomspaltung mit Taschenmessern zu bewerkstelligen?«¹² Ein Vergleich, der, in seinen Konsequenzen weitergedacht, bei Anders nicht ohne Brisanz ist. Nun wird das Ontologisieren in die Sprache der Poesie verlagert, in ein Medium, das zwischen Dichtung und Rhetorik, zwischen überzeugen und unterhalten steht. Die Legitimation

für dieses Vorgehen wiederum holt sich Anders aus einem platonischen Dialog; das Motto des Textes deklariert ein Satz aus Platons »Philebos«: »Ἀνάπαυλα γὰρ, ὃ Πρώταρχε, τῆς σπουδῆς γίγνεται ἐνίοτε ἡ παιδίᾱ.« – »Es gewährt ja eine Erholung von dem Ernst, o Protarchos, bisweilen zu scherzen.« (Philebos 30e) Ἀνάπαυλα ist nun die Pause, die Ruhe, das Moratorium des Alltags, die auch die Befreiung von der Arbeit garantiert, nicht σχολή, sondern das, was die Verzögerung bedingt. Παιδίᾱ steht nun im Gegensatz zum Ernst. Damit ist auch dem Gedicht der Ort bestimmt; es nimmt als παιδίᾱ zurück, was die σπουδή des Alltags fordert; die Aporie ist eingepflanzt.

Und am Ende sind wir um keine Lösung reicher, dafür reicher um Einsicht in die Schönheit der Probleme. Das Ganze schließt nicht mit einer Lösung, die uns gorgonenhaft anblicken könnte, mit einem Verweis auf jene mythologische Chiffre, die Anders' Werk durchzieht: Die Menschen gehorchen dem, was der Körper verlangt: Der Schlaf umfängt beide, sie entkommen der Gorgo der Lösung und der Verpflichtung, das Philosophieren zu einer Praxis zu erheben, die uns jegliches Behagen verbieten würde. Die beiden schlafen ein, sie verstummen; sie gehen auseinander wie die Redenden in Platons frühen aporetischen Dialogen: »Für jetzt aber müssen wir auseinandergehen. Ja, das werden wir tun, o Lysimachos, und morgen früh zu dir kommen, so Gott will.«¹³ □

¹¹ Anders, Mensch ohne Welt, 196 f.

¹² Anders, Ketzereien, 235

¹³ Platon, Laches 201c

Robert Schlesinger

Vom Herrschaftsnutzen langer Wörter

Kleine Grammatikkunde für
Patriarchatsüberdrüssige

Gewiß: Daß alle Fortschritte auf dem Wege zur Gleichberechtigung der Frauen das gewünschte Resultat – also die Überwindung des Patriarchats – noch nicht erbracht haben, mag man – je nach Temperament – zum Anlaß für Wut, Ungeduld oder Verzagnis nehmen. Allzu viele der Wütenden, Ungeduldigen und Verzagten nehmen es freilich zum Anlaß, für ihren Hader mit der Gesellschaft Rache an der Sprache zu nehmen und diese zu verhunzen. Das löst das erste Problem nicht und schafft ein zweites.

Zur Demokratisierung der deutschen Grammatik benötigt, wer sich für fortschrittlich hält und nicht davor zurückscheut, sich als ahnungslos zu entlarven, das große I und den Schrägstrich. Zunächst rückt er damit den Pluralformen zu Leibe, sind sie doch in Mißachtung der Frauen auch dann maskulin, wenn beide Geschlechter gemeint sind; aus Österreichern macht er also ÖsterreicherInnen oder Österreicher/innen. Als nächstes geht es der Umschreibung jener Passivkonstruktionen, bei denen der Urheber im Dunkeln bleibt, an den Kragen: »Man« klingt wie »Mann«, deshalb wird daraus »man/frau«, gelegentlich nur »frau« oder aber »mensch«. Bei Verallgemeinerungen wird auch der Singular geschlechtsneutralisiert, zum Beispiel »ein/e« oder »jede/r ÖsterreicherIn«, und schon ist das Deutsche der Vorherrschaft der Männer entrisen. So einfach geht das.

Nun, es besteht kein Zweifel daran, daß patriarchalische Gesellschaften ebensolche Sprachen ersinnen. Und die Sprache prägt das Bewußtsein; allerdings nur, solange dies unbemerkt geschieht. Jeder Versuch, die Sprache zu verändern, um die Menschen zu erziehen, wird als die Zumutung verstanden, das Denken Ge- und Verboten zu unterwerfen; wer diese nicht entrüstet zurückweist, geht nur zum Schein darauf ein, um einen Vorteil oder seine Ruhe zu haben. Sogar die Nazis haben es gelernt, »Meinungsfreiheit« zu sagen, wenn sie »Auschwitz-Lüge« meinen. Nein, um die Überzeugungsarbeit kann man sich nicht drücken, indem man sich zur Sprachpolizei aufschwingt. Am Anfang war die Weltanschauung; dann erst kam das Wort. Oder glaubt jemand, ein paar gerissene Finsterlinge hätten eine vom Maskulinum dominierte Grammatik entworfen und so das Patriarchat begründet? Auch zur Be-

freiung von dessen Last wird sich ein ähnliches Vorgehen schwerlich als geeignet erweisen.

Von derlei grundsätzlichen Erwägungen abgesehen: Die Grenzen des Sprachverständnisses der Reformeiferer (denn sie vertreten ihre Ideen zumeist mit geradezu religiöser Inbrunst) sind ungewöhnlich eng gezogen. Das zeigt schon der unglückliche kleingeschriebene »mensch«. Als ob damit gegenüber »man« auch nur das Geringste gewonnen wäre! Oder zählt es etwa nicht zu den störendsten frauenfeindlichen Eigenschaften der Sprache, daß »der Mensch« männlich ist?

Die naheliegende Entdeckung, daß sich – ebenso wie an »man« – an »jemand« maskuline Assoziationen knüpfen lassen, ist offenbar bisher ausgeblieben. Wie lösen wir das Problem? Konsequenterweise wohl, indem wir hinkünftig »jemand/jefraud« schreiben (und auch sagen) – oder vielleicht doch lieber »jemenschd«?

Das substantivische Interrogativpronomen »wer« ist zweifellos eine männliche Form, steckt doch »er« darin. Als Ergänzung kennt das Deutsche jedoch nur »was« für das Neutrum. Eine weibliche Form existiert nicht, und man muß nach Frauen wie nach Männern »wer« fragen. Was raten die patriarchatsüberdrüssigen Sprachveränderer? Haben sie etwa das Wort »wsie« erfunden? Haben sie sich überhaupt schon nach den Frageförmern gefragt? Mitnichten! (Geschlechtsneutral: Mitnichten und -neffen!) Es steht zu befürchten, daß sie nicht einmal ahnen, was ein substantivisches Interrogativpronomen eigentlich sein könnte.

Übrigens gibt es auch einen – angesichts der sonst sehr strikten Dominanz des Maskulinums im Deutschen erstaunlichen – umgekehrten Fall: Das Personal- und das Possessivpronomen der dritten Person Plural sind weibliche Formen, die für alle drei Geschlechter Geltung besitzen: »Sie bauen ihr Haus um«, so heißt es, und damit ist die ganze Familie gemeint. Eine »fortschrittliche« Version, etwa »Sie/Er bauen ihr/sein Haus um«, ist mir noch nie untergekommen.

In »herrlich« steckt »Herr«. Das wäre an sich aussagekräftig genug; aber zu allem Überfluß gibt es ein weibliches Pendant, das sich von der »Dame« ableitet: »dämlich«! (Unnötig zu sagen, daß der fürwahr niederträchtige Zusammenhang zwischen

»herrlich« und »dämlich« – wie fast alles Wesentliche – dem gestrengen Auge der Freunde und Förderer des großen I verborgen blieb.)

Schon aus dem bisher Gesagten erhellt, zum einen, wie empörend die Versuche zur grammatikalischen Gleichstellung der Frauen sind, nicht wegen des Anliegens an sich, wohlgemerkt, sondern wegen der Unbedarftheit, ja Ignoranz, mit der sie unternommen; und zum andern, daß das Patriarchat mit dem Deutschen fest verwoben ist. Wie fest, lehrt ein Vergleich, zum Beispiel mit dem Lateinischen.

Zwar sind auch dort »wer« (»quis«) und »jemand« (»aliquis« bzw. »quisquam«) männliche Formen, die zugleich für das Femininum verwendet werden, aber etwas dem inkriminierten »man« Vergleichbares existiert nicht (freilich um den Preis, daß Passivkonstruktionen gar nicht umschrieben werden können, daß es also statt »Man wird sehen« heißt: »Es wird gesehen werden«; ein Nachteil, ohne Zweifel).

Die a-Deklination ist schlechthin die weibliche Deklination; und doch kann es geschehen, daß nach ihr – als Ausnahmen – ein paar Maskulina abgewandelt werden, wie etwa »poeta«, »der Dichter«. Ein solches Wort hat in allen Fällen feminine Endungen; daß es, der Logik gehorchend, männlich ist, erkennt man, da es im Lateinischen keine Artikel gibt, nur dann, wenn ein Adjektiv dabeisteht: »poeta clarus«, der berühmte Dichter. Im Deutschen ist derlei – »der Dichterin«, hieße es entsprechend – undenkbar.

Auch auf Latein werden gemischte Gruppen von Frauen und Männern mit maskulinen Pluralformen bezeichnet; allerdings nur im Zweifelsfalle, und das heißt: nur bei Wörtern, die der o- und der a-Deklination zuzurechnen sind. »Amica«, zum Beispiel, bedeutet »Freundin«, »amicae« ist die Mehrzahl davon; »amicus« ist »der Freund«, »amici« sind »die Freunde«, und zwar, wie im Deutschen, auch dann, wenn sich unter diesen ein paar Frauen befinden. Bei den zahlreichen Adjektiven, die der o- und der a-Deklination zugleich gehorchen (die femininen Formen dieser, die maskulinen und neutralen jener), stellt sich das Problem sogar in einer Weise, die dem Deutschen fremd ist: »Die Guten« können geschlechtlich nicht eingeordnet werden, die »boni« hingegen sind mit der männlichen Endung »-i« versehen, ohne daß die Frauen vom Gutsein ausgeschlossen wären.

In der zweiten großen und wichtigen Deklination des Lateinischen jedoch, der konsonantischen, ist jede Dominanz des Maskulinums über das Femininum ausgeschlossen: Zwischen männlichen und weiblichen Formen gibt es keinen Unterschied! Das Geschlecht der Hauptwörter liest der, der die – nicht ganz unkomplizierten – Genusregeln kennt, an der (variablen) Endung des Nominativs Singular ab; in allen anderen Fällen gelten einheitliche Endungen, nur das Neutrum bildet in drei Fällen eigene. Irgendeine Form als ei-

ne im Grunde maskuline oder im Grunde feminine zu entlarven, ist unmöglich.

Unter den Eigenschaftswörtern der konsonantischen Deklination sind die meisten »zweieindig«, wie es im wenig eleganten Philologendeutsch heißt: Im Nominativ Singular finden sich zwei Endungen, »-is« für Maskulinum und Femininum, »-e« für das Neutrum. Darüber läßt sich aus der kleinen Gruppe der »dreieindigen« Adjektiva etwas Interessantes ableiten: Diese haben eine männliche Nomina-tivendung »-er«, eine weibliche »-is« und eine sächliche »-e«. Bei den »zweieindigen« Adjektiven (von ihnen gibt es überaus viele) hat also die feminine Endung auch für das Maskulinum Geltung.

Im Deutschen hinwiederum gibt es nur ganz wenige eigenständige Bezeichnungen für Frauen: Frau, Dame, Weib, Mädchen, Mutter, Schwester, Tochter, Tante, Nichte, um Frauen einfach beschreiben zu können; Hexe, Fee, Elfe, um ihnen mystische Kräfte zuzuschreiben (nur von minderem Rang, denn eine wirkliche weibliche Variante von »Gott« gibt es nicht); und eine handverlesene Schar von Berufsbezeichnungen: Nonne, Amme, Hure, Zofe, Magd. Ansonsten, also in der Regel, gesteht das Deutsche Frauen nur eine Existenz als Ableitungen, fast könnte man sagen als Diminutive von Männern zu: Sänger, Sänger-in; Arbeiter, Arbeiter-in; Gott, Gött-in, und so fort. Das ist die sprachliche Bebilderung der Behauptung, die Frau sei aus einer Rippe des Mannes erschaffen.

Im Lateinischen ist derlei ganz unbekannt. Aus einem Mann, der nach der o-Deklination abzuwandeln ist, wird eine Frau gemacht, indem derselbe Stamm mit den Endungen der a-Deklination versehen wird, wie etwa bei dem schon zitierten Paar »amicus« und »amica«, ebenso bei »deus« (Gott) und »dea« (Göttin) oder »dominus« (Herr) und »domina« (Herrin). (»Herrin« ist im übrigen wohl das absurdeste der Rippenwörter; zu »Männin« statt »Frau« ist es da nur mehr ein ganz kleiner Schritt.)

Und in der konsonantischen Deklination teilen Männer und Frauen nicht nur, wie erinnerlich, die Endungen, sondern in logischer Konsequenz sogar die Bezeichnungen: Der Wirt sowohl wie die Wirtin heißt »hospes«, »sacerdos« der Priester oder die Priesterin, »dux« der Führer oder die Führerin. Das sind nicht etwa Ausnahmen; genauso verhält es sich in dieser Deklination regelmäßig. Das Italienische, nebenbei bemerkt, das die lateinischen Stämme beibehält, konstruiert daraus Rippenwörter: Dem »sacerdote«, dem Priester, wird als Priesterin die »sacerdotessa« zugesellt.

Welchen Mittels gegen die Herabsetzung der Frau zu einem männlichen Anhängsel vermöge der Nachsilbe »-in« bedient sich aber die Do-it-yourself-Sprachreform? Sie erhebt das herabsetzende kleine i zu einem großen.

Mit Bedacht habe ich mir das stärkste Argument gegen die Spielereien in der Art

von »ÖsterreicherInnen« und »man/frau« bis jetzt aufgespart; die Feststellung nämlich, sie seien unästhetisch. Kein ernstzunehmender Autor, keine ernstzunehmende Autorin gibt sich für sie her; sie haben ihren Platz nur dort, wo die Schönheit der Sprache aus übler Tradition mit Füßen getreten wird, also in alternativen Zeitschriften und in der Wissenschaft (außerdem, mit Recht, in Stellenannoncen). Nicht daß ich diese Beobachtungen für Argumente hielte; aber sie sollten doch zu denken geben. Warum sträubt sich, wer ein bißchen Gefühl für die Sprache besitzt, gegen eine Form wie »ÖsterreicherInnen«? Am großen I in des Wortes Mitte kann's wohl nicht liegen; ein solches ist unorthodox, darob aber noch nicht unschön. Nein, das Problem ist die weibliche Mehrzahl selbst.

Denn eine weitere frauenfeindliche Eigenart der Rippenwörter ist es, Pluralformen zu bilden, die in der Regel vier oder fünf Silben haben: Bäuerinnen, Anwältinnen, Arbeiterinnen, Siegerinnen, Bildhauerinnen. Solche Wörter sind häßlich. Sie sind zu lang. Sie sind unrhythmisch. Einer betonten Silbe folgen drei, vier, manchmal – wie bei den unglücklichen Österreicherinnen – sogar fünf unbetonte! Die männlichen Entsprechungen hingegen bestehen aus zwei, drei oder allenfalls vier Silben. Viersilbige Maskulina, die auf dem ersten Vokal betont werden (wie die Österreicher), sind obendrein weniger häufig als weiter hinten betonte (wie Philosophen, Komponisten und Dirigenten).

Die ohnehin schwer vermeidbare Häßlichkeit des Deutschen

Nun, es mag die patriarchats- und sprachverdrossenen Reformer verblüffen, aber einem wohlgeratenen Satz eignet ein Rhythmus. Zwei- und dreisilbige Wörter befördern den rhythmischen Wohlklang, vier-, fünf- und sechssilbige zerhacken ihn gnadenlos, zumal wenn sie solche Konglomerate von unbetonten Silben enthalten wie die Mehrheit der femininen Mehrzahlformen.

Das Deutsche neigt ohnehin zu langen, unrhythmischen Wörtern (vermutlich ein wesentlicher Grund, warum es von den meisten Menschen als weniger schön empfunden wird als etwa das Italienische oder das Französische); man wird also danach trachten, holprige Wörter zu vermeiden, wann immer dies möglich, und man wird die weiblichen Pluralformen nur gebrauchen, wenn sie unbedingt erforderlich sind.

Es ließe sich einwenden, mein Rhythmusgefühl sei eben patriarchalisch geprägt, und ich hielte die Maskulina für schöner, weil sie üblicher, oder schlimmer: weil sie Maskulina seien. Um zu beweisen, daß dem nicht so ist, muß ich abermals das Lateinische bemühen.

Im Lateinischen sind männliche und weibliche Formen, wenn nicht – wie bereits dargelegt – gleich, so doch gleich lang. Stellen wir die o- und die a-Deklina-tion

am Beispiel von »amicus« und »amica« gegenüber (zu den auch im Deutschen vorhandenen Fällen kommt ein weiterer hinzu, der Ablativ):

Singular:	
amicus	amica
amici	amicae
amico	amicae
amicum	amicam
amico	amica
Plural:	
amici	amicae
amicorum	amicarum
amicis	amicis
amicos	amicas
amicis	amicis

In allen Fällen haben, wie man sieht, »der Freund« und »die Freundin« gleich viele Silben; zwei- oder dreisilbige Pluralformen zu bilden, ist also nicht – wie im Deutschen – eines Geschlechtes Vorrecht.

Trotzdem teilten schon die alten Römer mein Rhythmusgefühl. Die Aufgabe eines antiken Dichters war es, die Worte seines Textes gemäß vorgegebenen Rhythmen anzuordnen, wobei nur lange Silben betont, kurze nur unbetont sein durften. Für die »Takte« dieser melodiosen Art zu dichten, die sogenannten Versfüße, standen vier Grundtypen zur Auswahl (sie stammen, das verraten auch ihre Namen, aus dem Griechischen): der Trochäus (betont – unbetont), der Iambus (unbetont – betont), der Daktylus (betont – unbetont – unbetont, ein Walzertakt) und der Anapäst (unbetont – unbetont – betont).

Mehrere Versfüße zusammen ergeben, kombiniert nach verschiedenen Schemata (Versmaßen) einen Vers; die Versmaße sind so erdacht, daß nie mehr als zwei unbetonte Silben aufeinanderfolgen. Das wohl bekannteste Versmaß ist der Hexameter: Er besteht aus sechs Versfüßen, deren letzter immer ein Trochäus ist, der vorletzte fast immer ein Daktylus. Wer einmal Latein gelernt hat, entsinnt sich wohl der »Vier Zeitalter« des Ovid:

Aúrea príme satá est aetás quae víndice nullo
spónte suá sine lége fidém rectúmque colébat.

(Für jene, die's nachsprechen wollen: Die Betonungen sind angezeichnet; Vokale, die zusammenstoßen – wie bei »sata est« –, werden zu einer Silbe verschliffen.)

Der antike Vers ist also aus lauter Zweier- und Dreiertakten aufgebaut, ohne daß diesen etwas Männliches anhaftete; und das Empfinden, die deutschen weiblichen Pluralformen seien häßlich, weil holprig, ist nicht patriarchalisch, sondern rhythmisch. Halten wir fest: Die vielleicht krasseste frauenverachtende Eigenschaft der deutschen Sprache ist es, den Frauen Bezeichnungen zu geben, die sich im Plural dem regelmäßigen Gebrauche sperren, ihrer Länge wegen; die, kurz gesagt, im Grunde unbrauchbar sind.

(Der Tageszeitung »Standard« wurde verschiedentlich vorgehalten, ihr Werbe-

spruch »Zeitung für Leser« vernachlässige die Leserinnen; ein absurder Vorwurf, wie nun leicht zu erkennen ist. »Zeitung für Leser« besteht aus einem Daktylus und einem Trochäus und ist daher ein Slogan; »Zeitung für LeserInnen« bestünde aus einem Daktylus und einem Silbenhauften und wäre daher ein Gestotter.)

Wie man unsere Sprache im Sinne der Gleichberechtigung reformieren soll, ist mir völlig schleierhaft; was bisher in dieser Absicht geschehen ist, berührt die wahren Probleme natürlich nicht einmal am Rande. Im Gegenteil:

Es erzeugt ein falsches Bewußtsein, weil es vorgaukelt, durch die gekonnte Anwendung des Schrägstriches und des großen I werde das Deutsche von jeder patriarchalischen Ideologie befreit. Was von derselben übrigbleibt (nahezu alles nämlich), erhält so den Sanktus der scheinbar Fortschrittlichen.

Das Deutsche kann man nur abschaffen oder lassen, wie es ist. Es abzuschaffen (ein gänzlich unrealistischer Gedanke, versteht sich), wäre schade, ist es doch – bei allen Fehlern – eine besonders ausdrucksstarke und nuancenreiche Sprache. Es jedoch zu lassen, wie es ist, bedeutet keineswegs, seine Frauenfeindlichkeit gutzuheißen.

Die Sprache ist ja ein so wunderbares Instrument, daß man sie kraft ihrer selbst analysieren und, wenn nötig, entlarven kann. Man kann Menschen auf Deutsch darüber aufklären, was Geistes Kind das Deutsche ist; eine Aufgabe, die des Eifers der Patriarchatsüberdrüssigen wohl wert wäre. Man kann (und soll) Artikel wie diesen schreiben, man kann (und muß) die Dominanz des Maskulinums zum verpflichtenden Lehrstoff für den Deutschunterricht aller Schultypen machen.

Ist die Ideologie, die die Sprache transportiert, einmal durchschaut, dann ist ihr der Stachel genommen. Wer dieses Niveau des Wissens und des Bewußtseins erreicht hat, wird seine Muttersprache fortan als (zumindest in dieser Hinsicht) ungenügend empfinden. Erst wenn dies dereinst für die Mehrheit all jener gilt, die Deutsch sprechen, darf man erwarten, daß die Menschen – schrittweise und ganz von selber – ihre Sprache ändern (oder, in Ermangelung vernünftiger Reformideen, tatsächlich durch eine neue ersetzen). In zweihundert oder dreihundert Jahren ist es womöglich schon so weit. Bis dahin freilich ist zu beachten: Banale Kosmetik ersetzt nicht die mühsame Arbeit der Aufklärung, die zudem nur bei denen Erfolg zeitigen wird, die geneigt sind, das Patriarchat an sich für ein Problem zu halten. Zuerst heißt es, für die faktische Gleichstellung der Frauen zu kämpfen, dann erst für die sprachliche.

Denn – das sei nicht verhohlen – die Vorherrschaft der Männer ist zwar gewiß auch in der Grammatik von Bedeutung, aber eben nur von untergeordneter. Bei den alten Römern war, der Sprache zum Trotz, die Stellung der Frau fraglos ungleich schlechter als hier und heute.

Bernd Marin

Über Patriarchinnen, Biopolitik und moralische Vergewaltigung

Offener Brief an Elfriede Hammerl wegen
»Verwirrte Begriffe«, »profil« 23/1994, 113

Liebe Elfriede Hammerl!

Wie Sie wissen, gehöre ich, altmodisch gesagt, zu Ihren Verehrern, Ihre geistreichen Kommentare zu Geschlechterkampf und Familientohuwabohu lese ich mit vorbehaltlosem Vergnügen. Regelmäßig verschenke ich Ihre Bücher.

Das schließt Auffassungsunterschiede nicht aus: Über Ihre Kritik an Ruth Borker und Camille Paglia konnte man noch ruhig reden. Was Sie aber kürzlich über Ferenc Fehér und Agnes Hellers Theorie der Biopolitik schrieben, ging so daneben, daß Widerrede angesagt ist.

Da werden »große Geister«, »international anerkannte DenkerInnen« als »verwirrt«, »drollig«, »kurios«, »komisch«, »bizarr« und viel Schlimmeres entlarvt. Alles aus einem unredigierten Interview der Autoren in einer fremden Sprache, ohne das Buch gelesen, die Theorie studiert, der Konferenz beigewohnt zu haben.

Um nichts, worum es den AutorInnen der »Biopolitik« geht, in Theorie und Polemik gegen *political correctness*, geht es in Ihrer Polemik – das was Rabinbach »sanften Totalitarismus« nannte. Kein Wort über die Gefahren der neuen, progressistisch verkleideten (nicht: alt-faschistischen) Politisierung von Körper, Rasse und Natur; von moralischem Bürgerkrieg und Hinrichtungs-Spektakeln im Freund/Feind-Schema à la Clarence Thomas-Heerings, von fundamentalistischem Kulturkampf statt Interessenpolitik, vom »späten Triumph« Hitlers« in der Rassenpolitik Amerikas und Osteuropas.

Um Ihr Mißverständnis genau festzuhalten: nicht Martin Luther King, der den weißen Rassismus friedlich bekämpfte, war ein Rassist. Black Muslim Khalid Abdul Muhammad, der zur Tötung aller Weißen in Südafrika aufruft und Juden als »Blutsauger« beschimpft, oder der Nation of Islam-Führer Louis Farrakhan sind schwarze Rassisten und Antisemiten. Ähnliche Perversionen wie in der Black Power-Bewegung gibt es im Feminismus. Und wie Jessie Jackson sich langsam vom Rassismus mancher schwarzen Brüder los sagte, beginnen Feministinnen, junge und junggebliebene, sich von ihren biopolitischen, sexistischen und totalitären Schwestern loszusagen.

Nicht dieser selbstreinigende Dissens schadet der Frauensache, sondern im Gegenteil blinde Solidarisierungsreflexe mit

allem, was sich feministisch nennt – und Zensorengehebe. Der neue Totalitarismus nimmt zwar oft so lachhafte, »kuriose« und »bizarre« Formen an, wie die von Catharine MacKinnon perhorreszierte Pornographie, ist aber um nichts ungefährlicher als der von Ihnen verabscheute traditionell-sexistische »selbstherrliche Anspruch auf jegliches ... Weiberfleisch« – wer würde den nicht degoutieren?

Aber ist eine Frau, die Lippenstift und Nagellack trägt und damit dem feindseligen Klischee, das sexistische Männer über Feministinnen verbreiten, widerspricht, tatsächlich als Professorin ungeeignet, weil politisch inkorrekt? Ist Selbstverbrennung vor einer Buchhandlung, die auch »pornographische« Bücher anbietet, erstaunlich, wenn die Pornoindustrie, von »Playboy« an, von einer Princeton-Professorin mit Sklaverei, Lynchen, Folter und dem Holocaust verglichen wird? Ersparen wir uns weitere Peinlichkeiten dieses neuesten Moralkreuzzugs. Immer schon haben löbliche Absichten den Tugendterror nur noch unerträglicher gemacht. Daher kommt die schärfste Kritik naturgemäß von Sympathisanten, Frauenrechtlerinnen und Frauenfreunden – und umgekehrt der Bannstrahl gegen die vermeintlichen HäretikerInnen.

In der Biopolitik ersetzen Zensur und Denunziation das Argument: Konrad Paul Liessmann und Erhard Stackl werden gemäßregelt. Und wenn sie »den Feminismus diskreditieren«, werden sogar »große Geister« urplötzlich »nicht viel besser als Stammtischbrüder«, »breitbeinige Popoklopfer«, Agnes Heller »äußert sich wie ein alter Patriarch« – was unter Juden ja endemisch sein soll und daher immer abschätzig verwendet wird. Darin spiegelt sich auch die verdrängte zwiespältige Sehnsucht einer »vaterlosen Gesellschaft« nach starken, beschützenden Gestalten: Gegen längst ausgestorbene »Patriarchen« wüten nur noch die unterdrückten Söhne autoritär-schwacher und die ungeliebten Töchter kalter Väter.

Sprechen Sie bitte nicht von einzelnen Auswüchsen, solange im Namen des Feminismus Andrea Dworkin das Recht auf freie Meinungsäußerung oder MacKinnon die Freiheit der Kunst angreifen dürfen, während große Figuren von Simone de Beauvoir, Alva Myrdal und Betty Friedan bis Camille Paglia oder die junge Kathie

Roi phe aus dem Feminismus hinausdefiniert werden. Im Gegensatz zu Flügelkämpfen sind Exkommunikation und andere inquisitorische Praktiken nur ein Schwächezeichen der Frauenbewegung.

Worum geht es? Können Opfer Täter werden und dennoch Opfer bleiben? Und wie schützen sich Frauen am besten gegen sexuelle Gewalt, Belästigung, Anmaßung, Unverschämtheit, Machtmißbrauch? Das sind wichtige Fragen, sie bedürfen daher ernsthafter Überlegungen und nicht hastiger und vereinfachender Antworten.

Rassismus oder Sexismus können auch in Gemeinschaften wachsen, die selbst jahrhundertlang Opfer von Gewalt und Bigotterie, Rassismus und Sexismus waren. Unterdrückte können es ihren Unterdrückern gleichtun wollen: jüdische Siedler können zu Faschisten, schwarze Aktivisten zu Rassisten, Feministinnen sexistisch oder repressiv werden. Tiefenpsychologisch heißt das Identifikation mit dem Aggressor, philosophisch eine abstrakte Negation. Zu leugnen, daß das auch im Feminismus vorkommt, heißt ahnungslos sein – oder es gutzuheißen.

Niemand würde bestreiten, daß Antisemitismus Antisemitismus bleibt, auch wenn der Autor Otto Weininger Jude ist. Warum zögern dann viele anständige Menschen, Dummheit, Lügen, Vorurteile, Rassismus, Einschüchterung, Intoleranz und Zensur beim Namen zu nennen, wenn sie von anderen traditionell benachteiligten Gruppen wie Afro-Amerikanern oder Frauen kommen? Gelten »links« niedrige Maßstäbe?

Natürlich ist der Feminismus nicht »für das verantwortlich ... wogegen er sich wendet«. Aber er kann sexistischer Biopolitik oder repressiver Moral durch eine bloße Umkehrung der Prämissen patriarchaler Herrschaft hindurch verhaftet bleiben – und tut das nach Auffassung der Autoren. Über diese ernsthafte Kritik muß man ernsthaft, ohne Denunziation und verbalen Totschlag diskutieren dürfen. Puritanische Gesinnungstyrannie – was frau/man sagen, denken, fühlen darf oder muß – schadet nur, wo sie helfen will.

Nehmen Sie das Beispiel sexueller Belästigung. Kein sensibler Mensch wird sie verharmlosen. Auch die Autoren betonen die Gefahr des Machtmißbrauchs. Aber man muß sich fragen dürfen, ohne wie Agnes Heller klammheimlicher Komplizität mit »breitbeinigen Popoklopfen« geziehen zu werden, wie weit das Phänomen reicht, von wem es wie ausgelegt werden soll – und ob Gesetze und Gerichte der richtige Weg sind zum Schutze, oder nicht vielmehr »die Frauen infantilisieren«. Gerade selbständige Frauen halten Gesetze, die nicht nur Gewalt und Mißbrauch von Abhängigkeit bestrafen, für unwirksam, lächerlich – und demütigend für Frauen.

Grapschende Bosse und mikrophonlutschende Kotzbrocken im Parlament, das sind Auslaufmodelle und Debatten von gestern; heute geht es darum, wieviel Freiheit – auch der Frauen – einer politisch

korrekten Reglementierung der Geschlechterverhältnisse zu opfern wäre. Ausnutzung von Abhängigkeit ist zu ahnden, aber Clintons angebliche »Übergriffe« müssen erst nachgewiesen und seine »sexistischen Verfehlungen« nicht bloß behauptet werden: kurzer Prozeß ist reine Feme. Und gegen lästige Kollegen oder gar aufsässige Schüler oder die Burgstallers helfen weniger Gesetze und Gerichte als Ächtung aus Takt und politischer Kultur. Wer Belästigung mit Machtmißbrauch in Diktaturen gleichsetzt, verharmlost Diktaturen und erniedrigt Frauen zu Hascherln. Nur Machos sehen Frauen so hilflos und schutzbedürftig wie Kinder.

Während ich Ihre Polemik erwiderte, starb Ferry Fehér, überraschend, innerhalb einer Stunde, lange vor seiner Zeit. In ihm verlieren wir nicht nur einen großen Denker, sondern einen selten aufrichtigen, wahrhaft mutigen Intellektuellen – und einen wunderbaren Menschen. Dieser redliche und couragierte Mann brauchte sich,

ebenso wie seine Frau Agnes Heller, von niemandem auf die Finger oder sonst wohin klopfen oder erlaubte Gedanken vorschreiben zu lassen.

Früher haben Fehér & Heller ihren Mut mit Jobverlust und Exil bezahlt. Jetzt werden als Beispiel gelebter Gleichberechtigung von Mann und Frau und als Frauenrechtlerinnen jenseits zeitgeistiger Moralkreuzzüge von ein paar Feministinnen denunziert, deren Sexismus und Intoleranz sie nicht unwidersprochen lassen – und denen man nur wünschen kann, sie wären so emanzipiert wie die »alte Patriarchin« Agi Heller.

Denunziation ist die schlimmste aller Belästigungen. Denunziation ist eine moralische Vergewaltigung, ja ein Vernichtungsversuch – gerade im kleinbürgerlich-hypermoralisierenden Intellektuellenmilieu. Hier sind »Stammtischbrüder« so vogelfrei wie »Intellektuelle« für Stammtischbrüder. Das sollten Sie wissen – und bedacht haben.

Thomas Rothschild

»Kursbuch« Hundertsechzehn

Auf der Höhe der Zeit
Kursbuch 116: Verräter, Rowohlt
Berlin 1994, 186 Seiten, 15 DM

Zu Zeiten des Kalten Kriegs unterstellten moskautreue Kommunisten ihren Gegnern den Vorwurf, Russen würden kleine Kinder verspeisen. Indem sie die Absurdität dieser Behauptung nachwiesen, meinten sie, auch widerlegt zu haben, daß in der Sowjetunion Menschen massenhaft in Lagern umkamen.

Die Methode ist immer dieselbe: man entkräftet einen nie geäußerten Vorwurf, um den zu Recht bestehenden aus dem Gespräch zu schaffen.

Das »Kursbuch«, einst theoretisches Zentralorgan der Neuen Linken, seit einiger Zeit jedoch mit zunehmender Energie den Wendekurs anzeigend, weil Kursbücher nun mal keine Richtungen bestimmen, sondern nur die eingeschlagenen dokumentieren, hat seine jüngste Nummer der (Selbst-) Verteidigung von »Opportunisten« gewidmet.

Jenen, die für »Standfestigkeit« plädieren, wirft Henryk M. Broder, der mal wieder das erste Wort hat, »intellektuelle Unbeweglichkeit und faule Selbstgenügsamkeit« vor. Er orte sie auf dem »Gipfel eines Ruinenbergs«, während er sich in den Niederungen eines Kapitalismus tummelt, die er wohl für blühende Täler hält.

Daß, wer stur an einer einmal gefaßten Meinung festhält, Gefahr läuft, hinter dem aktuellen Erkenntnisstand zurückzublei-

ben, ist ebenso wahr wie banal. Daraus läßt sich aber nicht per Umkehrung schließen, daß jeder Gesinnungswandel schon Fortschritt bedeute. So richtig es war, Galilei in seinem »Verrat« zu folgen, so überflüssig wäre es, nun Galilei zu »verraten«, bloß weil mal wieder ein Wechsel der Ansichten nötig schiene. Und es spricht manches dafür, weiterhin an den Fallgesetzen festzuhalten, unbelehrbar – ihrer lang anhaltenden Gültigkeit zum Trotz. Wer, wie Broder, für sich ein »Leben voller Irrtümer« beansprucht, sollte zumindest die Möglichkeit ins Kalkül einbeziehen, daß er jetzt irrt – auch bezüglich früherer Irrtümer. Zuzustimmen ist Christian Semler, der in seinem Beitrag mit dem Schnitzler-Titel *Der Weg ins Freie* (wenn auch, gemäß einem aktuellen Trend zur Vertauschung der Fälle, mit falschem Genitiv) meint: »die Weigerung, Bruch und Neuanfang in der eigenen Biographie, zumal der politischen, zu erklären, weckt Zweifel daran, ob der Politiker (Journalist, Wissenschaftler) heute in der Lage ist, gemäß der jetzt von ihm vertretenen Überzeugungen zu handeln. Ob er sich diese seine gegenwärtigen Überzeugungen tatsächlich in Auseinandersetzungen mit seiner ursprünglichen Position erarbeitet hat und nicht auf der jeweils nächsten Welle schwimmt.«

Daß es Einsichten sind, die jemanden heute Positionen einnehmen lassen, die er früher bekämpft hat, glaube ich frei nach Arthur Schnitzlers Professor Bernhardt nur, wenn es mit einigem Risiko verbunden ist, sie zu verteidigen.

Die Seilschaft der ›Kursbuch‹-Autoren, der man in nur wenig variiert Besetzung seit einiger Zeit überall begegnet, phantasiert eine Seilschaft, die die (an anderen Stellen längst totgesagte) verbliebene, sich ihrer eigenen totalitären Vergangenheit nicht stellende Linke verbinde (Sibylle Tönnies). Wer sich, wie die Autorin, einst im Treppenhaus »auf unsicheres Gewässer begab«, benötigt heute als Mindestausrüstung eine Verschwörungstheorie, um die eigene gesicherte Stellung an den bespöttelten »Fleischtopfen« als Endziel eines mühsam erkämpften Wegs in die geistige Unabhängigkeit zu rechtfertigen.

Richtig ans Herz greift der Beitrag von Bernd Ulrich, der uns »Das Geheimnis« verrät, woran Opportunisten leiden: »Die Folge der Vertreibung aus der linken Wüste ins Paradies des freien Denkens ist: Man kommt nie ganz weg, und man kommt, innerhalb des Links-Rechts-Kontinuums, erst recht nirgendwo an. (...) Und den Stallgeruch wird nicht mehr los, wer ein paar Jahre auf der ›animal farm‹ verbracht hat.« Da haben wir es. Wie der ewige Jude, der natürlich stinkt, irren sie durchs »Paradies des freien Denkens« (die SPD, die »FAZ«, oder gar das »Kursbuch«?), weil sie halt nie nie anderes gekannt haben als Wüste, Wüste, Wüste – und den Orwell, der das bisserl Wasser zum Überleben vor der Vertreibung spendete.

Muß es nicht zu denken geben, daß sich die Generation, die den Nationalsozialismus mehr oder weniger aktiv, mehr oder weniger überzeugt, mehr oder weniger fanatisch mitmachte, niemals gezwungen sah, derart radikal öffentlich mit ihrer Vergangenheit abzurechnen, wie es heute einige tun, die sich einst zur Linken rechneten. Es bestätigt die nur vorübergehend und scheinbar unterbrochene deutsche Kontinuität eines rechten Grundkonsens, daß sich früher oder später zu entschuldigen hat, wer gegen ihn verstieß. Nicht die (in Erinnerung an marxistische Relikte gespenstisch personifizierte) Geschichte hat den Sozialismus ein für alle Mal erledigt, wie uns fast alle »Kursbuch«-Beiträge versichern, sondern die Profiteure des Status quo, in diesem Jahrhundert in Deutschland niemals ernsthaft gefährdet, haben uns verboten, ihn zu denken. Daß selbst gestrige Linke, die verschiedene Gegner der Sowjetunion und der DDR waren, darauf hereinfallen und sich den Anschein geben, als hätten ihre Utopien mit deren totalitärem System geliebäugelt, hat weniger mit Sklerose zu tun als mit eben jenem Opportunismus, um den es im aktuellen »Kursbuch« rechtfertigend geht.

Und so möchte Richard Wagner, für den Nation kein Fremdwort ist, nicht von ukrainischen KZ-Wächtern oder der kroatischen Ustascha sprechen, sondern von

den Verbrechen der Roten Armee, fünfundvierzig in Berlin. Wenn das »Kursbuch« erst richtig in Fahrt kommt...

Klaus Hartung bemüht sich mal wieder um die Rehabilitierung eines »Nationalen«, das natürlich mit Nationalismus nicht mehr gemeinsam hat als den Wortstamm, und schlägt als Alternative zu linken Interventionen gegen fremdenfeindliche Aktionen vor:

»Der Schutz der Minderheiten wäre sicherer, wenn es als Schande für die Deutschen begriffen würde, daß Ausländer auf der Straße gejagt werden. Das setzt aber eine Identifikation mit der eigenen Nation voraus.«

Warum der Schutz nicht noch sicherer wäre, wenn sein Ausbleiben als Schande für die Brillenträger oder für die Fußballfreunde begriffen würde, mit denen man sich demnach zu identifizieren hätte, erklärt Hartung nicht.

Claus Leggewie hebt erneut das Klage lied über die *political correctness* und den Lobgesang auf Rebellion, Frontenwechsel und Voltaire an, und er hat ja so recht – nur: wem will er mit welcher Absicht was sagen, was die oder der nicht schon wußte, Überhaupt: wo ist sie eigentlich angesiedelt, die menschenverschlingende *political correctness*, bei jenen etwa, die Reich-Ranicki seine Geheimdiensttätigkeit vorwerfen? oder bei jenen, die Reich-Ranickis Ankläger der Hexenjagd zeihen? oder vielleicht bei Reich-Ranicki selbst, dem Christa Wolfs länger währende Parteimitgliedschaft mißfällt? und wo, bitteschön, findet sich bei diesem ganzen Possenspiel die Linke?

»Denkt gefährlich!« fordert Leggewie, und die »FAZ« vom 18. Juni interpretiert das in zwei Artikeln, die man komplementär lesen muß, »auf der Höhe der Zeit«: nicht denkbar darf sein, daß die DDR kein Knast gewesen sei; denkbar hingegen muß sein, daß die Gaskammern nicht funktionieren konnten. Ich werde meinen wundersam abhanden gekommenen Großeltern (denkbar, daß sie gar nicht tot sind?) empfehlen, »Auschwitz in technischer Perspektive zu betrachten«. Denn das leuchtet schließlich ein: Menschen mit Gas zu töten ist ein weitaus schwierigeres technisches Problem, als einen Staat mit jenen Attributen zu versehen, deren Gesamtheit den Begriff »Gefängnis« definiert.

Welche Motive lassen wem was als denkbar und als bedenkenswert erscheinen? Denkbar ist, daß Südafrika eine friedlichere Zukunft hätte, wenn die Schwarzen erst mal ein paar Millionen weiße Apartheid-Befürworter massakriert hätten. Wer aber sollte mit welchem Ziel und mit welcher Wirkung solches denken?

Unsere zu den reaktionären Ansichten ihrer Väter Bekehrten beklagen ein angebliches linkes Denkverbot gegenüber Thesen, die einem längst massiv aus Zeitungen und von Plakatwänden entgegendenken. Daß hingegen der Gedanke unzulässig ist, die Marktwirtschaft könne vielleicht doch nicht alle Probleme lösen, stört sie nicht.

Die Tabus der Mächtigen sind auch ihre Tabus geworden. Ihr Eifer kennt nur eine Richtung. Darin sind sie sich treu geblieben.

Wieviel Zivilcourage ist eigentlich vonnöten, um Botho Strauß, Martin Walser oder Hans Magnus Enzensberger zu verteidigen? Als Leitmotiv durch die meisten »Kursbuch«-Beiträge zieht sich, was Klaus Hartung bündig so formuliert: »Die Linke, die einst aus dem Tabubruch ihre Kraft bezog, hütet die Tabus.« Es ist schon wahr: auch die Linke hatte und hat ihre Tabus. Es ist schon wahr: allzu oft wird zutreffende Kritik durch schlagwortartige Diffamierung – Faschist, Rassist, Frauenfeind – abgewehrt (was nicht bedeutet, daß es nicht tatsächlich Faschisten, Rassisten, Frauenfeinde gibt – die im übrigen, und das kompliziert das Ganze, in einzelnen Punkten dennoch recht haben können). Es ist schon wahr: allzu rasch rufen manche Linke nach Verboten. Winfried Bonengels *Beruf Neonazi* ist allerdings das denkbar schlechteste Beispiel. Die Front zwischen Befürwortern und Gegnern eines Verbots dieses Films verläuft quer zur Links-Rechts-Unterscheidung. Aber wie wäre es, wenn sich die couragierten Tabubrecher des »Kursbuchs« mal etwa mit folgenden Thesen auseinandersetzen: daß Kirchenvertreter, die nach 1945 Nazi-Kriegsverbrecher deckten und ins Ausland brachten, zumindest ebenso zur Verantwortung gezogen werden sollten wie das Ehepaar Jens, das Deserteuren während des Golfkriegs Quartier bot; daß die Familie eher eine Disziplinierungs- und Unterdrückungsinstitution denn eine schützende Struktur ist und daher vom Staat nicht gefördert werden sollte; daß Höchstverdiener bis zu achtzig Prozent Steuern bezahlen sollten; daß die Autonomie der Hochschulen systematisch, mit Unterstützung der Sozialdemokratie, demontiert wird mit der Propagierung von Drittmittelforschung etc. etc. Ein Einspruch der Linken, die »die Tabus« hütet, ist nicht zu befürchten.

Die zynisch gewendeten Kämpfer gegen das Unrecht machen sich große Sorgen um den Besitz derer, die in der DDR enteignet wurden. Daß die arisierten Wohnungen und Betriebe nach wie vor jenen gehören, die sie sich durch Nazirecht angeeignet haben, nehmen mittlerweile selbst Juden, wenn sie vom Zungenkuß mit der Macht betört sind, als läßliche Sünde hin. Zu den Zeiten, da »die Linke« nach Hartung den Tabubruch pflegte, galt für Kommunisten: »Wenn dich der Feind lobt, hast du etwas falsch gemacht.« Heute lautet der Konsens: wenn Gysi etwas Einleuchtendes sagt, heuchelt er. Es sind nicht die Linken, die Zustimmungsverbot erteilen, wenn Gysi »gefährlich denkt«.

Die von mehreren Autoren artikulierte Aufforderung an eine Linke, die es also offenbar doch irgendwie irgendwo gibt, sich der gegenwärtigen Wirklichkeit zu stellen, meint im Klartext: sich ihr anzupassen, sie nicht verändern wollen zu sollen, sich so

zu verhalten, wie die Mahner: opportunistisch eben. (Man kann das auch, feiner, pragmatisch nennen.)

Das »Kursbuch« 116 enthält noch eine üppige Zahl von hier unerwähnten Seiten, auf denen mal originelle, mal langweilige Ausführungen gedruckt sind, die nur eins verbindet: daß sie mit dem angekündigten Thema soviel zu tun haben wie die Lottoergebnisse mit dem Rinderwahnsinn.

Übrigens: das »Kursbuch« heißt »Verräter«, nicht »Opportunisten«. Indem die Autoren den als Verräter titulierten Opportunisten loben, loben sie vor allen Dingen sich selbst. Nicht einer ist dabei, der den Verrat an jener Position pries, die er gerade einnimmt. Das, zumindest, sollte Skepsis erregen.

Die Autoren verteidigen sich gegen den Vorwurf des Verrats, den ihnen niemand gemacht hat. Sie haben nie, unter Risiko, ein Kollektiv, eine Idee »verraten«, sondern sich bloß konjunktuell umorientiert, als ihnen dies Vorteile einzubringen versprach. Sie sind Opportunisten: nicht mehr und nicht weniger. Herbert Wehner, den Christian Semler (im genannten, neben den Aufsätzen von Friedrich Christian Delius und Eva Demski am wenigsten eitlen Beitrag des Hefts, an dem mein Romanistenfreund nur auszusetzen hat, daß er aus einem »embarras« eine »embarrasse de richesse« macht) und Claus Leggewie erwähnen, hat mit seinem »Verrat« das Leben riskiert. Die Broders, Hartungs und Stephans werden seit und dank ihrem »Verrat« als Medienstars gehätschelt. Das ist der Unterschied.

Im übrigen ist es bemerkenswert, mit welcher Regelmäßigkeit solche, die für sich das Recht auf »Verrat« und den Verzicht auf eine »Vor-Zensur durch die Gutmeinenden« in Anspruch nehmen, ehemaligen Freunden »Verrat« vorwerfen und übelnehmen, wenn diese sich unzensiert kritisch zu deren Gesinnungswandel äußern. Sie erwarten eine Solidarität, und sei es bloß eine des Stillschweigens, die sie ihrerseits aufgekündigt haben. Sie teilen, wirkliche und eingebildete Tabus zertrümmernd, aus und betonieren Tabus, wenn's zum Einstecken kommt. Grotesk wird es, wenn Henryk M. Broder, der jeden Kritiker Israels oder des Films *Schindlers Liste* als Antisemiten stigmatisiert, sich selbst zum Opfer linken Verrats-Verdachts stilisiert. Daß es sich beim vorliegenden »Kursbuch« um eine Selbstkritik der Linken handle, ist ein fulminantes Mißverständnis. Es geht allein um die Selbstrechtfertigung der Überläufer.

Und wenn nun einer meinte: schickt doch dieses ganze Gesocks zum Hutsenschleudern in den Prater – wäre das linke Unduldsamkeit oder das von Claus Leggewie emphatisch geforderte »gefährliche Denken«?

Nur eins: wo sind Peter Schütt und Klaus Rainer Röhl abgeblieben, und wäre es nicht an der Zeit, Günther Maschke die Avantgarde-Medaille für aufklärerischen Verrat zu verleihen?

Thomas Rothschild

Der süddeutsche »Joseph-Roth-Preis«

Nachgedanken eines zu Recht
durchgefallenen Kandidaten

Ein Juror hatte mich eingeladen, am Wettbewerb um den Joseph-Roth-Preis, den »kleinen Bruder« des Ingeborg-Bachmann-Preises in Klagenfurt teilzunehmen. Daß ich dabei leer ausging, ist gerecht, denn es wurde eine Reihe von Texten vorgelesen, die auch ich für besser und preiswürdiger halte als meine. Was mich aber enttäuscht, sind die Kriterien, nach denen meine beiden Beiträge diskutiert wurden. Einer davon war die in diesem Heft erscheinende Auseinandersetzung mit dem »Kursbuch 116«.

Kurz vor meinem Vortrag hatte Klaus Harpprecht, der wortgewaltige und ohne Zweifel kluge Sprecher der Jury, verkündet, er liebe scharfe Polemik, die Namen nenne. Meine Polemik aber veranlaßte ihn zu einer ausschweifenden Tirade gegen die Linke, die gleichsam für alle Zeiten (und auch in meiner Person) für die Moskauer Schauprozesse verantwortlich sei, und noch am nächsten Tag pokerte er nach und ereiferte sich, anlässlich eines Textes einer keineswegs radikalen Kollegin über die heutige Haltung von Westdeutschen gegenüber Bürgern der ehemaligen DDR, völlig unmotiviert gegen die 68er-Generation. Harpprecht liebt also Polemik offenbar nur, wenn sie sich in einer politischen Richtung äußert, mit der er übereinstimmt. Da er nicht imstande oder nicht willens ist, einen Text handwerklich zu diskutieren, der ihn politisch provoziert, da er mit seinem Haßausbruch den gesamten weiteren Verlauf der Diskussion bestimmte, kann ich, bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Jury, jedem, der links von der »Süddeutschen Zeitung« steht und das in seinem Beitrag auch nicht verbergen will, nur abraten, an einem Wettbewerb teilzunehmen, der sich objektiv gibt (ausgerechnet Harpprecht hatte sich am ersten Tag gegen das Ideologische ausgesprochen), in Wahrheit aber nicht zu dulden bereit ist, was jenseits des liberal-konservativen (also auch des sozialdemokratischen) Konsens liegt. Eine professionelle Souveränität, die von eigenen politischen Ansichten zu abstrahieren vermag, ist leider in dieser Jury, entgegen meinen Erwartungen, nicht bei allen vorhanden.

Daß bei einem österreichischen Wettbewerb sechs von neun Juroren Deutsche und nur zwei Österreicher sind, mag die

Lage der österreichischen Publizistik widerspiegeln. Daß aber zwar »F.A.Z.«, »Spiegel« und »Süddeutsche Zeitung«, nicht aber die »Frankfurter Rundschau« oder gar die »taz« oder der »Freitag« oder eins der Stadtmagazine in der Jury vertreten sind, läßt die Behauptung zu, daß das politische Spektrum bei der Auswahl und der Beurteilung der Kandidaten nur recht unvollkommen repräsentiert ist. Wie gesagt: ich hätte auch bei einer anders besetzten Jury keinen Preis verdient; wohl aber eine adäquatere Diskussion erlebt.

Die drei prämierten Beiträge jedoch, von denen zumindest zwei tatsächlich zu den besten gehören, die in Klagenfurt vorgelesen wurden, signalisieren einen Zustand. Obwohl der Wettbewerb für Reportage und Essay ausgeschrieben ist, gingen alle drei Preise an Reportagen, und zwar an Reportagen eines bestimmten Typs: nämlich an Sozialreportagen, die sich mit den Benachteiligten dieser Gesellschaft befassen. Es ging darin um psychisch gestörte Kinder, um Menschen aus Weimar, die sich in der Folge der Wende das Leben nahmen, und um einen Blinden, der zum Glauben gefunden hat. Nun sind solche Reportagen notwendig und, wenn sie in der Genauigkeit der Beobachtung und sprachlich gelungen sind, auch mit Gewinn zu lesen. Aber es fällt doch auf, daß Reflexion oder materialistische Analyse bei der Preisvergabe in Klagenfurt gegenüber dem beschreibenden sozialen Mitleid keine Chance hatten. Selbst die höchst originelle und geistreiche Satire Manfred Schneiders über Korruption als Fortsetzung der Marktwirtschaft mit illegalen Mitteln – gewiß kein umstürzlerisches Traktat – ging leer aus. Marx, aber auch Egon Erwin Kisch oder der jüngere Joseph Roth wurden in Klagenfurt durch eine Rückkehr zu Dostojewskij überholt. Die Ausschließlichkeit, mit der eine Position die drei Preisränge besetzt, die man, nur scheinbar widersprüchlich, als christlichen Sozialdemokratismus bezeichnen könnte, sagt etwas aus über unsere Zeit und ihren Journalismus. Die 89er haben – freilich in einem ganz anderen Sinne, als es Ulrich Greiner unlängst in der »Zeit« suggerierte – gesiegt. Und Klaus Harpprecht wird ihnen bescheinigen, daß sie ganz und gar frei sind von Ideologie.

Sven Papcke

Wer ist zuständig für den Zeitgeist?

Über Historiker, Soziologen und den Streit
um die Deutungsvorherrschaft ihrer Wissenschaft

Ein Saison-Hit am Broadway in den frühen 60er Jahren war das Schauspiel »Wer hat Angst vor Virginia Woolf?« von Edward Albee.

Unter dem vieldeutigen Titel verbirgt sich ein grimmiger, drei Stunden währender Streit zwischen einem Historiker und seiner Frau, der an den Nerven der Zuschauer zerrt. Der Ehekrieg, beherrscht von der kreischenden Martha, einer amerikanischen Spielart des Matriarchats, liefert die vordergründige Spannung des Stückes. Aber die beunruhigende Kraft des Dreiakters ergibt sich aus tieferliegenden Problemen. Denn ihr Mann George, Geschichtsprofessor an einer Provinzuniversität, so wird deutlich, ist impotent und steril. Unablässig erzählt er jedoch von einem eingebildeten Sohn und damit von der Zukunft. Zugleich hat er nur ein unzusammenhängendes Bild von dessen Vergangenheit. Martha dagegen ist begierig lebenslustig, sie verachtet sein Bramarbasieren ebenso wie das Ungefähr seiner Erinnerungen. Sie kann sich jedoch nicht von ihm lösen, denn Geschichte und Leben scheinen verdammt, so der Dichter verallgemeinernd, trotz wechselseitiger Abneigung und beiderseitigem Versagen miteinander auszukommen. Gefesselt an unsere Träume von einer Vergangenheit, die gar nicht existiert haben mag, suchen wir über die Runden zu kommen mit Lügen über unsere Aussichten. Jedenfalls, als das Publikum am 13. Oktober 1963 nach der deutschen Erstaufführung aus dem Berliner Schloßpark-Theater auf die Straße

strömte, war die Botschaft der Albee-Aufführung unmißverständlich:

Nicht nur macht die Geschichte selbst wenig Sinn, auch die Beschäftigung mit ihr bietet als *logificatio post festum* kaum Hoffnung auf sinnvolle Erkenntnis.

Edward Albee, Jahrgang 1928, brachte mit seinem Erfolgsdrama die damalige Modestimmung auf den Punkt. Denn in den 60er Jahren gab es einen schwer zu erklärenden Umschwung im Zeitgeist, der sich vom Historischen abwandte. Vorübergehend jedenfalls wurde selbst hierzulande einmal nicht die Geschichtslosigkeit der jungen Generation beschworen, eher schon stand die Reformunwilligkeit der Entscheidungsträger zur Diskussion. Entsprechend geriet die Geschichtsschreibung für fast zwei Jahrzehnte »ins Abseits«. Traditionskritik wurde groß geschrieben, wohingegen das Gewesene »in den Sog einer Denkbewegung geriet«, so der Bochumer Geschichtsdidaktiker Jörn Rüsen¹ im distanzierenden Rückblick aus den späten 80er Jahren, »die die Vergangenheit mit der Zukunft übertrumpfen wollten«.

Wechselspiel

Ganz unabhängig von den zählebigen Rivalitäten, die hierzulande seit den Tagen eines Heinrich von Treitschke zwischen der Geschichts- und der Sozialwissenschaft bestehen und die jahrzehntelang die akademische Etablierung der Soziologie verhin-

dert haben, waren nicht nur in der hiesigen Öffentlichkeit seit den 60er Jahren eher soziosystematische denn historische Deutungsmuster gefragt. Die Geschichtswissenschaft schien abgewirtschaftet zu haben, besonders in der Lehrerausbildung, weil der Zeitgeist eher futurologisch gestimmt war und sich ebenso hoffnungsfroh wie kritisch abzusetzen versuchte vom Problemschutt der Vergangenheit. Ob diese Kehre laut Stuart Hughes² auch damit zu tun hatte, daß sich die Historiographie seinerzeit selbst in akademische Nischen und damit aus der Zeitinterpretation zurückzog? Oder war diese Selbstbescheidung bereits eine Folge mangelnder Nachfrage nach einer klonomen Betrachtungsweise, die dazu tendiert, Handlungsenergien zu schlucken, da der Blick zurück allzuviel Aufmerksamkeit bindet? Beziehungsweise allen Neuerungselan einzuschüchtern, weil doch irgendwie alles verblich zu sein scheint, wenn man die Irrungen und Wirrungen der Vorzeit wirklich in Rechnung stellt?

Womöglich vertritt der amerikanische Kulturhistoriker aber auch nur eine präpotente Sicht, die den Einfluß der Wissenschaften auf die allgemeine Meinungsbildung überschätzt. Denn wenngleich das Ansehen und damit die Geltungsansprüche der verschiedenen Fächer mit ihren intellektuellen Angeboten auf dem Medienmarkt zu tun haben, so hängt das Auf und Ab ihrer Außenwirkung weit mehr noch ab vom wechselnden Fluidum auf der öffentlichen Bühne. Das aber unterliegt politischen Tendenzen und, vor allem, warenauswirtschaftlichen Nachfrageschwankungen, kaum jedoch, jedenfalls nicht kurzfristig, der wissenschaftlichen Interpretationsarbeit beziehungsweise begrifflichen Aufbereitung der Zeitläufe durch akademische Kopfarbeiter.³

Was keineswegs ausschließt, daß sich beispielsweise sozialtheoretische Erklärungsmuster nach und nach auf die allgemeine Weltwahrnehmung auswirken. Ganz und gar nicht, man denke einzig an den umfassenden Einfluß, den der mittlerweile überholte Strukturfunktionalismus eines Talcott Parsons einmal hatte. Die Wahrnehmung derartiger Denkansätze erfolgt aber nicht nur sehr zögerlich, sondern auch ausgesprochen zufällig, gefiltert durch den Verwendungswert der jeweiligen Erkenntnisse für die Medien. Die Tiefenwirkung derartiger Vorstellungen auf die Mitwelt ist zudem höchst fraglich.

Der Zeitgeist wird ja nicht von intellektuellen Meinungsführern fabriziert, sehr zu deren Leidwesen, sondern hat seinen eigentlichen Ursprung am »Stammtisch«. Mithin liegt dort auch der Mutterboden der, nein, nicht der veröffentlichten, wohl aber der öffentlichen Meinung.⁴

Doch wie auch immer, der Philosoph Peter Sloterdijk hat jüngst beobachtbare Verschiebungen mentalitärer Prägungen der Epoche wenigstens auf der Ebene intellektueller Debatten verdeutlicht, obwohl eher beiläufig. Denn eines ist gewiß,

¹ Strukturen historischer Sinnbildung, in: Werner Weidenfeld (Hg.), *Geschichtsbewußtsein der Deutschen*, Köln 1987, S. 52 ff., hier S. 52.

² H. Stuart Hughes, *History as Art and as Science*, New York 1964, S. 106 f.

³ Vgl. über Theorie und Praxis der Zeitgeistforschung noch immer Hans-Joachim Schoeps, *Was ist und was will die Geistesgeschichte*, Göttingen u. a. 1959.

⁴ Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus – und kehrt nicht wieder zurück. Die Meinungsgewalt hingegen stammt gleich von woanders, und demoskopische Spiegelungen bilden keinen Ersatz für die Mitsprache von unten: Was nur die Entfernung der realexistierenden Demokratie von ihrem Idealtypus (Selbstbestimmung) unterstreicht, der die demokratische Idee seit der Frühmoderne unterliegt.

wenngleich sich die Zeitstimmungen nicht nach, den Einflußrangeleien akademischer Disziplinen richten, besteht dennoch eine komplizierte Beziehung zwischen der Agitation einzelner Fächer und den Denkmowellen des Zeitgeistes. Was ist in dieser Beziehung Ursache, was Wirkung? Vielleicht geben die Aufmerksamkeitsschwankungen, denen die Geschichts- beziehungsweise Sozialwissenschaften unterliegen, einen Hinweis auf ihre mögliche Relevanz für die öffentliche Deutungsnachfrage?

Die Lektüre des Sloterdijk-Buches⁵ ist nicht nur deswegen spannend, weil der Autor mit Blick auf die Grenzen der postmodernen Verwaltung politische Wirkräume *jenseits* der Staatlichkeit aufzuweisen sucht. Er verdeutlicht darüberhinaus, daß im *intellektuellen* Wahrnehmungshaushalt die Systemtheorie die kritische Zeitdiagnose überholt zu haben scheint, was – nach einem Intermezzo des Historischen während der langen 80er Jahre – auf eine erneute Versozialwissenschaftlichung des Zeitgeistes hindeuten könnte.

Wohlgemerkt *könnte*, denn diese Kehre ist in den Medien noch nicht angekommen, die weiterhin von geschichtlichen Metaphern geprägt zu sein scheinen. Man halte sich nur die Anteilnahme vor Augen, welche die Flut historiographischer Veröffentlichungen nach wie vor findet. Von der knappen Ressource der öffentlichen Aufmerksamkeit bleibt für die Sozialwissenschaften derzeit kaum etwas übrig.

Realitätstüchtig?

Nun sollte man annehmen, daß eine für die Öffentlichkeit ergiebige Sozialtheorie mehr oder weniger die realen Veränderungen der Wirklichkeit beim Namen nennen muß, deren wechselnde Gestalt in der Neuzeit von den Trends einer entfesselten Marktwirtschaftlichkeit abhängt. Für den Zeitgeist ausschlaggebend sind aber offenbar keineswegs immer *solche* Vorstellungen, welche den Zustand einer Epoche am genauesten spiegeln. Auch das deutet auf den erwähnten Bruch hin, der zwischen wissenschaftlicher und weltanschaulicher Betrachtung entstehen kann. Tatsächlich scheinen zwischen den Zeitläuften und ihren Weltbildern immer Spannungen zu herrschen. Sei es, daß die Mitwelt einer zu meist schwer erträglichen Gegenwart nostalgisch entflieht oder sie utopisch überhöhen möchte. Andernfalls wäre die Auseinandersetzungen um eine »ideologische Hegemonie« (Gramsci) in den unterschiedlichen Epochen nicht ein Streit um Herrschafts- und Gehorsamsmythen gewesen, sondern um die triftigste Lagebeschreibung. Und die gelänge in unserer Marktwelt allemal jenen Fächern oder Anschauungen am besten, die den Ordnungsnot, Neuerungsbedürfnissen beziehungsweise Nützlichkeitsabwägungen des dominanten wirtschaftlichen Kerns der Moderne gedanklich am ehesten entsprächen.⁶ Vergli-

chen damit wären alle anderen Deutungsweisen der Weltläufe intellektuelle Spiele-reien, politische Wunschbilder oder sonstige Illusionen.

Wie langweilig kommt uns das vor. Aber es erklärt immerhin, warum es heute den Geisteswissenschaften insgesamt so schwer fällt, ihre akademische Existenzbe-rechtigung darzulegen.⁷ Geht es doch seit geraumer Zeit um den Nachweis ihrer Nützlichkeit, durchaus im marktwirt-schaftlich engen Sinne verstanden. Und ge-gen diesen Kosten-Nutzen-Druck bewirkt es offenbar wenig, mit Odo Marquard⁸ auf die »Inkompetenzkompensationskompe-tenz« hinzuweisen, um solchermaßen ihre »Unvermeidbarkeit« demonstrieren zu wollen.

Im Fall der Soziologie, nach einer Blüte in den 60er und 70er Jahren, hat die Ge-ringschätzung womöglich mit ihrem Ruf als Unruhestifter zu tun. Dieser Mißkredit ist indes vielleicht auch als Enttäuschung zu deuten. Denn mit ihrer emsigen Daten-huberei oder mit wortreichen Großtheo-rien verfehlen selbst die Gesellschaftswis-senschaften heute all die Gegenwartsfra-gen, die den Zeitgenossen in Lebens, Sozia-l- und Umwelt auf den Nägeln brennen. Dabei waren sie einmal angetreten, um Überforderungen der Moderne im be-schleunigten Wandel der Verhältnisse auf-zudecken. Mit festem Blick auf die »irdi-sche Basis« (Marx) ging es der Theoriear-beit überdies um die Herstellung men-schenwürdiger Verhältnisse.

Derartige Krisenanalysen gibt es noch immer, und auch engagierte Gesellschaftswissenschaftler finden sich, man denke einzig an die neue Richtung der Kommunitarier. Aber viel Aufmerksamkeit erhal-ten sie nicht, weder in ihrer Zunft noch in der Außenwahrnehmung. Dabei wären für die realexistierende Sozialwelt, die unser aller Dilemma ist, solche klärenden Stim-men fraglos hilfreicher als die stattdessen vorherrschende analytische Abgehoben-heit im Elfenbeinturm. Oder die heute, et-wa in den avanciertesten Spielarten des Funktionalismus, praktizierte methodi-sche Verkleinerung der subjektiven Vernunft. Mündet die doch in nichts anderes als in eine »Apotheose der objektiven Marktlogik«, wie Robert Kurz⁹ es darge-legt hat.

Dieser Marktlogik scheint man sich be-wußt oder unbewußt, aber immer voller Selbstverleugnung zu unterwerfen. Mithin prosperieren auch in den Sozialwissen-schaften vornehmlich die »unserem gegen-wärtigen Gesellschaftssystem äußerst ge-mäßen und genehmen Richtungen«, denen »die Menschen mit ihren Bedürfnissen ... erst gar nicht in den Blick« geraten¹⁰, wes-wegen die Zunft als irgendwie unzuständig für unsere Sorgen ohne bestimmenden Einfluß auf den Zeitgeist bleibt.

Solcher Positivismus hat weniger zu tun mit einem vorgeblichen Ende der Ideolo-gien, das nach 1989 wieder einmal verkün-det worden ist. Denn selbst wenn es gegen-wärtig weltweit keine ernsthaft Alternati-

ve mehr geben sollte zur Marktförmigkeit und damit die Kapitalismus-Sozialismus-Polarisierung erledigt wäre, die unser Jahr-hundert geprägt hat, so bleiben andere Al-ternativen in Fülle übrig. Sie mögen analy-tisch zwar nicht mehr die Wirtschaftsform selbst in Frage stellen, haben aber sehr wohl Einfluß auf die Lebensqualität.

Man denke einzig an politische Ent-scheidungen nach den Mustern: rechts-links, liberal-illiberal oder demokratisch-undemokratisch, um nur einige offene Spannungsfelder anzusprechen.

- Auf sie hat beispielsweise Wolfgang Gessenharter¹¹ hingewiesen, indem er sich mit dem Wettbewerb um die kulturelle Hegemonie zwischen statischen und flie-ßenden Verhaltenswerten auseinander-setzt, der in vollem Gange zu sein scheint.

- Oder man berücksichtige die enor-men Unterschiede der Sozialausstattung, die mit der *einen* Marktwirtschaft verein-bar sind.¹²

Mit Blick auf die Lebensqualität, die da-von abhängt, heißt das: Parteipolitische, ideologische ebenso wie theoretische Deu-tungskonkurrenzen über die tatsächliche Verfassung dieser Wirtschaftsgesellschaft sind nicht nur möglich, sondern notwen-dig.

Obwohl also hochgemute Methodende-batten intellektuell unbestreitbar fesseln, stünde den Sozialwissenschaften etwas mehr Praxisbezug und, vor allem, Distanz zur vorgeblichen Marktlogik nicht schlecht zu Gesicht. »Jeder Industriefach-arbeiter, jeder Abiturient, jeder CSU-An-hänger mit dem inzwischen ganz norma-len ökologischen Bewußtsein hat konkrete Möglichkeiten einer Gesellschaftsverände-rung vor Augen«, rügt Ulrich Beck¹³ daher zu Recht die Weltferne, welche als Folge der propagierten »Werturteilsenthalt-samkeit« sein Fach kennzeichnet, »die auch nur zu erfassen ein Soziologe als Analyti-ker dieser Gesellschaft sich bei Strafe sei-nes berufsständischen Über-Ichs verbie-tet«.

⁵ In seinem neuesten Buch unter dem Titel *Im selben Boot. Versuch über die Hyperpolitik*, Frankfurt am Main 1993.

⁶ Ressortpolitisch gesehen gilt deswegen die Ökonomie seit langem als die einflussreichste aller Sozialwissenschaften, ohne daß dieser Erfolg etwas aussagt über ihre Triftigkeit bei der Bewältigung praktische Probleme der markt-wirtschaftlichen Chaotik.

⁷ Als Leitwissenschaft ist gegenwärtig – wie in den Hochzeiten des Darwinismus – wieder die Biologie anzusehen. Deren paradigmatischer Einfluß etwa auf die Sozialwissen-schaften (als Biosozilogie oder auch in systemtheo-retischer Adaption) zeitigt durchaus problema-tische Folgen, weil sich wie schon zu Zeiten ei-nes Albert Schäffle [Bau und Leben des sozia-len Körpers, 1875 ff.] erneut eine Renaturali-sierung sozialer Tatbestände verzeichnen läßt.

⁸ Abschied vom Prinzipiellen, Stuttgart 1987, S. 23 ff.

⁹ Der Kollaps der Modernisierung, Frankfurt am Main 1991, S. 268.

¹⁰ Wie es Bernhard Schäfers selbstkritisch for-muliert hat, vgl. Fortschritt der Gesellschaft

Doch noch einmal zurück zur Frage, wer gegenwärtig hierzulande zuständig ist für den Zeitgeist, welcher keineswegs auf der Höhe der sozialen sowie ökologischen Herausforderungen der Epoche zu sein braucht. Von dem beklagten Ansehensschwund der Sozial- und Geisteswissenschaften scheint momentan einzig die Geschichtslehre ausgenommen zu sein, nachdem sie in den 60er Jahren einen schweren Einbruch erlebte, nicht zuletzt als Schulfach.

Damals schlug die Stunde der Sozialwissenschaften, ohne daß man etwa von Seiten der Soziologie ausdrücklich eine derartige Rolle angestrebt hätte. Vielmehr traf die im traditionellen Selbstverständnis zentrale Dienstleistung der Gesellschaftswissenschaften, über den Sozialverlauf zu informieren, um womöglich korrigierend in ihn eingreifen zu können, plötzlich auf ein Publikumsbedürfnis. Später, gegen Ende der 70er Jahre, hatte der Überdruß

- am sprichwörtlichen Soziologenchinesisch sowie

- an den sinnfernen Formeln einer entleerten Strukturwelt wiederum mit großflächigen ideenklimatischen Vorgängen zu tun, die auf die Gesellschaftswissenschaften zurückwirkten, welche in den Worten von Brigitta Nedelmann¹⁴ der Öffentlichkeit nun eher zu einem Ärgernis wurden. Von einem unerläßlichen »Bildungswert« der Soziologie für das Selbstverständnis der Gegenwart jedenfalls ist seither nicht mehr die Rede, als welchen René König sie noch interpretiert wissen wollte.

Die Karriere der Geschichtswissenschaft als »Vorbeter in öffentlichen Diskursen«¹⁵, die zu Anfang der 80er Jahre den als öffentlichen Meinungsspendern entthronten Gesellschaftstheorien auf dem Fuße folgte, hält bis heute an, selbst wenn vorerst allerdings noch schwache Zeichen der

Zeit auf eine Erholung sozialtheoretischer Erklärungsmuster hinzuweisen scheinen, die nun jedoch ganz anders klingen als in den 60er Jahren.

Und solche Renaissance wäre kaum verwunderlich, denn ohne ein angemessenes Verständnis dessen, was die Gesellschaft ursächlich in Gang hält, ist eine zutreffende Kausal- und Folgenanalyse kaum möglich, die sozialen Zusammenhänge bleiben rätselhaft. Die Nachfrage nach solchen Deutungshilfen, die von der Historiographie nicht zu bedienen ist, wird eher noch wachsen, weil mit der produktiven Weiterrevolutionierung der Wirtschaftsweise auch die Überforderungen in der Lebens- und Umwelt steigen. Der kritisch-analytische Blick auf die streßträchtige Marktwelt, die unser aller Zukunft ausmacht, scheint eigentlich dringlicher zu sein als der mittlerweile geradezu opulente Vergangenheitsverzehr, der zur Formulierung oder gar Lösung heutiger Existenzfragen nichts beizutragen hat.

Mit seiner rückwärtsgewandten Attitüde zählt der übermäßige Geschichtskonsum sogar zu jenen ideologischen Ablenkungen, die der Mitwelt die Erfordernisse des Tages zu verdrängen helfen. Warum aber stehen die Sozialwissenschaften dann gleichwohl noch immer eher im Abseits der öffentlichen Wahrnehmung? Der Niedergang der Soziologie als Voraussetzung für die augenblickliche Dominanz der Geschichtswissenschaft hatte viele Ursachen, auch fachinterne Entwicklungen.

Schauen wir uns die Gründe für diesen Absturz einmal näher an.

»Ich habe nicht verhindern können«, so klagte mit Heinrich Franke¹⁶ vor Jahren ein führender Bonner Amtsträger, »daß zwei meiner Kinder Politikwissenschaft studieren – eine brotlose Kunst«. In dem Vorwurf der »Brotlosigkeit« klang mehr an als Schwierigkeiten der Beschäftigungssuche. Franke artikuliert vielmehr einen Generalvorbehalt der politischen Klasse gegen die Sozialwissenschaften, den bundesrepublikanische Führungskräfte spätestens seit der »Wende« zu Anfang der 80er Jahre öffentlich gerne äußerten. Das hatte viel mit den turbulenten Erfahrungen der 60er Jahre zu tun. Der Ausbruch und die angeblichen Exzesse der Studentenbewegung ebenso wie die seither immer wieder als »Permissivisierung der Zeitläufte« angeschwärzte Langzeitwirkung dieser Aufbruchstimmung wurden in Bausch und Bogen den Gesellschaftswissenschaften angekreidet.

Vor allem die Soziologie bekam seither ihr Fett ab als geradezu revolutionsverdächtigtes Studium. Gegen diese geballten Vorbehalte, ja politischen Angriffe auf die Sozialwissenschaften half es wenig, daß aus ihrer akademischen Mitte geflissentlich immer wieder dargelegt wurde, in Wahrheit doch alles andere zu sein als ein umstürzlerisches Fach. Der Verweis auf die Geburt beispielsweise der Soziologie bei Saint-Simon und Auguste Comte aus dem Geist der Gegenrevolution richtete aber

kaum etwas aus gegen die im Medienrummel allemal viel gefälligere Gleichsetzung von Soziologie und Sozialismus.

Paradoxerweise hatte diese Harthörigkeit viel mit einer *Überbewertung* der Rolle der Gesellschaftswissenschaften in den Tagesgeschäften zu tun, gerade auch während der 60er und frühen 70er Jahre. Im Rückblick spiegelt diese Flut der Kritik immerhin eine Konjunktur wenigstens ihrer öffentlichen Beachtung als »wichtigster Produzent von Konstruktionen der sozialen Wirklichkeit«, wie Rainer Lepsius¹⁷ es einmal etwas vollmundig formuliert hat. Und diese Außenwahrnehmung sah sich durch Selbstbeschreibungen unterstützt. Man denke einzig an die Formel von Helge Pross¹⁸, wonach »Soziologie eine Zukunft hat«, weil sie »durch theoretische Entwürfe an der Verbesserung praktischer Verhältnisse« mitarbeitet.

Gesellschaftswissenschaftliche Verlautbarungen fanden in jenen Jahren allorten ein offenes Ohr. Es gab sogar soziologische Bestseller, und die Medien griffen in ihrer Zeitdiagnostik gern auf sozialtheoretische Modelle zurück. Wenn man so will, dann besaß der soziologische Diskurs damals eine Art Leitbildfunktion, zumindestens vorübergehend, wobei sich der entsprechende Denk- und Empfindungsstand keineswegs etwa an enge Fachgrenzen oder akademische Vorgaben hielt. Durch die Studentenbewegung sowie die Gründung einer Unzahl intellektueller Medien vermittelte sich dem Zeitgeist vielmehr eine sozialtheoretische Weltsicht, der sich weder die Hochschulen, noch das Establishment oder das allgemeine Formulierungsgebaren zu entziehen vermochten.

Umschwung

Dieser Erfolg wurde übrigens von den Gesellschaftswissenschaften selbst bald eher als bedrohlich empfunden. Fachrepräsentanten wie Kurt Sontheimer, Helmut Schelsky, Friedrich Tenbruck und andere erkannten in dieser Rollenübertreibung eine Überwältigung der Lebenswelt durch allerlei szientistische Sachzwänge, keineswegs aber eine bekömmliche Selbstmodernisierung der Strukturen. Aber auch in der breiten Öffentlichkeit kam es nach der ausgelebten Mode gesellschaftstheoretischer Metaphern zu einem Meinungsumschwung. Wirtschaftskrise, Terrorismus und/oder einfach der neue Zeitgeist bewirkten eine Veränderung des Denkklimas. Diese Abkehr machte dem Status und der Akzeptanz der Gesellschaftswissenschaften, aber nicht nur ihnen, seither in mehr als einer Hinsicht zu schaffen. Vom intellektuellen Hätschelkind der 70er Jahre geriet vor allem die Soziologie zum eher geschmähten Außenseiter der Weltläufte.

Es gibt also *äußere* Gründe dafür, daß sozialwissenschaftliche Interpretamente nicht länger zur Begriffsschrift unserer

und Fortschritt der Soziologie, in ders. (Hrsg.), Thesen zur Kritik der Soziologie, Frankfurt am Main 1969, S. 151 ff., hier S. 165.

¹¹ Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien, München 1994.

¹² Mit denen sich das Buch *The Seven Cultures of Capitalism* von Charles Hampden-Turner und Fons Trompenaars (London 1994) ausführlich beschäftigt.

¹³ Die Erfindung des Politischen, Frankfurt am Main 1993, S. 270.

¹⁴ Deutsche Soziologie – eine häßliche Wissenschaft, in Rammstedt/ Schmidt (Hrsg.), BRD – adel, Frankfurt am Main 1992, S. 149 ff.

¹⁵ Wie Lutz Niethammer es ausdrückte, Über Kontroversen in der Geschichtswissenschaft, in Merkur Nr. 479 (1989), S. 73 ff., hier S. 73.

¹⁶ Zit. Welt am Sonntag vom 25. 9. 1988, S. 9.

¹⁷ Herausforderung und Förderung der sozialwissenschaftlichen Forschung, Mitteilungen der DFG 3/ 1973, S. 36.

¹⁸ Objektiv sind Soziologen unentbehrlich, Der Spiegel Nr. 47 (1969), S. 98.

Zeit zählen. Dabei spielen Animositäten eine Rolle, wie gesagt, der Ideologieverdacht hat einen langen Atem. Überdies werden die Sozialwissenschaften seit längerem als »would-be, may-be sciences« belächelt, die kaum anwendungs-orientiertes, mithin irgendwie verwertbares Wissen liefern. »Die Soziologie ist derzeit klein und häßlich«, so faßte die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (vom 11. 8. 1989, S. 28) das Resultat dieser Nichtachtung zusammen, »und darf sich nicht recht blicken lassen«. Ihr realer Einflussschwund, abzulesen etwa am Verlust des Anhörungsanspruches bei gesellschaftspolitisch relevanten Entscheidungen, hat jedoch auch Ursachen, die mit fachinternen Einstellungen und Entwicklungen zusammenhängen, selbst wenn diese ideengeschichtlich zum Teil als Antwort auf die Außenkritik zu erklären sein mögen. Was ist damit gemeint?

»Die Aufgabe der Soziologie ist nicht so sehr, Systeme zu schaffen, als Erkenntnisse zu vermitteln«. Im Sinne dieser Losung¹⁹ hatte die deutsche Sozialwissenschaft über die Jahre ihre internationale Geltung als historische Deutungslehre in sozialreformerischer Absicht gewonnen. Selbst die Soziologie der Zwischenkriegszeit war eifrig bemüht, durch die Interpretation empirischer Daten die Zeitläufte zu erläutern und zu beeinflussen. Dieses Aufgabenverständnis scheint den Gesellschaftswissenschaften mittlerweile abhanden gekommen zu sein.

- Die einschlägigen Fächer wurden »zu Tode akademisiert« (Offe), obschon wir doch seit Karl Mannheim wissen, daß »man am Sozialprozeß partizipieren muß, um soziologisch arbeiten zu können«.²⁰

- Man zog sich den Schuh einer angeblichen Minderwertigkeit der Gesellschaftsfächer an, der sich aus der naturwissenschaftlichen Arroganz ableitet.

Seither ist es frei nach dem Etikettenstreit: *Sozialtechnologie versus Analyse* zu einer inneren Spaltung der Gesellschaftslehre gekommen. Wobei unter dem Druck der Drittmittelbeschaffung der Verwendungsmaßstab beziehungsweise die Verkäuflichkeit zur ultima ratio sozialwissen-

schaftlicher Triftigkeit geraten zu sein scheint.

Das hat nicht nur zu einem Aufblühen der Kleinempirie geführt. Paradoxerweise läßt sich als Ersatz für Gesellschaftstheorie und damit Sozialkritik eine »Aufbauschung der Methodenfragen« (Oberndörfer) feststellen, welche soziologische Phantasie nur mehr als sachfernes Glasperlenspiel mißzuverstehen scheint. Was wunder, daß dem Beobachter die Unberatenheit der Tagespolitik, eine fortschreitende Umweltzerstörung, die zurückfallende Forschungsentwicklung etc. auffallen.

Alternative?

Daher hält man die Vertreter der Gesellschaftswissenschaften immer häufiger für überflüssig.

- Sie haben sich als Interpreten des Realexistierenden festgefahren, und unverstündlich reden sie ohnehin.

- Oder sie bewegen sich in den luftigen Höhen reiner Theorie und erkennen kaum mehr den Boden, auf dem sich die Gesellschaft abspielt.

Damit aber scheinen sie unfähig, einer interessierten und ratsuchenden Öffentlichkeit fällige Orientierungen in immer mehr Problem- und Konfliktfeldern zu vermitteln. Entsprechend finden die gelegentlichen Beiträge öffentlich einvernommener Sozialwissenschaftler zu aktuellen Fragen wie Armut, Umweltbelastung, Krieg, Eurokratie oder Neonationalismus kaum Aufmerksamkeit.

Der Wert solcher Deutungsangebote geht aber oft gegen Null, weil ihnen so augenfällig der Praxis- oder auch Aktualitätsbezug fehlt. Ein sozialwissenschaftlicher Einfluß ist augenblicklich nirgendwo nachweisbar, jedenfalls nicht auf der politischen Handlungsebene. Die Interventionen dieser Fächer bleiben nahezu unbeachtet und vermehren nur den Informationsmüll, den Bildschirm und Blätterwald tagtäglich über uns ausschütten.

Das heißt jedoch nicht, daß Orientierungswissen im Sinne von Max Scheler

nicht mehr gebraucht wird, ganz im Gegenteil. Der kaum überstandene »Historikerstreit« in der Mitte der 80er Jahre belegt ebenso wie die spätere Debatte über den »Postmodernismus«, den Individualisierungsschub oder eine reflexive Modernisierung, daß akute Verständnissnöte der Mitwelt durchaus aufgegriffen und umgemünzt werden können in eine wenigstens zeitweilige »Beherrschung der öffentlichen Auslegung des Seins« (Mannheim).

Aber die Gesellschaftswissenschaften scheinen nicht nur den Willen zur Sozialgestaltung verloren zu haben, »sie haben offenbar überhaupt aufgehört, am Schicksal der Gesellschaft als solcher interessiert zu sein«, wie Peter Berger²¹ es vermutet.

Das schließt die Einwirkung auf die öffentliche Meinungsbildung aus. Denn ehe ein Thema oder eine Sichtweise zu einem Einflusssfaktor werden kann, müssen sie, wenn nicht das Bewußtsein der Mehrheit, so doch wenigstens die allgemeine Aufmerksamkeit gewonnen haben. Davon kann aber mit Blick auf die Kunstprodukte der Sozialwissenschaften nicht mehr die Rede sein. Nein, diese Interpretenrolle hat wenigstens hierzulande seit längerem die Geschichtslehre inne, mag die Historiographie als Wissenschaft ein noch so »wackeliges Vorhaben« sein, wie es Marco Adams²² ausführlich dargelegt hat.

»Geschichtsbewußtsein« hat Konjunktur, so kommentierte Karl-Ernst Jeismann²³ diesen »Aufschwung des historischen Interesses«, dem Jürgen Kocka²⁴ allerdings schon 1988 bescheinigte, es diene weniger der Aufklärung als einem »Verlangen nach Identität«.

Immerhin kam der neue Historismus, der die Vorherrschaft soziologischer Lösungen ablöste, nicht von ungefähr, wenn gleich seine Breitenwirkung auf das öffentliche Bewußtsein keinesfalls als Manipulation abgetan werden kann. Zwar verkündete Helmut Kohl als Wende-Kanzler bereits in seiner ersten Regierungserklärung am 13. Oktober 1982 ein amtliches Interesse am Umgang mit der Vergangenheit, die wieder hoffähig gemacht werden sollte. Indem großrahmige Museumspläne verkündet und in Arbeit genommen wurden²⁵, erhielt die Geschichte gleichsam den Rang einer Berufungsinstanz. Das kam dem gebeutelten Fach zwar gelegen, es war wieder in aller Munde. Die Grundwelle des Historischen hat jedoch, wie vordem die des Sozialen, tieferliegende Motive, denen auch der neue Regierungskonservatismus nur Ausdruck verlieh, geschaffen hat er sie nicht. Mit dem Philosophen Hermann Lübbe²⁶ gesprochen, läßt sich das Abdriften des Zeitgeistes ins Ältere selbst als eine Art Tendenzwende beschreiben, offenkundig Folge einer Suche der Mitwelt nach einem identifikationsstiftenden Hort der Werte in unserer immer eiliger und damit unübersichtlicher werdenden Gegenwart.

Gesucht wurde offenbar ein »Mittel gegen die Resignation«, wie Nietzsche²⁷ die Geschichte bezeichnete, weil wir Heutigen

¹⁹ Robert Michels, *Soziologie des Parteiwesens* (1911), Stuttgart 21925, S. XX.

²⁰ *Ideologie und Utopie* (1929), Frankfurt am Main 1965, S. 42.

²¹ *Invitation to Sociology*, Harmondsworth 1971, S. 24.

²² *Theorie und Methode der Geschichte*, Archiv für Sozialgeschichte Nr.33 (1993), S.612 ff.

²³ *Dimensionen nationalgeschichtlichen Bewußtseins*, in Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Geschichtsbewußtsein der Deutschen*, Köln 1987, S. 35 ff., hier S. 35.

²⁴ *Geschichte als Aufklärung?*, in Rüsen/Lämmert/Gratz (Hrsg.), *Zukunft der Aufklärung*, Frankfurt am Main 1988, S. 91 ff., hier S. 91.

²⁵ S. Papcke, *Vergessen durch Geschichte: Deutsche Vergangenheit – im Museum saniert?*, L'80. Zeitschrift für Literatur und Politik, Heft 39 (1986), S. 8 ff.

²⁶ *Geschichtsinteresse in einer dynamischen Zivilisation*, FAZ, 18. 3. 1988, S. 33.

²⁷ *Unzeitgemäße Betrachtungen* (1873), Werke in drei Bänden, Hrsg. Karl Schlechta, Mün-

chen 31962, Band 1, S. 220.

²⁸ Zit. FAZ, 5. 10. 1993, S. 32.

²⁹ Nietzsche, a. a. O., S. 219.

³⁰ Und das, obschon sich Regierung und Opposition in den 70er und 80er Jahren wahrlich in nichts nachstanden, wenn es um die Stabilisierung des SED-Regimes ging, vgl. Historischer Schlam, *Der Spiegel* 8 (1994), S. 22 ff.; Gunter Hofmann, *Ein Heuchler wie im Buche*, *Die Zeit* vom 21. 2. 1994, 4.

³¹ Wie es Peter McGrath kürzlich in einem Newweek-Essay (vom 19. 4. 1993, S. 15) über den Fluch der Geschichte vielleicht etwas überpoitiert dargetan hat.

³² Zit. FAZ, 5. 2. 1994, S. 19.

³³ Die Grenze zwischen Historie und politischer Mythologie ist ohnedies rasch überschritten. Etwa im Streit zwischen Griechenland und Mazedonien munitionieren sich die Gegner nur allzu gern bei Historikern, um ihre machtpolitischen Ansprüche historisch zu legitimieren, vgl. Hubert Spiegel, *Stern des Anstoßes*, FAZ, 30. 4. 1994, o. S.

von den Ereignissen überfordert werden. Freilich hat die Geschichtsmode seither einen Zug ins Überbordende angenommen, die Darstellungen fallen immer umfänglicher aus. Eine Flucht ins Detail läßt sich zudem nicht übersehen, Urteil und Übersicht hingegen kommen zu kurz. Der Berliner Historiker Ernst Engelberg²⁸ hat daher von offensichtlichen »Einschätzungsunsicherheiten« seines Faches gesprochen, die sich unter Ereignismengen und/oder datensichernden Vorgehensweisen verbergen: Wobei vor allem eine Zurückführung von Handlungen auf Sachzwänge beziehungsweise die Verwechslung von Entscheidungen mit Abläufen zu kritisieren sei.

Wie immer, solche Faktenhuberei trägt nicht dazu bei, einen Durchblick zu schaffen. Sie liefert Tatsachen- oder Seitenschutz, anstatt die nachträgliche Ordnungsstiftung der Vergangenheit zu untermauern, um die man in diesen Jahren bemüht ist. Aber das sind erkenntnistheoretische Fragen der und an die Disziplin, deren Streit um die Quellen ohnedies am Zeitgeist vorbeigeht. Als »rückwärtsgekehrte Prophetie« (Friedrich Schlegel) stillt die Geschichtswissenschaft gleichwohl den aktuellen Hunger nach Sinn, ohne ihn langfristig befriedigen zu können. Und wenngleich bekanntlich ein »Übermaß an Historie dem Lebendigen schadet«²⁹, stehen offenbar andere, etwa sozialwissenschaftliche Orientierungsmuster, nicht zur Verfügung, um die Nostalgie abzulösen.

Das mag sich wieder ändern, sicherlich. Weil der Zeitgeist der Mode unterliegt, kann auch der Sentimentalitätswert des Gestrigen nicht ewig dauern. Die Geschichtskonjunktur könnte überdies an ihrem eigenen Überangebot ersticken. Um gar nicht davon zu sprechen, daß der Druck sozialwissenschaftlicher, ethnographischer und anderer Ansätze auf die Historiographie zunimmt, deren aufgefrischtes Angebot dem Publikum vielleicht nicht mehr gefallen würde. Hinzu kommen andere Abnutzungserscheinungen, war doch die Geschichte als offizielle Auslegung des Seins allemal in die Tageskämpfe der Geschichte verwickelt. So auch heute wieder: Wir erleben, daß beispielsweise der Umgang mit der DDR-Vergangenheit in Form der STASI-Hinterlassenschaft massiv in den Parteienstreit um Wählergunst hineingezogen wird.³⁰

Aber die Geschichtstrunkenheit der Zeitläufte allgemein könnte zum Problem werden. Die eo ipso konservative Tendenz der Geschichte birgt allemal Gefahren einer Entwicklungshemmung für die Epoche, auch wenn nicht mehr, wie früher üblich, das Alte auf Kosten des Neuen verherrlicht werden sollte. Die Geschichte als Phantasieraum, womöglich als Ersatz für das, was die Gegenwart an Übersichtlichkeit vermissen läßt, gerät immer zur Ideologie, ob die Historiker das nun wollen oder nicht.

Allzuviel Geschichte wirkt lähmend.

Mit Blick auf das Wiederaufleben fataler Dünkel in Form von Regionalismen, Nationalismen oder Fundamentalismen anderer Art, nicht zuletzt in Europa, zeigt sich zudem³¹, daß historische Indifferenz politisch geradezu ein Segen sein kann.

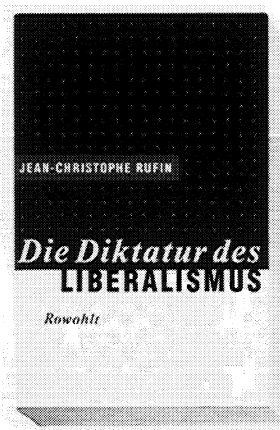
Zwar hatte auch der Einfluß der Sozialwissenschaften auf den Zeitgeist mancherlei Schattenseiten, wie wir wissen: Immerhin aber war die Epoche dabei zukunfts offen in einem Wettstreit um die rationale Orientierung ihrer Bewegungskräfte befangen gewesen.

Die Pflege des Überkommenen hingegen hat wenig im Sinn mit offenen Problemlösungen und birgt überdies allerlei Untiefen. Früher war man davon über-

zeugt, so äußert sich heute der englische Geschichtsforscher Eric Hobsbawm³², »daß Historiker – etwa im Gegensatz zu Kernphysikern – keinen Schaden anrichten können«. Unter Berücksichtigung der Fehlentwicklungen keineswegs nur auf dem Balkan ist er inzwischen eines Besseren belehrt und rügt den allorten anzu treffenden Vergangenheitsstau unseres Zeitgeistes. Sei mittlerweile doch mit den Händen zu greifen, daß sich »historische Studien ebenso in Bomben verwandeln können, wie die IRA Düngemittel in Bomben verwandelt.«³³

Sollte die Vergangenheit also lieber vergessen, wer verhindern möchte, daß sie sich wiederholt? □

Zum Thema ...



Liberalismus

»Die liberale Kultur liebt die morbide Vorstellung, daß sie dem Untergang geweiht ist.« Während totalitäre Staaten stets Optimismus verbreiten und bedenkenlos eine verheißungsvolle Zukunft beschwören, se-

hen sich Demokratien unter einer ständigen Bedrohung, die ihre Vernichtung im Schilde führt. Oder ist eine äußere Gefahr sogar notwendig für das innere Funktionieren? In beeindruckender Weise hat Jean-Christophe Rufin die Demokratien unseres Jahrhunderts in Zeiten ihrer Krisen analysiert und zeigt, wie sich die liberale Kultur unter dem ständigen Druck ihrer »Feinde« entfaltet.

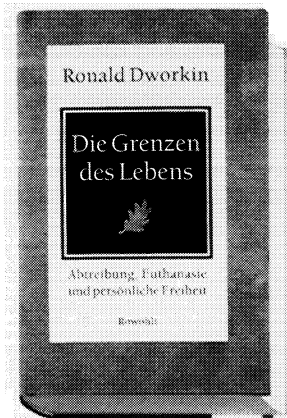
Jean-Christophe Rufin
Die Diktatur des Liberalismus
Deutsch von Hainer Kober
272 Seiten. Klappenbr.
DM 34,-/öS 265,-/sFr 34,-



Jean-Christophe Rufin

Grenzen des Lebens

Abtreibung und Euthanasie beruhen auf Entscheidungen. Die weltweit heftig geführte Diskussion über Unantastbarkeit und Kreativität des Lebens, über die biologische und menschliche Schöpfung



und über den Tod, der doch mit dem Leben zu tun hat, hat Ronald Dworkin in dieser aktuellen, kompetenten und sachlichen Darstellung zusammengefaßt.

Ronald Dworkin
Die Grenzen des Lebens
Abtreibung, Euthanasie u. persönliche Freiheit
Deutsch von S. Höbel,
C. Holfelder-von der Tann,
W. Schmaltz und
M. Überle-Pfaff
384 Seiten. Gebunden.
DM 48,-/öS 375,-/sFr 48,-

Rowohlt

**CA, die Bank zum Erfolg, präsentiert:
Gedanken zum Erfolg.**

„Erfolg ist nur dann
wirklich, wenn man
das Glück und die
Kraft hat, ihn zu
überstehen.“

**Wolfgang Bauer,
Schriftsteller, über Erfolg.**



CREDITANSTALT



Über Hirten und Herden

Beantwortung der Frage:
Wer, wo oder was ist das
»Österreichische«?

Österreich wird österreichischer. Ein guter Indikator für galoppierendes Österreichbewußtsein war schon immer der Österreichische Rundfunk. Man denke an das altherwürdige »Made in Austria«, das Hochamt des Produktpatriotismus, oder an die Nostalgieschwemme von »Zeit im Bild-da capo« bis zu den Portisch-Dokumentationen »Österreich I« und »Österreich II«. Heute scheint es, als hätte sich dieser Auftrag zur Austrifizierung Österreichs für alle ORF-Produktionen durchgesetzt: Eine Programmoftensive ganz in Rot-Weiß-Rot versprach jedenfalls der ORF für dieses Jahr. Und Karl Merkatz bekommt endlich seine selbstverfaßte Rolle als Feuerwehrmann.

Die nächste Offensive steht schon 1995/96 bevor, wenn man gleichzeitig Österreichs fünfzigsten und tausendsten Geburtstag feiern wird. Immer weniger Zeiten und Dinge entkommen den Austrozentrismen. Eine neue patriotische Aufdringlichkeit macht sich breit.

Ein lehrreiches Beispiel für diese Aufdringlichkeit bot die Pastorale der ÖVP mit dem Titel »Erhard-Busek-Zukunftsplan« (kurz Buzuplan). Eine *Sinfonia caratteristica* einer Partei und einer Zeit. Charakteristisch in deren Exhumierungsbemühungen um eine politische Leiche, von deren großer Zehe das Wort »Heimat« hängt. Damit stellt die ÖVP ihr Projekt in die Reihe der Kampagnen zur ideologischen Austrifizierung Österreichs, welche wohl, wie viele Beobachter richtig bemerkten, durch den befürchteten Modernisierungs- und Internationalisierungsschub in Folge eines EU-Beitritts motiviert sind.

Die Heimat tauchte nicht völlig unverhofft im Wahlkampfvocabular der ÖVP auf, zählt sich doch die »Österreichspartei«, wie sie sich nennt, seit jeher zu den privilegierten Kräften der Heimatliebe. Von Erhard Buseks Drohung, niemand solle seine Partei in ihrer Liebe zu Österreich überreffen, bis hin zum Buzuplan, der nach der *Liebe* die *Heimat* selbst zum politischen Programm erhob. In den Überlegungen der Österreichspartei steht Heimat für das spezifisch und substantiell Eigene, im Falle Österreich für das spezifisch Österreichische. Heimat sei nur ein anderer Name für dieses Österreichische. Ein hochgradig übercodierter Begriff in einer Symbolserie zusammen mit Burgtheater und Ringelspiel, der gegenüber diesen

noch den Vorteil hat, als ideologischer Allquantor dienen zu können. So kann der Buzuplan unter Heimat rubrifizieren: Landschaften, Regionen, Städte, Dörfer, Kultur, Geschichte, Bildung, Natur, Freiheit, Toleranz, Sicherheit, Solidarität, Verantwortung. All das und viel mehr ist Heimat, und zusätzlich darf sich noch jeder seine persönliche Heimat aussuchen. Das Österreichische an diesem Katalog ist, was diese Dinge zu Bestandteilen *unserer* Heimat macht. Die Existenz eines spezifisch Österreichischen muß als all diesen heterogenen Elementen zugrundeliegende Substanz pauschal unterstellt werden, sonst wäre die Österreichspartei eine Weltpartei.

Es braucht keines Overkills an Verstand, um dieser Unterstellung entgegenzuhalten, daß das Österreichische in dieser vorgängigen Weise nicht existiert. Eine Naturalisierung des Österreichischen, die Suche nach einer österreichischen Substanz, die einfach gegeben wäre, kann sich nur in einem Zirkel fangen. Bezeichnet etwa die ÖVP Heimat territorial als »Österreich mit seinen Ländern, Regionen, Städten und Dörfern«, dann bilden diese Territorien insofern Österreich, als sie österreichische Territorien sind. An keiner Stelle wird eine zugrundeliegende österreichische Substanz, ein transhistorisches Österreichertum, ein ewiger Österreicher auftauchen. Der Grund dafür ist schnell einzusehen: das Österreichische muß immer erst als solches codiert werden. Oberflächliche Bräuche, ländliche Skurrilitäten, Lokaldialekte, architektonische und landschaftliche Eigenheiten werden erst durch ihre Zusammenfassung und Deklaration nachträglich als »genuine« Austriazismen konstruiert. Ein Sprechakt, der den Dingen – und Menschen – das Austria-Logo aufklebt, der sie *verheimatlicht*.

Gerade weil es das Österreichische und eine österreichische Unverwechselbarkeit, von der Erhard Busek immer spricht, nicht gibt, sind wir einer Verösterreichung Österreichs unterworfen – und der Buzuplan ist nur ein Beispiel dafür und kein Masterplan. In Zeiten, in denen die österreichische Identität angeblich bedroht wird, erstarken folgerichtig diese Austrifizierungsbemühungen.

Aber damit ist die Sache nicht gelaufen. Denn man könnte ja annehmen, daß ein gewisses Quantum an Patriotismus zum Zusammenhalt eines Gemeinwesens not-

wendig und daher wohl oder übel zu ertragen sei. Aber selbst wenn man dem zustimmen wollte, käme alles darauf an, auf welche Weise diese Austrifizierung Raum greift. Eine Gemeinschaft kann konstruiert werden durch ein Bekenntnis zu den Werten der demokratischen Revolution wie in Frankreich oder durch einen Verfassungspatriotismus à la Habermas, sie kann aber auch konstruiert werden durch Chauvinismus, Ethnozentrismus und vielleicht sogar Rassifikation. Dementsprechend macht es einen Unterschied, ob Österreich codiert wird als offenes Asylland oder als Heimat. Es macht einen Unterschied, ob es sich von selbst versteht, daß irgendwo der Mensch geboren (Grillparzer), oder ob die Nationalität ständig beschworen wird. Und es macht einen Unterschied, ob sich die Bürger mit dem republikanischen Gedanken oder mit einer Landschaft identifizieren sollen. Es kommt auf das *wie* und *wozu* an, so könnte eine Kritik formulieren, die allerdings damit auch schon wieder an ihrem Ende wäre.

Das gegen die ÖVP gewendete Argument, Heimat sei ja ein außer- oder vopolitischer Begriff, macht allein jedenfalls noch keinen Sinn. Sobald ein Begriff ins politische Gespräch eingeführt wird, ist er ein politischer Begriff – dann hat er aber auch seine politische Geschichte. Die Frage muß anders lauten. *Ist Heimat ein demokratischer Begriff?* Seine *Geschichte* und der *Modus* seiner Äußerung scheinen das nicht gerade naheulegen. Die nachfolgenden Überlegungen gehen diesen zwei zusammenhängenden Problemen nach.

- Die *Begriffsgeschichte* betreffend: In welchem umfangreicheren Projekt steht die Deklamation von Heimat und auf welche Weise konnotiert sie hier in Österreich anders als in Deutschland? Denn trotz aller Küchenpsychologie von der Notwendigkeit von Bindungen handelt es sich beim Buzuplan nicht einfach um eine Empfehlung der ÖVP zur privaten Regression in den Mutterleib, sondern vielmehr um eine historisch-politische Regression zum Leitbegriff der Vorgängerpartei und der Gründungsväter der ÖVP.

- Den *Modus* der Äußerung betreffend: Das Auftreten von Heimat im ÖVP-Wahlprogramm ist von einer idyllisch-freundlichen Harmlosigkeit. Was verbirgt sich hinter dem Flötenspiel des Schäfers?

Gehen wir von dieser zweiten Frage aus, warum die heimatlichen Sätze in Buseks Pastorale nur als *Adagio* und immer *molto cantabile* erklingen und natürlich nie als deutscher Grenadiermarsch. Ist das eine wirkliche Entschärfung, dieses Kuscheln und Knautschen mit einem Begriff wie mit einem *Softball*. Muß denn ein politischer Begriff klar erkennbare Kanten haben? Und geht man davon aus, daß von einem *Softball* noch niemand erschlagen wurde, ist dann Heimat nicht doch ein harmloses Wörtchen? Erhard Busek scheint das zu glauben und empfiehlt sich mit der Aufnahme von Heimat ins Wahlprogramm als Hirte des Österreicher-Seins.

Tatsächlich ist diese pastorale Wendung des Heimatbegriffs alles andere als eine Entschärfung, da in Österreich Heimat schon immer pastoral und nie »deutsch« verwendet wurde. Allerorten distanziert sich die ÖVP vom nationalsozialistischen »Mißbrauch« der Heimat. Das ist tatsächlich glaubhaft. Wer wollte der ÖVP unterstellen, sie reanimiere den nationalsozialistischen Heimatbegriff für ihr Zukunftsprogramm. Aber gerade diese vehemente Abgrenzung vom nationalsozialistischen »Mißbrauch« dieses Begriffs läßt den Verdacht aufkommen, die ÖVP grenze sich vom falschen Faschismus ab. In dieser Hinsicht hätte Erhard Busek dann ganz recht, wenn er von Heimat sagt, es sei »das älteste Thema unserer Partei«. Heimat war bekanntlich das Thema jenes autoritären Regimes auf ständestaatlicher und christlicher Grundlage, welches außerhalb der ÖVP auch Austrofascismus genannt werden darf. Dessen »Mißbrauch« des Heimatbegriffs unterschlägt die ÖVP in ihren Abgrenzungsbemühungen – und nicht von ungefähr. Es war dieser ideologische Leitbegriff in einer *pastoralen Anordnung*, die den ländlich-katholischen Faschismus Österreichs auszeichnete und vom Nationalsozialismus mit seinem Leitbegriff der *Rasse* tendenziell unterschied. In Abgrenzung und Konkurrenz gegenüber dem Dritten Reich war Österreich damals ähnlich wie heute einer extremen Austrofizierungskampagne unterworfen, die sich der Heimat bediente, da die Nation ausfiel. Nation war hierzulande immer synonym mit deutscher Nation. Aufgrund dieser Ausweichbewegung ist die österreichische Variante des Nationalismus, der Österreich-Nationalismus, damals wie heute die Heimattümelei.

Die ÖVP hat diese historische Last nicht nur in keiner Weise aufgearbeitet, sondern sie hat sogar eine historische Umschreibung dieser Epoche betrieben, eine österreichische Version der Normalisierung der Geschichte. Entgegen kam ihr dabei die Spezifik des österreichischen Faschismus, der sich vom deutschen Nationalsozialismus tatsächlich in diesem Punkt unterschied. Der gebräuchliche Begriff *Klerikalfaschismus* versucht das anzudeuten, allerdings unzureichend, denn der Klerus hatte sich gerade im autoritären Ständestaat aus den politischen Ämtern zurückgezogen. Das damalige Integrationsmoment war fraglos der Katholizismus, aber nicht im Sinne einer kirchlichen Macht, die die Fäden hinter Dollfuß und Schuschnigg zog, sondern der Katholizismus in seiner abstrakten ideologischen Form. Der österreichische Faschismus war dieser Form nach – so die These – ein Pastoralfaschismus, ein Faschismus der guten Hirten, durchdrungen von Phantasien des Bewahrens und Behütens. Es wird deutlich werden, daß das scheinbar harmlos schäferlyrische Auftreten von Heimat hierzulande einfach dessen immer schon österreichischen Modus benennt, welcher auch das pastoralfaschistische Experiment der

Jahre 1934-38 auszeichnete und keineswegs eine rückwirkende Verjungfräulichung eines beschmutzten Begriffs mit sich bringt.

Versuchen wir, dem Zusammenhang von Faschismus und Pastorat von zwei Seiten beizukommen, von »links« mit Michel Foucault und von »rechts« mit Wyndham Lewis.

Wyndham Lewis war bekanntlich ein großer Schriftsteller und Maler und ein ebenso großer Faschist. 1917 präsentiert Wyndham Lewis in seinem *Code of a herdsman* die protofaschistische Version des Dandy-Pastors. Sind diese Hirtenregeln im Wissen von 1917 noch als humoristische Glanzstücke in der Tradition Oscar Wildes zu werten, so erscheinen sie im Wissen um die spätere Entwicklung von Lewis in einem ganz anderen Licht. Aussagen wie »Diese Massen von halbtoten Menschen, für die die persönliche Vernichtung ein so kleiner Schritt ist. Was macht es aus, ob sie am Leben sind oder überhaupt nicht?« zeigen, daß Lewis schließlich die Ironie abhandeln kam.

Der *Code of a herdsman* aber ließ noch jede politische Aggressivität vermissen, er legt eher einen eleganten Elitismus an den Tag. Entscheidend ist die Verknüpfung dieses Elitismus mit dem Thema des Hirten. Denn der Hirte erscheint bei Lewis, angeregt durch Nietzsche, in einer der orientalistisch-hebräisch-christlichen Tradition genau gegenläufigen Auslegung: Aufgabe des *herdsman* ist – im Unterschied zum christlichen Hirten und zum nationalsozialistischen *Führer* – erst einmal nicht, die Herde zu leiten, sondern ihr auszuweichen. Und zwar nach oben. Sollte die Herde außer Kontrolle geraten, empfiehlt Lewis:

»Leap on to the sea of mangy backs until the sea is still. That is: cast your mask aside, and spring above them. They cannot see or touch anything *above* them: they have never realized that their backs – or rather their *tops*

Literatur

Robert Fleck: Kann Österreich das Jahr 1994 überleben? Wien 1991

Michel Foucault: The Subject and Power, in: Hubert L. Dreyfuss, Paul Rabinow, Michel Foucault: Beyond structuralism and hermeneutics, Brighton 1982

Michel Foucault: Omnes et singulatim. Zu einer Kritik der politischen Vernunft, in: Joseph Vogl (Hg.), Gemeinschaften. Positionen zu einer Philosophie des Politischen, FfM. 1994

Josef Haslinger: Politik der Gefühle, Darmstadt/Neuwied 1987

Michael Knight: Nachwort zu Wyndham Lewis: Rache für Liebe, Düsseldorf 1988

Wyndham Lewis: The Code of a Herdsman, in: Julian Symons (Hg.), The Essential Wyndham Lewis, London 1989

Rainer Nick, Anton Pelinka: Bürgerkrieg – Sozialpartnerschaft. Das politische System Österreichs 1. und 2. Republik. Ein Vergleich, Wien 1984

Wolfgang Neugebauer, Emerich Tálos: Austrofascismus. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934-38

Anton Pelinka: The Great Austrian Taboo: The Repression of the Civil War, in: New German Critique Nr. 43, 1988

– exist! They will think that you have vanished into Heaven.«

Der lewissche Künstler-Individualist weicht der Stampede aus, indem er sich selbst erhöht.

Dieses »darüber« ist aber nicht im Sinne eines politischen Aristokratismus zu verstehen. Für Lewis bleibt eine kleine Herde immer noch eine Herde:

»There is no *fine* herd. The cattle that call themselves »gentleman« you will observe to be a little cleaner. It is merely cunning and produced with a product called *soap*.«

Die Herde der Gentlemen ist genauso gefährlich und hinterhältig wie jede andere. Dieses »darüber« wird vielmehr bewohnt von »mountain people«, von Über-Künstlern, die sich zwar dem Umgang mit der Herde weitgehend entziehen und nur maskiert ins Tal steigen, sich ihr aber nicht vollkommen verweigern, etwa weil sie die einsame Höhe des Berges von Zeit zu Zeit langweilt. Trotzdem gilt:

»There are stringent regulations about the herd keeping off the sides of the mountain. In fact your chief function is to prevent their encroaching.«

Die Hauptaufgabe des Hirten ist damit nicht mehr, wie es im Psalm heißt, die Herde auf rechter Straße zu führen, sondern die Herde vom Berg fernzuhalten.

Das Beispiel zeigt eines deutlich: spätestens für die Moderne hat der Hirte sein gütiges Gesicht verloren. Er ist durchaus denkbar geworden als eigensüchtige Gestalt, welche die Herde nicht in den Himmel oder ins gelobte Land leitet, sondern ihr »encroaching«, ihren Aufstieg verhindert. Das darf man durchaus politisch lesen. Nicht in seinem Elitismus liegt der protofaschistische Charakter des *Code of a herdsman*, sondern in der Verbindung des Elitismus mit dem Hirten Thema, mit der Figur des Hüters. Lewis' Text hat den Verdienst, offen auszusprechen, daß in Wirklichkeit nicht die Herde behütet werden soll, sondern der Berg.

Der Funktion des Pastorats als Machttechnologie wurde von Michel Foucault ausführlicher nachgegangen. Mit der Institution der Kirche kommt nach Foucault erstmals ein Führungstyp auf, der sich von Prinzen, Beamten, Propheten, Wahrsagern etc. wesentlich unterscheidet. Die besondere Form dieser neuen Macht, die Foucault pastorale Macht oder einfach Pastorat nennt, ist durch vier Eigenheiten gekennzeichnet. Das Pastorat hat das Ziel, individuelle Rettung in der nächsten Welt zu garantieren; es unterscheidet sich von der königlichen Macht, die von der Herde Opfer für den Thron fordert, dadurch, daß sie bereit ist, sich für die Herde selbst zu opfern; sie kümmert sich nicht nur um die Herde als Ganzes, sondern um jedes einzelne Individuum, wirkt also individualisierend; und sie ist auf ein Wissen um die inneren Geheimnisse und Seelenzustände der Schäfchen angewiesen, um sie zu leiten. Diese Funktionen haben sich nun laut Foucault über die ganze Gesellschaft verbreitet, letztes historisches Resultat der pa-

storalen Machttechnologie sei der Wohlfahrtsstaat. Denn die Errettung der Herde geschieht durch dauernde und zielgerichtete Hut:

»Der Hirte kennt ein Ziel für seine Herde. Sie muß entweder zu guten Weidegründen geführt oder ins Gehege zurückgebracht werden.«

Wyndham Lewis sah seine Herde, wie deutlich wurde, am liebsten im Gehege.

Es ist erstaunlich, daß Foucault zum Thema »Hut« zwar der Wohlfahrtsstaat einfällt (sicher nicht völlig zu Unrecht), er aber an diesen Stellen den Faschismus nicht erwähnt, in dem das Hirten Thema ja gewissermaßen zu sich selbst kommt – speziell in jenen katholisch-ekklesialen Faschismen, wie sie z.B. Österreich und Spanien gesehen haben. Stellen anderer foucaultscher Werke implizieren freilich die Nähe von Pastoraltechnologie und Faschismus, etwa in der strukturalistischen Standarderkenntnis, der Faschismus bringe keinesfalls zum Schweigen, sondern zwingt zum Reden, was in der pastoralen Anordnung unter dem Stichwort Beichtzwang läuft.

Die oben beschriebenen Spezifika der Pastoralmacht lassen erkennen, wie sich der Faschismus in jenes »merkwürdige« abendländische Spiel einschreibt, »dessen Elemente Leben, Tod, Wahrheit, Gehorsam, Individuen, Identität sind«: Der Beicht- und Geständniszwang, der Heils- und Errettungsmythos, der stellvertretende Opfergang des Führers für die Herde (man denke nur an den Dollfuß-Kult nach seiner Ermordung) – all das bestimmt das faschistische Imaginäre. Und was sich in den katholisch geprägten Faschismen besonders klar zeigt, ist das Motiv der Hut, des Behütens.

Kann Hitler noch am ehesten als ein rasender Pastor, als ein *mad vicar* beschrieben werden, der von einer triumphalistischen Errettung phantasiert, so gingen die österreichischen Diktatoren ganz in der Rolle des guten Hirten, ganz im Bewahren und Behüten auf. Im Behüten der Heimat vor dem inneren Feind: den Sozialdemokraten. Und im Behüten der Heimat vor dem inneren und äußeren Feind: den atheistischen, im besten Fall protestantischen Nazis. Der besondere Akzent auf dem Motiv der Hut unterscheidet den österreichischen Pastoralfaschismus tendenziell vom Zynismus eines Wyndham Lewis und vom Nazismus, der ein neues Reich auf den Trümmern der »nicht-arischen« Zivilisation errichten wollte. Der Austrofaschismus verhält sich damit zum Nazismus wie der Psalter zur Apokalypse des Johannes.

Diese Nähe an der Schäferromantik könnte das größte Mysterium des ständestaatlichen Regimes erklären, nämlich den Eindruck der *Harmlosigkeit*, den es hinterließ und der bis zur nachträglichen Selbstinfantilisierung seiner Protagonisten reichte. Nachträglich erschien dieser »weiche« Faschismus wie eine Diktatur der guten Onkels. Die unbeabsichtigte Selbstausschaltung des Parlaments – eine Farce;

Dollfuß – ein Kasperl; Schuschnigg – der farbloseste Diktator der neueren Zeit. Die geballte Lächerlichkeit und Harmlosigkeit des österreichischen faschistischen Experiments sollte Verdacht erregen, und nicht nur, weil dessen spätere Verharmloser in ihren Exkulpierungsbemühungen sich allzu leicht taten. Es ist zu vermuten, daß wir hier gar nicht an die Substanz des Faschismus reichen – wenn es eine solche geben sollte –, sondern vielmehr an seinen spezifisch österreichischen Modus: an das Flötenspiel des Schäfers. Ein *scheinbar* plätschernder Totalitarismus.

Entgegen kam diesem Plätschern die österreichische Verwerfung des Nationsbegriffs. Heimat steht bukolischen Idyllen näher als die Begriffe Nation oder Rasse. Da der Begriff Nationalismus in Österreich traditionell großdeutsch besetzt war, bleibt für eine spezifische Form des Österreich-Nationalismus nur die Heimattümelei. *Der Österreich-Nationalismus arbeitet und arbeitet nie mit dem Begriff der Nation.* Und eben selbst für die Austro-Faschisten – die ja tatsächlich die glühendsten Österreicher waren, die es je gab – war Nation äquivalent mit großdeutscher Nation, was sie zum Ausweichen auf die Begriffe Vaterland und Heimat zwang. Darum hieß die austro-faschistische Einheitsbewegung *Vaterländische Front* und nicht *national front*, und ihre militanten Fußtruppen hießen *Heimwehren*. Tendenziell übernahm *Vaterland* das militante Potential des Nationsbegriffs, mit Betonung der staatlich-territorialen österreichischen Differenz zum Dritten Reich (daher *Front*), während Heimat eine gleichzeitig kollektive und doch private Identität stiften sollte, mit Betonung der *regional-lebensweltlichen* österreichischen Differenz. Das führte damals so weit, daß selbst an sich regime-treue Rundfunkredakteure über den Zwang zu ständigen Heimatfeatures zu murren begannen.

Das Schicksal des Heimatbegriffs ist mit dem Schicksal der ÖVP verknüpft.

Da die Tatsache nicht zu bestreiten ist, daß führende Nachkriegsfunktionäre der ÖVP und der II. Republik auch Funktionäre der österreichischen Diktatur waren – Julius Raab etwa war der niederösterreichische Führer der Heimwehr –, steht und fällt die Reputation dieser Funktionäre wie auch die historische Legitimität der ÖVP als Nachfolgepartei der innerhalb der Vaterländischen Front hegemonialen Christlich-Sozialen mit der *Einschätzung* dieser Diktatur. Ungeheure Energien wurden von ÖVP-Seite in diese Interpretationsarbeit gesteckt: Ein Projekt, das man als Normalisierung der österreichischen Geschichte bezeichnen kann.

Der österreichische Historikerstreit beginnt und endet bei der Frage, ob der Austro-Faschismus ein Faschismus war, oder nicht einfach ein autoritäres ständestaatliches Regime auf christlicher Grundlage, gebildet zur Rettung des Vaterlandes. Vom patriotischen Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus, von der »helden-

haften Zeit der Jahre 1934-1938« spricht folgerichtig Andreas Khol, der Chefideologe und langjährigen Direktor der politischen Akademie der ÖVP. Und so mußte Josef Haslinger noch 1986 anlässlich der Waldheim-Auseinandersetzungen zu dem Schluß kommen:

»Die ÖVP betreibt auf Biegen und Brechen eine Revision der Geschichtsschreibung, mit dem Ziel einer nachträglichen Exkulpierung vom Faschismus.«

Die Wiederaufwertung des Heimatbegriffs zeigt, wie die Exkulpierung der parteieigenen Geschichte sich mit einer kulturellen Austrifizierungs-Kampagne und dem umfangreicheren Projekt einer Desäkularisierung des Politischen zusammenschließen kann. Der Ständestaat war der Parade Fall einer solchen Resakralisierung, dazu genügt schon ein Blick auf den Anfang der Verfassung. Begann die alte Verfassung der I. Republik mit den Worten:

»Österreich ist eine demokratische Republik, ihr Recht geht vom Volke aus.«,

so hieß es in der neuen Verfassung von 1934:

»Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung.«

Das Hirten Thema ist in Österreich immer mit Frömmigkeit verknüpft.

Das folgende Zitat Dollfußens evoziert diesen Cluster an Themen. Ländlichkeit, Heimeligkeit, Frömmigkeit und als Resultat die Verbrüderung der Klassen:

»Im Bauernhause, wo der Bauer mit seinen Knechten nach gemeinsamer Arbeit abends am gleichen Tisch, aus der gleichen Schüssel seine Suppe ißt, da ist berufsständische Zusammengehörigkeit, berufsständische Auffassung. Und verschönert wird das Verhältnis noch, wenn sie beide noch nach Feierabend zum Rosenkranz sich niederknien. Nur so werden wir Marxismus, die falsche Lehre vom notwendigen Kampf der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wirklich in unserem Volk überwinden.«

Regression in allen Bereichen: von den fehlenden Tischmanieren bis zur Resakralisierung sozialer Unterordnungsverhältnisse. Und Dollfuß spricht hier deutlich aus, daß die »berufsständische Auffassung« die Aufgabe habe, die Ideologie des Klassenkampfes, der von ihm fälschlich als »Kampf der Arbeitnehmer und Arbeitgeber« identifiziert wird, abzulösen. Wenn auch heute zurecht niemand mehr etwas mit dem Begriff Klassenkampf anfangen kann, so muß man sich vor Augen halten, daß damals Klassenkampf als *politische Konstruktion* Realität hatte (als Ableitung politischer Positionen aus der Stellung im Produktionsprozeß, wie sie die marxistische Dogmatik behauptet, ist der Begriff nach wie vor absurd). Auf eine solche politische Konstruktion der Linken mußte von faschistischer Seite mit einer Gegenkonstruktion geantwortet werden. In dieses faschistische Imaginäre gehört der Schulteranschlag von Kapitalisten und Arbeitern und die Aufhebung ihres Konflik-

tes in einem höheren organisatorisch gedachten Ganzen. In Österreichs ständestaatlichem Modell aßen die Kapitalisten und Arbeiter »aus der gleichen Schüssel«. Die politische Instituierung solcher Unsitten setzt traditionale Zunft- bzw. Ständeververtretungen der Demokratie entgegen, um hinter die *invention démocratique* der Französischen Revolution zurückzugehen, welche die alten Korporationen ja gerade abschaffen wollte, um das Individuum freizusetzen. Der Ständestaat ist so eine vorkapitalistische Versicherung gegen die Risiken des Kapitalismus. Das wird bekanntlich auch als Vorteil der Sozialpartnerschaft, also des Neokorporatismus beschrieben.

Wie Robert Fleck illustriert hat, unterscheidet sich der faschistische Korporatismus vom heutigen Neokorporatismus sozialpartnerschaftlicher Modelle so wie eine Sitzung des »Großen Nationalen Rates« Mussolinis von einer Sitzung der paritätischen Kommission, nämlich kaum. In beiden Gremien trafen und treffen sich Vertreter der Industrie, der Einheitsgewerkschaft, verschiedener Kammern und Ständeververtretungen sowie der Regierung, um bar jeder demokratischen Legitimierung lohn-, preis-, sozial- und wirtschaftspolitische Entscheidungen zu fällen. Beide Institutionen sind bzw. waren Instrumente zur Konfliktverhütung um den Preis demokratischer Transparenz. Der Korporatismus ist natürlich keine faschistische Erfindung, sondern reicht in Österreich bis weit in die Monarchie zurück (begünstigt durch das Fehlen eines echten Liberalismus), wurde aber vom Faschismus umfassend durchgesetzt und bot keine nennenswerten Adaptionsprobleme für die neokorporatistische Nachkriegsordnung. Gestärkt wird diese Sicht der Entwicklung ex negativo durch die erstaunliche Faschismus-Resistenz der (wirtschafts-) liberalistisch geprägten anglo-amerikanischen Länder.

Wie erklärt sich nun das Wiederauftauchen jenes Leitbegriffs der korporatistischen Anordnung des Austrofaschismus unter neokorporatistischen Vorzeichen? Mit den Instrumenten der politischen Diskursanalyse Ernesto Laclaus oder der politischen Philosophie Claude Leforts läßt sich die Ideologie unserer Sozialpartnerschaft sehr gut beschreiben als Leugnung des jede Gesellschaft durchziehenden fundamentalen Antagonismus. Claude Lefort sieht die demokratische Gesellschaft davon bestimmt, daß im Symbolischen der Raum der Macht leer bleibt, was verhindert, daß sich Gesellschaft schließt. Verkürzt: Historisch entstand die »demokratische Erfindung« im Moment der französischen Revolution, die den Absolutismus unter der Guillotine *dekorporierte* und somit jenen Platz im Rahmen der Säkularisierung des Politischen freimachte, der vorher vom König besetzt war, welcher die Einheit des Gesellschaftskörpers garantierte. Die demokratische Gesellschaft ist damit per definitionem offen, und der Ort der Macht bleibt fortan leer. Im Totalitarismus wird

seine Okkupation versucht, indem ein identitäres Subjekt wie Nation, Rasse, Volk, Proletariat oder Heimat den Anspruch erhebt, diesen Ort der Macht zu besetzen. Das symbolische *demokratische Dispositiv* besteht nach Lefort in der unaufhebbaren Teilung des Gesellschaftskörpers und in der Trennung der Sphären der Macht, des Rechts und des Wissens. Gesellschaft erzeugt sich erst in der Teilung zwischen sich selbst und ihrem Außen, der Instanz der Macht.

Gerade der gründende Antagonismus und die konfliktuale Verfaßtheit der Gesellschaft wird von Faschismus wie Kommunismus geleugnet. Der eine leugnet die Konfliktualität der Gesellschaft, indem er die angebliche Identität von Kapital und Arbeit und mithin die Verbrüderung der Klassen dekretiert. Der andere dementiert die Unauflösbarkeit des gesellschaftlichen Antagonismus, indem er behauptet, mit der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln auch die Ursache des Antagonismus zwischen Kapitalisten und Arbeitern abgeschafft und den Grundstein für die versöhnte Gesellschaft gelegt zu haben. Die transzendentalen Signifikate Volk, Nation, Rasse oder Heimat erfüllen im totalitären Experiment die Funktion der Verkleisterung des Antagonismus, sie schließen das offene Dispositiv der Demokratie, indem sie den leeren Ort der Macht besetzen.

Welchen Ort hat nun die Heimat im symbolischen Dispositiv der österreichischen Demokratie? Historisch prominent wurde der Begriff in seiner österreichisch-pastoralen Variante im Moment der Schließung des österreichischen Antagonismus, der Verdrängung des österreichischen Tabus (A. Pelinka), des bis heute realen traumatischen Kerns der österreichischen Politik. Die Rede ist von der Erfahrung des Bürgerkriegs, die mit dem Datum des 12. Februar 1934 verbunden ist. Dieser Antagonismus ist für Österreich insofern gründend, als sich die Realverfassung der gesamten zweiten Republik – sprich die Sozialpartnerschaft – negativ auf ihn bezieht, ohne ihn dabei anzuerkennen. Die Alternative zum österreichischen Konsensterror ist natürlich weder der reale Terror des fortgesetzten Bürgerkriegs, noch die Schließung des Antagonismus im Sinne des Austrofaschismus, noch dessen heute praktizierte Leugnung und Verdrängung, sondern ausschließlich die Anerkennung des Antagonismus.

Anton Pelinka und Rainer Nick sind in ihrer Studie *Bürgerkrieg – Sozialpartnerschaft. Das politische System Österreichs 1. und 2. Republik* politologisch diesem Phänomen von Riss und Naht nachgegangen. Doch auch jenseits eines politologischen Komparatismus läßt sich mit der politischen Philosophie Claude Leforts oder Ernesto Laclaus das österreichische Experiment als Paradefall eines versuchten Nähens des gesellschaftlichen Risses verstehen. Sozialpartnerschaft ist genau der Titel für diese Naht.

Das erklärt die Wiederkehr der Heimat. Der Atavismus des Buzuplans erscheint exakt im Moment neuer Spannungen und der Infragestellung des Neokorporatismus. Eine Antwort auf die zunehmende Schwächung der Sozialpartnerschaft scheint die Versicherung gegen die Gefährdungen des heutigen informationellen Kapitalismus (manche sprechen von Post-Kapitalismus) durch vorkapitalistische Konzepte zu bieten. Das Arkadien, in dem Bauer und Knecht noch aus einer Schüssel aßen, wird gegen den offenen, beschleunigten und sich zunehmend virtualisierenden Markt als Erdung verabreicht, um sich wenigstens in Bauch und Herzen noch irgendwo zu Hause fühlen zu können. Statt Ideen gegen die mit der schleichenden Lösung des spätkapitalistischen Gesellschaftsvertrags, also des Neokorporatismus, auch einhergehende Entsolidarisierung zu entwickeln, entwickelt die ÖVP Ideen für ein vorkapitalistisches Schäferleben. Wenn der Begriff Ideologie im Sinne einer phantasmatischen Antwort auf reale Fragen auf ein heutiges politisches Programm zutrifft, dann auf diesen Punkt des Buzuplans.

Die ÖVP wird natürlich von ihren politischen Gegnern nicht mit der Heimat stengelassen. Nichts läge der SPÖ ferner als Heimatlosigkeit. Für den gestandenen Sozialdemokraten ist die Heimat eben die Partei (Josef Caps Reaktion auf den Buzuplan), genauso wie für den ehemaligen Musiklehrer des Hauses Khol die Heimat seine Violine war (Andreas Kohls Reaktion auf den Buzuplan). Unangetastet bleibt der Begriff selbst. Unterstellt wird, jeder brauche Heimat, jeder habe Heimat. Josef Cap seine Partei, Andreas Kohls Musiklehrer seine Violine und Jörg Haider seine ariisierten Wälder. Ein gelungener Universalbegriff, nur fragt man sich angesichts dieser penetranten Harmlosigkeit, angesichts der Liberalität, die jedem Bürger sogar einen gefälligen privatsprachlichen Gebrauch des Heimatbegriffs gestattet, warum nur dieser Begriff 40 Jahre keinem demokratisch denkenden Menschen von der Zunge ging.

Doch damit nicht genug. Die tagespolitische Wendung des Heimatbegriffs läßt einen erst so richtig erschauern in Antizipation aller möglichen sich ankündigenden »Mißbräuche«.

Anläßlich des sogenannten »neuen Anschlusses« an die EU erlebte die Rhetorik der Hut auch in der Opposition eine Hochkonjunktur. Wie leicht wandelte sich das identitäre ÖVP-Sedativ gegen EUPanik in ein Aufputzmittel der EU-Gegner. Vor dem befürchteten Einbruch des Fremden muß das Eigene gerade behütet werden, so die Predigt der oppositionellen Pastoren Haider und Voggenhuber. Die Unversehrtheit des heimatlichen Bodens müsse gerettet werden vor fremden Lastwägen, die ihn durchfurchen und vergiften werden. Vor fremden Zweitwohnern – den Antagonisten der Einwohner –, die ihn zersiedeln werden. Und vor fremden Agrarbetrieben, die ihn in die Brache kon-

kurrenzieren werden. Ganz zu schweigen von jenen faulen Südländern, die uns vor lauter Nichtstun die Jobs stehlen werden. Das gemeinsame Auftreten von Hut und Heimat dürfte nach den bisherigen Ausführungen nicht mehr überraschen, wird doch der Heimatbegriff als pastoraler Begriff immer mit dem Gestus des Bewahrens und Behütens vorgetragen. Hier müßte selbst für Erhard Busek klar werden, daß es gefährlich sein kann, Eurozentrismus mit Austrozentrismus zu verkaufen.

Den Einbruch pastoraler und somit prädemokratischer Rhetorik in das demokratische Dispositiv einzudämmen, das wäre das erste Postulat einer »negativen Ethik« der Demokratie. Wenn es eine solche Ethik der »Epoche der Säkularisierungen« geben sollte, dann liegt sie im Widerstand gegen jeden Versuch der Resakralisierung politischer Verhältnisse. Eine Demokratie verträgt weder eine Bukolisierung der politischen Landschaft noch eine *Verhirtung* des Politikers. Ein Politiker ist besser ein Technokrat als ein Seelsorger. Das demokratische Dispositiv wiederum ist artifiziell und denaturalisiert. Weder besitzt es eine Essenz – außer die negative Essenz des leeren Ortes der Macht –, noch sollte man es grün und schafgrau dekorieren. Die τέχνη des techno-demokratischen Politikers bestünde im Idealfall geradezu darin, die idyllische Dekoration abzuräumen, den gründenden Antagonismus der πόλις nicht zu verkleistern und zu verschmieren, sondern bewußt zu halten. Heimat ist der Name für die versöhnte Gesellschaft, und die versöhnte Gesellschaft ist das Ideal des Totalitarismus.

Natürlich wäre es absurd, der ÖVP vorzuwerfen, auf dem Weg in den Totalitarismus zu sein. Die persönliche Integrität vieler ihrer Spitzenfunktionäre steht außer Streit. Solange sie aber nicht wirklich ihre Vergangenheit aufarbeitet, sondern stattdessen weiter Dollfuß als Beschützer der Heimat feiert, solange sie angesichts des gesamtgesellschaftlichen Rechtsrucks auf Themen ihrer ureigensten autoritären Tradition zurückgreift, solange wird sich die ÖVP auch die Gretchenfrage nach der Ernsthaftigkeit ihres demokratischen Laiismus stellen lassen müssen.

Zu hoffen bleibt zweierlei – so unwahrscheinlich beides unter den gegebenen Umständen erscheint. Erstens, daß die vernünftigen Teile der ÖVP ihre Strategie der Relativierung des Austrofascismus überdenken. Dazu könnte gerade die unglückliche Aktualisierung des Heimatbegriffs eine Gelegenheit bieten. Und zweitens, daß die Kampagnen zur Austrifizierung nach den Millenniumsfeiern und nach dem EU-Beitritt abklingen. Denn auf einem demokratischen Programm darf keine Verösterreichung der Welt Platz finden, sondern nur eine Verweltlichung Österreichs. Das heißt Internationalisierung und Säkularisierung unserer pastoralen Idylle. Am Ende einer solchen Therapie schweigen die Lämmer und die Hirten haben dienstfrei.

Haimo L. Handl

Versalzen

Die Mächtigen, der Geist und die Gespenster des Zeitgeists
im Spiegel der Eröffnungsreden zu den
Salzburger Festspielen 1994

»Europa beginnt in doppeldeutiger Magie.« Mit diesem Satz leitete der Philosoph George Steiner seine Festrede ein. Bevor auf seine Ausführungen und Schlußfolgerungen eingegangen wird, sollen aber die deutlichen Rekurse auf Europa und Tradition, Tradition und Europa sowie, am Rande, die Festspiele, welche die Politiker als beflissene Besucher und Festredner den beflissenen Gästen, Besuchern und Zuhörern offerierten, angezeigt werden.

Katschthalers »Grundprinzipien«

Der Salzburger Landeshauptmann Katschthaler eröffnete den Reigen der Redner und gab die Generallinie vor: Tradition, alte Geschichte. Und dann noch das Kunststück, das als Teil des Fortschritts zu sehen. Er zitierte das Festspielkuratorium mit dem bemerkenswerten »Bekenntnis zur Reform der Salzburger Festspiele unter Beachtung ihrer Grundprinzipien, eines gebotenen Fortschritts und ihrer guten Tradition.« Wer kennt die Grundprinzipien? (Das Wort »Prinzip« heißt »Grundsatz«; der Pleonasmus »Grundprinzip«, also Grund-Grundsatz entblößt den Jargon.) Hat wer die Konzepte von Friedrich Gehmacher und Heinrich Damisch gelesen, will jemand nur die Überlegungen von Max Reinhardt und Hermann Bahr bzw., später, Hugo von Hofmannsthal als eigentliche Konzeption gelten lassen? Das Bild vom »gebotenen Fortschritt« im Verein mit »guter Tradition« wäre sicher einige Reflexion wert. Dazu fehlte aber die Zeit. Also wurde ein anderes Bekenntnis zitiert, dasjenige des verstorbenen Landeshauptmannes Lechner, der vor zwanzig Jahren sagte,

»Salzburgs erklärtes Ziel ist es, in allen Bereichen die Vielfalt zu erhalten und zu fördern ... und daher auch den eigenständigen Kulturformen junger Menschen Raum zu geben: Nicht nur am Rande – sondern ganz zentral.«

Der Politiker ging schon damals von einer existierenden Vielfalt aus. Dies sowie die reklamierte Förderung wären kritisch zu würdigen! Das Anbieten an die Jugend zur damaligen Zeit (Siebzigerjahre!), ihr Raum sei nicht am Rande, sondern zentral, während doch das zentrale Ereignis eben nicht die Jugend war, auch nicht sein mußte, demaskierte die freundliche Politikersprache.

Einen ganzen Abschnitt lang stellt der

Landeshauptmann den Festredner George Steiner vor: Als Mann der Weltkultur, der in Salzburg schon lange kein Unbekannter mehr sei. Als einer, der im deutschsprachigen Raum nach 1970 als Kulturkritiker bekannt wurde. Das klingt nicht nur freundlich, ist es auch. Stimmt es? Ich verfolge mit Interesse das Werk dieses Autors seit den späten Siebzigerjahren. Immer frappierte mich seine geringe Verbreitung im deutschsprachigen Raum. Der Suhrkamp Verlag verweigerte mir die Auflagenzahlen der bei ihm erschienen Bücher von Steiner; der Hanser Verlag war nicht so ängstlich und nannte sie: 21 Tausend im Total für vier verschiedene Publikationen inklusive der Nachdrucke. Das ist immerhin ein Indikator. Ein weiterer wäre der, daß, als Steiner 1992 einen Einführungsvortrag zu Messiaens »Saint Francois d'Assise« hielt, nur kurze Artikel darüber erschienen. Aus dem Ausland zurückgekommen, fragte ich im ORF Wien und Salzburg nach, ob dieser Vortrag aufgezeichnet worden war. Man wußte nichts vom Vortrag, man kannte keinen Herrn Steiner. Das Festspielbüro war geschlossen, der Journaldienst kannte keinen Herrn Steiner. In den Salzburger Nachrichten teilte mir schließlich ein Redakteur mit, er habe den Vortrag gehört und darüber geschrieben, aber nicht aufgezeichnet. Jetzt, als Festredner, liegt sein Text natürlich veröffentlicht auf!

Das eigentliche Thema war Europa. Nicht nur der Festredner, vor allem die Politiker konzentrierten sich darauf. Es taugt trefflich zur Legitimation, zur Begründung der Aufgabe, der Pflicht (weil wir ja so pflichtbewußt sind). Der Landeshauptmann:

»Europa ... wird uns fordern ... ein Kulturland, eine Kulturstadt zu sein. Wir müssen uns vor Augen halten, daß wir einen Ruf zu bewahren, zu verteidigen und zu verlieren« haben.

Wie? zu verteidigen? Verteidigung ist eine Abwehr gegen Angriff. Wer greift den Ruf an, wer ist Gegner? Wo sind die Feinde? Oder ist das nur rhetorisch gemeint? Der Redner spezifiziert nicht, welchen Ruf es zu bewahren gilt.

Doch die kulturpolitisch bedeutsamste und wichtigste Erklärung folgt erst: im Rekurs auf die Tradition die Forderung nach stärkerer, weiterer Musealisierung und Geschichtsaufarbeitung bzw. Präsentation. Der Landeshauptmann beklagt ganz offen,

daß in Salzburg die Salzburger Geschichte versteckt gehalten werde:

»Eindeutig fehlt uns jedoch eine qualitativ voll gestaltete kulturhistorische Museumslandschaft zur Geschichte unseres Landes, eines Landes, das wie kein zweites in Österreich über Jahrhunderte als geistliches Fürstentum souverän und von hohem Rang gewesen ist. Alles, was wir am Antlitz unserer Stadt bewundern, ist genau jene Geschichte, die in ihrer gesamthaften musealen Präsentation nicht auf Dauer fehlen kann, sondern noch in diesem Jahrtausend erreicht werden muß. Salzburg versteckt seine Geschichte, erfreulicherweise nicht seine Zeitgeschichte, diese ist wissenschaftlich besser aufgearbeitet als anderswo, wohl aber jene der regierenden Fürsten... Solcherart werden Sichtweisen für die Gegenwart verstellt und Perspektiven für die Zukunft erschwert.«

Man sollte diese Worte langsam lesen und sich den Gehalt klar vor Augen führen. Salzburg, wo einem auf Schritt und Tritt die Geschichte der geistlichen Herrn entgegenblickt, braucht noch mehr solcher Ausweise, braucht die museale und wissenschaftliche Aufbereitung, Präsentation, Bestätigung und wissenschaftliche Verbrämung! Es scheint, der Kulturwert der hohen Katholiken verblaßt oder verliert an Bedeutung angesichts aufklärerischer Geschichtsbetrachtung. Dem ist entgegenzuwirken. Die Angst, Salzburg und seine -Burger könnten der Zukunft nicht ins Auge blicken, weil sie die alte Geschichte vergaßen bzw. zu gering erachten, weil eben nicht so (museal) präsentiert, gipfelt in der Forderung nach mehr wissenschaftlicher Aufarbeitung, nach Museumslandschaft: Das ist die Ausrichtung einer modernen Tradition auf Europa: im Bewußtsein der katholischen Vergangenheit wird Europa, wird die gefahrenvolle Moderne eher im Blickfeld einnehmbar. Die Aussage, die Zeitgeschichte sei in Salzburg besser als anderswo aufgearbeitet, möchte ich, ohne die Arbeit der Salzburger damit zu schmälern, in diesem Sinn doch in Zweifel ziehen. Aber verbirgt sich dahinter nicht ein Ärger? Man hat genug mit der Zeitgeschichte, die ja die Nazizeit und das Danach (inklusive Waldheim und das nach ihm benannte Syndrom) behandelt.

Das Monieren des Mankos eines Geschichtsbewußtseins des »dreizehnten bis zum neunzehnten Jahrhundert und die Jahrzehnte danach, sowie die Jahrhunderte davor« indiziert eine Vergangenheitsorientierung, ein Rückwärtsschauen, das eher mit dem resignierten Geist Hofmannsthals korrespondiert, als mit der Moderne, die auch der Landesmann anruft. Eine Moderne, die revidiert gesehen wird, weil einige ihrer Charakterzüge und Forderungen nach Meinung Konservativer seiner Art unheilvoll sind. Der Redner zitiert eine Passage einer hervorragenden Formulierung von Ulrich Beck (Humanismusgespräche), merkt aber nicht, daß die Umsetzung des darin Artikulierten ihn bzw. seine Gedanken in Frage stellte, zum Überdenken oder zur Korrektur zwängen:

»Überall täuscht die Gleichheit der Wortfasaden über völlig veränderte Realitäten hinweg. Wir denken, handeln und forschen in Phantomsprachen.«

Die Täuschung erfolgt im Denken à la Katschthaler durch den Jargon bzw. durch Klischees: »Ich plädiere für eine neue Gesprächsbereitschaft zwischen Kultur, Politik und Gesellschaft.« Gab es eine alte? Wie lange und welcher Art? Gesprächsbereitschaft ist oder wäre noch nicht Gespräch. Bereitschaft als Ersatz? Weiters: Zwischen Kultur, Politik und Gesellschaft. Zwischen wem? Sind dies so separate Bereiche?

Später hören wir den Bundespräsidenten genau das Gegenteil behaupten. Pluralismus. Die Funktionszuordnung, die Hierarchisierung wird verständlicher mit der Rollenzuweisung, die der Politiker kraft seines Amtes nicht nur der Politik erteilt, sondern eben auch der Kunst. So meint er, Künstler könnten visionär und korrektiv auf ihre Zeit einwirken (wer, wann, wie?) und erklärt gleich, wie das zu verstehen ist:

»So sehe ich das Verhältnis von Kunst und Politik und trete für eine Kunst ein, die nicht nur die private, sondern auch die öffentliche Sphäre – und diese nicht nur in extremen Utopien – künstlerisch betreut.«

Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Kunst als Betreuung. Versorgungseinrichtung. Nach dem Muster der Seniorensozialeinrichtungen. Und: nicht nur extreme Utopien! Schickt sich nicht. Widerspricht der künstlerischen Betreuung. Die Quintessenz dieser Aussage rückt das Vorangesagte ins rechte Licht. Jetzt müssen die Verbindungen zur Moderne als Kaschierung verstanden werden, jetzt zeigt sich, welche Bedeutung seine Begriffe von Vielfalt und Bewußtsein, von Kunst und Wirklichkeit haben. Von hier läßt sich die geforderte »neue« Gesprächsbereitschaft besser verstehen: eine, die unter strikter Beachtung der zugewiesenen Rollen und Standorte erfolgt, also nach Regeln, die schon (von ihm und dem, was dahinter steht) bestimmt sind.

Hat der Landeshauptmann, trotz der von ihm konstatierten tadellosen zeitgeschichtlichen Aufarbeitung, die Überlegungen von Dolf Sternberger, Gerhard Storz und W. E. Süskind, unmittelbar nach dem letzten großen Krieg publiziert (aus dem Wörterbuch des Unmenschen), übersehen oder vergessen? Die dadurch ausgelöste Kontroverse lieferte auch berechtigte und wichtige Kritik. Trotzdem ist der normativen Sprachkritik von Sternberger und anderen nicht einfach der Sinn abzusprechen. Dem Wort »Betreuung« wurde eine eigene Betrachtung gewidmet:

»Was der Unmensch in allen seinen Gestalten zu erreichen strebt, ist dies: daß keiner unbetreut bleibe und daß der Mensch auch zu keiner Zeit seines kurzen Lebens unbetreut bleibe.« – »Am Ende löst die Betreuung den Jemand als Jemand, als eigenes Wesen, aus, dem sie gilt oder zu gelten scheint.«

Diese Beobachtung könnte doch vor-

trefflich in einen Vergleich mit Hofmannsthals »Jedermann« gebracht werden, nicht? Sternberger nahm die Kritik von Kolb und Polenz zur Kenntnis, erwiderte sie auch und bekräftigte nochmals:

»Freien aber und in ihrer Freiheit als gleich geachteten Menschen geschieht Unrecht, wenn sie *betreut*, *behandelt*, auch *beliefert* und so irgendwie *beherrscht*, nämlich abhängig gemacht werden oder werden sollen. ... Der Betreuer aber geht daran, freie und für gleich geachtete Personen in dieselbe Abhängigkeit zu versetzen und sie darin zu erhalten.«

Aber auch die Kenntnis einiger Werke des in Salzburg so bekannten Autors George Steiner hätten den Redner vielleicht vorsichtiger werden lassen, überlegter. Zwar ist der Essai »The Hollow Miracle« aus dem Jahr 1959 von George Steiner selbst als fragwürdig und heftig kritisiert worden (Steiner relativierte und korrigierte später einige darin unhaltbar eingenommene Positionen), entspricht aber dem kritischen Geist, wie ihn die Autoren des Wörterbuchs des Unmenschen repräsentieren, aber auch Vertreter der Kritischen Theorie, die vielleicht bei uns auch nicht so bekannt sind, weil sonst solche Rollenzuweisung der Kunst nicht so glatt vor sich ginge (Adorno, Horkheimer, Benjamin).

Klestils »Magna Charta Europas«

Der Bundespräsident ging noch konsequenter auf Europa ein. Das ist sein Thema, das behandelt er immer und überall. So auch hier. Der Herr Bundespräsident zeigt Geschichtssinn, er zitiert einen Politiker einer jungen Ostdemokratie »Für uns Europäer geht jetzt ein völlig unnützes Jahrhundert zu Ende!« und kommentiert gleich:

»Kürzer und im Grunde furchtbarer läßt sich kaum beschreiben, was dieser Kontinent an Kriegen, an millionenfachem Blutzoll, an ideologischen Verirrungen und humanitären Rückschlägen erlebt und durchlitten hat.«

Die Passivendung eliminiert den oder das Aktive, lagert damit Verantwortung aus, verschlicht in der »Leideform« und erzeugt damit das Vorstellungsbild eines Leids, eines Erlebens als etwas, das einem zugekommen, zugestoßen ist, nicht notwendigerweise von außen, vielleicht sogar endogenen Ursprungs, nie aber als Resultat von (eigener) Tat, eigener Aktivität. In solchem Denk(bild) gibt es keine Ursache, nur Wirkung. Also: keine Aktiven oder Tätigen (Täter), nur noch Erlebende (Erleidende = Opfer). Das hat doch Tradition, nicht nur in Österreich, aber hier ganz speziell! Der Herr Bundespräsident fährt weiter:

»Nichts davon ist letztlich wiedergutzumachen – und es wird schwer sein, dem Geschehen einen späten Sinn zu geben. Aber ist daraus wenigstens zu lernen – und wenn ja, sind wir dazu fähig und bereit? Und wie wird die Schlußbilanz dieses europäischen Jahrhunderts aussehen?«

Mutige Feststellungen, viele Fragen. Dr.

Klestil sieht Schwierigkeiten für einen »späten Sinn«. Welchen frühen sieht er, verstehen wir? Aber wie sollen wir lernen, wenn es keinen Sinn gibt? Es muß also einen geben. Ist nicht im Lernen ein Sinn bedingt, wird nicht, falls der Sinn nicht aus sich existiert (was er ja nicht tut), er generiert, allein in der Praxis des Lebensfortgangs und der Lebenserfüllung, die nie, auch entgegen möglichen nihilistischen Formulierungen, sinnlos ist oder sein kann?

Der Redner scheint mit seiner rhetorischen Frage und implizierten Antwort nur das Feld zu bereiten für die politischen Ausführungen:

»Ich stelle diese Frage ganz bewußt am Beginn der Salzburger Festspiele, die sich ja von allem Anfang an die Aufgabe gestellt haben, den Glauben an Europa zu stärken.«

Dem wäre rein faktisch zu widersprechen. Profanere Gründe waren Motor und Motivation zur Installation der Festspiele; insbesondere nach dem Schock der Staatskastration, nach dem Verlust der geliebten Ordnung war wenig da, das als Glaube an Europa (wem bedeutete damals Europa Europa?) interpretiert werden könnte. Aber der Redner braucht diese Chimäre des Ursprungs, des (alten) Europas, um einen Kontrast zu zeichnen, um spätere Forderungen als Programm, als Lösung, verkaufen zu können: Zuerst reklamiert er Europa als geistigen Begriff. Dann fragt er wie's damit heute steht und liefert die Antwort: »Wenn wir ehrlich sind, nicht gut.« Damit gibt er nicht nur eine Antwort, sondern liefert zugleich den Beweis seiner und der Hörer Ehrlichkeit. Jetzt folgen die Ausführungen:

»Nach wie vor sind im Osten die seelischen Verwüstungen jahrzehntelanger Diktaturen, die nachklingende Erschöpfung, die Enttäuschungen und Frustrationen spürbar.«

Klar. Aber ich meine, mehr als das ist »spürbar«, wahrnehmbar. Es beschränkt sich nicht auf das Seelische! Leider zieht er nicht den Vergleich, der so einladend winkt: Europa im Osten heute, Österreich als Schrumpfstaat damals, auch nicht nur seelisch zerstört, zudem noch erschöpft von Verwüstungen nicht nur jahrzehntelanger Diktatur, sondern jahrhundertelanger Habsburgerregime. Aber das würde zu weit in die alte Geschichte führen und in einer Weise, die auch dem Salzburger Landeshauptmann nicht so angenehm wäre, entrollte man das Szenario der damaligen Malaise. Gegenwarts- und zukunftsorientiert schafft der Redner deshalb die Brücke:

»Und im Westen liegen die Schatten des Mißtrauens der Bürger schwer über den demokratischen Institutionen.«

Wen meint er? Die Italiener? Die Franzosen? Gar uns selbst, die Österreicher? Ganz gleich wen er meint, *was* meint er damit? So, wie er's sagt, klingt's, als ob der Bürger wieder Schuld trägt, weil er »demokratische Institutionen« mit schwerem Mißtrauen belegt und damit stört. Seine Formulierung gibt nicht Raum für die Überlegung, daß das Mißtrauen nicht den

demokratischen Institutionen gilt, sondern Politikern oder Amtsinhabern, die solche Institutionen jenseits demokratischer Kontrolle (miß)brauchen. Der Satz des Herrn Bundespräsidenten stellt zudem dieses Bürgermißtrauen als Last in direkten Vergleich mit den Verwüstungen der Diktatur. Nun, das kann dem Ghostwriter im schnellen Formulieren so passiert sein. Oder schreibt der erfahrene Beamte Klestil als Bundespräsident seine Reden, die jetzt Texte eines Politikers sind und nicht eines Berufsdiplomaten, selbst? Gleichwie, er legt dieser obskuren Gleichung ein Schäuferl nach:

»Überall hat sich die offene Gesellschaft durchgesetzt – aber gerade in ihrer Offenheit und Unverbindlichkeit liegt auch ihre Gefährdung.«

Ich nehme an, er bezieht sich nicht auf die »Offene Gesellschaft und ihre Feinde«, wie sie Sir Karl Popper visionierte. Er sieht *überall* offene Gesellschaften. Ich wäre froh, dem wäre so. Aber er sieht sie nur, um die Gefahr des Zuviel zu beschwören. Vor lauter Freiheit kein Erbarmen, nur Unverbindlichkeit. In der Freiheit liegt die Gefährdung, deshalb brauchen wir Normen, Grenzen, Kontrolle, Expertise, ja, im Katschthalerschen Sinne: Betreuung. »Zur Freiheit, zur Sonne«, das mag auf dem Spielboden auch von Festspielen angehen, nicht aber in der maßgebenden Wirklichkeit. Die Bedrohung ist so stark, so akut, daß der Redner mit Furor fordert:

»Und wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn unter dem Vorzeichen der totalen Offenheit und Freizügigkeit ganz neue, unkontrollierte und demokratiefeindliche Machtmonopole entstehen.«

Irgendwie ist mir die Sprache des Herrn Bundespräsidenten zu ungenau. Nie läßt sich sagen, was er genau meint, wen er womit nicht nur bezeichnet, sondern im Sinn hat. Es klingt so, als ob er was sage, klopft man es aber ab, findet man nicht die Substanz, die eine Referenz ermöglichte. Er liefert Politjargon. Die Wortverbindung von der »totalen Offenheit« mag ja von jenen, denen der »totale Krieg« noch im Ohr ist, verstanden werden, nur, wo ortet er sie? Wo leiden wir an totaler Freizügigkeit? Bei uns dürfen Ehefrauen keinen eigenen Namen tragen und die Homosexuellen bewegen sich, soweit sie geschlechtlich verkehren, verkehrt. Gerade Herr Dr. Thomas Klestil müßte doch die existierende, akzeptierte, praktizierte Freizügigkeit zu schätzen wissen, war sie doch Voraussetzung für das breite Verstehen in der Bevölkerung für seine Beziehungs- und Familienprobleme. Wo existieren bei uns unkontrollierte Machtmonopole? Wir haben viele Machtmonopole, aber alle kontrolliert, nach Plan, in Sozialpartnerschaft, nach Vertrag. Alles österreichisch geregelt. – Er fährt fort:

»Aufßer Zweifel steht, daß wir durch eine Zeit großer Ratlosigkeit gehen. Alte Werte sind entleert. Die Sehnsucht nach dem Magischen, dem Mystischen wird trivialisiert oder bleibt unerfüllt.«

Sollte die Sehnsucht nach dem Magischen erfüllt werden, authentisch? Wie wäre das in einer aufgeklärten Gesellschaft möglich? Wie wäre die Sehnsucht nach dem Mystischen nichttrivialisierend zu artikulieren? Hier könnten Antworten, wenn nicht selbst gegeben, bei unterschiedlichen Autoren gefunden werden, z.B. bei Roland Barthes, Theodor W. Adorno oder, ganz naheliegend, George Steiner. Vor allem Adorno hätte aber der Sehnsucht nach dem Magischen eine Absage erteilt und die Sehnsucht nach dem Mystischen kritisch hinterfragt. Für den Redner muß die Problematik herhalten für eine Kurzverbindung: Große Ratlosigkeit, weil Entzauberung (die alte Enttäuschung über die Aufklärung, die Moderne), Lösung durch Sehnsuchterfüllung nach dem Magischen und Mystischen. Da harzt nicht nur ein weites Programm seiner Exekution, da werden Aufgaben verteilt für Programmierer. Bevor er sie anführt, verstärkt er noch seine Art von Kulturkritik mit dem Hinweis, zu vieles sei auf Unterhaltung und zu wenig auf Inhalt und Dauerhaftigkeit angelegt. Das alte Lied. Aber eines mit Lösungen, serviert wie ein Schlagerpot-pourri:

»Unser Kontinent kann und wird seine künftige Identität und seinen Frieden nur dann finden, wenn er sich im Kern als eine Kultur- und Wertegemeinschaft versteht!«

Schön wär's. Der Bundespräsident scheint die Essays des bekannten Kultur- und Literaturkritikers Steiner nicht gelesen zu haben. In einem stellte Steiner nämlich fest, daß Kultur offensichtlich keine Garantie darstellt(e), die (kultivierte) Gesellschaft vor Barbarei zu bewahren. So einfach scheint die Anrufung der Kultur als Werkzeug oder Mittel für einen Frieden oder Humanismus nicht zu funktionieren. Ja, in seiner nachfolgenden Rede ging Steiner nochmals aktuell auf dieses Moment ein und beschwor einige dunkle Seiten unserer Kultur und Geschichte. Andererseits muß gefragt werden, was der Bundespräsident wieder meint. Welche Identität des Kontinents? Wenige Sätze später stellt er doch richtig fest:

»Es gibt keine gemeinsame europäische Kultur – und schon gar keine Kultur der Europäischen Union.«

Aber eine Identität gibt's? Oder soll es künftig geben? Damit diese Konstruktion hält, muß eine Festlegung, eine Einigung erfolgen, die sich wie folgt anhört:

»Aber es gibt so etwas wie eine geistige »Magna Charta Europa« – ungeschrieben, immer unfertig – und voller Spannungen und Gegensätze. Viele haben an ihr mitgewirkt – die vier Evangelisten und viele Philosophen, die Humanisten und Reformatoren, die Päpste und Kaiser, Ost-Rom und West-Rom.«

Die zweite Katze ist aus dem Sack. Wer's nicht wußte, dem wird's jetzt klar: Ost-Rom, West-Rom, Kaiser, König, Vaterland, die Päpste, natürlich und göttlich, die vier Evangelisten. Alles Europäer, alles Konstrukteure der ungeschriebenen Magna Charta Europas. Danke. Die Okkupa-

tion eines Begriffs mit christlicher Geschichtsbille. Nicht nur Eurozentrik, sondern pures Christentum als Auftrag des Okzidents: da liegt die Wurzel unserer Identität: wer da nicht hinein paßt, wer da nicht rein will, ist selber fremd. So einfach ist das. Übertreib ich jetzt? Um keine Zweifel aufkommen zu lassen, die ich gutgläubig zugunsten des Redners mir einzureden versuchte, fährt dieser aber weiter: dreimal beginnt er Sätze mit

»Wer sich zu diesem Kultur-Europa bekennt, wer an dieses Europa glaubt, wer dieses Europa will!«

Dreimal wird klar: *dieses* Europa, nicht ein anderes! Wer *dieses* nicht will, wer *dar-an* nicht glaubt, wer sich *dazu* nicht bekannt, stellt sich abseits, ist nicht Europäer, ist Barbar, Fremder. Punkt.

Um nicht im Mystisch-Magischen oder Geschichtlichen sich zu verlieren, besinnt sich der Bundespräsident der politischen Aufgabe:

»Ich halte es für ganz entscheidend, den Kulturbegriff rasch zu erweitern. ... Auch Demokratie ist Teil der Kultur.«

Fein gesagt. Doch wie soll die Erweiterung aussehen? So, wie seine Hauspostille, »news«, Journalismus als Teil unserer Kultur versteht? Also eine Kultur für Halbgebildete, Kurzdenker, Konsumenten und Mitläufer etc. Gerade die Kulturindustrie beweist, daß die Erweiterung des Kulturbegriffs durchaus möglich ist in einer Weise, wie sie (anders) Kultivierten unangenehm ist. Die Erweiterung ist ja nicht dahingehend gesucht oder gefordert, daß sie höhere Mündigkeit, breiteren Freiraum bedingte und gewährte, sondern als erweiterte Bedürfnisbefriedigung in einer betretenen Gesellschaft. Wobei die größten Teile der Programmerkfüllung, der Bedürfnisbefriedigung, durch berufene Animatoren, Künstler, Wissenschaftler, Beamte, Politiker erfolgen, ein ganz geringer durch die Betreuten selbst im Akt des Konsums, des Verzehrs bzw. davor im Erfüllen der Produktionsfunktionen.

Lange spricht der Präsident dann von der Kulturfriedensarbeit (seine Sprache wäre in diesen Punkten einen spezifischen Vergleich mit dem SED-Jargon wert!) um sich dann zum Abschluß an Hugo von Hofmannsthal zu erinnern und seinen Geist programmatisch zu beschwören:

»Vor 70 Jahren hat Hugo von Hofmannsthal wörtlich geschrieben, Österreich sei »identisch mit tausendjährigem Ringen um Europa, tausendjähriger Sendung durch Europa und tausendjährigem Glauben an Europa«. Ein stolzes, aber auch ein verpflichtendes Wort. Der Ausgang der Volksabstimmung vom 12. Juni war ein Signal, daß der Geist von damals nicht erloschen ist. Mehr denn je aber brauchen wir heute die Kraft dieses Geistes und die Macht der Kultur, um durch die Unsicherheit und Unübersichtlichkeit unserer Zeit hindurch in eine größere Gemeinsamkeit zu finden.«

Auch wenn Hofmannsthal ein sensibler, sprachempfindsamer Autor war, muß man ihn nicht gleich zum Europaanwalt ma-

chen. Nicht nur wegen der obsoleten Tausendjahr-Beschwörungen, die einem Heutigen doch schwer über die Lippen kommen sollten, nach all der Erfahrung der Tausendjahr-Gesellschaft, sondern wegen der Kenntnis der vergangenheitsorientierten Position des Dichters Hofmannsthal, der ein später Repräsentant des vorigen Jahrhunderts ist, wenn er auch im jetzigen noch wirkte und verstarb. Er soll damit nicht abgewertet werden, es soll nur eine falsche Vorwärtsrichtung korrigiert werden. Dafür taugt Herr von Hofmannsthal nicht. Der künstlerischen Wertschätzung tut das keinen Abbruch; George Steiner führt ihn des öfteren als höchst positives Beispiel deutschsprachiger Dichtung an... Aber der Bundespräsident verwendet Hofmannsthal als Marke, als Ausweis für einen Geist von damals, von welchem Republikaner (ein Begriff, den ich im ursprünglichen Wortsinn verstanden wissen will) hofften, er wäre überwunden. Der Geist der Restauration, wie er auch aus der positiv formulierten Verbindung mit Monarchie und Päpsten etc. antiaufklärerisch spricht, feiert hier dunkle Urstände' und relativiert das modern klingende Gerede von zukünftigem Europa, Offenheit und Moderne.

Scholten's Kontrastprogramm

Der Bundesminister für Unterricht und Kunst setzte einige andere Akzente, sprach aber auch nicht zu den Festspielen, sondern über Geschichte und Politik. Seine Ausführungen hörten sich nachträglich wie eine Korrektur der beiden anderen Reden an, obwohl er nach dem Landeshauptmann und vor dem Bundespräsidenten sprach. Minister Scholten leitete gleich drei seiner Absätze mit der Wortfolge ein: »Trotz Renaissance und Aufklärung« und befand, daß eben trotzdem Barbarei, Krieg, Mord und Elend möglich war und ist.

Er beschwor Solidarität und Menschlichkeit als Mittel und Programm heutiger Friedenspolitik, bekräftigte das Programm der Moderne, unterstrich deren Ideale der Aufklärung und zitierte nach Albert Camus den Italiener Lampedusa, der in seinem Roman »Der Leopard« Tancredi den bedeutungsvollen Satz sagen läßt »Wenn wir wollen, daß alles bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, daß alles sich verändert.« Mit diesem Schlüsselsatz rechtfertigt Scholten eine Politik bzw. Kulturpolitik, als welche er wohl auch seine gesehen haben will. Er differenziert seine Kulturkritik:

»Nicht die Moderne steht der Tradition im Wege. Nicht Veränderung stört die Ruhe. Nur die schnellen Bilder verstellen den genauen Blick. Nur die raschen Antworten verhindern die richtigen Fragen.«

Das Festhalten an der Moderne, an der Aufklärung im Einverständnis mit Veränderung, gesehen als Leitsatz europäischen Denkens, sieht Scholten eben in diesem Satz von Lampedusa ausgedrückt.

Europa scheint ein Magnet zu sein. Auch der Unterrichtsminister versteigt sich zu Formulierungen wie »Dieses Europa hat uns jetzt auch in seiner Tischrunde aufgenommen und wir haben damit eine große Verantwortung übernommen.« Wo waren wir denn zuvor, als wir keinen Sitzplatz am europäischen Tisch hatten? Draußen vor der Tür. Aber auch das war Europa, wie auch jetzt Europa immer noch mehr umfaßt, als am Tisch Platz zugewiesen erhielten. Und denkt man Europa kulturell, ist die Grenzziehung mit dem Platz an der Sonne, dem Aufgenommensein in die Tafelrunde, untauglich.

Im Gegensatz zu Katschthalers alter Geschichtsorientierung fordert der Unterrichtsminister

»die besondere Verantwortung gerade der Politik Österreichs, sich zu konfrontieren mit den Geschichtsbrüchen der Gegenwart, um den internationalen Dialog weiterführen zu können und so die wirklichen Verflechtungsprobleme unserer Zeit aufzuzeigen.«

Wahrscheinlich hat auch er den Text nicht selbst verfaßt und sein Ghostwriter brillierte im Jargon. »Geschichtsbrüche« mag ja noch angehen, weniger einsichtig scheint die Begründung des internationalen Dialogs. Noch weniger einsichtig aber die Notwendigkeit »wirkliche Verflechtungsprobleme« aufzuzeigen. Erstens, wem soll weshalb aufgezeigt werden? Weshalb liest man aus der Aufnahme in die Europäische Union schon wieder eine Sonderverpflichtung ab und maßt sich eine solche Rolle an? Allen Politikern ist eigen, daß sie sofort Österreich prädestiniert sehen für zentrale europäische Kulturaufgaben, Vermittlungsaufgaben etc. Bedürfen wir solcher Reklamation wegen eines beschädigten, dürftigen Selbstbewußtseins? Im Jargon stört mich aber auch die Vokabel »wirkliche Verflechtungsprobleme«. Was Scholten damit meint?

Gut und aussagekräftig wurde der Minister, als er nicht zu Europa und Politiken sich klischiert äußerte, sondern von Kunst und Kultur sprach. Da klang durch, daß er oder sein Schreiber kritische Lektüre genossen haben, da erwiesen sich Gedanken als von guter Nachbarschaft:

»Kunst wäre ohne den Gedanken an das Neue, an Veränderung und an die Lust auf das Neue durch die Veränderbarkeit des Alten undenkbar. Kunst ist das Neue schlechthin, aber ein Neues, das durch seine Existenz diesen Grundgedanken der Moderne bewahrt. Wer also dem Neuen in der Kunst den Raum zur Entfaltung zu versagen sucht, versucht nichts anderes, als die Kunst in diesem Land von ihren Wurzeln zu entfernen und das zu zerstören, was er vermeintlich zu bewahren glaubt: die Tradition.«

Man mag darüber streiten, ob Kunst schlechthin Neues sei. Aber immerhin läge Substanz für eine Auseinandersetzung vor. Die Art, wie hier Grundlegendes mit leidvollen Erfahrungen unserer Alltagskulturpolitik vermengt wird, ist trefflich. Die Signale an die Abwehrkämpfer, die Ultras, deutlich. Ob sie auch Effekt zeigen wer-

den, muß einer späteren Prüfung vorbehalten bleiben.

Steiners Europa-Mythen

Den Abschluß lieferte George Steiner mit seinem Festvortrag. Er sprach nicht zu den oder über die Festspiele, sondern von Europa und seinen Mythen. Es klang wie nach einem verfehlten Thema. Steiner las deutsch. (Keiner der Redner sprach frei, alle lasen; leider!) Kennt man sein Werk, enttäuschte er ein wenig. Mir zumindest ging es so. Meine Erwartungen waren hoch, hatte ich doch seine überaus geschickten Essays mit ihren vielen Hinweisen, Querverbindungen und Assoziationen eines tief kultivierten und belesenen Europäers, mehrerer Sprachen mächtig, gerade wegen ihrer Komplexität genossen. In dieser seiner Rede schien er sich zu unterscheiden, dünkte mir, verkaufte er sich unter seinem Preis. Vielleicht bin ich deshalb etwas unfair mit meiner etwas zu einseitigen Kommentierung. Aber die Reaktionen auf seine Rede, sei es die abwertende Bewertung von Kanzler Kohl, Steiner habe einen »Schwanengesang auf Europa« geliefert, sei es das bloße Herausheben seiner Bemerkung von einem »müden Europa, das an einem Zuviel an Geschichte leide« und anderer, ähnlicher kulturkritischer Sätze stimmen mich nicht hoffnungsfroh, seine Intention wäre verstanden worden.

Wovon, wenn schon nicht von Festspielen, spricht Steiner? Von den Wurzeln der Sprache, der Grammatik, als Voraussetzung für die Mythenbildung. Vom Zusammenhang des menschlichen Sprachvermögens nicht nur eine Zukunft formulieren zu können, sondern auch eine Möglichkeitsform, womit Entwürfe, Imaginationen, Gegenwelten, womit eigentlich Schöpfungsakte möglich werden, womit die Spanne des Möglichen, des Denkbaren, sich über Gegenwart und Vergangenheit auf die Zukunft zu richten vermag. Er spricht von den Mythen, von der Vorherrschaft der griechischen Mythen, von denen sich das 20. Jahrhundert speist und fragt, ob das auf eine Erschöpfung eigener Mythenbildung weise, ob wir keine eigenen Geschichten mehr zu erfinden imstande sind, ob wir nur noch variieren. Für all das führt er viele überzeugende Beispiele an. Leider versäumt er den Gedanken kritisch weiterzudenken, ob es irrig ist, nur von einer Variation der griechischen Mythen zu sprechen, ob nicht vielmehr die Bedingtheit des Menschseins eine unendliche Zahl verschiedener genuiner Geschichten erlaubt bzw. sie gar nicht nötig werden läßt. Oder, um eine andere Erklärvariante zu bemühen, ob die geringe Verschiedenheit nur ein Resultat vereinheitlichenden Blicks ist bzw. Resultat einer Reduktion auf das Wesentliche, auf den Kern. Was Wunder dann, daß immergleiche Strukturen zu finden sind. Was Wunder, daß es immer um ähnliche Probleme geht. Erstaunt es uns, daß es um Menschen und Götter geht?

Der sensible Kulturkritiker hätte nur sein Sensorium, das er so empfindsam auf Äußerungen und Artikulationen anderer zu richten in der Lage ist, auf sich und seine Gedankenkonstruktionen selbst anlegen sollen, um einen Teil der Fragen nicht zu stellen, die Absenz der Antworten nicht als Manko monieren zu müssen. Die Erinnerung an Überlegungen zum Problem Schein und Sein, Einheit und Komplexität, Sprachbewältigung als Weltaneignung, seiner eigenen Ausführungen wie solcher, die er oft zitiert (Nietzsche z.B.), als auch jener, die er geflissentlich zu übersehen scheint (Adorno), würden einiges an Klärung liefern und korrigierend relativieren, was er heute als vermeintliche Armut hinstellt.

Steiner sieht in den Mythen »Geschichten, die über die erste Geschichte erzählt werden. Eine zirkuläre, eine labyrinthische Wahrheit«, weswegen es »nur eine Geschichte« gäbe. Dieses Fokussieren auf eine Urgeschichte, einen Urtext – ähnlich dem Wunschbild einer Ursprache – führte Steiner wahrscheinlich auch zu seiner umstrittenen Hypothese, welche er in seiner Rede anspricht:

»daß die urtümlichen Mythen, welche die Sensibilität und die Erkenntnisgewohnheiten im Denken, in der Literatur und in den Künsten des Abendlandes hervorbringen, in einer elementaren Wechselbeziehung zu den Quellen der indoeuropäischen Grammatik stehen. Diese Mythologie und die Skelettstruktur der Syntax sind irgendwie miteinander verflochten.«

Wie wäre mit einer solchen Sicht der Umstand zu erklären, daß es aber in verschiedensten Gesellschaften nichtverwandter Sprachfamilien und entfernter Kontinente gleiche Mythen derselben Struktur gibt? Claude Lévi-Strauss kritisierte schon früh diese Denkweise der Mythologieforschung in einem Vergleich zur antiken Sprachphilosophie: Er nimmt die antiken Philosophen und deren damalige sprachtheoretischen Kenntnisse als Beispiel, das Dilemma in der Mythologieforschung zu skizzieren: Ausgehend von der Tatsache, daß »in einem Mythos alles vorkommen (kann)«, stellt Lévi-Strauss fest:

»Dennoch entstehen diese anscheinend so willkürlichen Mythen mit denselben Charakterzügen und oft denselben Einzelheiten in den verschiedensten Regionen der Welt.«

Dieser Widerspruch muß zuerst erklärt werden. Ein Problem liegt im Verständnis des Mythos, der gegenwärtig so befangen ist, wie die antike Sprachphilosophie. Lévi-Strauss:

»Die antiken Philosophen redeten über die Sprache wie wir noch heute über die Mythologie. Sie konstatierten, daß in jeder Sprache gewisse Lautgruppen bestimmten Sinngehalten entsprechen, und suchten verzweifelt zu begreifen, welche innere Notwendigkeit diese Sinngehalte und diese Laute verbinden. Das Unterfangen war vergeblich, da die nämlichen Laute sich auch in anderen Sprachen fanden, dort aber mit ganz anderen Sinngehalten verbunden waren. So wurde der Widerspruch erst

behoben, als man merkte, daß die Bedeutungsfunktion der Sprache nicht direkt an die Laute selbst gebunden ist, sondern an die Art und Weise, wie die Laute miteinander kombiniert werden.« Und: »Den Mythos mit der Sprache zu vergleichen, hilft gar nichts: der Mythos ist ein Bestandteil der Sprache; durch die Sprache ist er uns bekannt, er hängt mit der Rede zusammen.«

Die wichtige Bemerkung aber lautet:

»Man könnte den Mythos als jene Art der Rede umschreiben, in der der Wert der Formulierung *traduttore traditore* (traduttore = Übersetzer, translator; traditore – von tradire = ver-raten, Pflicht vernachlässigen – verräterisch oder Verräter; HLH) praktisch gegen Null strebt. In dieser Hinsicht steht der Mythos auf der Stufenleiter sprachlicher Ausdrucksweisen der Poesie genau gegenüber, was man auch gesagt haben mag, um sie einander nahezubringen. Die Poesie ist eine Form der Sprache, die nur unter großen Schwierigkeiten in eine andere Sprache übersetzt werden kann, und jede Übersetzung bringt zahlreiche Deformationen mit sich. Dagegen bleibt der Wert des Mythos als Mythos trotz der schlimmsten Übersetzung bestehen. Unsere Unkenntnis der Sprache und der Kultur der Bevölkerung, bei der man einen Mythos entdeckte, mag noch so groß sein, er wird doch von allen Lesern in der ganzen Welt als Mythos erkannt. Die Substanz des Mythos liegt weder im Stil noch in der Erzählweise oder der Syntax, sondern in der *Geschichte*, die darin erzählt wird.«

Und zur Bewertung der Authentizität, der Ursprünglichkeit als »wahrer« oder »wahrerer« Wert, spricht der Ethnologe und Strukturalist von der

»Schwierigkeit, die bisher eines der Haupthindernisse für den Fortschritt der mythologischen Forschungen bildete, nämlich die Suche nach einer authentischen oder ursprünglichen Version.« »Wir schlagen stattdessen vor, jeden Mythos durch die Gesamtheit seiner Fassungen zu definieren. Mit anderen Worten: der Mythos bleibt so lange Mythos, wie er als solcher gesehen wird.«

Hier wird deutlich, wie wichtig die Frage und Bewertung des je aktuellen Verständnisses des Mythos wird, um das Phänomen Mythos erfassen zu können.

Steiner fragte leider nicht nach der gegenwärtigen Relevanz historischer Bezüge. Bedeutsam ist nicht nur, wie er in der Lage ist, die ältesten und alten Mythen und die Geschichten um ihre *damalige* Funktion und ihr damaliges (kollektives) Verständnis zu ergründen, zu rekonstruieren, sondern, wie *heute* welcher Rest dieser Mythen noch als Mythos existiert und funktioniert oder ob es sich nur noch um Geschichtsdokumente handelt. Steiner geht von der Annahme existierender Mythen aus (bzw. im konkreten Fall des Mythos Europa). Er führt aber nicht aus, wie er einen solchen festmacht, wie er ihn bemißt und bewertet, aufgrund welcher Merkmale oder Indikatoren er dazu kommt etc. Aber mit Mythen ist es wie mit der Sprache: es gilt das aktuelle Verständnis und es ist sinnlos, einen gegenwärtigen Bedeutungsgehalt gegen einen »ursprünglichen« als falsch oder we-

niger gültig auszuspielen. Zudem implizierte das die Annahme von Ursprungsbedeutung und unwandelbarem Gehalt im Sinn von eigentlicher »Wahrheit«, der zu widersprechen wäre. Geht man aber von der Veränderungs- und Entwicklungsmöglichkeit aus, kann die Genealogie, die Etymologie, die kulturhistorische Analyse, den Entwicklungsgrund aufzeigen und erklären, immer aber nur im und für ein Verständnis dessen, was gegenwärtig allgemein verstanden wird. Das kollektive Verständnis ist der Maßstab, weil es sich ja nicht um Idiolekte handelt. Dieses ist aber nicht präzise festmachbar.

Lévi-Strauss betont das ausdrücklich und stellt die alten überlieferten Formen der Mythen mit Neufassungen oder Interpretationen z.B. von Freud in eine Reihe mit solchen von Pueblos oder Zunis oder Cushing:

»Es gibt keine »wahre« Fassung, im Verhältnis zu der alle anderen Kopien oder deformierte Echos wären. Alle Fassungen gehören zum Mythos.«

Steiner führt zu Europa weiter aus und postuliert als sicher

»die Benennung unseres Kontinents im Einklang mit einem Mythos oder, in strenger dynamischer Symmetrie, die Geburt des Mythos zur Erklärung des Namens.«

Nachdem die Funktion des Mythos aber gerade in der Aufhebung der Geschichte liegt durch Herstellung einer falschen Gegenwärtigkeit, einer irrigen Permanenz und Wiederkehr des Immergleichen, darf die Deutung sich nicht im Festmachen eines historischen Aktes der Namensklärung erschöpfen. Was mit solcher Namensklärung erreicht worden war, worin ihre (gegenwärtige) Funktion liege, verrät der Kritiker nicht.

Steiner verläßt den Pfad der Reflexion über den Europamythos und stellt fest, daß sich unser 20. Jahrhundert von den griechischen Mythen obsessiv genährt habe. Dann stellt er seine bedeutsame Frage, die er mit seiner gewagten, vorher geäußerten Hypothese verknüpft:

»Weshalb diese rätselhafte Sparsamkeit des Symbolischen und des Ikonischen? Sind unsere Kräfte der Erfindung, der narrativen Innovation, der Konstruktion des *novum* erschöpft? Können wir nicht mehr eigenständig phantastieren und neue Geschichten erzählen? Ist da doch ein Körnchen Wahrscheinlichkeit in der von mir aufgestellten Hypothese, die die uralten Mythen aus dem alten Hellas fast untrennbar mit der Entwicklung und Verinnerlichung unserer Grammatiken verknüpft?«

Sind wir sparsam im Ikonischen? Eine Unmöglichkeit, da das Ikonische die nicht symbolische Darstellung mit äußerem Ähnlichkeitsbezug ist und deshalb nicht durch eine Syntax geregelt wird, wie die Sprache und sein Bereich von der Qualität der Abbild- oder Darstellungsmittel abhängt und von der Speicherung, Konservierung. Nachdem wir durch die Computertechnik diesen äußeren, technischen Bereich hochentwickelt haben, kann man von einer Zunahme der Speicherung als

auch einer Qualitätssteigerung in »wirklichkeitsnaher« Abbildung oder Darstellung sprechen, also gerade von einer gesteigerten Ikonisierung.

Die Frage nach dem Neuen oder der (Vor-) Herrschaft des Gleichen, des Alten, ist wichtig, wird aber von Steiner leider in eine mir falsch erscheinende Richtung gedeutet. Wie anders diese Problematik befragt, reflektiert und bedacht werden kann, zeigten Horkheimer und Adorno in ihrem Schlüsselwerk »Dialektik der Aufklärung«, wo die auch von Steiner konstatierte Verarmung der Phantasie auf ganz andere Gründe zurückgeführt wird als auf die Grammatik! Es ist lohnend, in diesem Zusammenhang sich der Lektüre der »Dialektik der Aufklärung« zu unterziehen, um speziell im ersten Kapitel »Begriff der Aufklärung« die Ausführungen zu Mythos und Mythologien mit den doch unzulänglichen von Steiner zu konfrontieren.

Lamento lamentabile

Steiner stellt hier keine Überlegungen zur Funktion der Kunst und des Kunstwerks an, wobei gerade daran die Widerspruchlichkeit von Herrschaft und Unterjochung, Wahrheit und Schein, Wissenschaft und Kunst, Zeichen und Bild, exemplifizierbar wäre. Von solcher Kunstkritik könnte zur nötigen Gesellschaftskritik geschritten werden, der sich Steiner versagt, indem er nur Symptome aufzählt. Hätte er die Courage des unabhängigen Denkens, das sich nicht in den Fängen der Religion selbstbescheidet, wären seine Überlegungen zum politischen Mythos Europa fündiger und zur Frage der Mythen generell fruchtbringender.

So aber hört sich seine abschließende, kurze Ausführung als zwar dichte Kulturkritik politischen Gehalts an, aber es fehlt die Verbindung, der Zusammenhang. Was Steiner sonst als Kritiker leistet, nämlich interpretierend Zusammenhänge zu erschaffen, versagt er sich und den Hörern. So gerinnt seine Kritik zu einem Lamento. Es sind nicht zufällig diese Sätze, die in den Massenmedien zitiert werden, obwohl sie im Kontext seines Werkes sich oft anders gewichtet lesen. Die Worte, in so einer Rede gehalten, sind leicht zwei- oder mehrdeutig, sind leicht von verschiedenen Parteien reklamierbar oder angreifbar. Sie sind »interessant«, nur: weshalb zur Eröffnung von Festspielen? Der Vortrag klingt so, als habe er ihn woanders halten wollen, Salzburg aber damit bedient, es hört sich auch an, als habe er schnell was verfaßt. Schonkost. Schade.

Was an Steiners Kritik festmachbar ist, wird wohl von der Öffentlichkeit nicht weiter behandelt oder ernstgenommen; es widerspricht der Intention der Macher, dem Programm der Festspiele, der Generallinie der Politik: Kein Bluff, kein Jonglieren mit Worten als Philosophieersatz, keine theologische Leere (neue Religiosierung?), keine Ausrichtung auf Archivierung, Musealisierung und Festspiele. Keine

aufgeblasene, byzantinische Bürokratie.

Das hat Steiner in Essays und Büchern ausgelegt. Die Abgründe des Byzantinismus führte er aus in seinem Buch »Von realer Gegenwart«. Im Verein damit ist die Kritik am Ansammeln, Archivieren, Musealisierung zu sehen. Die Kritik an Festspielen ist eine an der übermäßigen Pflege vergangener Meisterwerke.

Sein Werk »Von realer Gegenwart« ist aber nicht nur eine gekonnte Abhandlung der Fragen des Primären und Sekundären, des Texts und der Kritik bzw. des Kommentars, sondern auch das Postulat von der Notwendigkeit der Existenz Gottes, von Kunst als einer Art »Religion«. Steiner unterstrich dies (Interview mit Gabriel Moked in »Tel Aviv Review« 1991):

»There are dimensions of art which I regard as dependent on the validity of the question about the existence of God. This is the question of questions. (...) I think that there is always a mystery within our world which calls for a religious attitude. (...) I am not convinced that there ever was a great completely secular writer; that there can be a major artist who does not try to struggle with the question of the presence or absence of God.«

Diese religiöse Grundausrichtung sollte bei der Bewertung von Steiners Aussagen berücksichtigt werden. Er ist in guter Gesellschaft. Seine gesellschaftskritischen Aussagen werden in diesem Licht etwas verständlicher.

Wie anders liest sich da z.B. die pointierte Ausführung zum Odysseus-Mythos als gesellschaftskritische Deutung durch Horkheimer und Adorno, welche sich mir aufdrängte, als sich Steiner über Geld, Museen und Festspiele äußerte.

Horkheimer und Adorno interpretieren den Odysseus-Mythos als Parabel, als Beispiel vom Herrn, der sich die gefesselte Freiheit nimmt, der Versuchung sich auszusetzen, aber mit der Sicherheit der Fesselung, die ihm vorm Abdriften bewahrt, während die »Arbeiter«, die Untergebenen, an der Wahrnehmung und Hinwendung gehindert, unfrei vor der Gefahr bewahrt werden. Sie gehen ein auf den Wechselbezug von Herr und Untergebener, beide nicht ohne einander auskommend, Gesellschaft und Kultur, Kultur(industrie) als wohltdosierte Kost: kalkulierte Rolle der Kunst. Die Rolle Odysseus' als die des Zuschauers, Zuhörers, jenes, der nicht aktiv involviert ist, außen, draußen ist:

»Der Gefesselte (Odysseus) wohnt einem Konzert bei, reglos lauschend wie später die Konzertbesucher, und sein begeisterter Ruf nach Befreiung verhallt schon als Applaus. So treten Kunstgenuß und Handarbeit im Abschied von der Vorwelt auseinander. (...) Das Kulturgut steht zur kommandierten Arbeit in genauer Korrelation, und beide gründen im unentrinnbaren Zwang zur gesellschaftlichen Herrschaft über die Natur.«

Es wäre zu wünschen, daß schließlich die konkrete Kritik des Philosophen George Steiner als solche verstanden wird und nicht abgetan wird als Rhetorik eines europäischen Juden.

Thomas Mieszgang

Der seltsame Geruch der Synkope

Der Titel ist ein Verdikt von Frank Zappa und bezog sich auf die »zahlreichen Versuche, den Jazz totzureden«. Der Wiener Komponist Franz Koglmann und der Schweizer Musikkritiker Peter Rüedi fragen heute wieder, ob diese Musik »als lebendiges Phänomen das Jahrhundert überleben wird, das sie geboren hat. – Siehe die FORVM-Diskussion der beiden mit Peter Niklas Wilson und Bert Noglik in den vier Heften 473 bis 481.

Th. M. ist Journalist, Pressereferent und Berater der Wiener Kulturstadträtin Ursula Pasterk. Er hielt diesen Vortrag im Rahmen einer Veranstaltung *Modern Times – Lebensziele und Inszenierungen* der »Zukunftswerkstätte« (soll auch als Buch erscheinen), wo er extemporierend meinte, »die zahlreichen Versuche, den Jazz totzureden«, haben »nicht gefruchtet, weil der Jazz auf die eine oder andere Weise immer weiterlebt«. Der Beitrag, obwohl nicht dafür konzipiert, berührt also unsere Debatte über die Tesen von Koglmann. Bernhard Kraller

Ohne Jazz geht heutzutage gar nichts mehr. Schon bald jeder dritte Werbespot zeigt eine attraktive Blondine auf der Kühlerhaube eines attraktiven Fahrzeuges, die emphatisch ein Saxophon schwenkt. Und im Hintergrund zischt, vom Hubschrauber-Kamera-Auge perfekt eingefangen, die Skyline von Manhattan vorbei. Mindestens. Wenn nicht gar die Rocky Mountains oder gleich der Weltraum.

Jazz, so lernen wir also, ist blond und eine Frau. Und er erzählt von jenen Lebenszonen, wo die Eiswürfel in den Martini-Gläsern klunkern, wo das Licht und die Stimmen gedämpft sind, und wo die Verführung gleich um die Ecke wohnt.

Aber Jazz kann noch viel mehr: Er macht als Inschrift auf Parfumflakons von sich reden und drückt dem Produkt damit die Aura coolen Hipstertums auf, er trägt als Romantitel dazu bei, daß eine Autorin den Nobelpreis erhält, und er schmuggelt sich klammheimlich in die Oper und setzt einen saftigen Kontrapunkt zum Stimmenfetischismus althergebrachter Prägung.

Natürlich ist der Jazz, von dem wir hier reden, nicht der ganze Jazz, ja nicht einmal der halbe. Es handelt sich dabei vielmehr um eine Vorstellung von Jazz, die Leute entwickeln, die mit Jazz eigentlich nichts zu tun haben wollen.

Der Werbefuzzi ist sich ja im Innersten seiner Seele der Fuzzihaftigkeit meist voll bewußt. Er weiß, daß sein profaner Job darin besteht, neue Produkte in den Kreislauf der ökonomischen Zirkulation einzuschleusen oder alte Produkte durch Implementation geiler Reize erotisch aufzuladen.

Dieses eher öde Geschäft erhält durch den Auftritt des Jazz plötzlich das Aroma von Lebenslust und Lebenskunst. Das den schlichten Bedürfnissen des Bürgertums auf den Leib geschneiderte Produkt bebt und zittert unter dem »Jungle Fever«, legt seine Pret-a-Porter-Attitüde ab und präsentiert sich als Haute Couture feinsinnigster Geschmacksveredelung.

Der Demiurg, der solches bewirken konnte, der PR-Mann also, profitiert natürlich von der Umwertung, die er soeben vorgenommen hat. Er ist nun nicht mehr der Handlanger eines schwitzenden Fabrikanten, dem der Jazz ungefähr so viel bedeutet wie Schönberg oder Finnegans Wake, nämlich gar nichts, sondern ein subversiver Werbe-Künstler, der die terms of trade um ein Quentchen Sophistications bereichert hat.

Das Phänomen der attraktiven Aufwertung der Werbung dauert nun schon mindestens seit den frühen achtziger Jahren an. Es bedient sich natürlich nicht nur des Jazz, sondern auch aller anderen Künste, die die Moderne geprägt haben, also beispielsweise des strukturellen Films, der abstrakten Malerei und der konkreten Lyrik. Die größte Leistung des Werbetreibenden besteht darin, das Produkt, um das es geht, gar nicht mehr zu zeigen oder zu benennen, sondern mit den Mitteln moderner Kunst, die für diesen Zweck effektiv abgeflacht werden, eine Aura zu erzielen, die sich dem Produkt perfekt anschmiegt und somit die PR-Wirkung garantiert.

Der Werbe-Jazz ist also weder neu noch originell, sondern einfach ein Phänomen, das seit geraumer Zeit mit dem, was man

sich Zeitgeist zu nennen angewöhnt hat, korreliert. Wenn man sich das Schicksal der parallel dazu entstandenen Zeitgeistschriften vergegenwärtigt, besteht große Hoffnung, daß auch die Saxophone der einst in den Kofferräumen jener Autos verschwinden, die sie mit großem RiffGetöse unters Volk bringen wollen. Jetzt stellt sich die logische Anschlußfrage: Wenn der Werbejazz nicht der Jazz ist, wo ist dann der wirkliche Jazz? Jener Jazz, der für seine Fans die Kriterien großer Kunst erfüllt? Der einen Klangraum der Utopie aufspannt und eine Transzendierung einer unzulänglichen Alltagsexistenz möglich erscheinen läßt?

Die Frage stell' ich wohl, allein mir fehlt die definitive Antwort. Denn der Jazz befindet sich, so wie beinahe alle anderen zeitgenössischen Künste in einer Phase der fundamentalen Verunsicherung und Instabilität.

Der Schleifpunkt des Jazz, der Ort, wo der Motor der Avantgarde zu wirken beginnt und für eine kontinuierliche Vorwärtsdrift sorgt, läßt sich nicht mehr bestimmen. Das hat mit einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zu tun, die ich hier nicht mit wenigen Worten darstellen kann. Nur soviel: Die gesamten Künste der sogenannten Moderne gehorchten einem linearen Entwicklungsprinzip, das eng an die Idee vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt gekoppelt war.

Die logische Deduktion und die experimentelle Versuchsanordnung schienen jene Verlässlichkeit zu garantieren, die auch im ästhetischen Bereich zukunftsorientierte Resultate liefern konnte. Und so, wie auf die Eroberung der Lüfte durch Düsen-Jets mit zwingender Konsequenz die Raumfahrt folgen mußte, so mußte der Nachfolger Charlie Parkers Ornette Coleman sein. Denn es ging ja um die Entelechie, um die im Projekt der Moderne liegende Kraft, die seine Entwicklung und Vollendung bedingt. Die Logik des Linearen bringt es mit sich, daß in der ungebremsen Vorwärtsbewegung die Option auf qualitative Veränderung geborgen scheint. Einfacher gesagt: Wenn man immer auf derselben Straße entlangfährt, dann wird durch diese schiere Bewegung ein anderer ontologischer Zustand, eine andere Seins- und Bewußtseinslage erreicht. Das ist die Essenz des »On the Road«, wie sie von Jack Kerouac kanonisch formuliert wurde; und wie sie ein anderer Beat-Autor, John Holmes, in einem Text über die Odyssee eines Tenorsaxophonspielers zum Ausdruck brachte. Er beschrieb diese Reise symbolisch überhöht und ins Allgemeine gewendet als »den Treck des Amerikaners durch Einöden. Überall lauert die Gefahr: Polizei, Unbesonnenheiten, Wildnis, geistige Verarmung. Und voraus liegt was? Ein verzauberter Moment des Gelingens, irgendeine undefinierbare Phrase, eine Note oder ein Ton, der es genau trifft! – Alles, was er weiß, ist, daß etwas in ihm spricht, und die Mechanismen der Prophezeiung ihm gehorchen.«

John Holmes spricht in diesem Zusammenhang auch von dem »Kirilowschen Moment des Eintauchens in das Es«. Wobei es sich bei Kirilow um eine Romanfigur von Dostojewskij handelt, die bereit ist, ihr Leben für einen einzigen sinnvollen Augenblick zu opfern.

In den sechziger Jahren schien dieser Kirilowsche Moment ganz nahe zu sein: Der wissenschaftlich-technische Fortschritt war in seine dynamischste Phase getreten. Der restaurative gesellschaftliche Ist-Zustand wurde festgeschrieben, um die Entwicklung nicht zu behindern. Das forderte mit dialektischer Logik Gegenentwürfe heraus, die heute als 68er Studenten-Revolution, Gegenkultur, Woodstock-Nation und so weiter bekannt sind.

Im wesentlichen hatten diese Bewegungen den Abbau gesellschaftlicher Repression und jeder Form von organisatorischer und administrativer Struktur im Sinne. Sie arbeiteten heftig an der herrschaftsfreien Kommunikation egalitärer Subjekte, wie sie von Habermas als Wunschbild formuliert wurde.

Auch in der Kunst und dabei vor allem im Jazz schlug sich der Geist der Epoche nieder: Der Free Jazz war ja in seiner idealtypischen Form der Versuch, maximale Freiheit durch den minimalen Einsatz von Gliederungselementen zu erreichen. Hier wurde der Wunsch der progressivsten Kräfte der Gesellschaft nach substantieller Änderung der Lebensverhältnisse am nachhaltigsten in diesem Jahrhundert formuliert.

Doch gerade im radikalen Abbau der sogenannten Dispositive der Macht, worunter man im Musikbereich auch die Vorschriften des Notenblattes verstehen kann, offenbarte sich ein fundamentaler Irrtum, von dem sich Gesellschaft und Kunst bis zum heutigen Tag nicht erholt haben: Der Irrtum, daß das Fehlen von Struktur mit Freiheit gleichzusetzen wäre.

Im Free Jazz stellte sich schnell heraus, daß das herrschaftsfreie Kommunizieren mit Instrumenten ohne Head Arrangements, Blues-Schemata oder Standard-Harmonien zu einer ziemlich unaufregenden Homogenität der Klanggestalten führte. Was da, jenseits von Taylor, Coleman und Coltrane im fortgeschrittenen Kaputtspielbereich geboten wurde, bewegte sich zwischen den Polen: solistische Entäußerung versus entfesseltes Kollektiv, nutzte extreme dynamische Unterschiede oder knüpfte wie die Musiker von AACM an die Klangfarbenmelodien Schönbergs an.

Viele der Möglichkeiten des Free Jazz waren schon beim ersten Auftritt festgeschrieben und nicht weiter entwicklungsfähig. So ist die Formel Solo gegen Kollektiv nie überzeugender ausgearbeitet worden, als auf der zum Kanon der Meisterwerke zählenden Platte »Ascension« von John Coltrane.

Zieht man dann noch den Bogen zur parallel entstandenen zeitgenössischen Musik, wie es ja auch zahlreiche Free Jazz-Musiker getan haben, und vergleicht man die

beiden einander wechselseitig in Frage stellenden Klangschöpfungssysteme serielle Musik und Aleatorik, so kommt man zu einer erstaunlichen Einsicht, die György Ligeti bereits 1958 folgendermaßen formuliert hat: »Das total Determinierte wird dem total Indeterminierten gleich.«

Gesellschaftlich gesprochen hieße dies, daß die scheinbar befreiten rebellischen Abbruchkommandos informelle Hierarchien produzieren, die letztendlich dieselbe Wirkung erzielen wie jene Apparate, die man ineffektiv machen und durch Besseres ersetzen wollte.

Diesen ganzen Komplex von Hoffnung und Enttäuschung, von ästhetischen Fortschritten und dramatischen Rückschlägen muß man sich vor Augen halten, wenn man über den Jazz der fortgeschrittenen Postmoderne und somit über die Gegenwart sprechen will.

Seit den sechziger und siebziger Jahren, dem Höhepunkt der totalen Improvisation, ist das Projekt des Jazz grundlegend neu formuliert worden. Es geht jetzt nicht mehr um den Abbau von Strukturen, der letztendlich zu einer unbezwingbaren monolithischen Superstruktur führt, sondern um das Auffinden neuer Gestaltungsschemata, die man benutzen oder dekonstruieren kann, die man affirmiert oder denen man sich verweigert. Aber, das ist das Entscheidende, sie müssen als »point of reference« vorhanden sein.

Natürlich muß man an dieser Stelle kurz erwähnen, daß es den strukturierten Jazz zu allen Zeiten gegeben hat. Man nennt dies die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen und meint damit das Fortleben etwa von Traditional Jazz und Hard Bop unter den Rahmenbedingungen der Kakophonie und des Brutismus. Es handelte sich dabei allerdings um Jazzformen, die keinerlei Avantgarde-Anspruch stellten, also nicht über das Bekannte und Bestehende hinausgehen wollten.

Das Charakteristische am Gegenwarts-Jazz ist jedoch, daß er, im Rückgriff auf traditionelle Werte, in der alternativen Bewertung herkömmlicher Valeurs das eigentlich Neue formulieren möchte. Das Neue kann somit, wie im Falle des Marsalis-Clans, auch das ganz Alte sein. Das Neue ist also nicht mehr an die Entwicklung des Materials gebunden, wie es Adorno gern gehabt hätte, sondern eher an gesellschaftliche und ästhetische Kontexte. Letztendlich entscheiden Auf- und Abwertungen von Journalisten, Insidern und anderen Opinion Leaders, die sich schließlich als Mehrheitsmeinung durchsetzen, darüber, was als neu und was als alt zu betrachten ist.

Der herkömmliche Begriff der Entelechie ist damit zumindest höchst fragwürdig geworden.

Es geht nicht mehr um das Material, das mit immanenter Logik zur Entfaltung drängt, sondern um Akzidentielles, um aufgesetzte Interpretationen in Zeiten genereller Verunsicherung.

Der Rückgriff auf die Tradition ist in

solchen Situationen meist die erste Wahl, denn er garantiert solide Erdung und Verankerung in einem Zusammenhang, dessen einzelne Spielelemente überschaubar sind. Darum konnte man auch allenthalben begeisterte Zustimmung vernehmen, als im Gefolge von Wynton Marsalis eine Garde junger Jazzer mit ernstem Blick und teuren Anzügen die Konzertpodien der Welt betrat, um das alte Lied von Horace Silver und Art Blakey noch einmal zu singen.

Im Idealfall, also bei Wynton Marsalis selbst oder gelegentlich bei Roy Hargrove, wird da ein Sinnzusammenhang gestiftet, der durch die zeitliche Verschiebung von rund 40 Jahren völlig neue Beleuchtungen alter Klänge ermöglicht und darüberhinaus das Weiterspinnen von Traditionsfäden gestattet, die irgendwann im Trubel der einander jagenden Avantgarden verlorengegangen sind.

Das ergibt dann, wie im Falle von »Citi Movement« von Wynton Marsalis seltsame Klanggespinste, die bei aller deftigen Verankerung in Blues und Big Band-Sound entrückt und epigrammatisch wirken. Wie ferne Echos aus einer Zeit, die ihrerseits wieder nur als mythologisches Konstrukt aus Filmen, Romanen und Gemälden existiert.

Traumprotokolle, mehrfache Brechungen der Ästhetik, kleine Erkenntnisblitze aus dem Unbewußten – das ist eine geistig akkurate Art, mit dem Erbe der schwarzen Musik Glasperlenspielerien zu veranstalten.

Doch machen wir uns nichts vor: Wynton Marsalis ist ein Einzelfall, ein schillernder Solitär, der, und das ist die weniger angenehme Seite daran, längst begonnen hat, die Jazzgeschichte in seinem Sinn umzuschreiben.

Im Schulterschuß mit dem Theoretiker Stanley Crouch wird da alles weggeben, was nicht in eine lupenreine und äußerst dogmatische Sicht von der Genealogie des wahren, guten und schönen Jazz hineinpaßt.

Wenn Stanley Crouch polemisiert, dann hört sich das so an: »Albert Ayler schrieb seine schlichten Melodien, weil er gar nicht in der Lage gewesen wäre, konventionelles Jazzmaterial zu spielen. Miles Davis hat seit dem Ende der sechziger Jahre den Jazz an den Popmarkt verraten. Er wurde zum Kollaborateur, zum Waldheim des Jazz – bis zum bitteren Ende. Und Leute wie Lester Bowie sind allzu lang damit durchgekommen, sich ihre Gesichter anzumalen, sich zu kostümieren, sich einen neuen Haarschnitt zuzulegen und von Afrika zu schwätzen.«

Dieses Plädoyer für einen metallisierbaren lackierten Superjazz mit Doppelvergaser und eingebautem Antiblockiersystem, der alles ausmerzen möchte, was nicht wie Wynton Marsalis & Co. klingt, ist natürlich ein starkes Stück und erinnert frappant an die Zeiten, als man Thelonius Monk mit den Worten runterputzte, er könne ja gar nicht Klavier spielen.

Aber es gehört eben zu den Erkennungsmerkmalen der Gegenwart, daß die Argumentation umso polemischer wird, je dünner die Evidenz ist. Und deshalb glaubt jeder, das Neue im Jazz sei ausgerechnet dort zu finden, wohin er sein Begehren lenkt.

Der eine ist immer noch der Meinung, Hip Hop sei der Be Bop von heute, der nächste schwört Stein und Bein auf Derek Bailey und Misha Mengelberg. Der hängt weiterhin ungebrochen der New Yorker Schule von John Zorn und Elliot Sharp an, während ein allerletzter glaubt, aus den Yellowjackets mehr als nur Schall und

Rauch herausklopfen zu können. Und auf gewisse Weise haben sie alle recht, denn, um mit einem Wort des von mir sehr geschätzten Kulturtheoretikers Boris Groys zu schließen:

»Das Neue ist unausweichlich, unvermeidlich, unverzichtbar. Die Forderung nach Innovation ist die einzige Realität, die in der Kultur zum Ausdruck gebracht wird. Das Streben nach dem Neuen um des Neuen willen ist ein Gesetz, das auch in der Postmoderne gilt, nachdem alle Hoffnungen auf eine neue Offenbarung von Verborgenen und auf einen zielgerichteten Prozeß verabschiedet worden sind.«

Franz Koglmann

Hören, Schauen, Lesen

Über synästhetische Zusammenhänge in meiner Musik

I.

»Kaum wird man einen Autor finden, der nicht einen Großteil seines Lebens mit Hören, Schauen oder Lesen verbringt und der sich dann mit einer unbegreiflichen ... Passion seiner Musik, seinem Bilde, seinem Gedicht zuwendet.« (Ernst Jünger) – Exakt in diesem Sinn bilden Werke der bildenden Kunst, der Literatur und des Films seit jeher eine große Inspirationsquelle für meine Arbeit. Die Erinnerungen an das Gesehene, Gelesene etc. werden zum Vehikel für eigene Kompositionen und Improvisationen.

II.

So wurde z.B. ein »Slow Fox« durch eine gleichnamige Installation von Gerhard Merz, bei der eine Stele mit einer Schale vor dem Bild eines tanzenden Paares der 30er Jahre zu sehen ist, angeregt. In der musikalischen Umsetzung intendierte ich das Eindringen einer, man könnte sagen, etwas lasziven amerikanischen Tanzmusik in ein gesamtdeutsches Bayreuth. Ein an das Hauptmotiv des Parsifal erinnerndes Thema trifft als dumpfes Grollen im tiefen Blech auf zwei Slow Fox Motive in den Saxophonen. Die unterschwellige Erotik dieser Motive bzw. ein versteckter Amerikanismus à la Paul Whiteman treffen auf den offiziösen Wagnerismus des faschistischen Regimes. Ein sehr widersprüchliches musikalisches Geschehen also, das natürlich nicht in einer heilen Welt, sondern in einem Aufschrei der Klarinette seine Erlösung findet.

III.

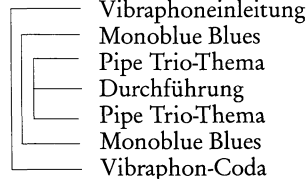
So in etwa ließe sich eine ganze Reihe von Stücken, inspiriert von Piero della Francesca, Giorgio de Chirico, Paul Klee, Jean Cocteau, Franz West, Helmut Federle u.a. beschreiben.

Auch Filmemacher wie Peter Kubelka und Alain Resnais müssen genannt werden. Bestimmte Elemente ihrer Schnitttechniken, etwa das Resnaissche »flashfor-

ward«, lassen sich in meiner Musik spielend wiederfinden.

IV.

Etwa in CANTO II, der eine symmetrische Anlage hat.



Es versteht sich von selbst, daß eine zeitlich verlaufende Symmetrie nicht im gleichen Ausmaß erfaßt werden kann wie eine optische, zumal die »identischen« Teile hier nicht wirklich ident sind (aber nahe daran) und die Konstruktion noch durch in obiger Skizze nicht eingetragenen Improvisationsteile samt dazugehöriger Backgrounds durchbrochen ist.

Die gestaltende Kraft einer solchen Symmetrie zeigt jedoch Alain Resnais' Film »Muriel ou le temps d'un retour (also ebenfalls ein zeitlicher Verlauf), von dem CANTO II letztlich auch inspiriert ist.

Aber auch die für Resnais so typischen »flashforwards« (das Gegenteil von Rückblende), wie wir sie etwa aus »L'année dernière à Marienbad« kennen, sind hier eingeflossen. So findet sich nach dem Ende des ersten Erscheinens des »Monoblue Blues« eine eingeschobene 3/4 Phrase, die sozusagen rauskippt, sie ist gewissermaßen überflüssig. Nach der Wiederholung des Themas erscheint diese Phrase sogar zweimal. Im Verlauf des anschließenden »Pipe Trio Themas« stellt sich jedoch heraus, daß eben diese ein signifikanter Bestandteil der melodischen Entwicklung dieses Themas ist. Indem sie den gewohnten Fluß unterbricht und an unerwarteter Stelle auftaucht, erregt die Vorausblende die Aufmerksamkeit des Hörers und wirft eine später zu beantwortende Frage auf.

V.

Im Februar 1990 sah ich in der Basler Kunsthalle Yves Kleins Triptychon »Monopink«, »Monogold«, »Monoblue«. Ich arbeitete zu der Zeit an einem umfangreichen Programm für die Donaueschinger Musiktage und Kleins Monochromie, vor allem natürlich sein »International Klein Blue« verursachten unmittelbar eine Komposition. Es handelt sich um einen 13taktigen Blues, der nicht wirklich einer ist, eher an einen Blues erinnert. Ein bestimmtes melodisches Element, das in der Hauptstimme erst ab dem 7. Takt in Erscheinung tritt, ist in einer 2. Stimme von Anfang an hörbar, verschiebt sich aber permanent, so daß es in jedem Takt auf einem anderen Schlag erklingt. Das sich daraus ergebende Geflecht bewirkt eine Art musikalischer Monochromie, mit der ich Yves Klein gerecht zu werden hoffte. (Klein selbst ging bekanntlich in seiner »Symphonie monotone« noch weitaus radikaler vor, indem er einen D-Dur Akkord je nach Fassung 10 – 40 Minuten aushalten ließ.) Mir ging es jedoch nicht um Radikalität – die in dieser Form sowieso nicht zu überbieten ist –, sondern um ein brauchbares Stück Musik. Als solches stellte es sich dann in der Praxis auch heraus. Das Quartett, das dieses Stück (»Monoblue«) in Donaueschingen schließlich uraufführte, war eine Splittergruppe meines »Pipetet« genannten Kammerorchesters. Die sozusagen auf Antrieb funktionierende Interaktion der beteiligten Musiker (Tony Coe, Burkhard Stangl, Klaus Koch und ich) führte zur Gründung eines regulären Ensembles, dem das initiiierende Stück seinen Namen gab: dem »Monoblue Quartet«.

VI.

Den Cover der CD »L'Heure Bleue (hat ART), die wir mit dem Quartett einspielten, zierte jedoch nicht Yves Kleins »Monoblue«, sondern ein Szenenfoto aus Alain Resnais' Film »L'année dernière à Marienbad«. Vielleicht ist es kein Zufall, daß Resnais' Film demselben Jahr entstammt wie Kleins Triptychon: 1960. Jedoch ist Resnais kein Reduktionist wie Klein, er ist in vieler Hinsicht das Gegenteil. Und an mindestens einer Schnittstelle treffen sich die Vorstellungen von Klein, Resnais und mir. Yves Klein war ein Künstler, der über bildende Kunst unter anderem in Richtung Musik hinausdachte. Alain Resnais ist ein Regisseur, der nach eigener Aussage Filme macht, die etwas anderes sind, als nur Film. Ich bin ein Musiker, der sein Leben neben dem Musikmachen mit Hören, Schauen, Lesen verbringt. Die unter solchen Voraussetzungen entstehende Musik mag vielleicht etwas mehr bieten, als das so einfach zu handhabende Aufbrausen der Gefühlswellen: Eine über die Musik selbst hinausweisende Art mit Tönen zu denken, bei der nach einem Wort des Kolumbianers N.G. Davila »die Echtheit des Gefühls von der Klarheit der Idee abhängt«.

Peter Csulak

Canetti, Bier- und Peymann sowie die Wiener Zeitungskultur

Schließstage sind eben Schließstage

Es ist schon ein alter Hut, daß vor Premieren im Peymann-Imperium einige Schließstage die Gemüter des Rechnungshofes, der Oppositionsparteien – allen voran der FPÖ –, selbst des Koalitionspartners der SPÖ und der gesamten Tagespresse erhitzen. Großes Gezeter über den ungeliebten Theaterdirektor hebt an und immer tönt als Refrain der Ruf nach seinem und, wenn geht, in einem Aufwasch auch des Unterrichtsministers Rücktritt. Doch still und heimlich, da von den Printmedien kaum wahrgenommen, hat der Österreich/Wien haßliebende Peymann »verdeckte Schließstage« erfunden. An diesen Abenden werden Eintrittskarten verkauft (zum halben Preis) und Schauspieler des Hauses oder Gäste geben einen Lese- oder Vortragsabend – unversehens niedrige Kosten, gefüllte Häuser, zusätzliche Einnahmen!

Nur das Anecken kann der notorische Staatsfeind Nr.1 aller Kultur-Reaktionäre offensichtlich nicht lassen, wählt er doch, meistens passend zu aktuellem Anlaß, *selt-same* oder gar *anrühige*, aber zumindest *nestbeschmutzende* Autoren und Vortragende aus. Ein Insiderpublikum freut sich unterdessen über das Leben, welches die hehren Gemäuer des Akademie- und Burgtheaters durchdringt – nur die breite Öffentlichkeit wird über diese »offenen Schließstage« im Dunkel gelassen.

Elias Canetti schön totsichweigen

25. Oktober 1994, Ort: Akademietheater, Zeit: 20.30 Uhr, Lesung: Elias Canetti, »Die gerettete Zunge«, Ausführende: 14 der erlesenen Burgschauspieler. Ankündigung: in den üblichen Veranstaltungsprogrammen. Theater: voll. Presse-Echo: null.

Nach seinem Ableben haben sie Elias Canetti noch als großen Österreicher, Nobelpreisträger und Schriftsteller gewürdigt, aber die Lesung aus »Masse und Macht«, »Die gerettete Zunge«, »Die Blendung« etc. am Vorabend des Nationalfeiertages war den Kulturredaktionen keine Besprechung, nicht einmal eine Erwähnung wert.

Vielleicht hatten sie die deutschen Eigner der österreichischen Tagespresse durch den Chauvinismus bei der Würdigung Canettis als großen Österreicher verärgert? Vielleicht wollten sie, in vorausseilendem

Gehorsam, deutsche Gefühle oder gar Interessen nicht schon wieder durch Erwähnung Canettis in Zusammenhang mit dem österreichischen Nationalfeiertag verletzen?

Wie dem auch sei, der österreichische Steuerzahler hat durch die Innenpolitik- und Kulturredakteure der Tageszeitungen nicht einmal erfahren dürfen, daß das Akademietheater mit einem österreichischen Autor und österreichischen Schauspielern Einnahmen gemacht hat, geschweige denn, welchen geistigen Inhalt diese Veranstaltung hatte.

Wolf Biermann fein stören

3. November 1994, Ort: Burgtheater, Zeit: 20.30 Uhr, Wolf Biermann liest (in seiner eigenen Übersetzung) Jizchak Katzenelsons Poem »Dos lied vunem ojsgehartetn jidischn volk.«* Burgtheater: voll.

Nun ja, man muß wirklich zugeben, daß Herr Peymann bei dieser Veranstaltung weit über das Ziel geschossen hat.

1. geht es hier um ein Thema, das in Österreich von den Leuten nicht allzugern in breiter Öffentlichkeit abgehandelt wird;
2. ist der Übersetzer und Rezitator, wegen seiner Vergangenheit, Gegenwart und wahrscheinlich Zukunft, für die Masse der österreichischen Bevölkerung ein rotes Tuch – hat doch
3. der deutsche Peymann das Werk eines polnischen Juden über die Shoa durch ei-

nen deutschen Antifaschisten auf die heiligen Bretter des Burgtheaters gebracht.

Der Geheimsender des ORF, Hörfunk Ö1, brachte am Vorabend des Burgschließstages ein langes Gespräch Peter Huemers mit Wolf Biermann. Die Stadtzeitung »Falter« widmete Katzenelsons Poem und Biermann eine Doppelseite als Ankündigung. Ansonsten durfte man aus den Tagesprogrammen erfahren, daß das Burgtheater geöffnet hatte und wer was las.

Dabei hatte doch Peymann sein Haus als würdigen Rahmen zu den bevorstehenden »Reichskristallnacht«-Gedenkveranstaltungen, zum Beginn der jüdischen Kulturwochen, vor dem ersten offiziellen Besuch eines österreichischen Staatsoberhauptes in Israel (und das nach dem peinlichen Ausrutscher unseres dortigen Botschafters über die »erste Opferrolle Österreichs«, offiziell als Mißverständnis deklariert) für diese Veranstaltung zur Verfügung gestellt.

Schade, daß dieser Abend nur auf jene wirken konnte, die das Burgtheater füllten. Keinerlei Bericht, Auseinandersetzung, Kritik wurde in den stimmungs- und meinungsbildenden Printmedien gebracht. Es war, als wäre der ganze Abend gar nicht gewesen, hätte die Qualitätszeitung »Standard« nicht wenigstens einen Redakteurssubstituten geschickt und als einzige Tageszeitung in Österreich (wenn auch falsch, siehe Faksimile) auf die Veranstaltung reagiert.

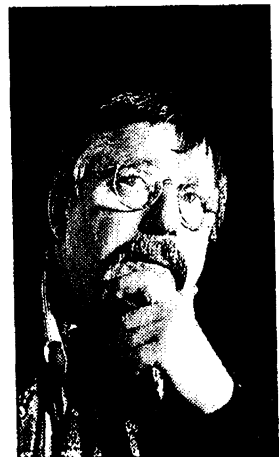
Aber man darf nicht ungerecht sein. Die deutsche Presse hatte ja anlässlich der ersten Präsentation dieses Abends in Hamburg schon ausführlich genug gegen Katzenelson und Biermanns Übersetzung und Darbietung des Poems polemisiert. Vermutlich wollten die deutschen Verlagsimperien keine Doubletten bringen – und vom völkischen Beobachter der »Meldungen des Oberkommandos der Wehrmacht«, Kurt Falk in »täglich ALLES«, als letztem Rest reinblütig österreichischer Tageszeitungen in Wien, durfte man ja kein Echo erwarten. Dafür werden's subventioniert.

Bleibt zu wünschen, daß Peymann weiter an seinen »Schließstagen« offen aneckt und die Leser diese mittlerweile von deutschen Verlagen annektierten Blätter ins Eck hau'n.

Standard-Kultur, 5./6. November 1994
Er hat aber ohne Wiederholung weitergelesen. Red.

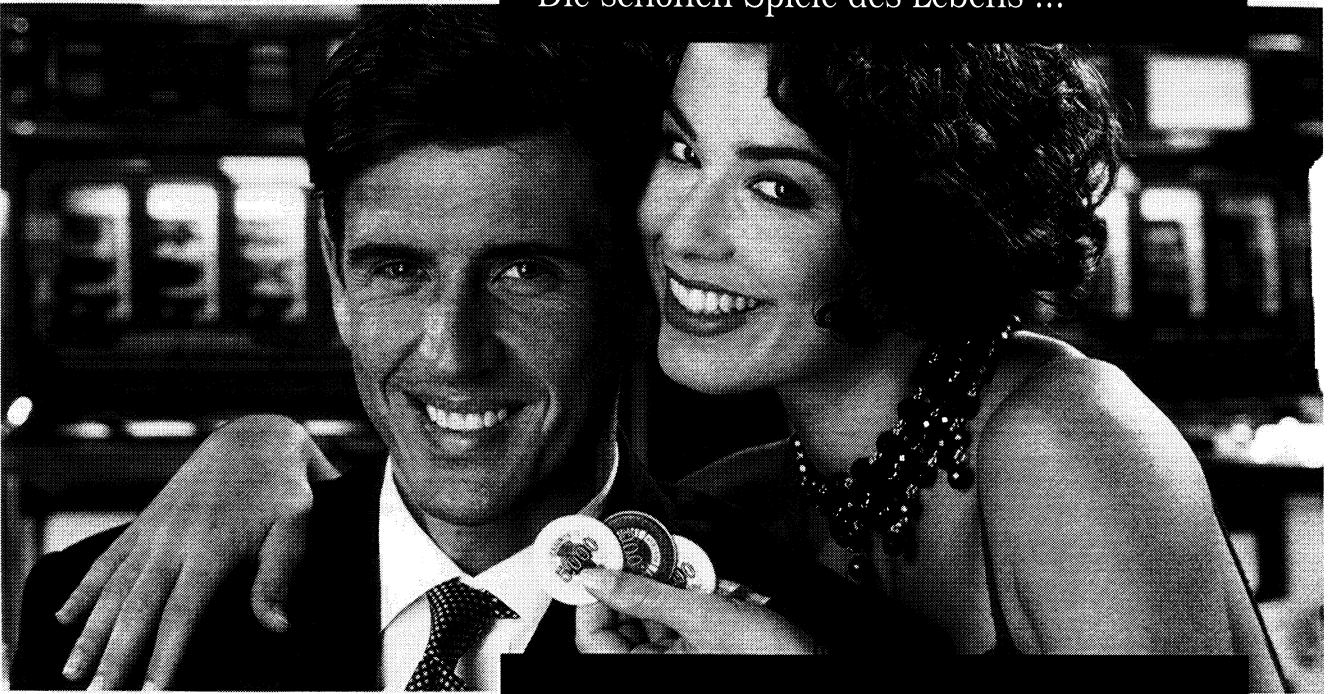
NAMEN

KAMPF MIT DER TECHNIK Als Wolf **Biermann** (Bild) daranging, vorgestern in der Burg seine Übersetzung des »Shoa«-Gedichts *Der große Gesang vom ausgerotteten jüdischen Volk* von Jizchak **Katzenelson** anzustimmen, wollte das Getuschel der Techniker nicht verstummen. Also hob der streitbare Künstler zur Schelte auf offener Burg-Bühne an – und sah sich gezwungen, seine Einführung zu wiederholen. Foto: Fischer



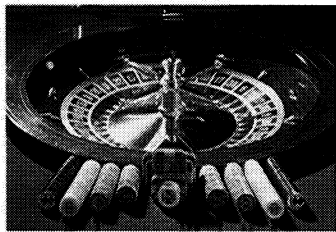
* Jiddisch und deutsch mit komplettem Faksimile der Koffergrieff-Handschrift bei Kiepenheuer und Witsch, Köln 1994, öS 380 / DM 44

Die schönen Spiele des Lebens ...



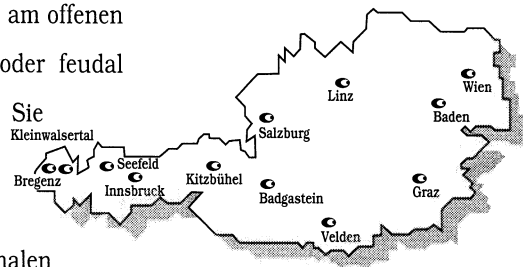
Von Casino im Palais bis Casino am See

Die Kugel rollt. Der „Rouge & Noir“-Sekt prickelt. Und der Jackpot fällt. Die schönen Spiele des Lebens. Ob in der Casino-Bar oder am Spieltisch. Ob rustikal am offenen Kamin oder feudal



im Palais Esterházy. Sie machen Ihr Spiel. In exklusiver Atmosphäre. Bei internationalen

Spielen wie Roulette, Baccara, Black Jack, Poker, Red Dog, Sic Bo, Glücksrad und den Spielautomaten. Und um öS 210,- erhalten Sie Begrüßungs-Jetons im Wert von öS 250,-.




CASINOS AUSTRIA

Machen Sie Ihr Spiel

CASINO BADEN • CASINO BADGASTEIN • CASINO BREGENZ • CASINO GRAZ • CASINO INNSBRUCK • CASINO KITZBÜHEL
CASINO KLEINWALSERTAL • CASINO LINZ • CASINO SALZBURG • CASINO SEEFELD • CASINO VELDEN • CASINO WIEN



*Bücher sind Nahrung für unsere
Phantasie. Um S 200,- im Jahr
sind Sie dabei.
In den städtischen Büchereien
warten über 150.000 herrliche
Phantasieanreger auf Sie:
Liebe, Haß, Abenteuer, Entspannung,
Kultur, Dramen, Hobby, Freizeit...*

WIENER BÜCHEREI
DEM ALLTAG ENTFLIEHEN